



Benjamin Netanjahu trifft US-Präsident Joe Biden: „Wir werden die Werte der Demokratie hochhalten“

SEITE 3

Hans-Georg Maaßen im Interview: Extreme von Grün und Links betreiben Feindbekämpfung durch ökosozialistische Massenmedien

SEITE 15



Die Jüdischen Kulturtage Berlin: Neue Brücken bauen

SEITE 31



KOLUMNE DES
HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

gerade haben wir die hohen jüdischen Feiertage Rosch Haschana, Yom Kippur und Sukkot zusammen mit unseren Familien und Freunden begangen. Im Oktober begehen wir nun Simchat Torah. Die Thora-Rollen werden in feierlichen Umzügen, den sogenannten Hakkafof, durch die Synagogen getragen. In Jerusalem und in vielen anderen israelischen Städten wird auf den Straßen und Plätzen getanzt, gefeiert und gebetet werden.

Simchat Torah spiegelt den Dank und die Freude des jüdischen Volkes über sein größtes Glaubenswerk, die Thora wider, die sowohl die Schöpfungsgeschichte als auch die als ethischer und allgemeiner Menschenkodex bis heute geltenden zehn Gebote enthält. Sie belegt über die hohe religiöse Bedeutung hinaus die Jahrtausende alte Legitimation des jüdischen Volkes auf sein Stammland Israel, das eindeutig auch die Gebiete Judäa, Samaria und Galiläa umfasst.

Jeder Versuch der islamischen und anderen weltweiten und hiesigen Israel- und Judenhasser, den jüdischen Ursprung der gesamten Region und der heiligen – zum Teil wie auf dem Tempelberg durch demütigende Eroberungsbauten des Islam geschändeten – jüdischen Stätten zu leugnen und von den Juden trennen zu wollen, ist nicht nur judenfeindlich und verlogen, er ist historisch absolut absurd und geht vollständig ins Leere.

► Fortsetzung auf Seite 2



Genauere Erscheinungstermine unter
<https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF;
Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



Eklat beim Selenski-Besuch in Kanada: Parlament ehrt SS-Veteranen



Von Collin McMahon

Als der ukrainische Präsident Wolydmyr Selenski am 22. September zusammen mit Premierminister Justin Trudeau im kanadischen Parlament in Ottawa zu Besuch war, lud der Sprecher des Parlamentes Anthony Rota (Liberales) den ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS Jaroslaw Hunka (98) ein. Es geriet zum weltweiten Skandal, der Russlands Propaganda über „Nazis in der Ukraine“ zu bestätigen schien und Einiges über die Instrumentalisierung des Rechtsextremismus durch die Linke verrät.

Rota stellte Hunka als „ukrainisch-kanadischen Weltkriegsveteran“ vor, der „für die Unabhängigkeit der Ukraine gegen die Russen kämpfte und auch heute noch die Streitkräfte unterstützt, selbst im Alter von 98 Jahren“. Hunka sei „ein ukrainischer Held, ein kanadischer Held, dem wir für seinen Dienst danken.“

Das gesamte Parlament applaudierte, während Hunka von der Galerie winkte. Selenski reckte neben Präsidentengattin Olena und Premier Trudeau die geballte Faust. Hinter ihnen stand die stellvertretende Premierministerin Chrystia Freeland, deren Großvater in der Ukraine mit den Nazis kollaborierte. Die deutsche Botschafterin in Kanada Sabine Sparwasser applaudierte ebenfalls.

Wer kämpfte damals gegen die Rote Armee?

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes Sebastian Fischer nannte es auf Nachfrage des Journalisten Florian Warweg von den NachDenkSeiten am 27. Sep-

tember einen „inakzeptablen Vorgang“, der „jetzt auf kanadischer Seite auch vollumfänglich aufgeklärt wird und auch mit dem Rücktritt des Parlamentspräsidenten geendet hat.“ Botschafterin Sparwasser sei „nicht bekannt“ gewesen, „was der Betreffende im Zweiten Weltkrieg getan hat.“

Spätestens bei der Bemerkung, dass Hunka im 2. Weltkrieg „gegen die Russen kämpfte“ hätte jedoch jeder aufmerksame Kenner der Geschichte stutzig werden sollen. Denn die Rote Armee kämpfte in der Ukraine bekanntlich gegen die Wehrmacht und das Dritte Reich. Am 23. September wies der Poliologe Ivan Katchanowski auf Twitter darauf hin, dass Hunka Mitglied der 14. Waffen-SS-Division Galizien war, die sich aus ukrainischen Freiwilligen rekrutierte. Hunka habe selber geschrieben, dass er 1943 in der Region Ternopil in der Westukraine der SS-Division freiwillig beigetreten war.

„Die Division Galizien wurde 1943 unter deutscher Führung aus ukrainischen Freiwilligen in Galizien in der Westukraine gebildet“, so Katchanowski zum Toronto Star. „Sie waren am Massenmord an Juden, Polen und Ukrainern beteiligt. Sie waren im Dorf Huta Peniatska am Massaker an beinahe 1000 polnischen Zivilisten und anderen Massakern an Polen beteiligt, und halfen mit, 1944 den Aufstand von Warschau niederzuschlagen, so wie weitere Aufstände gegen die Nazis in der Slowakei und dem ehemaligen Jugoslawien.“

Die kanadischen „Freunde des Simon Wiesenthal Zentrums“ waren „entsetzt“ und forderten Rotas Rücktritt sowie eine Entschuldigung und Erklärung. Das Simon Wiesenthal Zentrum Los

Angeles beklagte sich über „schändliche Ignoranz und Arroganz, die der Ukraine schadet“, bei diesem „Zusammenprall der pro-Nazi-Vergangenheit mit dem Widerstand gegen die Sowjets. Die Abgeordneten haben das scheinbar vergessen – die unschuldigen ermordeten Juden vergessen nie.“

Bandera-Verehrung in der Ukraine

Es war eine Steilvorlage für Russland, die die Invasion der Ukraine gerne als Kampagne zur „Denazifizierung“ darstellt. Seit dem Maidan-Putsch 2014 sind neofaschistische Gruppen wie der Rechte Sektor und die Asow-Brigade offen in der Ukraine aktiv. Im ganzen Land wurden seit 2014 Denkmäler für den Anführer der Organisation ukrainischer Nationalisten OUN Stepan Bandera errichtet. Der ehemalige ukrainische Botschafter Andrij Melnyk legte am 27. April 2015 einen Kranz an Banderas Grab im Münchener Waldfriedhof nieder, einer Pilgerstätte für ukrainische Nationalisten. Am 23. September feierte die Asow-Brigade mit Fackelzug und Fahneneid an mehreren Orten wie jedes Jahr martialisch den „Totentag“. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen benutzte am 14.9.2022 den Gruß der OUN „Slava Ukraini!“ zu großem Applaus vor dem EU-Parlament.

Der kanadische Parlamentssprecher Anthony Rota entschuldigte sich am Sonntag, 25.9. „bei der Jüdischen Gemeinde Kanadas und der Welt“ und betonte, dass „niemand außer mir, weder unter den Abgeordneten noch der ukrainischen Delegation, bei meinem Vorhaben involviert war.“

► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Eklat beim Selenski-Besuch in Kanada: Parlament ehrt SS-Veteranen

Nahezu zeitgleich zum Jahrestag der entsetzlichen Massenerschießung in der Kiewer Schlucht Babyn Jar im Jahr 1941, an denen die SS am über 30.000-fachem Judenmord beteiligt war, ehrte der kanadische Parlamentspräsident Anthony Rota einen ukrainisch stämmigen Veteranen aus dem Zweiten Weltkrieg nach der Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyi. Der „Ehregast“ war damals aber ein Mitglied der mörderischen SS. Dieser skandalöse Zwischenfall ist ein Beispiel für den kritiklosen Umgang mit der belasteten Geschichte der Ukraine. Die Tatsache, dass noch immer auch Straßen und Plätze nach dem NS-Verbrecher und Judenmörder Stepan Bandera benannt sind, dieser in der Ukraine glorifiziert wird und ihm zu Ehren Denkmäler errichtet werden, ist eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus und gleichzeitig eine inakzeptable Holocaustverharmlosung, die in der Ukraine unübersehbar staatlich legitimiert und sogar gefördert wird. (JR)

Rota nahm damit seinen Premier Justin Trudeau aus der Schusslinie, der den Vorfall „außerordentlich peinlich für das kanadische Parlament und damit alle Kanadier“ nannte. Es sei „zutiefst verstörend“, dass dieser Fauxpas passieren konnte, so Trudeau. Als der Skandal nicht abebben wollte, reichte Rota am Dienstag, 27.9. seinen Rücktritt als Parlamentspräsident ein.

Hartes Vorgehen gegen Trucker-Demos

Viele Kritiker erinnerten daran, wie Trudeau die kanadischen Trucker, die im Januar 2022 eine landesweite Sternfahrt zum selben Parlament in Ottawa organisierten, um für Bürgerrechte und Freiheit und gegen die Impfpflicht zu demonstrieren, mit „Nazisymbolik und rassistischen Zeichen“ in Zusammenhang brachte und von der Polizei niederschlagen ließ. Die Anführer der Trucker wie

Tamara Lich wurden aus nichtigen Gründen wochenlang inhaftiert und ihre Bankkonten anlasslos gepfändet, ein Novum in westlichen Demokratien.

Unter den friedlichen kanadischen Truckern, die breite Unterstützung in der ganzen kanadischen Gesellschaft genossen und im arktischen kanadischen Winter von Autobahnbrücken im ganzen Land zugejubelt wurde, mischten sich bei der Ankunft in Ottawa Ende Januar 2022 plötzlich Menschen mit US-Südstaatenfahnen und sogar einer Hakenkreuzfahne, die von allen Medien der Welt aufgegriffen wurde. Die Täter wurden nie ausfindig gemacht. Trudeau sprach von einer „Randgruppe“, die „Hass, Hetze und Rassismus“ verbreiten.

Justin Trudeau gilt als so etwas wie der Wortführer der „woken“ Linksblasser und lässt keine Gelegenheit aus, seine politischen Gegner als vermeintliche „Nazis“ und „Rechts-

extreme“ zu brandmarken. Im März nannte er Eltern, die gegen Transgender-Indoktrinierung in Schulen protestieren, „Rechtsextreme politische Akteure“ die „sich darin übertreffen, bereits vulnerable Gruppen mit Grausamkeit und Ausgrenzung anzugreifen.“

Obsession der Linken

In Trudeaus Welt seien „Elternrechte jetzt rechtsextrem“, so Michael Higgins in der National Post. Der Premierminister „spalte die Nation mit „hetzerischer Rhetorik“ und beleidige „Millionen von Eltern, indem er sie mit Extremisten, weißen Rassisten und Faschisten in einen Topf wirft“, so Higgins.

Es sei durchaus möglich, dass Trudeau und Rota keine Ahnung von Hunkas SS-Vergangenheit hatten, schrieb Spiked-Chefredakteur Brendan O’Neill im Spectator „auch wenn man nicht in Europäischer Geschich-

te promoviert haben muss, um zu vermuten, dass ein ukrainischer Soldat, der in den 1940er Jahren gegen die Russen kämpfte, wahrscheinlich etwas mit den Nazis zu tun hatte.“

Und doch sei der Hunka-Skandal „eine perfekte Momentaufnahme der merkwürdigen und fieberhaften Obsession der Linken mit dem Rechtsextremismus“, so O’Neill. „Sie instrumentalisieren die Schrecken der 1940er Jahre, um ihre heutigen Kritiker zu diffamieren, als ob jeder Trucker-Konvoi und jeder Eltern-Protest ein Vorbote eines neuen Viertes Reichs wäre. Aber wenn sie jemandem vor sich haben, der tatsächlich an den Schrecken der 1940er Jahre beteiligt war, lächeln und applaudieren sie.“

Der polnische Bildungsminister Przemyslaw Czarnek und der russische Regierungssprecher Dmitry Peskow haben nun die Auslieferung Hunkas gefordert.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Skandal bei UN-Generalversammlung

Ein besonders beschämendes Beispiel für den Israel-Hass ist die längst zu einer Karikatur ihres ursprünglichen Völkerverständigungs-Anliegens, zum Israelverurteilungs-Sprachrohr islamischer Unrechtsregime und zur moralischen Farce degenerierte, nahezu in jeder Hinsicht unnütze UNO. So wurde der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan neulich beim Verlassen der UN-Generalversammlung vom Sicherheitspersonal der UNO kurzzeitig festgenommen. Der Diplomat des jüdischen Staates hatte bei der Rede des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi als Zeichen des Protests das Bild von Mahsa Amini hochgehalten, einer unschuldigen iranischen Frau, die von der iranischen „Sittenpolizei“ ermordet wurde, weil sie angeblich einen Hidschab „unangemessen“ getragen hatte.

Dieser skandalöse Vorfall ist ein weiteres Kapitel in der langen Geschichte der anti-israelischen Voreingenommenheit der UNO. Seit seiner Gründung hat der UNHRC mehr Resolutionen zur Verurteilung Israels verabschiedet als gegen jedes andere Land der Welt.

Denkzettel an der Wahlurne

In Deutschland stehen diesen Monat wegweisende Landtagswahlen an. Am 8. Oktober können die Wähler in Bay-

ern und Hessen ihr Stimmen abgeben und neue Landesregierungen wählen. In Hessen kandidiert die überaus umstrittene amtierende Innenministerin Nancy Faeser als Spitzenkandidatin der SPD. Dementsprechend zeichnete sich ihre Politik in den letzten Wahlkampfmonaten entgegen ihrem bisherigen Wirken durch gezielte und bewusst angelegte Wählertäuschung aus. Dies gilt insbesondere für die von ihr und auch von Grün und Links plakativ unglaubwürdig und der reinen Wählerverdummung dienende angebliche Verschärfung der Migrationspolitik. Gleiches gilt für das überaus unglaubwürdige und verlogene Abrücken von den allzu irrsinnigen Teilen des Klima-Gagans, das die Grünen hier im Zuge ihrer Funktion als Klima-Sekte sowohl der Wirtschaft dieses Landes als auch seinen Menschen angetan haben. Es ist ganz und gar unverständlich, dass die bürgerliche Mitte immer noch duldet, dass eine Regierung, bei der die Akzeptanz der dort tonangebenden Parteien nicht einmal 30 Prozent erreicht weiter im Amt bleiben darf.

Eine Entgrünisierung der deutschen Regierung scheint spätestens beim nächsten Wählervotum ebenso unerlässlich wie eine interne Entmerkalisierung der CDU, um überhaupt noch zu nennenswerten Wahlergebnissen zu gelangen. Der mündige Wähler jedenfalls scheint die durchsichtigen Manöver der amtierenden Parteien zur ihrer

Machterhaltung immer mehr zu durchschauen.

SS-Ehrung bei Selenskyi-Besuch in Kanada

Nach der Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vor dem kanadischen Parlament, ehrte der dortige Parlamentspräsident Anthony Rota einen ukrainischstämmigen Veteranen aus dem Zweiten Weltkrieg – der „Ehregast“ war damals aber ein Mitglied der mörderischen SS.

Nach Angaben der Organisation Friends of Simon Wiesenthal Center (FSWC) diente der 98-jährige Jaroslaw Hunka während des Zweiten Weltkrieges in der 14. Waffen-Grenadier-Division der SS, auch bekannt als Waffen-SS-Division Galizien, die bei den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisation eingestuft wurde und an Kriegsverbrechen beteiligt war.

Dieser skandalöse Zwischenfall ist ein Beispiel für den kritiklosen Umgang des Westens mit der belasteten Geschichte der Ukraine. Die Tatsache, dass noch immer auch Straßen und Plätze nach dem NS-Verbrecher und Judenmörder Stepan Bandera benannt sind, dieser in der Ukraine glorifiziert wird und ihm zu Ehren Denkmäler errichtet werden, ist eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus und eine inakzeptable Holocaustverharmlosung, die in der Ukraine bislang ganz offensichtlich staatlich legitimiert

und sogar gefördert wird. Hierzu muss festgehalten werden, dass auch die berechtigte Kritik an Putin keinesfalls ein Freibrief sein kann für die Glorifizierung eines NS-Kollaborateurs, der unzweifelhaft für die Verschleppung und Ermordung tausender Juden verantwortlich ist, sondern einen Grund darstellt, die Betonung beim Umgang mit der Ukraine auch auf diesen durch und durch inakzeptablen Punkt zu legen.

Bedenklich ist auch die Art und Weise der Berichterstattung unserer grün und links durchseelten Main-Stream-Medien und unserer Politik, die trotz aller Juden-Gedenktags-Heuchelei an dieser Stelle bezeichnend leise sind.

Sie, verehrte Leser, können sich stets gewiss sein, dass die Jüdische Rundschau, genau das ausspricht und aussprechen wird, was die grün-linken, ideologisch-indoktrinierten Main-Stream-Erziehungs-Medien uns allzu gerne verschweigen oder verharmlosen.

Dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, allen seinen Freunden, unseren Lesern und uns allen wünschen wir in diesen überaus unruhigen Zeiten Frieden, Wohlergehen, Prosperität und alles erdenklich Gute.

Am Israel Chai!

**Ihr
Dr. Rafael Korenzecher**

Benjamin Netanjahu trifft US-Präsident Joe Biden: „Wir werden die Werte der Demokratien hochhalten“

Israels Premierminister Benjamin Netanjahu hat am 20. September bei seinem Treffen mit US-Präsident Joe Biden am Rande der UN-Generalversammlung in New York das Engagement des jüdischen Staates für die Demokratie bekräftigt. Zusammen könne man „Geschichte schreiben“, so das Staatsoberhaupt des jüdischen Staates. In seiner fesselnden Rede vor der UN-Generalversammlung verkündete der Premier zudem, Israel stehe vor einem historischen Frieden mit Saudi-Arabien. Er werde „eine breitere Versöhnung zwischen Judentum und Islam, zwischen Jerusalem und Mekka, zwischen den Nachkommen Isaaks und den Nachkommen Ismaels fördern“. Die Jüdische Rundschau druckt auszugsweise die historische Rede des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahus ab. (JR)

JNS.org

Auszüge aus Netanjahus Rede bei den Vereinten Nationen:

„Meine Damen und Herren!
Vor mehr als drei Jahrtausenden sprach unser großer Führer Moses zum Volk Israel, als es im Begriff war, das Gelobte Land zu betreten.

Er sagte, dass sie dort zwei Berge vorfinden würden, die einander gegenüberliegen: Den Berg Gerizim, auf dem ein großer Segen verkündet werden würde, und den Berg Elbal, auf dem ein großer Fluch lasten würde.

Mose sagte, dass das Schicksal des Volkes von der Entscheidung zwischen dem Segen und dem Fluch abhängen würde, die es treffen würde.

Diese Entscheidung gilt seit jeher nicht nur für das Volk Israel, sondern für die gesamte Menschheit. Wir stehen heute vor einer solchen Entscheidung.

Sie wird darüber entscheiden, ob wir die Segnungen eines historischen Friedens mit grenzenlosem Wohlstand und Hoffnung genießen oder den Fluch eines schrecklichen Krieges, von Terrorismus und Verzweiflung erleiden.

Als ich vor fünf Jahren das letzte Mal auf diesem Podium sprach, warnte ich vor den Tyrannen von Teheran. Sie waren nichts anderes als ein Fluch. Ein Fluch für ihr eigenes Volk, für unsere Region, für die ganze Welt. Damals sprach ich aber auch von einem großen Segen, den ich am Horizont sehen konnte.

Hier ist, was ich sagte. "Die gemeinsame Bedrohung durch den Iran hat Israel und viele arabische Staaten einander näher gebracht als je zuvor, in einer Freundschaft, die ich zu meinen Lebzeiten noch nicht erlebt habe."

Ich sagte: "Der Tag wird bald kommen, an dem Israel in der Lage sein wird, den Frieden über Ägypten und Jordanien hinaus auf andere arabische Nachbarn auszuweiten." In zahllosen Treffen mit führenden Politikern der Welt habe ich dafür plädiert, dass Israel und die arabischen Staaten viele gemeinsame Interessen haben und dass ich glaube, dass diese vielen gemeinsamen Interessen einen Durchbruch für einen breiteren Frieden in unserer Region ermöglichen könnten.

Heute applaudieren Sie, aber damals haben viele meinen Optimismus als Wunschdenken abgetan. Ihr Pessimismus beruhte auf einem Vierteljahrhundert guter Absichten und gescheiterter Friedensbemühungen. Warum waren dies gute Absichten, warum sind sie immer gescheitert? Weil sie auf einer falschen Vorstellung beruhten - dass kein anderer arabischer Staat seine Beziehungen zu Israel normalisieren würde, wenn wir nicht zuerst ein Friedensabkommen mit den Palästinensern abschließen würden. Ich habe mich seit langem bemüht, mit den Palästinensern Frieden zu schließen.

Aber ich glaube auch, dass wir den Palästinensern kein Veto gegen neue Friedensverträge mit arabischen Staaten einräumen dürfen. Die Palästinenser könnten von einem umfassenderen Frieden sehr profitieren. Sie sollten Teil des



Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu mit US-Präsident Joe Biden am Rande der UN-Generalversammlung am 20. September 2023 in New York.

Prozesses sein, aber sie sollten kein Vetorecht über den Prozess haben. Und ich glaube auch, dass ein Friedensschluss mit mehr arabischen Staaten die Aussichten auf einen Friedensschluss zwischen Israel und den Palästinensern erhöhen würde.

Sehen Sie, die Palästinenser machen nur 2 % der arabischen Welt aus. Solange sie glauben, dass die anderen 98 % in einem kriegsähnlichen Zustand mit Israel verharren werden, könnte diese größere Masse, diese größere arabische Welt den jüdischen Staat schließlich ersticken, auflösen, zerstören. Wenn die Palästinenser also sehen, dass der größte Teil der arabischen Welt sich mit dem jüdischen Staat versöhnt hat, werden auch sie eher bereit sein, die Fantasie der Zerstörung Israels aufzugeben und endlich einen Weg des echten Friedens mit ihm einzuschlagen. Jahrelang wurde mein Ansatz für den Frieden von den so genannten Experten abgelehnt. Nun, sie haben sich geirrt.

Nach ihrem Ansatz haben wir ein Vierteljahrhundert lang keinen einzigen Friedensvertrag geschlossen. Doch im Jahr 2020 haben wir mit dem von mir vertretenen Ansatz etwas anderes versucht, und in kürzester Zeit haben wir einen bemerkenswerten Durchbruch erzielt. In Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten haben wir vier Friedensverträge geschlossen. Israel schloss innerhalb von vier Monaten vier Friedensabkommen mit vier arabischen Staaten: den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Sudan und Marokko.

Die Abraham-Abkommen waren ein Dreh- und Angelpunkt der Geschichte. Und heute sehen wir alle die Segnungen dieser Abkommen. Der Handel und die Investitionen mit unseren neuen Friedenspartnern boomen. Unsere Nationen kooperieren in den Bereichen Handel, Energie, Wasser, Landwirtschaft, Medizin, Klima und vielen, vielen anderen Bereichen. In den vergangenen drei Jahren

haben fast eine Million Israelis die Vereinigten Arabischen Emirate besucht. Jeden Tag sparen die Israelis Zeit und Geld, indem sie etwas tun, was sie 70 Jahre lang nicht tun konnten. Sie fliegen über die arabische Halbinsel zu Zielen am Golf, in Indien, im Fernen Osten und in Australien.

Das Abraham-Abkommen leitete eine weitere dramatische Veränderung ein. Es brachte Araber und Juden näher zusammen.

Wir sehen das an den häufigen jüdischen Hochzeiten in Dubai, an der Einweihung einer Torarolle in einer Synagoge in Bahrain, an den Besuchern, die in das Museum des marokkanischen Judentums in Casablanca strömen. Wir sehen es am Unterricht, der arabischen Schülern in den VAE über den Holocaust erteilt wird.

Es steht außer Frage, dass das Abraham-Abkommen den Beginn eines neuen Zeitalters des Friedens einläutete. Aber ich glaube, dass wir an der Schwelle zu einem noch dramatischeren Durchbruch stehen: einem historischen Frieden mit Saudi-Arabien. Ein solcher Frieden wird einen großen Beitrag zur Beendigung des arabisch-israelischen Konflikts leisten. Er wird andere arabische Staaten ermutigen, ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren. Er wird die Aussichten auf einen Frieden mit den Palästinensern verbessern. Er wird eine breitere Versöhnung zwischen Judentum und Islam, zwischen Jerusalem und Mekka, zwischen den Nachkommen Isaaks und den Nachkommen Ismaels fördern. All dies ist ein enormer Segen.

Vor zwei Wochen sahen wir einen weiteren Segen bereits in Sicht. Auf der G20-Konferenz kündigten Präsident Biden, Premierminister Modi sowie europäische und arabische Staats- und Regierungschefs Pläne für einen visionären Korridor an, der sich über die arabische Halbinsel und Israel erstrecken wird.

Dieser Korridor wird Indien mit Europa durch Seeverbindungen, Eisenbahnverbindungen, Energiepipelines und Glasfaserkabel verbinden. Dieser Korridor wird die maritimen Engpässe umgehen und die Kosten für Waren, Kommunikation und Energie für über 2 Milliarden Menschen drastisch senken.

Was für eine historische Veränderung für mein Land!

Sehen Sie, das Land Israel liegt an der Schnittstelle zwischen Afrika, Asien und Europa. Und jahrhundertlang wurde mein Land immer wieder von Imperien überfallen, die es auf ihren Plünderungs- und Eroberungszügen durchquerten. Doch heute, da wir die Mauern der Feindschaft niederreißen, kann Israel zu einer Brücke des Friedens und des Wohlstands zwischen diesen Kontinenten werden. Der Frieden zwischen Israel und Saudi-Arabien wird wirklich einen neuen Nahen Osten schaffen. (...)

Vor Tausenden von Jahren stellte Moses die Kinder Israels vor eine zeitlose und universelle Wahl: "Siehe, ich stelle dich heute vor einen Segen und einen Fluch." Mögen wir weise zwischen dem Fluch und dem Segen wählen, die heute vor uns stehen. Nutzen wir unsere Entschlossenheit und unseren Mut, um den Fluch eines nuklearen Iran zu stoppen und seinen Fanatismus und seine Aggression zurückzudrängen.

Lassen Sie uns den Segen eines neuen Nahen Ostens herbeiführen, der Länder, die einst von Konflikten und Chaos heimgesucht wurden, in Gebiete des Wohlstands und des Friedens verwandeln wird.

Und mögen wir die Gefahren der künstlichen Intelligenz vermeiden, indem wir die Kräfte der menschlichen und der maschinellen Intelligenz vereinen, um eine glänzende Zukunft für unsere Welt einzuleiten, zu unserer Zeit und für alle Zeiten."

US-Wahlkampf: Der große Republikaner-Check

Der Wahlkampf für die nächste US-Wahl im November 2024 läuft an. Wen haben die Republikaner noch außer „Bad-Boy“ Donald Trump, der trotz der massiven Kampagnen gegen ihn bei den Wählern beliebt bleibt? Der große Kandidaten-Check liefert Ihnen einen umfassenden Überblick. (JR)



Von Roger Letsch

Wer ist der beste Präsidentschaftskandidat für die USA?

Wenn selbst Hannes Stein über den Mugshot von Donald Trump von einem „ziemlich guten Foto“ spricht, ist die Sache wohl ernst. Denn irgendwie hatte man sich das Foto wohl anders gewünscht. Müde, erschöpft und geschlagen wollte man ihn sehen, den „Orange Man“, nicht mit eiskaltem Racheblick, wie er nun von T-Shirts, Kaffeetassen und Stickern ins Elektorat gucken wird. Nur noch eine Anklage sei er von der Präsidentschaft entfernt, sagte Trump unmittelbar vor der Nachricht, sich dem Gericht ergeben und nach Georgia begeben zu sollen, um sich auch dort ererkennungsdienstlich behandeln zu lassen. Zumindest die Umfragewerte geben ihm recht: Er führt mit so großem Abstand das Bewerberfeld der Republikaner an wie wohl noch kein Kandidat seit 40 Jahren. Tendenz: von Anklage zu Anklage steigend. Vor Biden liegt er in den Umfragen indes nur sehr knapp.

Zeitlich hätte er es schaffen können, nach der ersten Debatte der Republikaner in Milwaukee nach Atlanta zum Fototermin zu fliegen, doch Trump nahm an dem Event der Bewerber nicht teil. Der Veranstalter Fox News habe das nicht verdient, er selbst habe das nicht nötig, so Trump. Außerdem werde er auf keinen Fall den geforderten Eid leisten, den am Ende siegrei-

chen Kandidaten der Republikaner zu unterstützen. Im Feld seien einige Kandidaten, die er niemals unterstützen werde. Auch mag für seine Abwesenheit eine Rolle gespielt haben, dass gerade die Staatsanwaltschaft in DC ihm einen Maulkorb verpasst hat, über bestimmte Aspekte seines Falles in der Öffentlichkeit zu sprechen, was in Trumps Wahlkampf, der sich hauptsächlich um ihn selbst und die Ereignisse von 2020 dreht, fast unmöglich durchzuhalten ist.

Die erste Debatte der republikanischen Herausforderer Bidens fand also ohne Trump statt, der zur gleichen Zeit in einem Interview mit Tucker Carlson auf Twitter-X zu sehen war. Laut Spiegel stachelte der „hart rechte Ex-Moderator Carlson Trump immer wieder an“, was schon eine sehr grotesk gefärbte Darstellung ist, denn selten plätscherte ein Interview eines Präsidentschaftskandidaten ruhiger dahin als eben dieses: Ein gefasster, gut aufgelegter Trump beklagt sich über die Behandlung seiner Person, und Tucker spielt Softball mit ihm. Kritische Fragen: Mangelware. Eine nette Unterhaltung mit gigantischer Reichweite (über 200 Millionen Impressionen) als Gegenveranstaltung zur eher klassischen, ja, klassizistischen Debatte auf Fox News. Sogar das „Bimmelimm“, welches die Redezeit der TV-

Kombattanten bei Fox begrenzte, wirkte wie aus der Zeit gefallen.

Wie ein BVB-Schal im Schalke-Fanblock Asa Hutchinson (bis Januar 2023 Gouverneur von Arkansas)

Das erste, was an Hutchinson auffällt, ist sein starker Akzent. Außer seiner starken Abneigung gegen Trump, versteht sich, den er für moralisch disqualifiziert hält. Von allen Kandidaten mochte das Publikum ihn offenbar am wenigsten. Mehr muss man über ihn und seine Aussichten, die Kandidatur zu gewinnen, wohl nicht wissen.

Chris Christie (bis 2018 Gouverneur von New Jersey)

Der Anti-Trump ist nach DeSantis die zweitliebste Zielscheibe des Ex-Präsidenten. Er kommt in der Debatte besser rüber, als sein Ruf vermuten lässt, und ist einer der wenigen Anwesenden mit Humor. Vivek Ramaswamy klinge wie ChatGPT, stichelt Christie. Er habe die Befürchtung, ein junger unerfahrener Typ wie Vivek werde am Ende genauso enttäuscht werden wie Obama. Später beschwert Christie sich scherzhaft, dass ausgerechnet er die Frage nach UFOs beantworten solle, nur weil eine Frau in

seinem Staat New Jersey welche gesehen haben will. Christie hat kaum mehr Chancen auf die Nominierung als Hutchinson, auch wenn er sich gern mit Reagan vergleicht, welcher als republikanischer Gouverneur aus einem „blue state“ gekommen sei und dann gegen einen Amtsinhaber (Carter) gewonnen habe. Christie mag eloquent sein, ein Reagan ist er sicher nicht.

Mike Pence (bis 2017 Gouverneur von Indiana, Vizepräsident unter Trump)

Sein ganzes Auftreten, sein starrer Blick, seine langen Sprechpausen... alles soll sagen: „Ich habe Erfahrung, ich bleibe ruhig, ich verhalte mich korrekt“. Die Fliege auf seinem Haar war das Aufregendste, was von Pence im Wahlkampf 2020 zu berichten war, und diese Aufregung scheint er in diesem Wahlkampf noch mal halbieren zu wollen. Pence ist anschlussfähig für die vielen unabhängigen Wähler, die ihn als Retter der Demokratie feiern, weil er Trumps Ansinnen, die „Wahl zu stehlen“, 2020 eine Absage erteilt habe. Der Trump-Basis ist Pence allerdings so verhasst wie ein BVB-Schal im Schalke-Fanblock, und bevor er im MAGA-Block eine Stimme bekommt, dürfte die Hölle Kühlzentrale für Kapt'n Iglo sein.

Ron DeSantis (Gouverneur von Florida)

Zweifellos ist Florida mit seiner boomenden Wirtschaft, wenig staatlicher Regulierung und niedrigen Steuern gerade das Erfolgsmodell unter den US-Bundesstaaten, und DeSantis' Politik hat daran großen Anteil. So viel Gutes kann man über seine Präsidentschaftskampagne gerade nicht berichten. Es gelingt ihm nicht, die böswilligen Falschbehauptungen („Don't-say-gay-bill“) in den Medien zu zerstreuen oder das Publikum landesweit zu begeistern. Das Wahlsystem Floridas wurde nach der Wahl im Jahr 2000 geradezu kugelsicher und transparent gestaltet und dürfte das modernste und sicherste im ganzen Land sein. Mir ist schleierhaft, warum DeSantis es nicht schafft, dies zum Exportschlager zu machen, ja, dies nicht einmal thematisiert. Er wirkt meist hölzern, seine Reden begeistern kaum, seine Ausbrüche wirken inszeniert. Es gibt Ausnahmen, auch in dieser Debatte. So, als die Moderatoren ein „yes or no“ zur „Bedrohung durch den Klimawandel“ von den Kandidaten fordern. DeSantis ruft „Sind wir Schulkinder?“ und fordert „Lasst uns darüber debattieren!“ Derzeit sieht es so aus, als würde DeSantis seine wenig erfolgreiche Kampagne neu starten, nachdem er einiges Personal ausgetauscht hatte. Trump an Radikalität noch überbieten zu wollen, statt die Skalierung erfolgreicher Florida-Politik zu versprechen, erwies sich als Gift in den Prognosen. Weder stünde DeSantis als VP für Trump zur Verfügung, noch würde der ihn je auswählen. Stattdessen arbeitet sich Trump seit Monaten an ihm ab.

Kugelsicheres Wahlsystem in Florida: Vivek Ramaswamy (Unternehmer)

Jung, Self-made-man, Migrationshintergrund, stets der Klügste im Raum – so könnte man Ramaswamy charakterisieren. Anders als Trump, der sich seine Gegner gern einzeln vorknöpft, schafft es Ramaswamy mit einem Halbsatz, gleich das gesamte Panel (und das halbe Publikum) gegen sich aufzubringen. Jeder außer ihm selbst sei hier doch „bestellt und bezahlt“, also irgendwie gekauft und bestochen. Eine Einschätzung, die angesichts der finanziellen Erfordernisse von Wahlkampagnen in der amerikanischen Politik nicht gänzlich falsch ist. Doch wer alle angreift, greift niemanden an. Was er erreicht, ist, dass alle Augen auf ihn gerichtet sind – und alle Gegenwehr. Nichts davon erreicht ihn persönlich oder kratzt seine Politikerlehre, auf die alle anderen Kandidaten große Stücke geben und sehr zornig werden, wenn sie angegangen wird. Ramaswamy ist kein Politiker, er kennt diese Ehrenhändler nicht, stellt sie aber auch nicht in Rechnung. Klimawandel? Nichts als Betrug! Das Buuhhh aus dem Publikum kommt prompt!

Und Ramaswamy legt nach: die Klimawandelpolitik sei schlimmer als der Klimawandel selbst, womit er nach dem Buuhhh gleich wieder Applaus erntet. Überhaupt schlägt das Publikum bei ihm am heftigsten an, in Zustimmung wie in Ablehnung hat er die größte Bandbreite. Immer ist er auf den Zehenspitzen, alert, schlagfertig, unterbricht, hakt nach, bleibt niemandem eine Beleidigung oder Spitze schuldig. Auf den giftigen Obama-Vergleich Christies entgegnet Ramaswamy lachend, Christie dürfe ihn jetzt ruhig umarmen, denn das habe er mit Obama ja auch so getan. Er hat sicht-

bar Spaß an der Provokation, riskiert eher, seine Meinung später korrigieren zu müssen, als eine klare Aussage zu verweigern.

Die Debatte in Milwaukee beherrscht er spielend. Und er vertritt als Einziger die Forderung, die angesichts der Probleme im Inland unpopulären Zahlungen an die Ukraine nicht weiter auszuweiten. Ramaswamy ist der einzige Kandidat im Feld, den Trump nie direkt angegriffen hat, was ihn sowohl als VP als auch als Reservekandidat und „MAGA-Erbe“ tauglich macht. Dass Ramaswamy, ähnlich wie Trump, ein politischer Neuling und Quereinsteiger ist, verstärkt diesen Eindruck. Ob die Egos von Trump und Ramaswamy aber wirklich kompatibel sind? Ich habe da so meine Zweifel, denn Trump duldet neben sich bekanntlich keine Sonne. Jedenfalls keine, die eloquenter und intelligenter ist als er selbst. Ramaswamys Hand war allerdings als erste und ohne Zögern oben, als die Moderatoren wissen wollten, wer Trump auch nach einer möglichen Verurteilung noch unterstützen würde. Loyalität ist eine Währung, in der Trump zahlt, was ihn allerdings auch mindestens das erste Jahr seiner ersten Amtszeit gekostet hat. Doch das ist eine andere Geschichte.

Nikki Haley (bis 2017 Gouverneurin von South Carolina, UN-Botschafterin bis 2018)

Angesichts des angehäuften Defizits sei es Zeit für einen guten Buchhalter im Weißen Haus, so Haley, die wohl von allen Kandidaten den längsten Anlauf für ihre Kandidatur genommen hat. Nach ihrem Rücktritt als Trumps UN-Botschafterin hielt sie sich beharrlich aus der großen Politik heraus und fütterte stattdessen ihre Social-Media-Accounts mit harmlosem Content wie öffentlichen Networking-Fotos in Clubs, Rathäusern, Partys oder familiärer Idylle. Sollte sie schon länger mit dem Gedanken an eine Kandidatur liebäugeln, dann im Verborgenen und via Gerücht. Sie war als UN-Botschafterin und ist in der Debatte schlagfertig, faktensicher, realistisch. Hinter Ramaswamy klar die zweite Gewinnerin.

Tim Scott (Senator von South Carolina)

Der Senator mit dem Duktus eines Predigers. Eine Attitüde, die er in Abstufungen bis zum Martin-Luther-King-Ähnlichkeitswettbewerb hochfahren kann. Humor hat er auch: „Ich komme aus dem Süden, ich rede langsam“. Sehr sympathisch, in der Debatte jedoch – man verzeihe mir den bösen Kalauer – recht farblos.

Doug Burgum (Gouverneur von North Dakota)

Doug wer...? Burgum weiß eigentlich selbst nicht recht, wie er in die Debatte gekommen ist und wirkt, als müsse er sich überwinden, zu sprechen, verhaspelt sich auch oft. Was er dann aber sagt, hat Hand und Fuß. Einen besonderen Punkt hat er in der Abtreibungsdebatte. Er sei gegen den Versuch, die Angelegenheit wieder auf Bundesebene zu heben, wie viele Reps dies – zum Leidwesen der letzten Zwischenwahlen und aktueller Umfragen – fordern. Man habe nicht 50 Jahre gegen Roe v. Waide gekämpft, nur um fünf Minuten nach der Entscheidung des Obersten Gerichts zu fordern, Washington solle wieder für alle entscheiden, nur diesmal anders. Nein, die Sache sei in den Bundesstaaten gut aufgehoben. Ich

würde Burgum als dritten Sieger in der Runde einordnen, wenngleich seine Chancen auf die Nominierung nahe Null sein dürften. Aber als Sidekick für Trump... denkbar.

Der Elefant im anderen Raum

Um eine Nominierung zu gewinnen, muss man so auftreten, als hätte man sie bereits in der Tasche. Derzeit gibt es nur einen, auf den das zutrifft – und das ist Joe Biden. Der Grund dafür ist weder seine „erfolgreiche Politik“, für die er den doppeldeutigen Begriff „Bidenomics“ verwendet, noch sein von Tag zu Tag schwächer werdendes politisches Licht. Vielmehr ist Kamala Harris seine politische Lebensversicherung. Bidens Entscheidung, Harris zum VP zu wählen, muss im Nachhinein als Drohung verstanden werden. „Sagt ihr mich ab, bekommt ihr sie!“ Eine Wahl mit Harris als Spitzenkandidatin könnte wohl auch ein republikanisches Schinkensandwich gewinnen.

Debatten mit anderen Dems wird sich Biden nicht stellen, alle Versuche, etwa durch Robert Kennedy Junior, ihn herauszufordern, werden ignoriert, und als Amtsinhaber muss Biden auch nicht begründen, warum. Ob es im eigentlichen Wahlkampf zu einem Treffen mit dem republikanischen Herausforderer kommt, ist ebenso fraglich. Man setzt lieber auf die Strategie, den Wählern Angst vor Trump einzujagen, und bei vielen Wechselwählern könnte das funktionieren. Schon die Vorstellung, für jemanden zu stimmen, dessen Konterfei auf Mugshots zu sehen ist und der viermal angeklagt und vielleicht auch verurteilt wird, ist vielen in der politisch eher uninteressierten Vorstadt-Mittelschicht zuwider.

Andererseits ächzt gerade diese Mittelschicht unter der galoppierenden Inflation, den hohen Energiekosten und den gestiegenen Zinsen, und es ist zudem schwer, die aktuellen politischen Volten noch der Vorgängerregierung in die Schuhe zu schieben. Und da sind ja noch die dicken Kerben in Bidens Brett: der vermasselte Truppenabzug aus Afghanistan, die vielen unschönen Details, welche die Untersuchungen des Geschäftsgebarens der Familie Biden durch den Kongress ans Licht bringt und als aktueller Höhepunkt die Reaktion Bidens auf die vielen Opfer der Brände auf Hawaii. Man kann nicht in eine Community gehen, die gerade hunderte Todesopfer durch die Feuer zu beklagen hat und darüber sprechen, dass man „beinahe“ mal seine geliebte 67er Corvette durch ein Feuer verloren habe! Bidens Corvette geht es bekanntlich bestens, wie wir seit dem Fund geheimer Dokumente in seiner Garage wissen, und ganz Hawaii zeigte ihm gerade den Mittelfinger.

Ganz zu schweigen davon, dass selbst viele harte Nevertrumper die politische Instrumentalisierung der Justiz gegen Bidens Rivalen kritisch sehen. Ein Telefonat Trumps mit dem ukrainischen Präsidenten, in welchem der nach dem Stand der Ermittlungen in Sachen Burisma fragte, war Gegenstand des ersten Impeachments gegen Trump. Der Vorwurf: Trump würde versuchen, die Justiz gegen seinen politischen Gegner in Stellung zu bringen. Biden hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht mal seine Kandidatur für 2020 erklärt, während Trump zum Zeitpunkt sämtlicher Anklagen gegen ihn schon der aussichtsreichste Kandidat der Republikaner war. Wie berechtigt

Trump's Neugier damals war, erfahren die Amerikaner gerade durch die Anhörungen im Kongress.

Was in den jeweiligen Paralleluniversen gedacht wird

Der liegt in den Umfragen stabil 30 bis 50 Prozent vor allen seinen Rivalen, ganz gleich, womit er beworfen wird. Er hat fast schon ein Geschäftsmodell daraus gemacht und sammelt fleißig Spenden ein. Die braucht er gerade in erster Linie für seine Prozesse, und für anderes bleibt auch kaum Zeit. Etwa dafür, den möglichen Wahlsieg 2024 durch geeignete (legale) Maßnahmen zu sichern. Etwa durch „Ballot Harvesting“, wo es erlaubt ist, durch mehr Wahlbeobachter und Freiwillige bei den Auszählungen und generell mehr Transparenz im Wahlprozess der einzelnen Bundesstaaten. Dazu sind legislative Prozesse nötig, die viel Vorlauf brauchen und für die es fast schon zu spät ist. Trump tritt ja im Grunde zu denselben Bedingungen wieder an, unter denen ihm die letzte Wahl „gestohlen“ wurde. Wenn sich aber prozedural nichts ändert, wie kommt Trump auf die Idee, es diesmal zu schaffen? Seine Untätigkeit in dieser Sache und sein Beharren, bei der Auszählung selbst sei einiges nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen, statt dafür zu werben, die legislativen Bedingungen, etwa das generelle Wählen per Briefwahl, zu reformieren, stärkt vielleicht seine Position Georgia-Prozess, schwächt aber seine Wahlchancen für 2024.

In Milwaukee haben wir laut Glenn Greenwald eine Debatte in einem Paralleluniversum erlebt, in welchem Trump nicht antritt. Trump wiederum tritt in einem Paralleluniversum zur Wahl an, in dem er immer noch glaubt, dass ihm niemand schaden kann, nur weil er eben Trump ist und das gern „deep state“ genannte Establishment in den vielen Drei-Buchstaben-Organisation ruhig und gelassen ihrer Zerschlagung entgegensieht. Im Paralleluniversum der Demokraten gibt es gleich gar keine ernsthaften Gegenkandidaten mehr, weil man sich derer vorab in Gerichtsverfahren entledigen kann und die Exekutive der ehemaligen Regierung sowie deren Anwälte gleich mit abräumt. Sollte das nicht genügen, sind im nächsten Schritt dann die „Unterstützernetzwerke“, also die Sponsoren, kritische Journalisten und Blogger dran, zu guter Letzt die „Falschwähler“ selbst. Schließlich kriegt man gemäß dem in Georgia gegen Trump in Stellung gebrachten RICO-Law (Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act) jeden „dran“, der dem „Mafiaboss“ auch nur eine Zeitung verkauft und dafür Geld genommen hat.

Wir dürfen also gespannt sein, ob die Abschaffung der Demokratie zum Zweck der Rettung derselben zuerst in den USA oder in Deutschland abgeschlossen sein wird. Wer glaubt, schon die US-Präsidentschaftswahlen 2016 und 2020 seien an Wendungen, Lautstärke, Kosten und Absurdität nicht zu überbieten gewesen, der sollte sich für 2024 auf einiges gefasst machen.

Roger Letsch, Baujahr 1967, aufgewachsen in Sachsen-Anhalt, als dieses noch in der DDR lag und nicht so hieß. Lebt in der Nähe von und arbeitet in Hannover als Webdesigner, Fotograf und Texter. Sortiert seine Gedanken in der Öffentlichkeit auf seinem Blog unbesorgt.de.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

Analyse: Das Oslo-Debakel

Vor drei Jahrzehnten unterzeichneten in Washington D.C. Terroristenanführer und PLO-Chef Yassir Arafat und der israelische Ministerpräsident Jitzhak Rabin unter den Augen des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton den Oslo-I-Vertrag. Das Abkommen beruhte auf dem seinerzeitigen Glauben Israels an „Land für Frieden“. Doch seither haben von Arafat über Abbas bis zur Hamas die sogenannten „Palästinenser“, trotz vielfachen Entgegenkommens, nicht eine Versöhnung mit Israel angestrebt, sondern den jüdischen Staat, mit nahezu unentwegtem Terror bekriegt. In den folgenden Jahren der mörderischen Angriffe auf Israel hat sich gezeigt, dass die Verhandlungen und die daraus resultierenden Abkommen, trotz bester Absicht Israels, keine historische Versöhnung, sondern ein episches Desaster waren. Statt Land gegen Frieden zu tauschen, gab Israel lediglich Land her gegen Terrorismus. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Es läuft immer nach dem gleichen Schema ab: Der Führer der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, sagt etwas Schreckliches und Antisemitisches. Einige in der internationalen Gemeinschaft und sogar Juden, die den Friedensprozess mit den „Palästinensern“ vehement unterstützen, zeigen sich bestürzt und fordern eine Entschuldigung. Das war die Reaktion auf Abbas' jüngsten Eklat, in dem er neben anderen abscheulichen Äußerungen die Judenverfolgung durch Adolf Hitler rechtfertigte.

Das ist entsetzlich, aber es unterscheidet sich nicht von ähnlichen Fällen, in denen Abbas seinen Hass auf Juden, die Leugnung der jüdischen Geschichte und sein völliges Desinteresse am Frieden zum Ausdruck gebracht hat. Ein ähnliches Muster zeigte sich letztes Jahr, als er bei einem Besuch in Berlin von der Frage über seine Beteiligung am Münchner Olympia-Massaker von 1972 ablenkte, indem er Israel fälschlicherweise beschuldigte, "50 Holocausts" begangen zu haben. Oder 2018, als er in einer Rede vor dem „Palästinensischen“ Nationalrat die gleichen antisemitischen Verschwörungstheorien über den Holocaust wiederholte. Dies hatte sogar einen Leitartikel der New York Times zur Folge, der Abbas zum Rücktritt aufforderte und einräumte, dass es kaum verwunderlich sei, dass ein Mann, der eine von Holocaust-Leugnung durchtränkte Doktorarbeit verfasst hatte, auf diese Weise handeln würde.

Hoffnung auf Frieden zerstört

Doch Abbas' jüngster Ausflug in die traditionellen Stereotypen des Judenhasses kam zur rechten Zeit, denn er erfolgte kurz vor dem 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Osloer Abkommens auf dem Rasen des Weißen Hauses am 13. September 1993. Dieses Ereignis ist vor allem durch das Foto in Erinnerung geblieben, das zeigt, wie Präsident Bill Clinton den Handschlag zwischen dem sichtlich zögernden israelischen Premierminister Jitzhak Rabin und dem selbstgefälligen Yasser Arafat inszeniert. Aber es waren Abbas und der israelische Außenminister Shimon Peres, die das Dokument an diesem Tag unterzeichneten.

Abbas' Antisemitismus und seine Ablehnung sollten bei jeder Diskussion über die Auswirkungen von Oslo im Vordergrund stehen, denn sie erklären, warum die großen Hoffnungen auf Frieden, die an diesem Tag geteilt wurden, durch jahrelangen Terrorismus zerstört wurden.

Doch wie der jüngste Vorstoß der Biden-Administration, weitere israelische Zugeständnisse an die „Palästinenser“ zu einem Teil des "Preises" zu machen, den Israel für die Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien zu zahlen hat, zeigt, dass die Machthaber nichts aus der Geschichte der letzten drei Jahrzehnte gelernt haben. Obwohl es alles andere als klar ist, dass eine Aus-



Yitzhak Rabin mit Bill Clinton und Yassir Arafat

weitung der Abraham-Vereinbarungen in naher Zukunft wahrscheinlich ist, wird die Übung von einigen altgedienten Oslo-Befürwortern wie dem Kolumnisten der New York Times, Thomas L. Friedman, gezielt als Trick eingesetzt, um eine israelische Regierung zu stürzen, die er für zu rechtslastig hält, und um die Hoffnung auf eine Zweistaatenlösung zu bewahren. Bidens außenpolitisches Team und die Verantwortlichen des außenpolitischen Establishments, die sich seit Jahrzehnten in allem geirrt haben, sollten sich durch nichts von ihrer fortgesetzten Verfolgung einer Idee abbringen lassen, die das Produkt wahnhafter Politiker war, die die Natur des Problems, das sie zu lösen versuchten, nicht verstanden.

Das Abkommen ist ein Desaster

Das Datum der Unterzeichnung von Oslo sollte in das kollektive Gedächtnis des jüdischen Volkes eingegraben werden. Aber es wird nur wenige, wenn überhaupt, Gedenkfeiern zu diesem Ereignis geben, das damals unter israelischen und amerikanischen Juden mit Feiern begangen wurde, die man nur als euphorisch bezeichnen kann.

Selbst die hartnäckigsten Befürworter von Land für Frieden haben längst aufgehört, das Abkommen zu loben. In Israel hat die überwältigende Mehrheit der Menschen in den folgenden Jahren des Terrorismus und des Blutvergießens gelernt, dass die Verhandlungen und die daraus resultierenden Abkommen keine historische Versöhnung, sondern ein episches Desaster waren, das auf Wunschdenken beruhte. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo die meisten liberalen Juden und die demokratische Regierung immer noch an der gescheiterten Osloer Formel "Land für Frieden"

festhalten, werden die Abkommen mit einer gewissen Verlegenheit betrachtet. Wahre Gläubige des Friedensprozesses suchen immer noch hartnäckig nach anderen Erklärungen für dessen Scheitern als der offensichtlichen, dass die „Palästinenser“ kein Interesse daran haben, ihren jahrhundertalten Krieg gegen den Zionismus und die Juden zu beenden.

Die Ermächtigung Arafats und der „Palästinenser“ war von den israelischen Architekten von Oslo als Mittel gedacht, um sie dazu zu bringen, ihre Hoffnungen auf die Zerstörung Israels im Austausch für einen unabhängigen Staat aufzugeben. Doch statt Land gegen Frieden zu tauschen, tauschte Israel lediglich Territorium gegen Terrorismus. Das hätte selbst den stumpfsinnigsten Beobachtern klar werden müssen, als die Jahre nach dem September 1993 eher zu mehr als zu weniger Anschlägen führten. Diese Erkenntnis hätte besiegelt werden müssen, als Arafat im Jahr 2000 in Camp David das Angebot von Clinton und dem israelischen Premierminister Ehud Barak ablehnte, den Gazastreifen, fast ganz Judäa und Samaria sowie einen Teil Jerusalems zu übernehmen. Stattdessen antwortete er mit einem terroristischen Zermürbungskrieg, der als zweite Intifada bekannt wurde und fünf blutige Jahre dauerte.

Arafat und Abbas wollten nie Frieden

Anstatt seine Hamas-Rivalen davon abzuhalten, den Terrorismus fortzusetzen, wie Rabin es glaubte, hörte Arafat nie auf, den Terrorismus gegen Israelis und Juden zu schüren, zu planen und zu bezahlen. Sein Nachfolger Abbas, der anfangs für weitaus vernünftiger gehalten wurde als sein früherer Chef, hat dasselbe getan. Jüdisches Blut wird

aufgrund der Fehler, die die Architekten von Oslo gemacht haben, weiterhin vergossen. Das soll nicht heißen, dass es nicht immer noch einige gibt, die Oslo rechtfertigen.

Sie argumentieren nicht ganz zu Unrecht, dass die Übergabe der Verwaltung eines Großteils von Judäa und Samaria an die „Palästinensische“ Autonomiebehörde Israel die schwierige Aufgabe abgenommen hat, die arabische Bevölkerung zu verwalten. Mit demselben Argument wird Ariel Sharons Entscheidung vom Sommer 2005 gerechtfertigt, alle israelischen Soldaten, Siedler und jüdischen Gemeinden aus dem Gazastreifen zu entfernen.

Zumindest in der Theorie haben beide Entscheidungen die Argumente gegen künftige israelische Zugeständnisse gestärkt. Vor Oslo waren die Argumente für Land für Frieden viel stärker als jetzt, da Arafat und Abbas bewiesen haben, dass sie die Legitimität eines jüdischen Staates nicht akzeptieren wollten, ganz gleich, was man ihnen anbot oder gab, ganz gleich, wo seine Grenzen gezogen würden.

Ein hoher Preis für die Israelis

Die Folgen von Oslo und des Abzugs aus dem Gazastreifen, der es ermöglichte, den Streifen in eine Terrorfestung und einen unabhängigen „palästinensischen“ Staat zu verwandeln, sind für die Israelis verhängnisvoll. Immer wieder sind sie gezwungen, ihre Kinder zu packen, alte Menschen zu warnen und während des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen mit Volldampf in die Luftschutzkeller zu rennen. Das ist ein hoher Preis, den man für einen Diskussionspunkt zahlen muss.

Aber sowohl Oslo als auch der Rückzug aus dem Gazastreifen werden von

einigen als notwendig erachtet, trotz des Schreckens, den sie hervorgebracht haben, weil im Streben nach Frieden alles versucht werden muss, auch wenn dabei Menschenleben verloren gehen.

So sehr die Befürworter Israels gelernt haben sollten, dass die Bereitschaft der „Palästinenser“, den Konflikt zu beenden, falsch eingeschätzt wurde, so sehr sollten sie auch verinnerlicht haben, dass die internationale Gemeinschaft, die Mainstream-Presse und die führenden Außenpolitiker Israel aufgrund der Risiken, die es eingegangen ist, und der Opfer, die es gebracht hat, nicht mehr Sympathie entgegenbringen als vor 1993.

Es ist sogar gut möglich, dass sie einem Israel, das bereit war, mit einem Terroristenverhandeln wie Arafat zu verhandeln, weniger Sympathie entgegenbringen. Anstatt den Mut Israels zu würdigen, sich den Gefahren der Ermächtigung von Terroristen um des Friedens willen auszusetzen, hat die Welt Oslo ganz anders interpretiert. Statt einer großzügigen Geste, bei der materielle Güter und Gebiete, auf die Israel mindestens

ebenso viel Anspruch hatte wie die Araber, im Tausch gegen die Hoffnung auf etwas Ruhe aufgegeben wurden, sah die internationale Gemeinschaft darin ein israelisches Schuldeingeständnis für das Festhalten an „gestohlenen“ Gütern.

Westen glaubt dem antiisraelischen Narrativ

Die meisten Israelis haben diese Lehren weitgehend verinnerlicht, wie die Wahlergebnisse beweisen, die den Oslo-Gegner Benjamin Netanjahu wiederholt ins Amt des Premierministers brachten. Aber der Erfolg der Bewegung gegen die Justizreform zeigt in gewisser Weise, dass die israelische Linke noch lange nicht am Boden liegt oder verstanden hat, wie falsch sie vor 30 Jahren lag, als sie die Geschicke des Landes lenkte.

Und solange die Vereinten Nationen immer noch das verlogene „palästinensische“ Narrativ von der Unrechtmäßigkeit Israels und seinem Status als „Apartheidstaat“ verbreiten, tut die internationale Gemeinschaft immer noch so, als hätte Oslo nicht gezeigt, dass die „Palästinenser“ nicht bereit

sind, Frieden zu schließen, egal, was man ihnen anbietet.

Das gilt auch für die Vereinigten Staaten, wo sich das außenpolitische Team von Biden von Abbas' Hassbekundungen nicht beirren lässt. Sie unterstützen nach wie vor finanziell eine „palästinensische“ Regierung, die von einem Holocaust-Leugner und Antisemiten geführt wird, und versuchen, Netanjahu zu unterminieren, in der vergeblichen Hoffnung, dass Abbas oder ein Nachfolger endlich ihre Politik rechtfertigen wird, Israel unter Druck zu setzen, damit es seine Sicherheit schwächt und seine Rechte auf Teile des alten jüdischen Heimatlandes aufgibt.

Drei Jahrzehnte „palästinensischer“ Verweigerung haben den Ruf nach mehr Land für Frieden, der Israel noch mehr Schaden zufügen wird, nicht vermindert.

Wenn man an die Zeit vor 30 Jahren zurückdenkt, kann man denjenigen keinen Vorwurf machen, die das Abkommen feierten, von dem man ihnen sagte, es würde den Konflikt beenden. Aber wir können diejenigen tadeln, die sich

weigern, Konsequenzen aus dem zu ziehen, was folgte. Das Streben nach Frieden ist eine ehrenwerte Aufgabe, aber wenn solche Bemühungen eher zu mehr Gewalt als zur Konfliktlösung führen und Antisemiten stärken - wie es in Oslo der Fall war -, dann ist es nicht gerechtfertigt, die guten Absichten der Beteiligten zu ehren. In einer Welt, in der der Antisemitismus gerade wegen des von Abbas geschürten Hasses auf Israel auf dem Vormarsch ist, sollten Aktionen, die Antisemiten stärken, die für die Ermordung von Juden verantwortlich sind, nicht als edel oder erstrebenswert angesehen werden. So sehr wir auch diejenigen ehren wollen, die bereit waren, den Frieden aufs Spiel zu setzen, sollte der 13. September 1993 als ein Tag der Schande für Israel und das jüdische Volk in Erinnerung bleiben.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Er ist außerdem leitender Mitarbeiter von The Federalist und Kolumnist für Newsweek sowie Autor für andere Publikationen. Folgen Sie ihm auf Twitter: @jonathans_tobin.

Wegen Einmischung in die Justizreform: Israel muss den deutschen Botschafter erneut abmahnen

Die israelische Regierung hat offiziell Beschwerde gegen den deutschen Botschafter Steffen Seibert eingelegt. Dies ist das zweite Mal, dass das israelische Außenministerium den deutschen Diplomaten rügen muss. Grund dafür ist seine einseitige, gegen die israelische Regierung gerichtete, plakative Teilnahme an der Anhörung des Obersten Gerichtshofs zur Änderung des israelischen Grundgesetzes bezüglich der sogenannten „Angemessenheitsklausel“. Die Abschaffung dieser Klausel ist Teil der Justizreform und wurde vom israelischen Parlament verabschiedet. Damit soll dem Obersten Gericht die Möglichkeit genommen werden, das Parlament juristisch zu bevormunden, in dem es nach eigenem und häufig von linker Seite stammendem Gutdünken demokratische Entscheidungen des Parlaments als „unangemessen“ einstuft und sie per Gerichtsdekret außer Kraft setzen kann. (JR)

Von Benjamin Weinthal

Es ist das zweite Mal, dass der deutsche Diplomat vom israelischen Außenministerium gerügt wurde, und das in nur etwas mehr als einem Jahr, in dem er als Vertreter Berlins tätig war.

Nach einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur (DPA) vom 18. September wurde die Beschwerde von Außenminister Eli Cohen durch den israelischen Botschafter in Deutschland, Ron Prozor, an Berlin übermittelt.

Am Morgen der Anhörung schrieb der deutsche Botschafter auf X (früher Twitter) "the place to be this morning". In seinem X-Beitrag sagte Seibert in einem Video: "Ich denke, etwas Wichtiges passiert hier für Israels Demokratie. Wir als Freunde Israels schauen mit großem Interesse auf das Oberste Gericht. Das wollte ich mir ansehen"

i24NEWS hat eine Presseanfrage an Seiberts Sprecherin Franziska Koch gestellt.

Im August erklärte Koch gegenüber i24NEWS: "Was die Äußerungen deutscher Politiker zur aktuellen Justiz- und Demokratiedebatte in Israel betrifft, gilt das, was Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am 28. Juli gegenüber dem Spiegel gesagt hat, auch für die Aussagen von Botschafter Seibert."

Baerbock hatte in einem Interview mit der führenden deutschen Wochenzeitung gesagt: "Ich sehe es als meine Verantwortung als Freund Israels an, meine Sorgen über den Umbau der Justiz und den Zustand der Gesellschaft im Lande offen und ehrlich mit unseren israelischen Partnern zu besprechen. Wenn zentrale Säulen eines Staates verschoben werden, ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens immens wichtig. Das zeigen nicht zuletzt die



Der deutsche Botschafter in Israel Steffen Seibert fällt regelmäßig negativ auf.

vielen Menschen, die seit Monaten unermüdlich auf die Straße gehen."

Auf die Frage nach einem Beitrag Seiberts auf X Anfang August, in dem Kritiker behaupteten, der deutsche Botschafter habe den Terrorismus der „Palästinenser“ mit jüdischer Gewalt verglichen, antwortete Koch: "Botschafter Seibert äußert sich auf seinem Twitter-Kanal zu aktuellen politischen Themen in Israel und nimmt im Namen der Bundesregierung Stellung. In seinem Tweet vom 5. August 2023 erwähnte er zwei schreckliche Ereignisse, die dieses Wochenende zu einem 'Wochenende der schrecklichen Gewalt' machten. Die Erwähnung von zwei gewalttätigen Ereignissen ist nicht unbedingt ein Vergleich oder eine Gleichsetzung."

Keine diplomatischen Erfahrungen

Seibert, der als langjähriger Pressesprecher der ehemaligen Bundeskanzlerin

Angela Merkel tätig war, hatte weder diplomatische noch konkrete regierungspolitische Erfahrung, bevor er im August 2022 zum Botschafter in Israel ernannt wurde. Seitdem hat der deutsche Botschafter die israelische Regierung mehrfach wegen seiner offensichtlichen Haltung zum israelisch-„palästinensischen“ Konflikt verärgert.

Das israelische Außenministerium bestätigte gegenüber i24NEWS, dass es Seibert im Juni zu einer ersten formellen Rüge vorgeladen hat, nachdem er „palästinensische“ Terroristen geehrt und die Legitimität des israelischen Unabhängigkeitstages untergraben hatte. Dies war eine Reaktion auf die Teilnahme des deutschen Botschafters an einer umstrittenen alternativen Gedenkfeier in Tel Aviv.

Kritiker warfen Seibert vor, einen der wichtigsten Feiertage Israels, den Gedenktag für die gefallenen Soldaten der israelischen Kriege und die Opfer des

Terrorismus, zu verunglimpfen, indem er an der Veranstaltung teilnahm, die sowohl israelische als auch „palästinensische“ Opfer des Konflikts ehrt, darunter auch „Palästinenser“, die Terroranschläge gegen Israelis verübt haben.

Immer wieder negativ aufgefallen

Der zweite Grund für die Rüge war das Verhalten des deutschen Botschafters am folgenden Tag, dem israelischen Unabhängigkeitstag. Seibert prahlte offenbar damit, dass er der deutschen Luftwaffe befohlen hatte, sich nicht den USA, Großbritannien und Italien anzuschließen, die im Rahmen eines gemeinsamen Überflugs zum 75.

Als dritter Grund wurde angeführt, dass Seibert deutsche Diplomaten bei zwei Gelegenheiten angewiesen haben soll, nicht in der Altstadt von Jerusalem zu fotografieren, da Deutschland diese als "besetztes Gebiet" betrachte.

Der deutsche Botschafter geriet im Dezember auch in die Kritik, weil er eine angeblich israelfeindliche Nichtregierungsorganisation gelobt hatte. In einer Reihe von X-Postings lobten Seibert und der deutsche Gesandte in Ramallah, Oliver Owczar, die angeblich israelfeindliche NGO Ir Amim, nachdem sie eine Tour mit der Gruppe unternommen hatten. Einem Bericht der in Jerusalem ansässigen NGO Monitor aus dem Jahr 2021 zufolge hat Ir Amim Israels Sicherheitsbarriere kritisiert und dabei den Zusammenhang zwischen „palästinensischen“ Terroranschlägen und israelischen Sicherheitsbedenken ausgelassen.

Benjamin Weinthal ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Nahost-Forums.

Dieser Artikel erschien zuerst bei i24NEWS

Die Trump-Anklage kriminalisiert allzu durchsichtig den politischen Dissens

Die geradezu in Serie unentwegt vorgenommenen Anklagen und mit immer neuen Anwürfen vorgenommenen Ermittlungen gegen den ehemaligen Präsidenten Donald Trump sollen kaum noch verhohlen die US-Präsidentschaftswahlen 2024 manipulieren und eine etwaige zukünftige Wahl-Anfechtung besonders seitens der Republikaner kriminalisieren. So klagt ein sogenannter Sonderermittler bereits heute den damaligen Präsidenten Trump wegen angeblich versuchter Einflussnahme auf das Wahlergebnis 2020 an. Dabei hat die Biden-Kampagne schon im Jahr 2020 sogar rund 20 Millionen Dollar für mehr als 60 Nachwahlklagen ausgegeben, was weitestgehend unerwähnt bleibt. Bei dieser Anklage geht es nicht nur um die Bedrohung eines ehemaligen Präsidenten, sondern um die Bill of Rights. Hier steht nicht weniger auf dem Spiel als die Frage, ob Amerika auch in Zukunft als normgebender Hort der Freiheit überleben wird. (JR)

Von Daniel Greenfield

Frühere Anklagen gegen den ehemaligen Präsidenten hatten alle Arten von juristischem Neuland betreten, indem sie Vergehen in Verbrechen umwandeln und entschieden, dass die Verjährungsfrist nur ein Vorschlag ist, aber die Anklageschrift des demokratischen Sonderberaters Jack Smith vom 6. Januar kriminalisiert Wahl-anfechtungen. Oder zumindest Wahlanfechtungen gegen Demokraten. Und damit auch jeden politischen Dissens.

In der Anklageschrift vom 6. Januar wird behauptet, Trumps Wahlanfechtungen seien ein Verbrechen. Was bietet diese jüngste Anklageschrift, was die früheren Anklagen nicht taten? Sie soll alle Republikaner einschüchtern, die das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2024 anfechten wollen.

Die Demokraten begnügen sich nicht damit, den führenden GOP-Vorwahlkandidaten anzuklagen, um die Wahl zu manipulieren, sondern kriminalisieren die politische Opposition vor und nach der kommenden Wahl.

Die Anklageschrift liest sich eher wie ein Leitartikel der Washington Post, in dem behauptet wird, dass Trump "entschlossen war, an der Macht zu bleiben" und deshalb "Lügen" über einen Wahlbetrug verbreitete, um "eine intensive nationale Atmosphäre des Misstrauens und der Wut zu schaffen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Verwaltung der Wahl zu untergraben."

Zweierlei Maß bei den Demcrats

Wenn die Behauptung, eine Präsidentschaftswahl sei gestohlen worden, illegal ist, wo bleibt dann die Anklage gegen Al Gore? Keiner der Demokraten wurde jemals angeklagt, weil er behauptet hatte, George W. Bush sei durchhängende Stanzreste gewählt worden, weil er seine Wahl beide Male im Kongress angefochten hatte, oder weil er Lügen verbreitet und Ermittlungen eingeleitet hatte, weil er behauptet hatte, Trump sei von den Russen gewählt worden, selbst wenn er dies getan hatte, um "eine intensive nationale Atmosphäre des Misstrauens und der Wut zu schaffen."

Wenn Demokraten Lügen über eine Wahl verbreiten, bekommen sie Buchverträge und Abendprogramme auf MSNBC, und manchmal, wie Gore, bekommen sie sogar Oscars und Friedensnobelpreise.

Die Anfechtung von Wahlen ist eine traditionelle Praxis, die über zwei Jahrhunderte zurückreicht, bis zu den Präsidentschaftswahlen von 1800. Freie Nationen mit offenen Wahlen haben keine Angst vor Wahlanfechtungen, und die Demokraten haben ein Vermögen für ihre eigenen Wahlanfechtungs Bemühungen ausgegeben. Die Biden-Kampagne hat im Jahr 2020 20 Millionen Dollar für mehr als 60 Nachwahlklagen ausgegeben.

Smith, ein langjähriger Kumpel der Demokraten, wird weder Biden noch Marc Elias anklagen. Stattdessen erhebt er Anklage gegen Trump wegen erfunde-



Donald Trump will 2024 wieder als Präsidentschaftskandidat antreten.

ner Straftaten wie "Behinderung und Erschwerung des Kongressverfahrens vom 6. Januar", einer "Verschwörung gegen das Wahlrecht" und einer Verschwörung zur "Behinderung" der "rechtmäßigen Funktion der Bundesregierung, durch die die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen gesammelt, ausgezählt und von der Bundesregierung bestätigt werden."

Die Beschreibung öffentlich durchgeführter Wahlanfechtungen als Versuch, die Regierung der Vereinigten Staaten zu "betrügen", macht aus § 371 des 18. U.S. Code ein offenes Instrument zur Unterdrückung eines breiten Spektrums politischer Meinungsverschiedenheiten. Die Behandlung von Lobbyarbeit oder jeder Art von Befürwortung als Äquivalent zu Zeugenbeeinflussung macht § 1512 des 18. U.S. Code zu einer Waffe gegen praktisch jeden, der versucht, eine Funktion der Regierung zu beeinflussen. Das heißt, praktisch jeder, der an Politik interessiert ist. Und schließlich wird durch den Einsatz von § 241 des 18. U.S. Code, der ursprünglich zur Bekämpfung des KKK gedacht war, gegen Trump und alle, die versuchen, rechtmäßige Wahlergebnisse zu überprüfen, Wahlbetrug zu einem Bürgerrecht.

Böswillige Missbrauch der Bundesgesetze

Abgesehen von dem böswilligen Missbrauch der Bundesgesetze, um einen politischen Gegner ins Visier zu nehmen, wird Smiths Anklage zu einer beispiellosen Unterdrückung der politischen Opposition führen, die weder mit Trump noch mit der Präsidentschaftswahl 2024 enden wird. Smith hat nichts Geringeres getan, als Teile des Gesetzes zu nutzen, um eine kriminelle Infrastruktur aufzubauen, mit der die meisten politischen Parteien und Aktivitäten auf einem Niveau wie im kommunistischen China oder Russland verboten werden können.

Dies war der totalitäre Zustand, den Russia-Gate nur angedeutet hatte, der aber mit einer Anklage, die nicht nur verfassungswidrig ist, sondern jede Art von

offenem politischem System durch einen paranoiden Überwachungsstaat zu ersetzen sucht, der rücksichtslos jede Bedrohung der "Demokratie" ausmerzt, indem er bestehende Gesetze missbraucht, um politische Gegner gezielt ins Visier zu nehmen und zu inhaftieren, seinen Höhepunkt erreicht.

Und das ist es, was hier wirklich auf dem Spiel steht.

Die Anklageschrift vom 6. Januar stützt sich stark auf redaktionelle Ausführungen über die Bedrohung der Demokratie und beschuldigt den ehemaligen Präsidenten der "destabilisierenden Lügen über Wahlbetrug", die "auf eine grundlegende Funktion der Bundesregierung abzielen", ohne jedoch zu begründen, warum die Infragestellung von Bundesfunktionen ein Verbrechen sein sollte. Wenn es ein Verbrechen wäre, Lobbyarbeit bei den Gesetzgebern der Bundesstaaten zu betreiben und nach alternativen Wahlmännern zu suchen, dann wäre praktisch jeder einzelne Präsident vor 1900 eingesperrt worden. Ganz zu schweigen von aufstrebenden politischen Persönlichkeiten wie Alexander Hamilton. Und jedes Mal, wenn die Demokraten eine Wahl verlieren, schmieden sie Pläne zur Abschaffung des Wahlmännerkollegiums und versuchen, dies durch die Hintertür mit Hilfe umfassender Maßnahmen wie dem National Popular Vote Interstate Compact (NPVIC) zu erreichen.

Parteiische Meinungen des Staatsanwalts

Sollten der NPVIC und die daran teilnehmenden Staaten als kriminelle Verschwörung gegen eine "Grundfunktion der Bundesregierung" behandelt werden? Die Anklageschrift von Smith hat einen Präzedenzfall geschaffen.

In der Anklageschrift werden Trump und seine Mitarbeiter wiederholt des "Betrugs" beschuldigt, und zwar unter der für die Demokraten selbstverständlichen Annahme, dass Biden die Wahl gewonnen hat und diese deshalb angefochten werden muss. Smiths Anklageschrift

stützt sich bei seinen Betrugsvorwürfen auf die Behauptungen seiner eigenen Partei und bedient sich dabei einer Rhetorik wie "unbegründete Betrugsvorwürfe", "Scheinwahluntersuchungen" und "falsche Behauptungen über Wahlbetrug". All dies sind die parteiischen Meinungen des Staatsanwalts und nicht das Gesetz.

Und genau darauf läuft die Anklage hinaus. Ist es illegal, eine andere Meinung als die der Demokraten zu vertreten? Wenn das so ist, wie Smith in seiner Anklageschrift behauptet, dann sind auch alle Formen der politischen Opposition illegal.

Die Demokraten und ihre Medien behaupten, die Anklageschrift sei unpolitisch, obwohl sie nicht nur das Produkt politischer Voreingenommenheit ist, sondern auch nur als politisches Dokument der Demokraten existieren kann, das für ein Rechtssystem unabhängig von seinen Voreingenommenheiten keine Bedeutung hat. In der Weltanschauung der Demokraten hat Trump "falsche Behauptungen" über eine Wahl aufgestellt, die er verloren hat. Aber wie so vieles in der Politik ist auch das eine Meinung und keine Tatsache.

Man kann Menschen für das anklagen, was sie tun, nicht für das, was sie glauben, und dennoch hämmert Smith wie besessen auf das ein, was Trump geglaubt hat, denn ohne das gibt es kein Verbrechen. Und wenn es ohne eine Überzeugung kein Verbrechen gibt, dann hat es auch nie ein Verbrechen gegeben.

Es geht um die Bill of Rights

Die Demokraten haben die letzten zwei Generationen damit verbracht, politischen Dissens zu kriminalisieren. Umweltaktivisten fordern, dass Öl- und Gasunternehmen wegen Betrugs angeklagt werden, weil sie die globale Erwärmung "leugnen". Polizeibehörden müssen mit Bürgerrechtsuntersuchungen rechnen, wenn sie Behauptungen über systemischen Rassismus in Frage stellen. Die Anklage vom 6. Januar ist Teil eines totalitären Programms, das die Idee des politischen Dissens und die zentrale Rolle der Debatte auf dem Markt der Ideen in unserem System ablehnt.

Bei dieser Anklage geht es nicht nur um die Bedrohung eines ehemaligen Präsidenten, sondern um die Bill of Rights.

Wenn Smiths Anklage vom 6. Januar Erfolg hat, stirbt die Freiheit und abweichende Meinungen werden illegal. Eine andere Meinung als die der Linken wird nicht mehr nur zum Verlust des Arbeitsplatzes oder zu Auseinandersetzungen in den sozialen Medien führen, sondern zu Verhaftungen, Gerichtsverfahren und Gefängnisstrafen. Hier steht auf dem Spiel, ob Amerika überleben wird.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine des Zentrums.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Gatestone Institute.

Abbas zeigt erneut seinen ungeheuerlichen Judenhass und der Westen heuchelt Empörung

Im Gegensatz zu den Behauptungen des Westens und unserer Politik, Abbas sei ein besonnener und moderater Politiker, hat der Anführer der sogenannten „Palästinensischen“ Autonomiebehörde Mahmoud Abbas wieder einmal seinen puren und unveröhnlichen Judenhass gezeigt. In einer Rede vor dem Revolutionsrat der Fatah sagte er empörenderweise und geschichtlich falsch, Hitlers Nazis hätten den Holocaust nicht aus Hass auf das jüdische Volk verübt, sondern wegen der „sozialen Rolle“ der Juden beim Wucher. Mit anderen Worten, er dämonisierte die Juden und machte sie selbst für den an ihnen verübten Holocaust verantwortlich. Der Westen heuchelt mehr schlecht als recht Empörung. Dennoch drückt er Abbas weiterhin hunderte Millionen in die Hand, um einen Terrorkrieg gegen jüdische Frauen, Kinder und Männer zu finanzieren. (JR)

Von Melanie Phillips/JNS.org

Mahmoud Abbas, Präsident der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde sagte in einer Rede vor dem Revolutionsrat der Fatah, Hitlers Nazis hätten den Holocaust nicht aus Hass auf das jüdische Volk verübt, sondern wegen der „sozialen Rolle“. Er sagte auch einmal, dass Israels Gründungsvater David Ben-Gurion jüdische Einrichtungen in arabischen Ländern angegriffen habe, um die Juden dort zur Auswanderung nach Israel zu bewegen. Das war nicht nur eine Lüge, sondern auch eine Verharmlosung der ethnischen Säuberung, die an den dort lebenden Juden, seit der Gründung des Staates Israel 1948, begangen worden ist.

Überall im Westen haben die Menschen mit Entsetzen und Empörung auf Abbas' Äußerungen reagiert. Führende Politiker der USA, der EU, Großbritanniens und Frankreichs haben sie scharf verurteilt. Diese Reaktion ist jedoch eine ekelregende Heuchelei. Warum sind plötzlich alle so entsetzt? Abbas und seine Gefolgsleute sagen solche Dinge schon seit Jahrzehnten.

Martin Indyk, der jüdische Analyst für Außenbeziehungen, der von 2013 bis 2014 als US-Sondergesandter für israelisch-„palästinensische“ Verhandlungen fungierte, twitterte (an den Kampfmannen von Abbas gerichtet): "Ich habe verzweifelt überlegt, wie ich auf Abu Mazens zutiefst antisemitische Hetzrede reagieren soll. Wie kann jemand, der mich drei Jahrzehnte lang wie einen persönlichen Freund behandelt hat, gleichzeitig solch hasserfüllte Ansichten über mein Volk hegen?"

Die einzig mögliche Reaktion darauf ist, an Martin Indyk zu verzweifeln. Wie konnte jemand in seiner Position den abgrundtiefen Judenhass von Abbas nicht verstehen?

Abbas hetzt seit Jahrzehnten

Schon vor 18 Jahren sagte Abbas fast genau das Gleiche wie letzten Monat. In einer Rede vor der „Palästinensischen“ Befreiungsorganisation behauptete er, die in Europa lebenden Juden hätten seit dem 11. Jahrhundert "wegen ihrer gesellschaftlichen Berufe gelitten - das jüdische Problem, das sich gegen die Juden in Europa ausbreitete, war also nicht wegen ihrer Religion, sondern wegen des Wuchers und der Banken".

Seine Haltung war durchweg konsequent. In dem Buch, das er 1984 auf der Grundlage seiner Doktorarbeit schrieb, die er zwei Jahre zuvor an der von der Sowjetunion unterstützten Patrice-Lumumba-Universität verfasst hatte, behauptete er, dass die zionistischen Führer mit den Nazis konspiriert hätten, um den Holocaust durchzuführen und "die Massenvernichtung auszuweiten", um die jüdische Auswanderung nach Palästina voranzutreiben, und dass Israels Verhaftung und Hinrichtung des Architekten des Holocaust, Adolf Eich-



Mahmoud Abbas spricht seinen Judenhass seit Jahrzehnten unverhohlen aus.

mann, eine Vertuschung gewesen sei, um diese Konspiration zu verbergen.

Abbas' eigene Haltung und Politik sind in der Tat vom Nationalsozialismus geprägt. Er verehrt offen Hitlers Verbündeten, den Großmufti von Jerusalem Haj Amin al-Husseini, der versprochen hatte, alle Juden im Nahen Osten zu vernichten, falls Hitler den Krieg gewinnen sollte. Die von ihm geleitete Presseagentur verbreitet ständig eine Dämonisierung der Juden im Stil der Nazis.

Judentum und Israel untrennbar

In der Tat sind Judentum und Israel untrennbar miteinander verbunden. Die Juden sind das einzige Volk, für das das Land Israel jemals sein nationales Königreich war. Dieses Königreich war Jahrhundertlang vor der Entstehung des Islam souverän über das Land und die Araber waren eine der vielen Wellen von Invasoren, die auf das jüdische Exil folgten. Die „palästinensischen“ Araber versuchen immer wieder, diese Tatsache zu leugnen, indem sie versuchen, das jüdische Volk aus ihrer eigenen Geschichte auszulöschen.

Aus diesem Grund wiederholte Abbas auch die unbegründete Theorie, dass die aschkenasischen Juden nicht von den alten Israeliten abstammen, sondern von einem alten "tatarischen" Volk, den Chasaren. In Wirklichkeit waren die Chasaren keine Tataren, sondern ein Turkvolk, und Abbas' Behauptung wurde wiederholt durch genetische Studien widerlegt, die die jüdische Abstammungslinie bis in die Antike zurück belegen.

Abbas hat seine Chasaren-Behauptung aufgestellt, um Israel zu delegitimieren, indem er nicht nur behauptet, dass die Juden nie zuvor in diesem Land waren, sondern dass sie überhaupt keine Juden sind. Er begnügt sich nicht damit, die Juden aus ihrer eigenen Geschichte auszulöschen, sondern versucht, ihre Identität ganz und gar auszulöschen.

Diesmal hat er sich jedoch in einem heiklen Moment verplappert. Da ein Großteil der arabischen Welt die Hände in Unschuld wäscht, ist die Unterstützung des Westens für die „Palästinenser“ die letzte verbleibende Hoffnung, Israel zu besiegen. Plötzlich ist Abbas' abgrundtiefer Judenhass daher zu einer Gefahr geworden, die es zu neutralisieren gilt.

Heuchlerische Distanzierung

Deshalb haben „palästinensische“ Intellektuelle einen offenen Brief unterzeichnet, in dem sie „die moralisch und politisch verwerflichen Äußerungen“ von Abbas unmissverständlich verurteilen und „jeden Versuch, Antisemitismus, Nazi-Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Geschichtsrevisionismus in Bezug auf den Holocaust zu verharmlosen, zu verdrehen oder zu rechtfertigen, entschieden zurückweisen (...) Das palästinensische Volk ist durch den israelischen Siedlerkolonialismus, die Enteignung, die Besetzung und die Unterdrückung ausreichend belastet, ohne dass es die negativen Auswirkungen solch ignoranter und zutiefst antisemitischer Erzählungen ertragen muss, die von denen verbreitet werden, die behaupten, in unserem Namen zu sprechen.“

In der Tat sind "Siedlerkolonialismus, Enteignung, Besetzung und Unterdrückung" Lügen, die von Leuten verbreitet werden, die meinen, Israel sollte nicht existieren.

Es überrascht daher nicht, dass sich unter den Unterzeichnern eine große Zahl von Antisemiten und Terrorbefürwortern befindet. Refaat Alareer zum Beispiel twitterte 2012: "Sind die Juden böse? Natürlich sind sie das." Huwaida Arraf hat Israel mit Nazideutschland gleichgesetzt, die Hamas verteidigt und gesagt: "Israel hat kein Recht auf einen jüdischen Staat." Noura Erakat hat laut einer 2019 eingereichten Klage gegen die Columbia University "Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt, Juden als ange-

borenen Hang zur Herrschaft verteuflert, für die Vernichtung des jüdischen Staates plädiert und die jüdische Verbindung zum Land Israel geleugnet."

Die Website Elder of Ziyion hat aufgedeckt, dass ein weiterer Unterzeichner, Khalil al-Shakaki, der das „palästinensische“ Zentrum für Umfrageforschung leitet, gegenüber einer „palästinensischen“ Zeitung zugab, dass der eigentliche Zweck des Briefes darin bestand, den Schaden zu reparieren, der der „palästinensischen“ Sache durch die Enthüllung des „palästinensischen“ Judenhasses zugefügt wurde. Shakaki sagte: "Wir werden in der Welt respektiert und unterstützt, und wenn die Welt spürt und sieht, dass das palästinensische Volk das unterstützt, was [Abbas] gesagt hat, bedeutet das für sie, dass das palästinensische Volk rassistisch ist, und das bedeutet für sie, dass es einen rassistischen Siedlerkolonialismus und auch rassistische Palästinenser gibt, und deshalb werden sie uns und die Israelis in denselben dunklen Graben stellen."

Sorge um Glaubwürdigkeit der Judenhasser?

Diese Besorgnis ist auch der Grund für viele westliche Reaktionen auf Abbas' Äußerungen. Die EU erklärte, die Äußerungen spielten "denen in die Hände, die keine Zweistaatenlösung wollen, für die sich Präsident Abbas wiederholt eingesetzt hat". Im Nachhinein fügte sie hinzu: "Darüber hinaus trivialisieren sie den Holocaust [sic] und schüren damit den Antisemitismus und sind eine Beleidigung für die Millionen von Opfern des Holocaust und ihre Familien."

Auch heute noch können solche Leute das wahre Ausmaß des Antisemitismus nicht anerkennen. Noch immer können sie nicht begreifen, dass der arabische Judenhass nicht nur einer "Zweistaatenlösung" im Wege steht. Er ist der Grund dafür, dass es diese Lösung nie gegeben hat.

Abbas' Bigotterie steht tatsächlich der westlichen Fantasie im Weg, dass ein „palästinensischer“ Staat den Konflikt zwischen den „palästinensischen“ Judendmördern und ihren israelischen Opfern irgendwie beenden wird. Sie steht dem festen Glauben des Westens im Weg, dass Israel zu hassen nicht dasselbe ist wie die Juden zu hassen.

Das Ergebnis ist, dass die „palästinensische“ Sache des Westens eingefleischte Judenhasser fördert, ermutigt und finanziert, deren Ziel es ist, die jüdische Geschichte und Identität auszulöschen. Das erklärte Entsetzen der Menschen im Westen über den Antisemitismus von Mahmoud Abbas ist also ihr üblicher Humbug, der dafür sorgt, dass der „palästinensische“ Krieg gegen Israel niemals endet.

Melanie Phillips, eine britische Journalistin, Rundfunksprecherin und Autorin, schreibt eine wöchentliche Kolumne für JNS. Derzeit ist sie Kolumnistin für die Times of London.

„Tag der offenen Moschee“ am 3. Oktober: Provokation statt Integration

Es ist kein Zufall, dass der sogenannte „Tag der offenen Moschee“ ausgerechnet auf den höchsten deutschen Staatsfeiertag, den Tag der Deutschen Einheit, gelegt worden ist. Betrachtet man die insgesamt festzustellende Integrationsunwilligkeit eines nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung mit islamischem Migrationshintergrund, so scheint es vielmehr Ausdruck einer kulturellen Aneignung durch den Islam zu sein. (JR)

Von Julian M. Plutz

Vor 17 Jahren veröffentlichte Henryk M. Broder das Buch „Hurra, wir kapitulieren - Die Lust am Einknicken“. Das Buch behandelt den unsäglichen Devotismus, den die Deutschen gegenüber dem Islam leben. Willfährig, ja fast schon mit Spaß sogar, unterwerfe sich eine Gesellschaft einer Ideologie, die zu Ende gedacht, die Abschaffung des Individuums und die Einführung des Kalifats vorsieht. So schreibt es Broder und man ist geneigt, ihm zuzustimmen.

Viele Jahre danach, nach Charlie Hebdo, Bataclan, nach dem Breitscheidplatz und vielen anderen Grausamkeiten, scheint sich die düstere Prognose des Kultautors zu bestätigen. Heute reden wir nicht mehr über Sonderregeln für Muslime. Sie sind längst da. Ob eingeklagte Gebetsräume, oder „kultursensiblen“ Unterricht, in dem man Israel lieber nicht bespricht: Zwar gehört der Islam kulturell, emotional und intellektuell nicht zu Deutschland, de facto ist er längst ein Teil dieses Land geworden.

„Ich will diese Negativität in meinem Leben nicht“

Das kann man gut finden, oder schlecht, es bleibt ein Fakt. Dies ist jedoch keine unverrückbare Tatsache wie ein Naturereignis. Man muss sich die Frage stellen, weshalb Prag, Warschau oder Budapest nicht so aussehen wie Berlin. Hier gibt es keine Parallelgesellschaft mit Menschen ohne Kenntnisse der Landessprachen. Hier gelten die Werte des Landes als tatsächlicher Wert, während in Deutschland die Verachtung der eigenen Kultur längst zur Bürgerräson geworden ist.

Der Islam hat hier einfaches Spiel. Durch die Kraft des Kollektivismus seitens der Umma ist eine Unterwanderung in Form von Unterwerfung nur noch eine Frage der Zeit. Und die autochthone, im Regelfall christliche oder atheistische Gesellschaft? Sie kapituliert. Servil unterwirft sie sich der neuen Macht, die ganz allmählich dieses Land verändert.

Der politische Islam sieht kritische Bücher als Bedrohung

Die Opfer davon sind mannigfaltig. Das größte Opfer ist die Meinungsfreiheit, die mittlerweile meterweise beschnitten wird. Eines der jüngsten Opfer ist der Tagesschau-Sprecher Constantin Schreiber. Der Journalist, der fließend arabisch spricht, war am 29. August bei einem Auftritt an der Universität Jena von linken Aktivisten eine Torte ins Gesicht gedrückt worden. Zuvor war er unter anderem von einem Taxifahrer vor seiner Haustür bedroht worden. „Da habe ich einfach gesagt, nee, das will ich nicht, ich will diese Negativität in meinem Leben nicht“, sagt Schreiber.

Der Grund für diese Attacken: Er hat ein Buch geschrieben. Genauer gesagt mehrere, die sich um den Islam drehen. Bereits 2017 geriet er bei Linken und Muslimen in die Kritik, er würde mit dem Buch „Inside Islam“ ein negatives Bild von der „Religion des Friedens“ zeichnen. Schreiber besuchte 13 Moscheen,



Seit 1997 wird am 3. Oktober der „Tag der offenen Moschee“ veranstaltet.

allesamt „gemäßigte“, und berichtete von den Freitagsgebeten.

Atemberaubendes Tempo in Richtung Meinungsunfreiheit

Neben Frauenfeindlichkeit und Hass auf Israel berichtete er immer wieder von einer grundsätzlichen Ablehnung westlicher Werte. Ein Imam zum Beispiel warnte seine Gläubigen vor der „Weihnachtsgefahr“. Diese Predigt fand wenige Tage nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz statt, bei dem der Islamist Anis Amri 13 Menschen tötete. Mit keiner Silbe erwähnte der Imam den Anschlag in Berlin.

Wenn es zur Gefahr wird, eine Meinung zu äußern, dann beginnt das Ende für eine freie Gesellschaft. In dem Moment, in dem man Angst haben muss, Repressionen zu erleiden, wenn man seine Sicht der Dinge vorträgt, ist die Würde des Menschen nicht mehr unantastbar. Denn zur Würde des Menschen gehört es auch, sich frei zu äußern. Deutschland steuert in einem atemberaubenden Tempo in Richtung Meinungsunfreiheit, dass einem nur angst und bange werden kann.

Tag der offenen Moschee am 3. Oktober

Schreiber ist verstummt. Man kann es ihm kaum übelnehmen. Er hat Familie und möchte beim Öffentlichen Rundfunk auf der Karriereleiter weiterkommen. Das funktioniert nicht mit Islamkritik, wobei er lediglich berichtete, was ist. Zu viel für so manches muslimisches Gemüt, für welches nahezu jede unlieb-

same Tatsache eine Beleidigung des Propheten darstellt.

Ein Beispiel der fortschreitenden Machtnahme des politischen Islams ist der 3. Oktober. Der Tag der Deutschen Einheit, der wohl wichtigste, jüngste deutsche Feiertag, ist auch der Tag der offenen Moschee. An diesem Tag ist jeder eingeladen, die muslimischen Gotteshäuser von innen zu begutachten. Damit wird die Wiedervereinigung, der deutsche Glücksfall, marginalisiert. Das hätte sich wohl auch Henryk M. Broder nicht erträumen lassen.

Seyran Ates kritisierte das Vorhaben

Die emotionale Landnahme von Muslimen hat zwei Seiten. Einerseits haben wir es mit einer höchst aggressiven, gleichzeitig auch perfiden und effizienten Form der kulturellen Umdeutung seitens des Islams zu tun. Aggressiv, weil die Methoden keinerlei Barrieren kennen und die Grenzen des Machbaren egalisieren. So ist der 3. Oktober das Symbolbild für das wiedervereinigte Deutschland.

Anders gesagt: Dadurch, dass der Tag der Offenen Moschee sicher nicht zufällig auf den Tag der Deutschen Einheit fällt, suggeriert es den Versuch der kulturellen Übernahme seitens des Islams. Widerstand vom Staat ist nicht zu erwarten. Diese Chuzpe kritisiert auch die Imamin und Autorin Seyran Ates: „Ich empfinde den Tag der offenen Moschee am Tag der deutschen Einheit als respektlos und arrogant, vor allem weil damit ein Fokus auf das Thema Islam, auf das Thema Moscheen stattfindet in einer islamischen

Parallelwelt und -gesellschaft, die sich fernab der deutschen Einheit bewegt“, sagte Ates gegenüber dem Deutschlandfunk. Die Imamin steht seit Jahren wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber dem politischen Islam unter Polizeischutz.

Trotz aller Repressionen bleibt Ates bei ihrem Standpunkt. Mit dieser Meinung steht sie jedoch in der muslimischen Community quasi alleine. Die allermeisten Moscheegemeinden und andere Vereine haben sich der Initiative angeschlossen, zum Beispiel Diyanet Islari Türk Islam Birliği (DITIB), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (Islamrat), der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ).

Der „Dammbruch“ in Hamburg

Wie weit die islamische Landnahme in Deutschland schon fortgeschritten ist, kann man an manchen Kirchen sehen, die entweiht wurden und nun als Moscheen weiterlaufen. Bekanntestes Beispiel ist die Al-Nour-Moschee in Hamburg, Stadtteil Horn. Das Gebäude war ursprünglich gar kein islamisches

Gotteshaus, sondern eine Kirche. Genauer gesagt die evangelisch-lutherische Kapernaumkirche.

Nach einer Gemeindefusion stand das Gebäude seit 2004 leer, ehe es im Jahr 2013 vom Islamischen Zentrum Al-Nour e. V. gekauft wurde. Zwar kritisierte der damalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland das Vorhaben, der Pastor Helge Adolphsen sprach sogar von einem „Dammbruch“, es half aber nichts. Seit Herbst 2018 ist die ehemalige evangelische Kirche eine Moschee.

„Hurra, wir Kapitulieren“

Hamburg-Horn ist kein Einzelfall. Auch die Neupostolische Kirche in Berlin-Tempelhof ist seit 2007 eine Moschee. Der damalige Finanzchef der Gemeinde sah darin auch kein Problem. „Warum sollten wir nicht an Muslime verkaufen, schließlich gibt es den Gleichbehandlungsgrundsatz“, gab Werner Kiefer damals zu Protokoll. Seit mehr als 15 Jahren gehen statt Katholiken nun Muslime in die neue „Al Torath-Moschee“. Ähnliches geschah mit der methodistischen Kirche in Mönchengladbach oder mit dem Evangelischen Johanneum in Dortmund.

So ist der 3. Oktober ein Symbolbild für die schleichende Islamisierung in Deutschland. Kirchen werden entweiht, Feiertage entwertet. Und Deutschland schaut zu und knickt vor dem politischen Islam ein. „Hurra, wir Kapitulieren“, eben, wie Henryk Broder es voraussagte.

Deutschland: Meister der Heuchelei im Kampf gegen Antisemitismus

Der ehemalige Landesbischof der Nordkirche und heute Beauftragter gegen Antisemitismus in Schleswig-Holstein, Gerhard Ulrich, pflegte in seinen Predigten schon in der Vergangenheit ungeniert gegen Israel zu hetzen. Ohne auf die Situation in der vornehmlich islamischen Migrantenszene und auf die anti-israelischen Aktivitäten von grün und links einzugehen, brandmarkt nun ausgerechnet er Hubert Aiwangers Verhalten: Es sei „keine Jugendsünde“ und „verantwortungslos“. Der heuchlerische Umgang mit Israel und den Juden ist bezeichnend für mehrere sogenannte Antisemitismusbeauftragte Deutschlands. Ob nun Ulrich, Blume oder Klein, es zeigt sich, je mehr Antisemitismus-Beauftragte es gibt, desto mehr scheint der Judenhass zuzunehmen. (JR)

Von Benjamin Weinthal

Der deutsch-jüdische Journalist Henryk M. Broder bezeichnete Deutschland als so etwas wie den Weltmeister der Heuchelei.

Die Flugblatt-Affäre rund um Bayerns Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger beleuchtet diese giftige Mischung aus Heuchelei, Arroganz, Antisemitismus und Oberlehrer-Syndrom, die sich bei den Gegnern von Aiwanger zeigt. So werfen ausgerechnet Antisemitismus-Beauftragte, die selbst in der Kritik stehen, nicht als Jugendliche, sondern als bereits erwachsene Männer Judenhass geschürt zu haben, Aiwanger Antisemitismus vor.

Die Unschuldsvermutung gegenüber Aiwanger, die normalerweise zunächst für jeden gilt, wurde mit der Mobbing-Kampagne gegen ihn für obsolet erklärt. Die Süddeutsche Zeitung behauptete, ohne nachvollziehbare Belege, Aiwanger habe als 17-jähriger Schüler ein antisemitisches Flugblatt verfasst. Nach der Veröffentlichung dieses SZ-Berichtes hat aber Aiwangers Bruder zugegeben, dass er der Autor dieses Flugblattes sei.

Der ehemalige Landesbischof der Nordkirche und heute Beauftragter gegen Antisemitismus in Schleswig-Holstein, Gerhard Ulrich, sagte gegenüber dem ‚Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag‘, dass Aiwangers Verhalten „keine Jugendsünde und ‚verantwortungslos‘ sei. Derselbe Ulrich, der, als er bereits 63 Jahre alt war, antisemitische Predigten gegen Israel und Juden hielt!

In seinen Predigten bezeichnete Ulrich Juden als Kriegstreiber. Seine Sprache erinnert an Schuldzuweisungen, wie man sie von Nationalsozialisten kennt: „Daher können wir es nicht akzeptieren, wenn ein moderner Staat diesen Gott und seine Zusagen ins Feld führt, wenn Krieg geführt wird“, erklärte er.

Simon Wiesenthal Zentrum fordert Ulrichs Rücktritt

Ulrich reduzierte die Ursache des Konflikts und Leidens im Nahen Osten auf ein Land: „Der Name ‚Israel‘ ist mit den Schrecken und dem Elend dieses Nahost-Kriegs belastet.“ Er verglich zudem Israels Sicherheitsbarriere, die „palästinensischen“ Terrorismus verhindert, mit der ehemaligen Berliner Mauer. Das Simon Wiesenthal Zentrum fordert Ulrichs Rücktritt.

Die Aktivitäten des Antisemitismus-Beauftragten aus Baden-Württemberg, Michael Blume, werden von Experten seit Jahren als antisemitisch eingestuft. Im September d.J. sagte Natan Sharansky, ehemaliger Minister der israelischen Regierung, in einer Stellungnahme gegenüber der ‚Jüdischen Rundschau‘ (JR), es gebe „keinen Zweifel, dass sein (Blumes) Tweet ... antisemitisch ist. Weil er unser Volk dämonisiert und einer klassischen antisemitischen Verschwörungstheorie entspricht. Es ist legitim die Frage zu stellen, warum Deutschland ihn für die Bekämpfung von Antisemitismus bezahlt.“

Blume hat angedeutet, dass er Opfer einer Gruppe von Israelis sei, die auf Hacking und die Verbreitung von Desinformation spezialisiert sei. Blume legte für seine Behauptung, er sei von einem israelischen Un-



Antisemitismusbeauftragte mit fragwürdigen Ansichten: Gerhard Ulrich, Felix Klein und Michael Blume (v.l.n.r.)

ternehmen ausspioniert worden, keinerlei Beweise vor.

Die Bundesregierung und die israelische Botschaft verwenden die moderne Definition des Antisemitismus von Sharansky, der weltweit als Experte auf dem Gebiet des israelbezogenen Antisemitismus gilt.

Scharfe Kritik von jüdischer Seite Malca Goldstein-Wolf, eine deutsch-jüdische Aktivistin und Publizistin, hat Blumes Antisemitismus und Heuchelei auf den Punkt gebracht. Auf „Die Achse des Guten“ schrieb sie: „Übrigens sollen in diesem Zusammenhang die Doppelstandards in unserem Land nicht unerwähnt bleiben. Der Antisemitismusbeauftragte von Baden-Württemberg, Michael Blume, hatte 2019, während er schon im Amt war, folgenden Post seines damaligen Facebook-Freundes Alexander Omar Loh geliked: ‚Zionisten, Nazis und Radikale sollen sich schnell von meiner Freundesliste entfernen.‘“

Sie fügt hinzu: „Michael Blume hatte auf Nachfrage behauptet, der Post wäre im Nachhinein geändert worden. Das stimmte auch. Ursprünglich kamen auch ‚Islamofaschisten‘ in den Reigen vor, die dann allerdings aus der Aufzählung gelöscht wurden. Der Vergleich von Zionisten mit Nazis war von Anfang an enthalten. Michael Blume war zu der Zeit kein Jugendlicher mehr, er war 43 Jahre alt und bekleidet sein Amt in Baden-Württemberg als Antisemitismus-Beauftragter heute noch. Jetzt fordert besagter Michael Blume die Freien Wähler auf, Hubert Aiwanger die ‚Türe zu weisen.‘“

Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, hat sich schnell gegen Aiwanger positioniert. Klein sagte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, es gebe „in der Angelegenheit noch weiteren Aufklärungsbedarf“, auch dann, „wenn der stellvertretende bayerische Ministerpräsident das damalige Flugblatt als Schüler nicht selbst geschrieben haben sollte.“

Denn, so Klein weiter: „Ein solches Schreiben mit übelster antisemitischer Hetze bewusst in der Schultasche zu haben und sich, in seinen eigenen Worten, nur ‚unter Druck‘ mit dem Thema Drittes Reich auseinandergesetzt zu haben, zeigt eine fragwürdige Geisteshaltung.“

Das ist derselbe Klein, der keinerlei kritische Erwähnung des Antisemitismus des iranischen Regimes in seiner Pressemitteilung fand, als er 2018 als bereits 50-jähriger das Amt des Beauftragten gegen Antisemitismus antrat. Ein erwachsener Mann, der qua seines Amtes nicht in der Lage war, die Holocaust-Leugnung des iranischen Führers Ali Chamenei klar zu verurteilen.

In seiner Kolumne in der „DIE WELT“ hat Henryk M. Broder über Aiwanger zu Klein geschrieben: „Deswegen kommentierte er mit keinem Wort das Verhalten von Bundeskanzler Scholz, der stumm dabeistand, als Palästinenserpräsident Abbas bei einem Besuch im Bundeskanzleramt behauptete, Israel habe seit 1947 50 Holocausts an den Palästinensern begangen. Erst Stunden später gab das Bundeskanzleramt eine Erklärung ab, wonach Kanzler Scholz, über die Äußerungen seines Gastes empört gewesen sei und eigentlich unmittelbar reagieren wollte, was er aber nicht tun konnte, weil Regierungssprecher Hebestreit, die Pressekonferenz planmäßig nach der letzten Antwort von Abbas für beendet erklärt hatte.“

Immer mehr antisemitische Straftaten

Das Antisemitismus-Beauftragten-System hat grandios versagt. Die „System-Beteiligten“ ignorieren die gefährlichste Art des tödlichen Antisemitismus: den islamischen Antisemitismus. Es zeigt sich: Je mehr Antisemitismus-Beauftragte es gibt, desto mehr nimmt der Judenhass zu.

Ein Beispiel dafür: Im August berichtete der Südwestrundfunk (SWR): „Fast 400 antisemitisch motivierte Straftaten wurden im Land zwischen 2019 und 2022 verfolgt.“ Die antisemitisch motivierten Straftaten haben von 2019 bis 2022 um 84% zugenommen, so der SWR weiter.

Niedersachsens neuer Antisemitismusbeauftragter Gerhard Wegner (70) hat sich ebenso der Mob-Kampagne gegen Aiwanger angeschlossen. Wegner sagte, dass Aiwangers Verhalten „absolut unbefriedigend“, sei. Während die Zahl der Mitglieder der islamischen und antisemitischen Terror-Gruppe Hisbollah in Niedersachsen

zunimmt, konzentriert sich Wegner auf Bayern, auf Aiwanger.

1.250 Hisbollah-Mitglieder bundesweit

Laut des neuen Verfassungsschutzberichtes des Landes Niedersachsen sei die Zahl der Hisbollah-Mitglieder von 220 im Jahr 2021 auf 250 im vergangenen Jahr gestiegen. Die deutsche Regierung hat Aktivitäten der Hisbollah verboten.

Da stellt sich schließlich die Frage: Warum dürfen 250 Mitglieder der Hisbollah in Niedersachsen und insgesamt 1.250 Mitglieder der Hisbollah bundesweit agieren? Geht es all den „Aiwanger-Kritikern“ tatsächlich um Antisemitismus-Bekämpfung?

Ludwig Spaenle, ein deutscher Bürokrat, der in München und Bayern Antisemitismus bekämpfen soll, schrieb in einer Pressemitteilung: „Hubert Aiwanger hat sich mit seiner Reaktion auf das Bekanntwerden des Flugblatts und weiterer Vorwürfe lange uneinsichtig gezeigt und ist seiner Vorbildfunktion als Staatsminister nicht gerecht geworden. Er hat damit Bayern und der Bekämpfung des Antisemitismus Schaden zugefügt.“

Der 61 Jahre alte Spaenle hat den multinationalen Konzern Siemens, der half den Holocaust durchzuführen, nicht kritisiert, als dieser während Spaenles Amtszeit einen pro-BDS-Vertrag mit einer türkischen Firma unterschrieb. Der Bundestag hat BDS in einem Beschluss als eine antisemitische Bewegung bewertet. Siemens ist mit rund 311.000 Mitarbeitern und 72 Milliarden € Umsatz der führende europäische Technologiekonzern und hat seinen Hauptsitz in Bayern. Spaenles neuer Bericht zur Bekämpfung von Antisemitismus weist keinerlei Hinweise auf das iranische Regime und den Antisemitismus-Skandal von Siemens auf.

Eine Mischung aus bürokratischer Heuchelei und autoritärer Didaktik sind einige Kennzeichnungen dieser verlogenen Kampagne gegen Aiwanger.

Benjamin Weinthal ist Writing Fellow für The Middle East Forum.
Mitarbeit: Carola Baseler

Antisemitische Straftaten muslimischer Migranten – ein Realitätscheck

„Antizionismus“ ist bereits seit langem integraler Bestandteil linker Jugendkultur. Dazu gesellt sich der islamisch-motivierte Judenhass. Da trotzdem die „Gefahr von rechts“ von linksgrüner Politik und den Main-Stream-Medien immer wieder als vorrangig dargelegt wird, hat JR-Autorin Birgit Gärtner einen Realitätscheck gemacht und die wirklich ihrem Namen verpflichtete "Mahnwache für Israel und gegen Antisemitismus" in Hamburg begleitet. Entgegen dem von unserer Politik und den Medien verbreiteten Narrativ, antisemitische Straftaten kämen überwiegend von rechts, gab es vielfache verbale Angriffe und Provokationen – und zwar nahezu ausschließlich von Gegnern mit islamischem Migrationshintergrund. (JR)



Von Birgit Gärtner

Mahnwache im Hamburg

Der ganz normale Wahnsinn

Antisemitismus wird landläufig „rechts“ verortet, aber – neben „palästinensischen“ Terrorgruppen – waren Linke die ersten, die nach 1945 Anschläge auf jüdische Einrichtungen planten. Als Mitte der 1970er Jahre alte und neue Nazis wieder ganz offen auftraten, war „Antizionismus“ bereits integraler Bestandteil linker Jugendkultur. Vor fast 25 Jahren traten mit muslimischen Einzeltätern und islamischen Gruppierungen neue Akteure dem Verbund der aktiven Israelhasser bei.

Da trotzdem die Sage von der „Gefahr von Rechts“ immer und immer wieder erzählt wird, habe ich mal einen Realitätscheck gemacht – und zwar in und für Hamburg.

Ortstermin bei Freunden Israels

Seit 2015 wird in Hamburg regelmäßig die "Mahnwache für Israel und gegen Antisemitismus" durchgeführt. An einem zentralen Platz in der Innenstadt, direkt vor einem der Zugänge zum Hauptbahnhof. Seit August 2021 findet die Mahnwache unter Polizeischutz statt, denn am 18. September 2021 wurde Michael T., einer der Teilnehmer, von dem damals minderjährigen Muslim Aram A. so schwer attackiert, dass er auf einem Auge sein Augenlicht verlor.

Der Angriff auf Michael T. war die Spitze des Eisbergs, zur „Normalität“ bei der Mahnwache gehören verbale Provokationen und nicht selten bleibt es nicht dabei. Laut Veranstalter treten ausnahmslos

muslimische oder islamisch sozialisierte Personen mit Migrationshintergrund in Erscheinung; primär Männer, aber auch Frauen. So outete sich auch die Mutter von Aram A., die bei dem Übergriff anwesend war, als aktive Israelhasserin.

Von „Rechts“ gehe die größte Gefahr für die Demokratie aus, wird Bundesinnenministerin Nancy Faeser nicht müde, immer wieder gebetsmühlenartig zu wiederholen. Das müssten doch als erstes

jüdische Menschen, Gruppierungen und Einrichtungen zu spüren bekommen? Zwar ist die Mahnwache keine jüdische Aktion, Juden sind unter den Aktiven die Minderheit, aber sie wird flankiert von vielen Israelfahnen und insofern als „jüdisch“ wahrgenommen, oder gelesen, wie es so schön wokisch, sprich neudeutsch, heißt. Und obwohl eindeutig als „jüdisch“ wahrgenommen, sollen es gar keine Neonazis sein, von denen laut der Gruppe kontinuierlich eine akute Gefahr ausgeht, sondern Muslime? Die Veranstalter luden mich ein, mich der Mahnwache anzuschließen und mir selbst ein Bild zu machen. Anfang September, fast genau auf den Tag zwei Jahre nach dem Übergriff auf Michael T., folgte ich dieser Einladung. Es war eine interessante Erfahrung, die sich deckt mit der Erkenntnis des Vorsitzenden des „Zentralrats der

Juden“, Josef Schuster:

<<Verbale und körperliche Übergriffe gegen Juden im öffentlichen Raum kommen meiner Wahrnehmung nach größtenteils aus dem muslimisch geprägten Milieu. >>

Josef Schuster relativiert allerdings:

<<Wenn es aber um schwere Gewalt und Terror geht, ist der Rechtsextremismus eine größere Gefahr.>>

Das lässt sich für Hamburg bekannter-

Meine Israelfahne ist jetzt weg - entrissen vom migrantischem Publikum auf dem Jungfernstieg!

maßen nicht bestätigen.

Die Mahnwache im September 2023 verlief vollkommen friedlich, so viel sei vorab verraten. Zumindest wurde niemand handgreiflich, aber verbale Provokationen gab es zu Hauf – und zwar ausschließlich von Migranten. Der ganz normale Wahnsinn, den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mahnwache jedes Mal erleben.

„Allah, Allah“, schüttelte beispielsweise einer fassungslos den Kopf, als er der Gruppe gewahr wurde. „Free Palestine“ rief der nächste, „Allahu Akbar“ ein anderer, während er dicht an einem der Teilnehmer vorbei ging. „Palestine, Palestine“ sang wieder ein anderer im Naschid-Style.

Manch einer blieb stehen und tippte aufgeregt in sein Handy. Dabei war nicht klar, ob er seine Freunde über die öffent-

liche Solidaritätsbekundung mit Israel in der Familien-WhatsApp-Gruppe kundtat, oder ob er seine Brüder oder die Kumpels aus der Flüchtlingsunterkunft verständigte, um dem Spuk ein Ende zu bereiten. Dass Nachrichten versendet wurden, habe ich mehrfach beobachtet.

Andere fragten höflich, ob sie eine der Israelfahnen haben könnten. Auch hier war nicht so wirklich klar, ob aus Solidarität, oder um sie beim nächsten Israelhasser-Event zu verbrennen. Aber sie verabschiedeten sich trotz Ablehnung ihres Begehrens so höflich, wie sie gefragt hatten.

Begegnung mit iranischen Passanten

Allerdings – um der ganzen Wahrheit die Ehre zu geben: Es gab auch Zustimmung. Eine iranisch-stämmige Frau kam und fragte, ob sie ein Foto von der Gruppe mit den Israelflaggen machen dürfe. Sie sei im Iran mit jüdischen Nachbarn aufgewachsen und habe mit deren Kindern gespielt. Das sei eine Erinnerung an eine schöne Kindheit. Sie blieb eine Weile und plauderte angeregt mit den Anwesenden.

Ähnliches berichtete auch ein iranisch-stämmiger Mann, der sich wenig später einfand. Auch in dessen Nachbarschaft im Iran gab es früher eine jüdische Familie und sein Vater – obgleich tief gläubiger Moslem – habe zwei Geschwistern einen jüdischen, bzw. christlichen Namen gegeben: Maria und David.

An jenem Tag blieb es bei verbalen Provokationen, an vielen anderen indes nicht. Und zwar nicht nur am 18. September 2021. An einem Samstag Anfang 2023 versuchte zunächst eine Frau, eine Migrantin, eine der Israelfahnen anzuzünden. Das konnte verhindert werden. Kaum hatte die Aufregung über diesen Zwischenfall sich gelegt, hielt ein Bus, ein Fahrzeug der „Roten Doppeldecker“-Flotte, mit denen Stadtrundfahrten durchgeführt werden, direkt vor der Mahnwache. Der Busfahrer, ebenfalls ein Migrant, vermutlich Muslim, stieg aus und begann, die Gruppe lautstark antisemitisch zu beschimpfen. Anschließend stieg er wieder in den Bus und fuhr weiter. Seine Identität konnte anhand des Busses ermittelt werden und gegen ihn wurde Anzeige erstattet. Es kam zu einem Prozess, bei dem er seinerseits den Anzeigenerstatter als Antisemiten beschimpfte. Wie das Verfahren gegen den Busfahrer ausgeht, war bei Redaktionsschluss nicht bekannt.

Solidarität mit den Protesten im Iran – und Israel

Am 16. September 2022 verstarb die iranische Kurdin Jina Mahsa Amini, nachdem sie von der Sittenpolizei wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das staatliche Hidschab-Gesetz festgenommen und vermutlich so schwer misshandelt wurde, dass sie ihren Verletzungen erlag. In der Folge kam es zu den stärksten Frauenprotesten, den der Mullahstaat je erlebt hat. Die mutigen und kämpferischen Iranerinnen bekamen Unterstützung aus der ganzen Welt, auch aus Deutschland.

Mitte September 2023 kam es anlässlich des ersten Todestages Jina Mahsa Aminis in zahlreichen deutschen Städten zu Solidaritätskundgebungen, u.a. auch in Hamburg. Dort gab es sogar mehrere Kundgebungen.

Die Hamburgerin Silke Opfer wollte ebenfalls ihre Solidarität mit dem Freiheitskampf im Iran bekunden und machte sich auf zu dem Ort in der Innenstadt, an dem eine ihr bekannte Demonstration startete. Sie hatte eine Israelfahne dabei, da Solidarität mit dem Freiheitskampf der Menschen im Iran und Solidarität mit Israel ihrer Ansicht nach zusammengehört. Auf ihrem Facebook-Profil schrieb sie:

<<... weil die Verbundenheit mit dem einzigen jüdischen Staat untrennbar ist mit der Freiheitsbewegung im Iran - die Auslöschung Israels steht auf der Agenda des Mullahregimes ganz weit oben, die antisemitische Wahnidee, die Revolution im Iran, die Freiheitsbewegung der Frauen dort, wäre aus Israel gesteuert, hört und liest man von Seiten des Regimes im Iran immer wieder, wenn es darum geht, die jungen Menschen dort zu verhaften, einzusperrern, und zu ermorden - der mörderische Kampf des iranischen Mullahregimes um ihre Macht ist auch im Kern antisemitisch.>>

Das sahen die Veranstalter der Demo allerdings anders und baten sie, die Fahne einzustecken. Sie verließ die Demo und stieß zufällig am Gänsemarkt zu einer anderen, ebenfalls iranischen Kundgebung in der Nähe des Jungfernstiegs. Dort waren sie und ihre Israelfahne herzlich willkommen.

Nachdem die Veranstaltung beendet war, stieß sie am Jungfernstieg auf noch eine andere Veranstaltung. Was sich dann ereignete, beschreibt sie auf ihrem Facebook-Profil folgendermaßen:

<<Meine Israelfahne ist jetzt weg - entrissen vom migrantischem Publikum auf dem Jungfernstieg!...

Nach der Kundgebung auf dem Gänsemarkt bin ich dann noch mit anderen

Leuten zum Jungfernstieg gelaufen (alles dicht beieinander). Dort fand eine weitere Kundgebung statt. Ich kam mit einem Mann in ein interessantes Gespräch, (über Deutschland, Migration und all diese Dinge), der Künstler ist, und der mich irgendwann fragte, ob er mich zeichnen dürfe, jetzt, wir gingen ein wenig abseits und setzten uns gegenüber voneinander auf den Boden und er begann mit der Zeichnung. Um uns herum waren andere Teilnehmer der Kundgebung, die wir auch noch gut hörten. Er zeichnete mich, wir unterhielten uns, im Hintergrund die Alster, Musik von der Kundgebung, um uns herum erst einmal nur Leute von der Kundgebung, ein besonderer Spätsommerabend, gerade dachte ich, es sei eigentlich alles sehr schön, zumindest jetzt gerade hier bei uns in Hamburg.

Plötzlich hörten wir, wie sich einige Meter von uns entfernt Leute stritten - "Israel" und "Zionisten" konnte ich verstehen - wir nahmen das wahr und blieben erst einmal ruhig - und sitzen. Als ich dann aber wenig später wahrnahm, dass sich rund um uns ungefähr acht junge Männer, teilweise mit Syrischer Flagge, herum aufbauten, wurde es mir mulmig, als ich dann aber aufstand, ging es ganz schnell: einer dieser arabischen Jungmänner kam auf mich zugehauen und entriss mir die Israelfahne, die ich locker um meinen Hals geschlungen hatte, und rannte weg. Es sind ihm wohl noch Leute von der Kundgebung hinterher gerannt, haben aber ihn nicht mehr erwischt.

Die Polizei war gleich vor Ort, ich habe den Tathergang beschrieben und gesagt, dass ich Anzeige wegen Diebstahl und wegen eines antisemitischen Angriffs machen möchte, der Beamte hat sich geweigert, letzteres aufzunehmen, er hat irgendetwas davon geredet, dass sie das heute Abend in ihren Computer eingeben, wahrscheinlich werden sie "politisch motivierte Tat" ankreuzen, und den Antisemitismus nicht benennen. Die Täter hat die Polizei auch noch erwischt und verhört, wie das war, weiß ich natürlich nicht. Meine Fahne habe ich nicht wieder bekommen. >>

Obwohl es Fotos von der Gruppe Jugendlicher gibt, aus der heraus der Übergriff stattfand, findet sich davon kein Wort in der Pressemitteilung der Polizei. Dort ist nur von einer „Gruppe Jugendlicher“ die Rede, die der Geschädigten „eine umgehängte Flagge entrissen“ hätten und „damit weggelaufen“ seien. „Die Beraubte ging hierdurch zu Boden, ohne sich zu verletzen.“

Laut Auskunft der Polizeipressestelle ermittelt der Staatsschutz, die Identität der Tatverdächtigen ist bislang nicht bekannt. Auch die Frage, wie der Vorfall in der Polizeistatistik „Politisch Motivierter Gewalt“ kategorisiert werden wird, konnte nicht beantwortet werden. Da so konsequent die Herkunft der Tatverdächtigen beschwiegen wird, wäre es nicht verwunderlich, wenn auch dieser Vorfall in der Kategorie „politisch rechts motiviert“ landen würde. Die JR wird die Sache weiter verfolgen.

Deutsche ermorden – aus Hass auf Israel

Am 28. Juli 2017 ereignete sich im Hamburger Stadtteil Barmbek etwas Denkwürdiges – in mehrfacher Hinsicht. Denkwürdig einerseits im Sinne von „dem Gedenken würdig“, ist der Terroranschlag in einer Edeka-Filiale ganz gezielt auf deutsche Kunden, quasi aus Rache an den israeli-

schen Soldaten, die, so gab der Täter an, sein Elternhaus in Gaza zerstört hätten. Denkwürdig andererseits im Sinne von „regt zum Nachdenken an“, ist dieser Vorfall, da er eben nicht als dem Gedenken würdiger Terroranschlag, sondern als x-beliebige Messerattacke, ein bedauerliche Tat eines geistig verwirrten Mannes, verbucht und alles dafür getan wurde und wird, dass er so schnell wie möglich in Vergessenheit gerät – geschweige denn, sich im kollektiven Bewusstsein als islamischer Terror festsetzt.

An jenem 28. Juli 2017 betrat Ahmad A., nach eigenem Bekunden ein „Palästinenser“, der zwar in Saudi-Arabien geboren wurde, aber in einem Flüchtlingslager im Gazastreifen aufwuchs, die Edeka-Filiale. Er griff zu einem Messer in der Haushaltsabteilung des Geschäftes und stach vermeintlich wahllos auf anwesende Kunden ein. Der 50-jährige Mathias P. überlebte den Anschlag nicht, vier weitere Männer und eine Frau wurden verletzt, z. T. lebensbedrohlich. Gestoppt wurde Ahmad A. von sieben Männern, Mitarbeiter und Kunden aus einem benachbarten türkischen Imbiss sowie einem Ghanaer, der ihm mutig das Messer abnahm. Schließlich wurde er von Zivilfahndern festgenommen.

In Barmbek spielten sich Szenen wie in einem schlechten Hollywood-Thriller ab: Ein bewaffneter Täter, lautes Gebrüll, Blut, eine Leiche, Männer, die sich dem Täter in den Weg stellen und dabei u.a. mit Stühlen nach ihm werfen, Polizeiaufgebot, Zivilfahnder, die mit quietschenden Reifen in einem zivilen PKW vorfahren, Krankenwagen, Feuerwehr, Blaulicht, Sirenen, Straßensperrung und Rettungshubschrauber, Verhaftung des falschen Täters, ...

Umso erstaunlicher, die Stille mit der der Vorfall in Hamburg bedacht wurde. Schon an jenem 28. Juli 2017 agierten die Behörden nach dem Motto: Es gibt hier nichts zu sehen, gehen sie ruhig weiter. Keine umgehend herbeieilenden Politiker, nicht mal für öffentlichkeitswirksame Fotos, sehr leise offizielle Beileidsbekundungen, keine Prominenten mit Kerzen in der Hand, kein Rock-gegen-Rechts. Nichts.

Die Geschichte hinter der Tat musste sehr mühselig zusammen gepuzzelt werden: Ahmad A. lebte in einer Hamburger Flüchtlingsunterkunft und war Mitbewohnern durch augenscheinliche religiöse Radikalisierung aufgefallen, die Polizei wurde von deren Beobachtungen in Kenntnis gesetzt. Den Behörden war bekannt, dass Ahmad A. Kontakt zu Islamisten geknüpft hatte, berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). Später stellte sich heraus, dass Ahmad A. während der Tat „Allahu Akbar“ gerufen und den türkischen Männern zugerufen haben soll, dass sie von ihm nichts zu befürchten hätten. Ahmad A. soll es der Süddeutschen Zeitung zufolge darum gegangen sein, „so viele deutsche Staatsangehörige christlichen Glaubens wie möglich zu ermorden“. Der Grund: Israeli-sche Soldaten hätten sein Elternhaus zerstört und Deutschland sei eng mit Israel verbunden. Deutsche setzte

er mit „Christen“ gleich und machte im Supermarkt Jagd auf sie. Mathias P. hätte allerdings auch Jude sein können, eine Kippa hätte ihm nichts genutzt. Im Gegensatz zur Herkunft der Männer, die sich ihm entgegenstellten, die er vermutlich für Muslime hielt. Die Tat sollte laut Ahmad A. aber auch ein Beitrag zum internationalen Dschihad sein.

Wenig später, am 2. August 2017, wurden die türkischen Männer für ihre Zivilcourage als „Helden von Barmbek“ im Rathaus mit dem Ian-Karan-Preis ausgezeichnet und im Oktober 2017 auch der Ghanaer. Dieser hatte den Tatort direkt nach seiner Aussage verlassen und war deshalb zunächst nicht als „Held“ auf dem Radar der Behörden, sondern wurde ursprünglich versehentlich für den Täter gehalten, da er das Messer in der Hand hielt, als die Zivilfahnder eintrafen. Seitdem herrscht in Hamburg über diesen Vorfall das große Schweigen, so, als ob es ihn nie gegeben hätte.

Kein jüdisches Problem

Antisemitismus ist ein deutsches Problem; historisch, gegenwärtig – und vermutlich auch zukünftig. Antisemitismus ist ein in der deutschen Gesellschaft nicht aufgearbeitetes Kapitel und findet stets neue Ausdrucksformen, so wird es mittlerweile gern zu „Antizionismus“ umetikettiert. Europäischer und islamischer Antisemitismus ergänzen sich wunderbar, was sich u. a. in der Symbiose von Linken und Muslimen und ihrem „Kampf zur Befreiung Palästinas“ von der vermeintlichen israelischen Terrorherrschaft manifestiert.

Betroffen von Antisemitismus jedweder Provenienz sind jüdische Einrichtungen sowie tatsächliche oder vermeintliche Juden, die attackiert werden, beispielsweise weil sie öffentlich eine Kippa tragen. Oder eben Menschen, die Israelfahnen mit sich führen.

Islamische Terroristen, wie etwa bei dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016, machen keinen Unterschied bezüglich der ethnischen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit ihrer Opfer; sie morden wahllos. Die Opfer waren Deutsche, aber auch polnischer, israelischer, italienischer, ukrainischer und tschechischer Herkunft.

Die Verantwortung, Juden vor antisemitischen Übergriffen oder gar Anschlügen zu schützen, tragen wir als gesamte Gesellschaft. Aber abgesehen davon liegen im Islam Judenhass und Hass auf Christen, bzw. Deutsche, sehr dicht beieinander. Ausgetragen wird dies weltweit. Allen voran in den islamischen Ländern, in denen heute kaum mehr Juden leben, Christen z. T. – etwa in Pakistan – gnadenlos verfolgt und Frauen qua Gesetz den Männern Untertan gemacht werden. Der Hass auf Juden wird auch ohne deren physische Existenz genährt. Wenn Mythen wie die Brunnenvergiftungs-Saga nicht ausreichen, bleibt immer noch Israel, das dämonisiert und dessen Vernichtung – und damit letztlich die Vernichtung des Judentums – gefordert und tradiert werden kann.

Besorgter Vater sucht für seinen Sohn, 25, 175, NR. ordentlich, gute Ausbildung, eine warmherzige Partnerin zur Familien Gründung.
Tel. 0157 310 35 689

Die grüne und linke Instrumentalisierung des „Strukturellen Antisemitismus“

Die israelfeindliche Grüne und Linke hat den tradierten „strukturellen Antisemitismus“ entdeckt, um konservative Kritiker mundtot zu machen, auch wenn sie sich gar nicht antisemitisch geäußert haben. So reicht es heute, Kritik an den „Globalisten“, dem „Great Reset“ oder der illegalen Migration zu üben, um von steuerfinanzierten, meist nicht-jüdischen sogenannten „Antisemitismusexperten“ mit dem schlimmsten Etikett belegt zu werden, dass es im deutschen politischen Diskurs gibt. Auf diese Weise geriet auch der Ökonom und Bestseller-Autor Markus Krall ebenso wie der ehemalige Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen unverschuldet ins Visier der links-grünen Rufmord-Maschinerie. Krall kündigte nun an, eine eigene Partei zu gründen. Dies könnte bei den kommenden Bundestagswahlen 2025 gerade im Hinblick auf den gegenwärtigen, seit Merkel bestehenden, Grün- und Linksrutsch der CDU, ein politisches Erdbeben auslösen. (JR)

Von Collin McMahon

Unrühmliche Vorreiterin war die Reemtsma-Erbin Luisa Neubauer, die am 9.5.2021 in der Sendung „Anne Will“ dem ehemaligen Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen vorgeworfen hatte, „rassistische und antisemitische Inhalte“ zu verbreiten. Maaßen wies die „halt- und beleglose Behauptungen ... energisch zurück“ und nannte es eine „Verrohung des politischen Diskurses, die man zur Kenntnis nehmen muss.“

Damals wurde Maaßen noch von CDU-Chef Armin Laschet verteidigt, der Beweise forderte: „Ich sage ihnen, er ist nicht Antisemit und er verbreitet auch keine antisemitischen Texte und wenn er es täte, wäre es ein Grund zum Parteiausschluss.“

Derart in die Defensive gedrängt erhielt die rasch überforderte wirkende Neubauer Schützenhilfe vom Direktor der „Bildungsstätte Anne Frank“ in Frankfurt am Main, Meron Mendel, der ihr beipflichtete, der von Maaßen verwendete Begriff „Globalisten“ sei ein „antisemitischer Code“.

Linke Doppelmoral

Vor 10 bis 15 Jahren war es noch die „Antiglobalisierungsbewegung“ Attac um den späteren Grünen-Abgeordneten Sven Giegold, die lautstark gegen „Finanzeliten“ und „Globalisten“ auf die Straße ging. Giegold wurde 2009 ins EU-Parlament gewählt, wo er 2014 für eine einseitige Anerkennung des Terrorstaats „Palästina“ stimmte und noch 2021 dagegen stimmte, die 20 Mio. € Finanzierung von UNRWA an die Entfernung von Terror und Judenhass aus UNRWA-Schulbüchern zu koppeln. Heute ist Giegold Staatssekretär im Habeck-Ministerium und Drahtzieher im Graichen-Agora-Netzwerk, dem Neubauer auch dient. Niemand wirft jedoch grünen „Globalisierungsgegnern“ wie Giegold „strukturellen Antisemitismus“ vor. Schließlich ist es ein Kampfbegriff der Linken, erfunden, um die Antisemitismuskeule gegen Konservative schwingen zu können, egal ob derjenige sich tatsächlich antisemitisch geäußert hat oder nicht.

„Der Begriff des ‚strukturellen Antisemitismus‘ ist das Pendant zum ‚strukturellen Rassismus‘“, so Dr. Daniel Pipes vom Middle East Forum zur JR. „Beide stellen unwiderlegbare Anschuldigungen auf, gegen die das Opfer sich nicht wehren kann. Beide lenken von den tatsächlichen Antisemiten und Rassisten ab, die dadurch ungestraft bleiben.“ Der Begriff des „strukturellen Rassismus“ wurde in den USA im Rahmen der Black-Lives-Matter-Unruhen 2020 durch den Bestsellerautor Ibram X. Kendi ge-

prägt. Gegen Kendi wird nun ermittelt, da angeblich 43 Mio. \$ von seinem Center for Antiracist Research an der Boston University verschwunden sind.

Kampfbegriff gegen politische Gegner

In Deutschland wurde der Begriff des „strukturellen Antisemitismus“ hauptsächlich von der Amadeu-Antonio-Stiftung der ehemaligen Stasi-IM Anetta Kahane geprägt, und verselbstständigte sich von dort zum universell einsetzbaren Kampfbegriff regierungskonformer Linksgrüner, die sich selbst meist eifrig als Islamisierer und „Israelkritiker“ betätigen. So hat z.B. der nicht-jüdische Baden-Württembergische „Antisemitismusbeauftragte“ Michael Blume eine Karriere daraus gemacht, die grüne Agenda seinen Chefs Winfried Kretschmann mit der Antisemitismuskeule gegen jeden zu verteidigen, der laut Blume „Verschwörungsnarrativen“ anhängt.

Kretschmann gehörte 1973–1975 dem Kommunistischen Bund Westdeutschland an, das damals intensiv mit der Volksbefreiungsfront Palästina PFLP, den Erfindern der Flugzeugentführung, zusammenarbeitete. Die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen unterstützt bis heute NGOs, die in Israel als Frontorganisationen der PFLP verboten sind. In einem Beitrag für das Buch „Fehlender Mindestabstand - Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefunde“ (2001), warf Blume konservativen Lockdown-Kritikern wie den Ökonomen Max Otte und Markus Krall vor, „Verschwörungsmethoden und Antisemitismus“ zu verbreiten. Diese Vorwürfe veranlassten das Bistum Chur in der Schweiz nach einem Artikel auf dem Portal kath.ch von 2021, Krall von einem Vortrag wieder auszuladen.

Krall nannte Blumes Anschuldigungen „haltlos“ und klagt gegen das Bistum Chur, kath.ch und Blume auf „mehrere Millionen Franken“ Schadensersatz, da er „den berechtigten Kampf gegen den Antisemitismus missbraucht und auch beschädigt, um unbequeme Meinungen zu unterdrücken. Man leistet so dem Antisemitismus Vorschub“, so Krall. Krall hat bereits erfolgreich gegen die Autorin des Artikels, Barbara Ludwig, geklagt, die zu einer Geldstrafe von 4.800 Franken verurteilt wurde und in Berufung gegangen ist.

Blume selbst sei „mit islamistischen Organisationen im engen Einverneh-



Der Ökonom Markus Krall, Foto: Privat.

men“ und missbrauche seine Position „zu als ‚Israelkritik‘ getarntem Antisemitismus“, so Krall: „Laut einem deutschen Gerichtsurteil, welches Rechtsanwalt (Joachim) Steinhöfel aus Hamburg erstritten hat, darf er antisemitisch genannt werden. Er wurde auf der Liste des Simon-Wiesenthal-Zentrums (2021) als einer der 10 schlimmsten Antisemiten weltweit geführt.“

Hans-Georg Maaßen im Visier der Linken

Als nächstes traf es den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen, Vorsitzender der konservativen Werteunion in der CDU, nachdem dieser sich auf dem Sommerfest der Schweizer Weltwoche mit dem Autoren Matthias Matussek und dem Komiker Harald Schmidt fotografieren ließ. ZDF-Linksaktivist Jan Böhmermann kritisierte Schmidt, nannte die Weltwoche „rechtsextrem“ und „antisemitisch“ und verglich sie mit dem „Völkischen Beobachter“.

Maaßen schrieb dazu auf Twitter/X in Anspielung auf seinen Großvater (siehe Interview): „In den 1930er Jahren hieß es: ‚Kauft nicht bei Maaßen.‘ Geschichte wiederholt sich. Die Nazis heute sind im Unterschied zu ihren Vorfahren so verblödet, dass sie noch nicht einmal merken, dass sie Nazis sind.“

Darauf erstattete der Leiter der KZ-Gedenkstätte Buchenwald, Jens-Christian Wagner, Anzeige gegen Maaßen wegen Volksverhetzung, da er „die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus“ relativiere, so die „Süddeutsche Zeitung“ am 31.8.23. Die regierungsfinanzierte Jüdische Allgemeine warf Maaßen eine „Verhöhnung von Juden“ vor.

Linke vergleichen konservative Politiker beinahe täglich mit „Nazis“, ohne dass es Wagner oder die Jüdische Allgemeine stört.

Anders als zu Luisa Neubauers unbedarften Attacken 2021 eilte nun kein CDU-Vorsitzender mehr Maaßen zu Hilfe. Der Parteivorsitzende Friedrich Merz hatte im Januar schon klargemacht, dass er „keinen Platz mehr“ für Maaßen in der CDU sehe. Im Juli lehnte das Kreisparteigericht der CDU Thüringen einen Antrag der Bundespartei ab, den konservativen Hoffnungsträger aus der Partei auszuschließen.

Instrumentalisierung der Geschichte

Der nicht-jüdische Historiker Jens-Christian Wagner blickt auf eine SPD-nahe Karriere in der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten 2014-2020 zurück, bevor er 2020 als Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Nordhausen eingesetzt wurde.

Im Gespräch mit „Meine Kirchenzeitung“ warf Wagner – ganz im Sinne des „strukturellen Antisemitismus“ – Maaßen in einen Topf mit Corona-Leugnern, Russlandfreunden und den Freien Wählern von Hubert Aiwanger, die allesamt irgendwie Antisemiten seien. Laut dem SPD-nahen Wagner ist es immer nur „die politisch rechts-extreme Seite“ die die „Geschichte instrumentalisiere“, niemals er und seine grünlinken Genossen.

Maaßen verbreite „Legenden vom ‚Great Reset‘ und ‚globalistischen Eliten‘“, das seien „antisemitische Codes“ so Wagner – der aber zu den „Globalisierungsgegnern“ von Attac und Sven Giegold schweigt, wie auch zu linkem und islamischem Antisemitismus. Eine Anfrage der Jüdischen Rundschau ließ Wagner bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Im Fall Krall wurde der Ökonom der „Österreichischen Schule“ von Hayek und Mises des „Antisemitismus“ beschuldigt, weil er die neomarxistische „Frankfurter Schule“ von Adorno, Horkheimer und Marcuse kritisiert – unter denen viele Juden waren. Genau so gut könnte man FC-Bayern-Hasser des Rassismus bezichtigen, weil Gnabry, Coman und Co. mitspielen.

„Die Linke hat jetzt den ‚strukturellen Antisemitismus‘ erfunden, damit man das Label jedem x-beliebigen politischen Gegner anleben kann“, schrieb Krall dazu: „Das Bemerkenswerte: Es gibt ihn, den strukturellen Antisemitismus. Er ist unter Linken besonders verbreitet, wenn sie über Israel herziehen.“

Collin McMahon ist Autor von „George Soros' Krieg“.

Hans-Georg Maaßen im Interview: Grün und Links betreiben Feindbekämpfung durch ökosozialistische Massenmedien

Als sich der seinerzeitige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen 2018 kritisch gegenüber der medialen Berichterstattung über die vermeintlichen „Hetzjagden“ in Chemnitz geäußert hat, wurde er von den Main-Stream-Medien ins „rechte“ Eck gestellt und von der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel sogar seines Dienstes enthoben. Seitdem ist der Chef der Werte Union Ziel grüner und linker Diffamierungskampagnen. Im JR-Interview spricht Hans-Georg Maaßen über die Taktiken der ökosozialistischen Inquisitoren. (JR)

Von Collin McMahon

2012 wurde Hans-Georg Maaßen (HGM) zum Amt des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ernannt, in welcher Funktion er erfolgreich den IS-Terror bekämpfte. Nachdem am 26.8.2018 in Chemnitz der 35-jährige Deutschkubaner Daniel Hallig auf einem Volksfest durch drei irakische Asylbewerber ermordet wurde und zwei weitere Männer verletzt wurden, kam es zu Demonstrationen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, an denen auch Rechtsextremisten teilnahmen.

Anstatt über den Mord an Hallig berichteten die Medien fast ausschließlich über diese Demonstrationen. Am 28.8. sprach die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel von „Hetzjagden und Zusammenrottungen“ in Chemnitz, basierend auf einem 19 Sekunden langen Video veröffentlicht von „Antifa Zuckenbiss“. Bis heute gibt es z.B. keinen Wikipedia-Eintrag über Daniel Hallig. Wenn man seinen Namen googelt, erscheinen nur Berichte zu den vermeintlichen „Hetzjagden“.

Am 7.9.2018 sagte Maaßen der Bild-Zeitung, diese „Hetzjagden“ hätten „nach Erkenntnissen der lokalen Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Lokalpresse, des Ministerpräsidenten des Landes und meiner Mitarbeiter nicht stattgefunden. Sie waren frei erfunden“. Ähnlich äußerte sich der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) am 5.9.2018: „Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, es gab kein Pogrom in Chemnitz.“ Trotzdem wurde Maaßen am 15.11.2018 von Merkel in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

„Ich habe bereits viel an deutscher Medienmanipulation und russischer Desinformation erlebt“, so Maaßen in seiner Abschiedsrede beim BfV. „Dass aber Politiker und Medien „Hetzjagden“ frei erfinden oder zumindest ungeprüft diese Falschinformation verbreiten, war für mich eine neue Qualität von Falschberichterstattung in Deutschland.“

Seitdem hat Hans-Georg Maaßen jede Menge leidliche Erfahrung mit „Falschberichterstattung“ sammeln müssen. In seinem Wikipedia-Eintrag heißt es jetzt ohne Beweise, er sei „mit politischen Stellungnahmen antisemitischer, rechtsextremistischer und verschwörungstheoretischer Natur“ aufgefallen.

Ende August erstattete der Leiter der KZ-Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora Jens-Christian Wagner Anzeige gegen Maaßen wegen „Volksverhetzung“, weil er auf Twitter den Nazi-Boykottaufruf gegen seinen Großvater „Kauft nicht bei Maaßen“ zitiert hatte. Hans-Georg Maaßen sprach darüber mit der Jüdischen Rundschau:

JR: Wie bewerten Sie die anhaltende mediale „Hetzjagd“ gegen Sie?

Hans-Georg Maaßen: Mir ist aus meiner früheren Tätigkeit als Verfassungsschutzchef sehr wohl bekannt, dass der

politische Linksextremismus politische Feindbekämpfung gegen all diejenigen betreibt, die keine Sozialisten sind. Die Stasi hatte auf wissenschaftlicher Grundlage die Technik der Zersetzung entwickelt, um Feinde des Sozialismus politisch, gesellschaftlich oder wirtschaftlich so zu schädigen oder zu vernichten, damit sie ungefährlich für das sozialistische Regime waren. Ein Instrument der Zersetzung war die Diskreditierung und Diffamierung der „feindlich-negativen Zielpersonen“. Es wurde ein auf die Zielpersonen zugeschnittenes Konzept einer Rufmordkampagne erarbeitet, um das Ansehen der Personen durch wahre Tatsachen, durch verfälschte oder durch frei erfundene Tatsachen oder durch Meinungsäußerungen und Werturteile von politischen, wissenschaftlichen oder moralischen Autoritäten zu schädigen und zu zerstören. Ein anderes Instrument, das regelmäßig in einer zweiten Stufe zum Einsatz kam, war die Kriminalisierung des politischen Feindes, indem ihm strafrechtlich relevante Verfehlungen angehängt wurden, die regelmäßig am Schreibtisch konstruiert oder frei erfunden waren. Die dritte Stufe der Zersetzung war die Neutralisierung des Feindes durch Haft, Ausreise ins Ausland oder dadurch, dass die Person systematisch in den (Frei-)Tod getrieben wurde. Diese Zersetzungstechnik ist komplex, und es bedarf einer guten Schulung, um auf die Zielpersonen zugeschnittene Zersetzungskonzepte zu erarbeiten.

Die Technik der sozialistischen Feindbekämpfung durch Zersetzung sehe ich ohne Zweifel heute bei den Anhängern der extremistischen politischen Linken im Einsatz, die nahezu jede nichtsozialistische Person des öffentlichen Lebens, die aus deren Sicht für die Durchsetzung der radikalen ökosozialistischen Politik hinderlich oder gefährlich sein könnte, mit diesen Maßnahmen bekämpfen. Ich bin überzeugt, dass diejenigen, die diese Konzepte heute erarbeiten über eine entsprechende - wie auch immer erlangte - Schulung verfügen.

JR: Wie funktioniert so eine Kampagne?

HGM: Bei gewöhnlichen Zielpersonen reichen heute schon Diffamierungsmarkierungen wie „Verschwörungstheoretiker“, „Rechtspopulist“ oder „AfD-nah“ aus, um sie zu diskreditieren und aus dem gesellschaftlichen Diskurs auszuschließen. Bei Persönlichkeiten, bei denen auf Grund ihrer Bekanntheit und ihrer gesellschaftlichen Stellung eine größere Gefahr für die ökosozialistische Ideologie ausgeht, werden härtere Diffamierungsbegriffe verwendet. Dazu zählen heutzutage die Markierungen „Faschist“, „Nazi“ und „Antisemit“



Hans-Georg Maaßen, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

(teilweise wortidentisch mit denen des SED-Regimes). Diese Zersetzungsmarkierungen werden auch dann verwendet, wenn es für jedermann offenkundig ist, dass sie inhaltlich unwahr sind. Dadurch, dass inzwischen nahezu alle Massenmedien zu ökosozialistischen Haltungsmedien transformiert worden sind, ist es der Linken möglich, dass diese Zersetzungsmarkierungen auch gegen die Wahrheit durchgesetzt und etabliert werden können.

Jede Gegenargumentation wird abgewürgt. Hinzu kommt, dass die Gerichtsbarkeit den Ehrenschatz bei Verwendung dieser Zersetzungsmarkierungen fallengelassen hat, so dass es heutzutage unter die Meinungsfreiheit der Linken fällt, andere als Faschisten oder Antisemiten zu bezeichnen. Der Einsatz paramoralischer oder parawissenschaftlicher Testimonials als Zersetzungshelfen wird deutlich, wenn Personen mit einer klaren linksextremistischen Vergangenheit inzwischen Professorenpositionen oder Stellungen mit herausgehobener gesellschaftlicher oder moralischer Reputation innehaben, und diese Reputation der politischen Feindbekämpfung zur Verfügung stellen. Wir sehen es bei Wissenschaftlern und gesellschaftlichen Würdenträgern, die - wie auch in der DDR - als Teil eines Teams bei der Zersetzung mitwirken.

JR: Was ist der Stand der Strafanzeige?

HGM: Bislang habe ich von der Strafanzeige nur aus den Medien erfahren. In dem Tweet hatte ich in Anbetracht meiner persönlichen Ausgrenzungserfahrung einmal auf ein Erlebnis meines

Großvaters Bezug genommen, dessen Geschäft von Nationalsozialisten boykottiert wurde. Mein Großvater war streng gläubiger Katholik und erklärter Feind der Nazis.

JR: Was ist Ihr Verhältnis zur jüdischen Gemeinde in Deutschland?

HGM: Bis zu meiner Entlassung als Verfassungsschutzpräsident und meiner deutlichen Kritik an der Migrations- und Klimapolitik der Bundesregierung und an den deutschen Haltungsmedien war ich gern gesehener Gast beim Zentralrat der Juden und bei jüdischen Institutionen in Deutschland. In regelmäßigen Gesprächen mit dem Generalsekretär des Zentralrats und bei Gesprächsrunden mit jüdischen Institutionen informierte ich über die aktuelle Gefährdungslage für jüdisches Leben in Deutschland und über Erkenntnisse zu rechtem, islamischem und linkem Antisemitismus in Deutschland.

Als Verfassungsschutzpräsident war mir die Zusammenarbeit mit den israelischen Diensten Mossad und Shabak besonders wichtig, da Deutschland aus meiner Sicht nicht nur eine besondere historische Verantwortung gegenüber

Israel trägt, sondern weil der Staat Israel die einzige freiheitliche Demokratie in der Region ist und deshalb kraftvoll unterstützt werden muss. Vor diesem Hintergrund war es erfreulich, dass es gute operative Erfolge gab, wie die Aufklärung von Anschlagzielen durch iranische Dienste in Deutschland.

JA: Was für Erfolge waren das?

HGM: Viel darf ich über meine damalige Tätigkeit nicht sagen, nur so viel: Wir konnten frühzeitig aufklären, dass Leute des iranischen Geheimdienstes jüdische Einrichtungen und auch Persönlichkeiten der deutsch-israelischen Zusammenarbeit ausspähten, um mutmaßlich Anschläge gegen sie durchzuführen. Unter meiner Amtsführung wurde außerdem die Abteilung islamistischer Extremismus und Terrorismus ausgebaut und technisch ertüchtigt. Es wurden zahlreiche Terroranschläge verhindert, wie zum Beispiel der geplante Anschlag von al-Bakr 2016 auf den Flughafen Berlin-Tegel und der von Sief Allah H. geplante Rizin-Bombenanschlag 2018 in Köln. Weit über zwanzig operative IS-Kader, die mit einem konkreten Terrorauftrag und als Folge der damaligen Migrationspolitik getarnt als Asylbewerber nach Deutschland kommen konnten, wurden lokalisiert, identifiziert und an der Durchführung ihrer Anschlagplanungen gehindert. Nur dadurch konnte verhindert werden, dass diese Personen ihre Anschlagplanungen realisieren konnten.

JR: Hat Jens-Christian Wagner Sie jemals kontaktiert?

HGM: Nein.

Illegale Migration und eskalierende Gewalt: Das neue Normal auf deutschen Straßen

Massenschlägereien, Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehren, brutale und häufig tödliche Messerangriffe und sexuell-motivierte Jagd auf Frauen gehören heutzutage mit wachsender Migration in Deutschland zum Alltag und werden nur im schlimmsten Teil der Fälle von Politik und Medien thematisiert. Die Dunkelziffer ist enorm. Die Behörden sind ganz offensichtlich hilflos angesichts zunehmender Gewaltkriminalität der „neuen Mitbewohner“ unseres Landes und Westeuropas. Schweden hat wegen der Überforderung seiner Polizei teilweise kapituliert und zieht mittlerweile in nie dagewesener Weise das Militär bei der Bekämpfung vorwiegend islamischer Gewaltkriminalität zur Hilfe. Statt Einreiseverweigerung, konsequenter Bestrafung und massiver Abschiebung halten sogenannte Experten in unerhörten 40 bis 50 Prozent aller Fälle der neu hinzugekommenen Migranten in Deutschland psychotherapeutische Hilfe für angemessen, was nach bisheriger Erfahrung die Situation keinesfalls zum Besseren ändern dürfte. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Mitgliederstarke Clans, schlägernde Jugendbanden und psychotische Asylbewerber, die ganze Orte terrorisieren – mit Messern, Fäusten und Schusswaffen. Die Behörden sind hilflos angesichts zunehmender Gewaltkriminalität der neuen Mitbewohner, die andere Werte durchsetzen wollen – auch in sexueller Orientierung.

In Halle beteiligten sich im September geschätzt 2.800 Menschen am Christopher Street Day (CSD), der vermutlich „zahmer“ ausfiel im Vergleich mit den großen Paraden dieser Art in Berlin und anderswo. Die Teilnehmer gingen für „verschiedene Lebensweisen“ und „gleiche Rechte“ auf die Straße.

Hinter diesen Forderungen, die angesichts der rechtlichen Veränderungen immer weniger Brisanz haben, versammeln sich nicht nur homosexuelle Menschen beider Geschlechter, sondern auch „transsexuelle“ oder „Transgender-Personen“ und weitere Gruppen, die – so wollen es die meisten Organisatoren – eine große Gemeinschaft mit den anderen Minderheiten bilden sollen. Hier ist auch einiges an Ideologie im Spiel, weil natürlich gleichzeitig bestimmte Gruppen und Parteien von der Teilnahme ausgeschlossen sind oder marginalisiert werden – das betrifft manchmal sogar die CDU, deren Teilnahme am Stuttgarter CSD jüngst zu einem Angriff der örtlichen Antifa führte.

In Halle kam die Gewalt aus einer anderen Ecke: Im Umfeld des Umzugs wurde eine Gruppe von Teilnehmern von vier fremden Männern „angesprochen“, so Bild. Es handelte sich um „Personen mit südländischem Erscheinungsbild“. Später wurden zwei jugendliche Afghanen (16 und 20 Jahre alt) festgenommen. Tatsächlich dürfte dieses „Ansprechen“ eher eine sofortige homophobe Beleidigung gewesen sein. Dem ließen die Täter bald darauf Schläge und Tritte folgen. Ein 41-Jähriger musste ins Krankenhaus gebracht werden. Es ist übrigens erst ein Jahr her, dass ein junger Tschetschene den Transmann Malte C. auf dem CSD in Münster durch mehrere Faustschläge umbrachte. Inzwischen gab es fünf Jahre Einweisung in einer Erziehungsanstalt für den 21-jährigen Täter.

Das Geschehen in Halle zeigt einmal mehr, dass etwas fundamental nicht zusammenpasst, wenn einerseits Afghanen aus dem befriedeten Heimatland eingeflogen werden und auf der anderen Seite bunte Diversity-Spektakel in deutschen Innenstädten stattfinden sollen, die Menschen mit islamischer Grundorientierung eher fremd sind.

Ein Angriff aus reiner Uninformiertheit? Wohl nicht

Worauf beruhte der neue Angriff nun? War es schlichte Uninformiertheit der Afghanen über die hiesigen Gebräuche? Fühlten sie sich von der massiven Präsenz bi-, homo- und transsexueller Menschen



Die Polizei hat es häufig mit psychisch auffälligen Tätern zu tun.

auf der Straße übertölpelt? Oder gingen sie planvoll vor, wollten vielleicht gar ein Zeichen für ihre Lebensart und ihre Werte setzen und dieselbe verbal und auch mit körperlicher Gewalt durchsetzen? Das dürfte sich ein deutscher Staat nicht gefallen lassen, denn in diesem Land müssen unsere gesetzlich festgelegten Regeln gelten. Viele Verantwortungsträger – egal ob in Politik, Polizei oder Justiz – retten sich auf die andere Möglichkeit hinaus und unterstellen den Zuwanderern reine Anpassungs- oder Anlaufschwierigkeiten.

Wie wenig man in Deutschland angekommen sein kann, auch wenn man hier (meist ja von deutschen Steuergeldern) lebt, zeigt der Berliner Fall des Afghanen Gul A., der seine Ehefrau auf offener Straße umbrachte, nachdem sie sich von ihm getrennt hatte und ein relativ westliches Leben führen wollte.

Vor Gericht beklagte sich A. nun wortreich über die Lebensumstände in Deutschland, die einfach nicht mit denen in Afghanistan oder dem Iran zu vergleichen seien: „Es war ein Fehler, nach Deutschland zu kommen, weil wir als Familie das beste Leben in Afghanistan und im Iran hatten“, sagte er laut Welt (hinter der Bezahlschranke). Dort gebe es kein Jobcenter, seine Frau habe kein eigenes Geld gehabt und sei nicht gegen ihn „aufgestachelt“ worden. Schuld sei zudem seine Schwägerin gewesen, die ihrer Schwester gesagt haben soll: „Hör nicht auf deinen Mann, wir sind hier in Deutschland, hier kannst du die Männer ficken.“

Die Schwester seiner Frau sei schon acht Jahre länger in Deutschland gewesen und habe das gewusst.

Als seine Frau ihn rauswarf und A. obdachlos wurde und in eine Asylunterkunft zurückkehrte, griff er zum Messer, um – so Oberstaatsanwalt Ralph Knispel – seine Frau mit der Tötung zu bestrafen, weil deren „eigenständige Lebensführung mit seinem Ehrgefühl und seinen Moralvorstellungen nicht übereinstimmte“.

Diese Worte des Oberstaatsanwalts mochte sich allerdings der Angeklagte nicht durchgängig anhören – irgendwann nahm er seine Ohrstöpsel heraus und demonstrierte so wiederum, dass er ein ganz anderes Wertegerüst besitzt, das letztlich nicht mit dem des deutschen Rechtswesens in Übereinstimmung zu bringen ist. Das ist der Kampf der Kulturen, live im Gerichtssaal. Der Mord selbst geschah übrigens auf offener Straße mit einem 30 Zentimeter langen Jagdmesser. Der „Frauenmord von Pankow“ hatte viel Aufsehen erregt, zumal die Tat und die dabei fließenden Ströme von Blut viele Passanten und Geschäftsbesitzer schockierten.

Wie eine Wienerin knapp einer Vergewaltigung zu Hause entging

Doch auch einheimische Frauen kommen immer mehr in Gefahr. Tatsächlich geht ein Großteil der Delikte nicht auf einheimische Männer zurück wie zuletzt auf Sizilien (junge Mafia-Prinzen) oder jetzt in Bordeaux, wo angeblich „kaukasische“ Männer eine Irin am

Rande eines Rugby-Spiels vergewaltigt haben sollen. Eine erschreckend hohe Anzahl von sexuellen Belästigungen, Vergewaltigungen und Gruppenvergewaltigungen wird vielmehr von jenen Zuwanderern begangen, die dank illegaler Einreise und einem Asylantrag in Deutschland und Europa leben.

Auch in Österreich häufen sich die Vergewaltigungsfälle, die ihren Anfang in Zufallsbegegnungen im öffentlichen Raum nehmen. Anfang Juli verfolgte ein Mann von nordafrikanischem bis zentralasiatischem Aussehen eine 22-jährige Frau in Wien-Ottakring – bis in ihre Wohnung. Als sie ihre Wohnungstür aufschloss, schubste er sie und machte den Versuch, sie zu überwältigen und zu vergewaltigen. Die Frau wehrte sich aber, schrie und konnte den Mann so vertreiben. Inzwischen fahndet auch die Wiener Polizei mit Photos des Mannes.

Der Fall erinnert an den der unglückseligen Französin Mégane, die am 4. August zum Opfer einer barbarischen Vergewaltigung durch den 18-jährigen Oumar Ndiaye wurde – ebenfalls in ihrer Wohnung. Die 29-jährige Französin, die schwere innere Verletzungen erlitt, weil ihr sadistischer Vergewaltiger unter anderem einen Besenstiel benutzte, ist inzwischen aus dem Koma erwacht. Ihre Familie ist darüber froh, hat aber auch Einwände gegen die Rolle des französischen Staates in der Angelegenheit.

Méganes Vater Ludovic wandte sich nun an die Presse und beklagte die Stille

vonseiten der Regierung: „Die Tatsache, dass nicht über diesen Angriff gesprochen wird, lässt die sexuellen Gewalttäter und andere Parasiten der Gesellschaft, die auf unseren Straßen hausen, frei gewähren. Die Regierung sollte ein Bewusstsein davon haben, dass solche Personen mit einer langen Vorgeschichte frei herumlaufen können. ‚Vertraut auf die Justiz, wurde uns gesagt... Wir wünschen uns nichts sehnlicher als das.‘ In einer Spendenaktion für Mégane wurden bereits mehr als 120.000 Euro gesammelt.

Clan-Prügeleien in Neukölln und Kreuzberg

Derweil drückt sich eine fragil-toxische Männlichkeit gewisser Zuwanderermilieus auch in anderen Konflikten aus. In der Berliner High-Deck-Siedlung kam es Anfang September zum Mini-Clankrieg. Zwei Großfamilien lieferten sich eine Straßenschlacht. Ermittlungen laufen wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung. Es geht anscheinend um acht Tatverdächtige, obwohl sicher 15 Personen an der Schlägerei beteiligt waren. Ein 25-Jähriger schlug mit einem Baseballschläger auf einen Gleichaltrigen ein und brachte den Knüppel dabei fast zum Bersten. Irgendwie muss es wohl wieder um eine Frau gegangen sein zwischen den „Familien“, die sich teils auf die Südosttürkei zurückführen lassen. Während schon Festnahmen laufen, greifen einige noch immer die Festgenommenen an. Natürlich gab es mehrere Verletzte. Werden diese Clanangehörigen in Notstellen eingeliefert, finden sich auch dort häufig ihre Verwandten ein und erfordern so den nächsten Polizeieinsatz.

Im Einsatz waren mehrere Streifenwagen und eine Hundertschaft der Polizei und etwa 50 Feuerwehrleute. Auch die Polizisten wurden bei ihrem Eintreffen natürlich – Ehrensache – angegriffen. „Erst als die Hunde kamen, beruhigten sich die Männer“, so ein Kenner der Lage laut dem Tagesspiegel. Die High-Deck-Siedlung ist ein sicher brutal verbautes Real-Ghetto am Rande des für junge Leute (noch) trendigen Neuköllns.

Keine Woche später kam es in Kreuzberg zur Massenschlägerei zwischen zwei Gruppen von „20 Männern“ und 15 Jugendlichen – fast direkt an der SPD-Parteizentrale am Mehringplatz. Zum Einsatz kamen Metallstangen, Holzlatten und Pfefferspray, außerdem Messer und Schuss- und Schreckschusswaffen. Später versammelten sich sogar 100 Mitglieder beider beteiligten Großfamilien, um auf den Rondell, dem früheren Belle-Alliance-Platz, zu streiten. Mit dabei auch ein grüner Mercedes GT AMG, käuflich zu erwerben ab 117.000 Euro. Am folgenden Samstag ging das Schlagen weiter. Erst am Sonntag meldete Berlin Vollzug: „Massenschlägereien blieben am Sonntag aus“ (so die Berliner Zeitung). Der besonders schwere Landfriedensbruch war da schon erreicht und führt natürlich zu Ermittlungen.

Gruppen mit „afrikanischem“ oder „südländischem“ Phänotyp

Von Berlin nach Westfalen und ins Ruhrgebiet: In Herford wurden zwei Rettungskräfte von einem 36-Jährigen mit einem Messer bedroht, als sie einer hilflosen Person zu Hilfe kommen wollten.

In Duisburg mussten Ärzte das Leben eines 28-Jährigen retten, der an einer Esso-Tankstelle mit einem Messer angegriffen wurde, nachdem er in Streit mit einem Mann geraten war. Zum Messer griff dann dessen Beifahrer. Beide sind flüchtig. Am zweiten Septemberwochenende griffen zwei Männer drei Frauen am Essener Pferdemarkt mit einem Messer an, verletzten eine 30-Jährige im Gesicht und

stahlen ihrer 22-jährigen Freundin ein Smartphone samt Führerschein. Die beiden Verdächtigen werden als Endzwanziger „mit afrikanischem Erscheinungsbild“ beschrieben.

Schon am 18. Juli war es zu einem brutalen Raub in der Essener Innenstadt gekommen. Ein 29-Jähriger wurde von zwei Jugendlichen zu Boden gestoßen und ihm seine Goldkette vom Hals gerissen. Die Polizei startete eine Fahndung mit Bildern.

Die vielen gewalttätigen Gruppen, häufig bestehend aus jungen Männern von „südländischem Phänotyp“, kann man wohl gar nicht mehr zählen. In Heidelberg wurde am frühen Sonntagmorgen ein 22-Jähriger zum Opfer von einer Sechsergruppe, mit denen er zunächst in Worten aneinandergeriet, bevor Faustschläge in sein Gesicht folgten. Seine Angreifer waren geschätzt zwischen 25 und 30 Jahre alt.

In Chemnitz waren es nun angeblich 20 Jugendliche, die unvermittelt, teils mit Stöcken bewaffnet, auf eine Gruppe anderer Kinder losgingen. Es geschah am Konkordiapark in Schloßchemnitz „Bei den Angreifern handelte es sich dem Anschein nach um Ausländer – die Opfer waren Deutsche“, berichtet Radio Chemnitz. Zwei Jungen im Alter von elf und 14 Jahren wurden bei dem Überfall verletzt. Kurz darauf stellten durch einen Zeugen herbeigerufene Polizisten auf der benachbarten Schloßteichinsel fünf Jugendliche zwischen zwölf und 16 Jahren, die als tatverdächtig gelten.

Auch Einzeltäter richten Schlimmes an

Auf ein anderes Konto muss man die folgende Tat einzahlen: In Ludwigshafen nahm die Polizei am 10. September einen Tatverdächtigen fest, der zuvor einen Wirt (+ 57) in Ludwigshafen in seiner Gaststätte schwer verletzt haben soll. Der Wirt starb kurz darauf im Krankenhaus. Dringend tatverdächtig ist ein 25-jähriger Mann aus Somalia ohne festen Wohnsitz, der auch schon polizeibekannt sei, wie der leitende Oberstaatsanwalt Hubert Ströber gegenüber dem SWR sagte. Er habe am Tatort Spuren hinterlassen, die Tatwaffe sei sichergestellt.

Der schwerverletzte Wirt wurde von einer Passantin erspäht. Der Rettungsdienst konnte ihn reanimieren, doch er verstarb kurz darauf im Krankenhaus aufgrund von Stichen und Schnitten am Hals. Er verblutete und erstickte. Zu seinem Motiv schweigt sich der Verdächtige aus.

Im niedersächsischen Hannover wollte ein irakisches Familienoberhaupt den unerwünschten neuen Freund seiner Tochter beim Abendessen erstechen, den er an diesem Abend zum ersten Mal sah. Die Handlung des Irakers war drastisch. Wie

wäre sie ausgefallen, wenn seine Tochter keine Beziehung mit einem Araber, sondern mit einem Deutschen oder einer lesbischen Frau gehabt hätte?

95 Prozent der illegalen Migranten gelten als psychisch belastet

Und dann wären da noch die eindeutig psychisch Erkrankten, von denen es unter den illegalen Zuwanderern angeblich einen hohen Anteil geben soll. In Hardheim im Odenwald belästigt seit Monaten ein Somalier die Einwohner. Es gab bereits eine Reihe von Übergriffen, auch Diebstahl, Körperverletzung und Bedrohungstaten sind unter den eingehenden Anzeigen. Zugehörige Ermittlungsverfahren wurden aber eingestellt, weil der Somalier wegen einer psychischen Erkrankung als schuldunfähig eingestuft wurde.

Es handele sich zwar um geringfügige Delikte, so der zuständige Erste Staatsanwalt Florian Sommer gegenüber Bild, in ihrer Masse stellten sie jedoch eine enorme Belastung für die Bevölkerung dar. Im Juni sei der sogenannte Flüchtling, mit einer Bratpfanne bewaffnet, auf eine Dorfbewohnerin zugelaufen, habe gedroht, sie umzubringen und Dosen auf vorbeifahrende Autos geworfen. Anwohner fahren ihre Kinder zum Spielen in den Nachbarort. Der sogenannte Flüchtling beschimpfte und bedrohte jeden, der ihm begegnet. Bei anderen habe er schon öfter vor dem Haus gestanden und gedroht, es abzufackeln, die gesamte Familie und den Hund zu töten. Viele fragen sich, ob erst etwas Schlimmes passieren muss, bis die Behörden etwas tun.

Laut einigen Experten benötigen 40 bis 50 Prozent aller Flüchtlinge in Deutschland psychotherapeutische Hilfe. Vorsichtiger sprechen von immerhin einem guten Viertel der Asylbewerber, die „die Messer- und Axtmesser der Zukunft“ seien. Das Problem ist seit Jahren bekannt: „Krieg, Folter, Menschenhandel und extreme Armut sind nur einige schreckliche Situationen, denen Flüchtlinge vor und während ihrer Flucht ausgesetzt sein können“, heißt es etwa in einer vom Max-Planck-Institut besprochenen Studie von 2020. Hinzu kommt der Konsum von Cannabis und Alkohol. 133 Migranten wurden befragt. „Über 95 Prozent“, also praktisch alle seien von „belastenden Lebensereignissen, Gewohnheiten oder Lebensbedingungen“ betroffen. Auch „psychotische Symptome“ waren nicht selten. Das weist darauf hin, dass sich gerade „Misfits“ auf die gefährliche Reise aus ihren Gesellschaften in unsere machen – die, die nicht passen, ob durch psychische Probleme oder Delinquenz.

Auch im baden-württembergischen Waldtann in der Nähe von Schwäbisch-Hall und Crailsheim versetzt ein Asylbewerber die Einwohner seit Monaten in

Angst und Schrecken, diesmal ein 33-jähriger Gambier, der die Bäckerei bestohlen und die Verkäufer mit einem Messer bedroht hat. Er war dann für sieben Monate in Haft, kam aber in diesem Sommer zurück nach Waldtann. Im Rathaus bedrohte und bespuckte er Mitarbeiter. An der Bushaltestelle soll der Mann Menschen anpöbeln und Kindern auflauern. Manchmal läuft er schreiend durch die Straßen. Mehr als hundert Bürger kamen Anfang August zu einer Gemeinderatssitzung in Kreßberg, um zu erfahren, wie es mit dem straffällig gewordenen Asylbewerber weitergeht. Derzeit sitzt er in Abschiebehaft, doch mit Rückführungen tun sich deutsche Länder bekanntlich schwer. Die Anerkennungsquote für Gambier liegt unter fünf Prozent.

Überfüllter Maßregelvollzug in Wiesloch

Im baden-württembergischen Städtchen Wiesloch (26.000 Einwohner) entkam nun ein Patient während einer Arbeitstherapie auf dem Gelände des Psychiatrischen Zentrums Nordbaden (PZN) und erstach eine 30-jährige Frau. Der 33-jährige Somalier Ahmad N. war 2021 in die psychiatrische Klinik eingewiesen worden, weil ein Gericht seine Schuldunfähigkeit beschlossen hatte. Er hatte sich damals mehrere Delikte zuschulden kommen lassen, darunter vorsätzliche Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung. In der Klinik verzeichnete man laut der Klinik „Therapiefortschritte“. Es kam zur Lockerung des geschlossenen Vollzugs, die von den behandelnden Ärzten angeordnet wurde. Wenn die Berichte über die früheren Taten des Somaliers stimmen, dann hat sich in der Psychiatrie womöglich eine Verschlimmerung ergeben.

Die Messerattacke von Wiesloch wird nun auch zum Politikum im Landtag. Sozialminister Manne Lucha (Grüne) soll im Sozialausschuss erklären, wie es zur Flucht des Mannes kommen konnte. Die sozialpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Carola Wolle, sprach von einem gesteigerten öffentlichen Interesse an dem Vorgang, „da die Aufgabe des Maßregelvollzugs darin besteht, die Öffentlichkeit vor psychisch kranken Menschen zu schützen“. Die SPD vermisst Warnungen an die Bevölkerung, weil sich die „geflüchteten Menschen aus psychiatrischen Einrichtungen“ in letzter Zeit häuften. In der PZN herrschen demnach bauliche Mängel und ein „massiver Personal- und Platzmangel – gerade auch im Maßregelvollzug“. Der grüne Minister habe von den Zuständen gewusst, aber unzureichende Antworten gegeben. Unklar ist auch, woher der Somalier das Messer hatte.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Der wahre Tag der Deutschen Einheit ist der 17. Juni

Der 3. Oktober war nicht etwa ein Tag der Unabhängigkeit oder des Volksaufstandes für Freiheit – das Datum der Deutschen Einheit 1990, 45 Jahre nach dem Ende der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten, hat sich vielmehr aus einem verwaltungstechnischen Akt ergeben. Entsprechend gedämpft wird alljährlich der 3. Oktober begangen. Dabei wäre der 17. Juni ein würdiger und historisch wichtiger Tag, der in der BRD bis zur Wiedervereinigung als „Tag der deutschen Einheit“ und Staatsfeiertag begangen worden ist. 1953 hatten sich in der DDR mutige Menschen gegen das SED-Regime erhoben. Sie forderten freie Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands. Nur wenige Jahrzehnte nach der dunkelsten Zeit ihrer Geschichte haben die Deutschen 1989 die seltene Gelegenheit bekommen, ihr Land, das durch das Verschulden Hitlers und der Nazis geteilt worden ist, wiederzuvereinigen. Der schon einmal gemachte Versuch am 17. Juni 1953 war noch kläglich gescheitert. Dieser Tag wäre nach der gegläuckten Wiedervereinigung, der richtige Tag gewesen – auch für die Juden Ostberlins, die unter dem faktischen antijüdischen Vorbehalt und der Israelfeindlichkeit des ost-zonalen Regimes erheblich gelitten haben. (JR)

Von Sebastian Biehl

Fast jedes Land hat einen Nationalfeiertag. Oft ist es der Tag der Unabhängigkeit, oder ein Tag an dem ein patriotisches Ereignis stattfand, etwa ein Volksaufstand für Freiheit, eine Revolution oder eine bedeutende Schlacht.

Deutschland hat seit 1990 den 3. Oktober, den „Tag der Deutschen Einheit“ als seinen Nationalfeiertag. An diesem Tag wurde der Einigungsvertrag gültig und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) trat der Bundesrepublik Deutschland bei. Damit hörte die DDR also als Staat auf zu existieren. Die Bundesrepublik Deutschland vergrößerte damit ihr Staatsgebiet um etwa ein Drittel und seine Bevölkerung um etwa ein Viertel. Der 3. Oktober 1990 bildete den Abschluss des politischen Einigungsprozesses, der vorher von den Unterhändlern der zwei deutschen Staaten ausgehandelt wurde.

Am 23. August 1990 hatte das Parlament der DDR, die Volkskammer, die bereits am 18. März 1990 in allgemeinen und freien Wahlen demokratisch legitimiert war, mit großer Mehrheit beschlossen, dass die DDR am 29. September dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten würde, womit die Voraussetzung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten geschaffen wurde. Es musste ein Termin nach der KSZE-Außenministerkonferenz am 2. Oktober, wo die Außenminister über die Ergebnisse der 2+4 Verhandlungen (die vier Siegermächte USA, Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich sowie die zwei deutschen Staaten hatten den Prozess zur Wiedervereinigung verhandelt) informiert wurden, als Vereinigungsdatum gefunden werden. Der Terminkalender war schon recht voll und es mussten auch bald Wahlen für die neuen ostdeutschen Bundesländer und für den gesamtdeutschen Bundestag abgehalten werden, daher wurde der 3. Oktober als frühestmöglicher Termin gewählt.

Nur ein verwaltungstechnischer Akt?

Am Datum 3. Oktober wird oft kritisiert, dass an diesem Tag nur ein verwaltungstechnischer Akt vollzogen wurde, und dass der Tag willkürlich gewählt wurde als Abschluss eines Prozesses von etwa einem Dreivierteljahr, wo sich die beiden deutschen Staaten immer schneller Richtung Einheit bewegten. Es fehlt für diesen Tag auch ein Symbol, wie etwa der Fall der Mauer, ein Volksaufstand oder ähnliches. Entsprechend gedämpft und ohne patriotische Begeisterung wird alljährlich der Tag der Deutschen Einheit begangen.

Das eigentliche Schlüsseldatum, welches den Prozess der Wiedervereinigung auslöste, war der 9. November 1989, der Tag des Mauerfalls. Natürlich ereignete sich dieses nicht spontan

und war nur möglich, weil die DDR-Regierung schon vorher stark unter Druck war durch regelmäßige und immer weiter wachsende Montagsdemonstrationen, zivilen Ungehorsam, massiver Republikflucht und auch das sich schnell ändernde internationale Umfeld mit mehr und mehr Reformen in den „sozialistischen Bruderländern“ in Osteuropa. Trotzdem war der 9. November 1989 ein Schlüsselereignis, der Punkt, wo eine Rückkehr nicht mehr möglich war und alles ins Rollen geriet.

Ein folgenreiches Missverständnis

Kurz nochmal zu den Ereignissen: der gerade ins Amt gekommene Staatsratsvorsitzende Egon Krenz, der den uneinsichtigen Erich Honecker ersetzte, musste, um den Druck aus dem Kessel zu nehmen, der Bevölkerung etwas bieten. Krenz meinte, dies mit „erleichterten Reiseregeln für Reisen in die BRD“ tun zu können und ließ es durch den Ost-Berliner SED-Chef Günther Schabowski in einer Pressekonferenz ankündigen. Scheinbar war die ganze neue Reiseregelung ad hoc aufgestellt und ohne sich der möglichen Konsequenzen bewusst zu sein. Als Schabowski während der Pressekonferenz von einem Journalisten gefragt wurde, ab wann diese neue erleichterte Reiseregelung gelte, stammelte er, „seines Erachtens sofort, unverzüglich“.

Sofort brachen Scharen von Menschen zu den Grenzübergängen in Berlin und anderswo auf und forderten lautstark Durchlass nach West-Berlin bzw. West-Deutschland. Die Grenzsoldaten, ohne klare Anweisungen und ob der Massen auch verunsichert, gaben schließlich nach und öffneten die Schlagbäume. Nun, der Rest ist Geschichte, voll von Symbolik und unvergesslichen Momenten, das Ereignis des späten 20. Jahrhunderts schlechthin, mit freudentaumelnden Menschen aus Ost und West, die sich in den Armen lagen und das kommunistische System, was innerhalb von Stunden zerbröselte.

Der 9. November

Ereignisse, die erst zur Demokratisierung der DDR und später zur Wiedervereinigung führten, machten diesen Tag und die nachfolgenden Monate zur Sternstunde Deutschlands. Welcher Tag wäre also geeigneter als der 9. November 1989 als Deutscher Nationalfeiertag? Es wurde darüber diskutiert, als sich das wiedervereinigte Deutschland einen neuen Feiertag suchte. Das Problem ist allerdings, dass der 9. November als Datum arg vorbelastet ist. An diesem Tag 1938,



Sowjetischer IS-2-Panzer in Leipzig am 17. Juni 1953

51 Jahre vor dem Mauerfall, fand die Reichspogromnacht statt (welche sich mehrere Tage hinzog), die staatlich gesteuerten Pogrome gegen Juden in Deutschland mit mehreren hundert Toten, Tausenden Verletzten, noch viel mehr traumatisierten Menschen und unzähligen verwüsteten Synagogen, Geschäften und Wohnungen. Wie könnte man also dieses Datum wählen, wo die Freude über den Mauerfall von der Schande der Pogromnacht überschattet werden würde?

Volksaufstand am 17. Juni 1953

Das bringt uns zum anderen Tag der Deutschen Einheit, der bis 1989 in der Bundesrepublik als solcher gefeiert bzw. eher gedacht wurde, nämlich der 17. Juni 1953. An diesem Tag fand in der kaum 4 Jahre alten DDR ein Volksaufstand statt, der, ausgehend von Ost-Berlin und von Protesten der Bauarbeiter gegen die Erhöhung der Produktionsnormen, sehr schnell auf andere Gegenden und Berufsgruppen übergriff, nachdem sich die Unzufriedenheit mit zahlreichen Maßnahmen der Regierung wie Bodenenteignung und die Zerschlagung der föderalen Struktur schon vorher aufgebaut hatte. Obwohl die Regierung die Normenerhöhung zurückzog, ging der Aufstand weiter und gipfelte in der Forderung nach freien Wahlen und der Vereinigung der beiden getrennten Hälften Deutschlands. Nach Schätzung waren bis zu einer Millionen Bürger auf die ein oder andere Weise am Aufstand beteiligt. Die DDR-Sicherheitskräfte verloren die Kontrolle und konnten den Aufstand nur mit Hilfe von Truppen und Panzern der Sowjetunion, welche in der DDR stationiert waren, Herr werden. Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen mit Dutzenden Toten und vielen Verhaftungen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde dieser Tag offiziell der Nationalfeiertag, auch wenn die Ereignisse sich ausschließlich auf dem Gebiet der DDR ereigneten. Mit dem Tag wurde einerseits an die mutigen Menschen

erinnert, die der kommunistischen Diktatur die Stirn boten und freie Wahlen und eine Vereinigung forderten, andererseits wurde mit dem Tag explizit die Hoffnung auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten verbunden und daran erinnert, dass diese das Ziel und Streben des Deutschen Volkes sei. Die Bundesrepublik Deutschland erkannte wegen des Einheitsgebotes auch die DDR lange Zeit nicht als Staat an.

Geschichtsträchtige Tage

In der DDR war der Nationalfeiertag der 7. Oktober 1949, als auf dem Gebiet

der Sowjetischen Besatzungszone die „Deutsche Demokratische Republik“ proklamiert wurde. Damit wollte man den vermeintlich dauerhaften Charakter des „sozialistischen Deutschlands“ untermauern. In der Bundesrepublik Deutschland wurde explizit der Gründungstag 23. Mai 1949 nicht zum Nationalfeiertag erhoben, um eben auf den provisorischen Charakter der Bundesrepublik und das Ziel der Vereinigung in der Zukunft hinzuweisen.

Noch ein Tag der Deutschen Einheit ist der 18. Januar 1871, als die deutschen Fürsten unter der Leitung des preußischen Reichskanzlers Otto von Bismarck nach dem Sieg über Frankreich das Deutsche Kaiserreich im Spiegelsaal von Versailles gründeten. Dieser Tag setzte sich allerdings nicht als Nationalfeiertag durch und stattdessen wurde eher der Tag des Sieges bei Sedan (2. September 1870) und der Geburtstag des Kaisers jährlich begangen. Einen offiziellen Nationalfeiertag gab es im Kaiserreich nicht. In der Weimarer Republik wurde der 11. August 1919, „die Geburtsstunde der Demokratie“, als Reichspräsident Ebert die Verfassung unterzeichnete, zum Nationalfeiertag erklärt. Im Dritten Reich war der 1. Mai, der Tag der Arbeit, der Sozialisten aller Couleur sehr wichtig ist, der Nationalfeiertag.

Man könnte argumentieren, dass der blutleere 3. Oktober nicht wirklich ein würdiger und emotional begeisternder Tag der deutschen Einheit ist. Der 9. November, der diese Voraussetzung erfüllt, scheidet wegen der Verbindung mit der Reichspogromnacht aus. Der 17. Juni 1953 bleibt ein für das Deutschland nach dem 2. Weltkrieg bedeutender Tag und vereint sowohl Ost- als auch Westdeutsche. Es wäre ein würdiger Nationalfeiertag.

Sebastian Biehl, Jahrgang 1974, wuchs in Südhessen auf. Zum Studium ging er nach Südafrika, wo er 23 Jahre blieb und lange Zeit als Rechner und Journalist arbeitete. Seit 2019 wohnt er mit seiner Familie in Berlin.

Schändung des Brandenburger Tors als Sinnbild für den Zustand des Landes

Das Brandenburger Tor steht spätestens seit 1989 auch für die Öffnung der Mauer. Die seither zunehmend grün-durchseelten Berliner Regierungen und die Klima-Aktivisten verhindern allerdings seit 2002, dass das Tor ein Tor bleibt und verbieten die Durchfahrt für Fahrzeuge, angeblich zum Schutz des Tores selbst. Das Tor wurde quasi wieder zur Mauer. Nun haben ausgerechnet den Grünen nahestehenden Klima-Terroristen das Tor nachhaltig und schwer beschädigt: Mithilfe präparierter Feuerlöcher pressten radikale Klima-Aktivisten am 17. September gelbe und rote Farbe in den Sandstein aller sechs Säulen des Brandenburger Tores und verschütteten Farbe auf den Pariser Platz. Der Schaden, den der Terrorakt hervorrief, dürfte kaum behebbar sein, da sich die Farbe tief in den Sandstein gefressen hat. Eine Kritik seitens der Grünen ist so leise, dass sie kaum zu hören ist. (JR)

Von Klaus-Rüdiger Mai

Der Schaden, den der Terrorakt der "Letzten Generation" hervorrief, dürfte, wie jetzt bekannt wird, kaum behebbar sein. Fachleute sind sehr skeptisch, dass man jemals die Säulen wieder reinigen können. Wie viel Hass auf die Bürger, auf dieses Land muss man empfinden, wenn man Erinnerungs- und Selbstfindungsorte der deutschen Geschichte schändet?

Was man nun am Brandenburger Tor besichtigen kann, ist die Konsequenz der Politik der Ampel und des ergrünten CDU-Mannes Wegner. Sie tragen dafür die politische Verantwortung. Am 17. September retteten die Klimaterroristen der „Letzten Generation“ die „Klimademokratie“ am Brandenburger Tor. Mithilfe präparierter Feuerlöcher pressten sie gelbe und rote Farbe in den Sandstein aller sechs Säulen des Brandenburger Tores und verschütteten Farbe auf den Pariser Platz. Der Schaden, den der Terrorakt hervorrief, dürfte, wie jetzt bekannt wird, kaum behebbar sein. Fachleute sind sehr skeptisch, dass man jemals die Säulen wieder reinigen können. Was die Klimaextremisten je nach individueller Stimmungslage dosiert antreibt, dürften drei Motive und eine Charaktereigenschaft sein: Hass auf Deutschland, Hass auf die Demokratie, Hass auf die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung, denn dafür steht das Brandenburger Tor. Die Charaktereigenschaft lautet Skrupellosigkeit durch Selbstermächtigung.

Brandenburger Tor: Sieg über die napoleonische Fremdherrschaft

Als Beginn des preußischen Klassizismus von Carl Gotthard Langhans zwischen 1789 und 1793 errichtet dokumentiert das Bauwerk den Übergang von der architektonischen Rezeption der römischen zur griechischen Antike. Zunächst verband man mit dem Brandenburger Tor den Sieg über Napoleon und die napoleonische Fremdherrschaft. Nach 1945 mahnte wohl kaum ein Bauwerk an die deutsche Teilung und den Kalten Krieg wie dieses. Während des Volksaufstandes vom 17. Juni holten drei Männer das Symbol der Unterdrückung, die Rote Fahne, von der Quadriga und hissten die Farben der deutschen Republik, die schwarz-rot-goldene Flagge. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1958 demontierten die Ostberliner Machthaber die Quadriga und brachten sie heimlich in den Neuen Marstall, außerdem brachen sie den Preußenadler und das Eisene Kreuz aus dem Mauerwerk. Als am 13. August 1961 das Ostberliner Regime, zu dem auch die Blockparteien, eben auch die Blockpartei CDU zählte, die Brandmauer mitten durch Deutschland, den Antifaschistischen Schutzwall errichten ließ, wurde auch das Brandenburger Tor brandeingemauert.

Brandenburger Tor: Symbol der Freiheit

Am 12. Juni 1987 sprach der US-Präsident Ronald Reagan vor dem Branden-



Wann wird das Brandenburger Tor wieder in seinem alten Glanz erstrahlen?

burger Tor und rief gen Moskau: „Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!“

In der Silvesternacht von 1989 auf 1990 wurde das Brandenburger Tor zum Symbol der Freiheit, der Demokratie und der Überwindung der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas. In dieser einzigartigen Nacht vermochte man Friedrich Schillers „Ode an die Freude“ in ganzer Euphorie zu empfinden, buchstäblich, mit allen und in allen übertragenen Sinnen. Den Himmel über Berlin illuminierten Feuerwerkskörper, die in Gelb, in Rot, in Blau, in Orange, in einer Vielfalt von Farben und Farbtönen explodierten. Die Augen der Menschen, die sich in dieser Nacht am Brandenburger Tor einfanden, auf die Mauer kletterten, von dort aus in den Osten und in den Westen weiterwanderten, je nachdem, woher sie kamen, wohin sie wollten, leuchteten sternenklar

Das alles traten nun in ihrer gewohnten Arroganz und selbstbezogenen Weinerlichkeit die Klimaextremisten mit Füßen.

und sternenhell. Das Gefühl des Glücks, dass die Teilung Europas endete, hatte alle Herzen erfüllt. Wohl kaum eine Sprache der Welt, die man an diesem erinnerungswürdigen Jahreswechsel von 1989 auf 1990 am Brandenburger Tor nicht vernahm. Menschen, die einander nicht kannten und sich gleich wieder aus den Augen verloren, stießen miteinander mit Sektflaschen an, die sie bei sich trugen. Man wandelte auf einem dicken Teppich, gewoben aus Flaschen und Glasbruch wie über äolische Wiesen. Das alles traten nun in ihrer gewohnten Arroganz und selbstbezogenen Weinerlichkeit die Klimaextremisten mit Füßen.

Die Letzte Generation will die Klimadiktatur

Jetzt schändeten Leute das Brandenburger Tor, die von einer repräsentativen De-

demokratie, die wie Stalin, Ulbricht und Honecker von freien Wahlen, von einem freigewählten Parlament nichts halten, die statt eines freigewählten Parlaments einen Gesellschaftsrat wollen. Man kennt den Gesellschaftsrat, man weiß, was das ist, was hier Gesellschaftsrat heißt, hieß in der DDR Volkskammer, hieß in der Sowjetunion Oberster Sowjet, wie er arbeitet kann man in Nordkorea und in China studieren. Der Sound der Selbstermächtigung ist ein untrügliches Anzeichen für den Wunsch nach Diktatur, dafür, nur allzu leichtfertig bereit zu sein, jede, aber auch jede menschliche Grenze zu überschreiten.

Die Klimaextremisten sind der festen Überzeugung, dass ihnen alles gestattet ist, weil sie große Ziele vertreten, vor diesen großen Zielen muss jede Menschlichkeit, jede Freiheit, jede Achtung vor sich selbst, vor der Freiheit, auch und

zuallererst des politischen Andersdenkenden konsequent beiseite geräumt werden, als habe sie nie existiert, als existiere sie nicht. Die Letzte Generation will die Klimadiktatur. Dafür benötigt sie keine wissenschaftlichen Belege, die es seriös auch gar nicht gibt, sondern nur die reine Behauptung, die unwidersprochen, die ungeprüft mit Mediengewalt ins Land gepresst wird und jede kritische Diskussion verhindert.

Und sie können es sich leisten, denn hinter ihnen stehen amerikanische und englische Geldgeber, hinter ihnen steht die Ampel, hinter ihnen steht auch der Berliner Bürgermeister Wegner mit seinem monströsen Klimaverschuldungsplan, steht auch der Chef des Verfassungsschutzes, der vor nicht allzu langer Zeit die Aktionen der Letzten Generation als einen Höhepunkt demokratischen

Handelns verherrlichte, stehen auch Teile der Polizei und der Justiz. Obwohl die Letzte Generation die Sicherheit des Flugverkehrs mehrfach wie in Hamburg gefährdete, kalt lächelnd Flugzeugkatastrophen, den Tod von Menschen in Kauf nahm, wird gegen sie in Hamburg nicht wegen der Gefährdung des Flugverkehrs ermittelt. Die Hamburger Oberstaatsanwältin Liddy Oechtering erklärte gegenüber der MOPO, eine „konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Sachen von bedeutendem Wert“ habe nicht bestanden, da ein ankommender Flieger noch rechtzeitig umgeleitet werden konnte. Ermittelt werde lediglich wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch und Widerstand. Besser kann man es doch eigentlich gar nicht ausdrücken, dass die Justiz, dass der Staat nicht mehr neutral sein will.

Schänder des Brandenburger Tores folgen Habecks Deutschlandbild

Erstaunlich ist jedoch die große Bewunderung, die all die jungen Männer, vor allem aber die jungen Frauen vor sich selbst hegen, denn ihre Intelligenz, ihr Geist, ihr Genie benötigt kein Studium, keine Ausbildung, keine Bildung, ihr genügt, blickt man auf die Schändung des Brandenburger Tores, eine kurze Lektion in Sachen Patriotismus von Robert Habeck: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“

Und gewiss können sich die Schänder des Brandenburger Tores auch ihrer Claqueure in den öffentlich finanzierten, grünen Medien sein. So feierte die Redakteurin und Journalistin Johann Weinhold, die für den mdr arbeitet, die Schändung des Brandenburger Tores auf X mit den Worten: „Endlich tut es mal weh.“

Dass der Straßenterror und die faktische Geiselnahme durch die Klimaextremisten den Vätern und Müttern, die jeden Tag zur Arbeit hasten, nach dem sie ihre Kinder versorgt oder in die Kita oder in die Schule gebracht haben, die pünktlich auf ihrer Arbeit erscheinen müssen – möglicherweise zu einer Zeit, zu der sich die Redakteurin noch einmal im Bett herumdreht –, dass sie teils zwei Jobs haben, um über die Runden zu kommen, dass sie jeden Nachmittag sich sehr beeilen müssen, um ihre Kinder aus der Kita oder dem Hort abzuholen, bevor die Einrichtungen schließen, dass ihnen das wehtut, und zwar sehr wehtut, weiß die Journalistin, die auch von diesen Müttern und Vätern durch Zwang finanziert wird, natürlich nicht.

Wie viel Hass auf die Bürger in diesem Land, auf dieses Land muss man empfinden, wenn man sie für dubiose ideologische Ziele in Geiselschaft nimmt und die Erinnerungs- und Selbstfindungsorte der deutschen Geschichte schändet?

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Constantin Schreiber: Wenn selbst ein Tagesschau-Moderator von einem Mob zum Verstummen gebracht wird

Tagesschau-Sprecher Constantin Schreiber hat in seinen islamkritischen Büchern „Inside Islam“ und „Kinder des Koran“ auf die Gefahren der Radikalisierung aufmerksam gemacht. Schreiber, obwohl moderat und an die Main-Stream-Meinung weitgehend angepasst, musste nun zu seinem eigenen Schutz verkünden, er werde sich zu allem, was mit dem Islam zu tun hat, nicht mehr äußern. Grund hierfür ist u.a. ein Angriff bei einer Lesung in Jena. Eine Gruppe, die sich „Undogmatische Radikale Linke“ nennt und verwirrender Weise extrem Islam-nah ist, protestierte gegen Schreibers Auftritt, einer von ihnen lief auf die Bühne und drückte Schreiber eine Torte ins Gesicht. Zuvor war er vor seiner Haustür von einem Taxifahrer bedroht worden. Kritik am Islam wird durch den grünen und linken Meinungsterror nicht mehr geduldet, so verstummt mit Constantin Schreiber nun eine sachliche und mahnende Stimme im islamkritischen Diskurs – keine Sternstunde für die Meinungsfreiheit in Deutschland. (JR)

Von Marco Gallina

Ein Tagesschau-Moderator im Zangengriff zwischen Linksradi-kalen und Islamisten: Nach dem Tortenangriff auf Constantin Schreiber will sich dieser nicht mehr zum Islam äußern. Der Kampf gegen Andersdenkende geht diese Woche damit munter weiter.

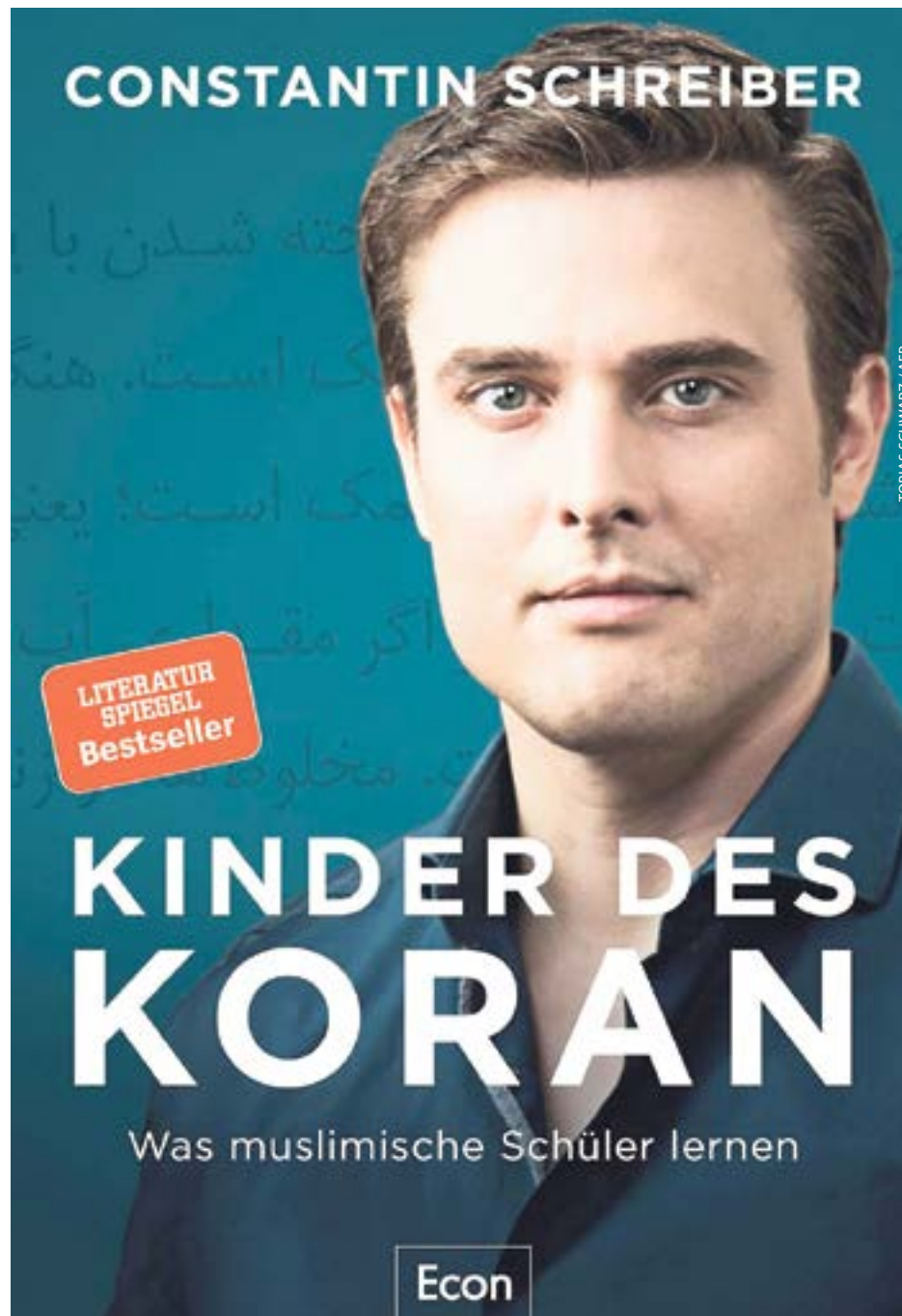
Ist das noch eine Eskalation oder bereits Alltag in Deutschland? Ein Tagesschau-Moderator wird wegen islamkritischer Bücher Opfer eines Tortenangriffs, und nicht etwa der Getroffene, sondern die Täter dürfen sich auch noch auf dem moralisch höhergelegten Ross wähen. Bisher hatte zumindest noch der Eindruck bestanden, dass der Dienst beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk an prominentester Stelle als letzter Schutzwall gegen linksradikale Übergriffe halten könnte; doch es spielt heute keine Rolle mehr, wie stark man in das Umfeld der bundesrepublikanischen Eliten oder öffentlichen Vertreter eingebettet war.

Ob Bestseller-Autor, ehemaliger Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, hochdekorierter Journalist, Bundesbankvorstand, Träger von Bundesverdienstkreuzen oder eben auch Tagesschau-Moderator: Jeden kann es treffen, jeden macht die neue Jakobinische Revolution einen Kopf kürzer, so er den Idealen der Revolution widerspricht.

Angriffe haben System

Nun also der Tortenangriff auf Constantin Schreiber. Die Wahl der konditionierten Waffe ist kein Zufall: So geht man im linken Milieu mit vermeintlichen Steigbügelhaltern des Vierten Reiches um. Beispielsweise mit Beatrix von Storch. Die Botschaft der Angreifer ist klar: Aus ihrem Blickwinkel ist Schreiber ein AfD-naher Rechtsextremist, der den Diskurs vergiftet, und wenn nicht das, dann doch zumindest ein neuer Helfer des Bösen. Nicht in der Tat, aber im Geist entspricht dies dem Vorgehen anderer Radikaler, deren bloße Vermutung, jemand könne „rechts“ sein, Anlass genug zu dessen krankenhaushausreifen Zerschmetterung ist. Die Botschaft von Richtern, Politikern und Journalisten ist dieselbe: Schön ist es nicht, aber in letzter Instanz doch ein ehrenwertes Ziel. Racheengel möchte heute jeder spielen, der eine auf dieser, der andere auf jener Ebene.

Das mag man als Übertreibung werten. Womöglich ist sie das auch; aber es trifft den Kern, vergleicht man es mit den nicht minder überzogenen Übertreibungen, die in der Causa Schreiber zirkulieren. Flugblätter hatten im Zuge von Schreibers Auftritt an der Universität Jena dessen Bücher nicht nur diffamiert. Sie taten nichts weniger, als Schreibers Roman „Die Kandidatin“ ähnliche Intuitionen und menschenfeindliche Absichten zu unterstellen wie dem NS-Propagandastreifen „Jud



In seinem Buch „Kinder des Koran“ schreibt Tagesschau-Sprecher Constantin Schreiber über „islamisches Schulwissen“.

Süß“, einem der cineastischen Höhepunkte antisemitischer Ausfälle im Speziellen und Menschenvernichtungsfantasien im Allgemeinen. Es gehört schon eine besondere intellektuelle Begabung dazu, den von Torten, Mord- und Terrorrohungen umgebenen Schreiber in den Kontext eines staatlichen Verbrecherfilms zu stellen, der dem damals geltenden Zeitgeist entsprach, und sich selbst als Widerständler zu inszenieren, während man selbst mit Rückendeckung aus den linken Medien rechnen kann.

Stichwortgeber in den Redaktionen

Die Causa Schreiber fällt in einen bezeichnenden Zeitraum. Denn dass man Menschen, die man nicht mag, mit Massenmördern gleichsetzt, ist so ziemlich dieselbe Strategie, die ein Jan Böhmermann fährt, wenn er Unliebsame als

Nazis bezeichnet. Während ein nicht geringer Teil des juste milieu vor den Intoleranten warnt, die keine Toleranz verdient hätten, behauptet, die Gegenseite würde den Diskurs vergiften, Hass und Hetze schüren und die Ideale der offenen Gesellschaft untergraben – tut es genau das, was es mit dem „Haltet den Dieb!“-Ruf den Anderen entgegenschleudert.

Böhmermann ist dafür nur ein Aushängeschild. Denn die Tiraden gegen Schreiber, die nun die Radikalen ermuntern, eine kritische Stimme in der Islamdiskussion mundtot zu machen, haben sie abgeschrieben. Ihre Stichwortgeber arbeiten bei taz und Süddeutscher Zeitung. Dass Schreiber ein Widersänger des Jud-Süß-Regisseurs Veit Harlan sei, hatte der Journalist Stefan Buchen dem bereitwilligen Mob eingeflüstert. Buchen, Mitarbeiter der NDR-Redaktion, schrieb im linken Katapultmagazin zu-

erst über die „Kandidatin“ von Schreiber, dass diese eine erschreckende Ähnlichkeit mit dem NS-Propagandawerk Jud Süß habe. Buchen war auch der Urheber der „Rezensionen“ in der Süddeutschen und der taz.

Fundierte Kenntnisse

Vielleicht wäre an dieser Stelle auch die Biographie Schreibers eine Erwähnung wert. Schreiber ist kein Schreibtischtäter. Seine Bücher zu dem, was in deutschen Moscheen gepredigt wird, und sein Roman, der vom Aufstieg des (nicht nur islamischen!) Radikalismus warnt, sind nicht im luftleeren Raum entstanden. Schreiber war selbst in der arabischen Welt als Journalist unterwegs und spricht Arabisch. Möglicherweise mögen nicht alle seine Analysen den wissenschaftlichen Standards der Akademie entsprechen, weshalb ihn Islamwissenschaftler in der Vergangenheit kritisiert haben.

Aber Schreiber hat keinen wissenschaftlichen Lehrauftrag, sondern schreibt Bücher für Publikumsverlage und moderiert Sendungen für ein Massenpublikum. Und Schreiber verfügt über praktische Erfahrungen, die seinen Standpunkt untermauern. Er weiß etwa zu berichten, dass die Moderatorinnen in den arabischen Nachrichtensendungen Makeup statt Kopftuch tragen, diese Welt des Fernsehens aber keinen Bezug zur Realität hat. Eine Alltagsregel, die man auch auf viele Medienbereiche in Deutschland anwenden könnte.

Schreiber sitzt nun im Zangengriff: zwischen linksradikalen Jakobinern, die seine Einordnungen bezüglich Islam nicht mehr hören wollen, und tatsächlichen muslimischen Fanatikern, die Morddrohungen aussprechen. Etwa der Taxifahrer, der ihn schweigend nach Hause bringt und zuletzt meint, dass er jetzt endlich wisse, wo er wohne. Was von beidem schlimmer ausfällt, bleibt offen. Was Schreiber schmerzt, ist aber offensichtlich auch die grassierende Feigheit. Etwa von dem Thalia-Vertreter, der dazu mahnte, die Angreifer nicht auszugrenzen. Oder die Universität Jena, die erst zwei Tage später auf Pressenachfrage die Attacke verurteilte.

Nun wird Schreiber selbst ein bisschen feige. Aus Not, nicht aus Gemütlichkeit. Er werde sich nach den ganzen Vorfällen zu nichts mehr, was mit dem Islam zu tun habe, äußern. Die Krokodilsfütterer können sich also freuen. Wobei: Der Spruch, dass man hier das islamistische Krokodil füttere in der Hoffnung, dass es einen selbst nicht frisst, trifft längst nicht mehr zu. Bei dem Futtervorrat, den man den Dschihadisten hinwirft, könnte man glauben, dass die Biedermänner darauf abzielen, dass es platzt. Bis dahin belässt man es bei Krokodilstränen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Wahlrecht für Migranten: Will sich die SPD eine neue Wählergruppe erschließen?

Die Zahl der Einbürgerungen nimmt stetig zu, besonders die SPD preschte noch bis vor Kurzem mit Vorschlägen vor, die Voraussetzungen für Migranten immer mehr zu erleichtern und auch das Wahlrecht zu verwässern – ein Vorschlag, der ganz und gar im Sinne der Grünen ist. Unterbrochen wurde dieses Demokratie-gefährdende Gefasel nur durch die bevorstehenden Wahlen in Hessen und Bayern, bei denen die Grünen und die SPD ganz offensichtlich befürchten, dass ihnen stimmenmäßig endgültig das Licht ausgehen wird. Man möchte fast glauben, dass sich Grüne und SPD angesichts der desaströsen Umfragewerte ein „neues Volk“ wählen möchte – ganz so, wie Bertolt Brecht den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR kommentierte. Die Wahlen dürften zeigen, dass diese Rechnung nicht aufgehen wird. (JR)

Von Regina Bärthel

Massive Erleichterung von Einbürgerung und Familiennachzug für Asylbewerber, Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auf jeden, der sich mindestens sechs Monate in Deutschland aufhält: Die SPD sucht händeringend nach neuen Wählern. Die könnte sie angesichts ihrer Umfragewerte auch gut gebrauchen. Allein: Ob die Rechnung aufgehen wird, steht auf einem anderen Blatt.

Die Sozialdemokraten kennen ihren Brecht noch immer: „Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“, schrieb der Dichter 1953 nach dem Volksaufstand vom 17. Juni. Und ließ den Text erst einmal in der Schublade. Heute ist er längst zum geflügelten Wort geworden, wenn es um Kritik an der DDR geht. In einer kruden Umdeutung des Gemeintens scheint manch ein Mitglied der SPD den Gedanken an ein neues Volk – Pardon: eine neue Bevölkerung – durchaus attraktiv zu finden. Allen voran Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Die an veritablen Skandalen nicht arme Politikerin geriet jüngst erneut in die Schlagzeilen: „Wir wollen uns auf Bundesebene und im Bundesrat mit Nachdruck dafür einsetzen, dass alle Menschen, die länger als sechs Monate in hessischen Kommunen leben, ein kommunales Wahlrecht erhalten“, heißt es im Wahlprogramm der hessischen SPD, deren Spitzenkandidatin Nancy Faeser ist. Nach heftiger Kritik wurde zurückgerudert; es habe sich um einen „katastrophalen redaktionellen Fehler“ gehandelt. Ein fadenscheiniges Dementi.

Roter Wunschtraum

Katastrophaler redaktioneller Fehler oder Wunschtraum? Die massive Ausweitung des Ausländerwahlrechts würde auch Asylbewerber betreffen, die sich zwar bereits ein halbes Jahr im Land aufhalten, aber noch kein Deutsch sprechen, geschweige denn die politischen Strukturen Deutschlands durchdrungen haben können. Bundesweit ginge es um einige Millionen neue Wähler. Wähler, so möglicherweise das Kalkül, die durch ihr Wahlverhalten der SPD Dankbarkeit zollen würden. Auch die Beliebtheitswerte von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel waren zunächst gestiegen, nachdem sie 2015 geltendes EU-Recht außer Kraft setzte und so die illegale Masseneinwanderung beförderte. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass die Menschen, die „uns geschenkt“ wurden (Katrin Göring-Eckhardt, Grüne) bei weitem nicht die Fachkräfte sind, als die sie den Bürgern verkauft wurden: Heute besitzt nahezu jeder zweite Empfänger von Transferleistungen keinen deutschen Pass.

„2015 darf sich nicht wiederholen“, beteuerte Merkel später. Das tut es auch nicht, denn unter der Ampelregierung erhöhten sich die Zuzüge noch weiter: Wanderten 2015 insgesamt 2,1 Mil-



Wie wird sich die demographische Entwicklung in Zukunft auf das Wahlverhalten der deutschen „Neubürger“ auswirken?

lionen Menschen nach Deutschland ein – darunter Asylantragsteller sowie Migranten aus anderen EU-Ländern – stieg diese Zahl 2022 laut Statistischem Bundesamt auf 2,7 Millionen Menschen. Neben rund einer Million Ukrainer zählen dazu etwa 244.000 Asylbewerber, vornehmlich aus Syrien und Afghanistan. Ende 2022 verzeichnete das Ausländerzentralregister 3,08 Millionen sogenannte Schutzsuchende in Deutschland, deren Zahl sich im aktuellen Jahr bereits um 220.000 erhöht hat.

Zugleich wanderten im vergangenen Jahr 83.000 deutsche Staatsbürger aus (2021: 64.000); sie waren mehrheitlich männlich und durchschnittlich 35 Jahre alt.

Soziale und politische Auseinandersetzungen

Mit 84,3 Millionen Menschen hat die Bevölkerungszahl in Deutschland inzwischen einen Rekordwert erreicht. Ein Wert, der nicht nur die Sozialkassen, sondern die gesamte Infrastruktur des Landes auf das Höchste belastet: Der Wohnungsmarkt, aber auch die medizinische Versorgung sowie das Bildungssystem sind beredete Beispiele für die Überforderung von Bund, Ländern und Kommunen. Letztere machen schon lange deutlich: „Nein, wir schaffen das nicht!“ Doch: „Es gibt keine Höchstgrenze für Menschlichkeit“, wie Innenministerin Faeser gebetsmühlenartig wiederholt.

Von dieser „Menschlichkeit“ zeugen Silvesterkrawalle, Vergewaltigungen und Messerattacken, ganz zu schweigen von den Kämpfen rivalisierender Gruppen aus Eritrea. Längst ist Deutschland zum Austragungsort sozialer und politischer Auseinandersetzungen geworden, die

Asylbewerber aus ihren Heimatländern importieren. Längst begegnen jene Migranten, die einst vor Verfolgung nach Deutschland geflüchtet waren, ihren Verfolgern auch auf hiesigen Straßen.

Obgleich die vorwiegend rot-grün orientierten Hauptstrommedien nach wie vor die Politik der offenen Grenzen unterstützen, obgleich die Polizei dazu angehalten wird, die Herkunft von Tätern zu verschweigen, zeichnet sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Umfragergebnissen ab: Im Spätsommer sind 70% der Deutschen unzufrieden mit der Ampelregierung, 52% befürworten laut einer aktuellen Insa-Umfrage den Rücktritt von Innenministerin Faeser. So könnte die Idee, Deutschland mit einer wachsenden Gruppe anzufüllen, die aus Dankbarkeit die SPD wählen würde, durchaus logisch sein. Denn die seit 1984 jährlich erhobenen Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zur langfristigen Parteibindung der Deutschen zeigen, dass Muslime – darunter die große Zahl der türkischstämmigen Wahlberechtigten – überwiegend sozialdemokratisch wählen. Auch von den drei großen Migranten Gruppen, die 2015/16 nach Deutschland kamen, neigten laut SOEP nur Syrer zu den Unionsparteien, während eingewanderte Afghanen und Iraker sich eher mit der SPD identifizierten.

Religiöse Regeln wichtiger als Gesetze

Allerdings zeigen Befragungen auch, dass die Einstellung vieler Muslime zu Demokratie, Rechtsstaat und Religion nicht mit der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung Deutschlands vereinbar sind. Schon in der 2007 im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellten

Studie „Muslime in Deutschland“ hielten 46,7 Prozent der Muslime die Gebote ihrer Religion für wichtiger als die Demokratie. Sechs Jahre später bestätigte eine weitere Studie, erstellt von Prof. Dr. Ruud Koopmans am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), eine erhebliche Verbreitung von islamisch-religiösem Fundamentalismus unter den Muslimen in Westeuropa: Für 65% seien laut Studie religiöse Regeln wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben.

Als Beispiel hierfür können ganz aktuell die schweren Ausschreitungen durch Mitglieder arabischer Clans dienen, wie sie Mitte Juni in Nordrhein-Westfalen stattfanden: Gegen sie war die deutsche Staatsmacht hilflos, die Autorität der Polizei wurde nicht anerkannt. Erst ein sogenannter Friedensrichter versöhnte die Konfliktparteien – nach islamischem Recht.

Auch die ultranationale türkische Vereinigung „Graue Wölfe“ betont islamische Werte und zeichnet sich laut Verfassungsschutz durch eine „Überhöhung des türkischen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Ethnien, Staaten und Religionen, vor allem aber der Juden, Israels und der Armenier“ aus. Das Verwaltungsgericht Köln urteilte jüngst, dass sie verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt. Mit geschätzt über 18.000 Mitgliedern, so die Bundeszentrale für politische Bildung schon 2017, dürfte sie die stärkste rechtsextreme Organisation in Deutschland sein. Im allgegenwärtigen „Kampf gegen Rechts“ zeigt Innenministerin Faeser allerdings pure Ignoranz gegenüber dieser Organisation: Der vom Bundestag erteilte Auftrag, ein Verbot der „Grauen Wölfe“ zu prüfen, wurde seit 2020 nicht ausgeführt. In Frankreich und Österreich wurden sie längst verboten.

In Michel Houellebecqs Roman „Unterwerfung“ (2015) gewinnt der charismatische Kandidat der „Bruderschaft der Muslime“ die französische Präsidentschaftswahl. Die der Wahl vorangegangenen bürgerkriegsähnlichen Zustände werden befriedet, es kehrt Ruhe, aber auch islamische Gesetzgebung ein: Scharia, Patriarchat und Polygamie – in der sich die linke Intelligenz problemlos einzurichten weiß. Ebenfalls 2015 gründete sich in den Niederlanden Europas erste Migrantenpartei „Denk“, die sich unter dem Motto „Stimme der Ungehörten“ insbesondere an Wähler mit muslimischem Hintergrund wendet. Zwei Jahre später gewann sie aus dem Stand drei von 150 Sitzen im Parlament; die Wählerwanderung erfolgte übrigens hauptsächlich auf Kosten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PvdA. In Deutschland möchte „Denk“ im kommenden Jahr an den Europawahlen teilnehmen.

Regina Bärthel studierte Kunstwissenschaften und Germanistik. Sie leitete den Kommunikationsbereich verschiedener Kultureinrichtungen und veröffentlichte Texte zur bildenden Kunst. Heute ist sie als Journalistin und Essayistin tätig.

Abschieben: Ja bitte, Grenzschutz: Nein danke – Grün & Co. im Clinch mit der Realität

Im August wurden 14.701 illegale Einreisen nach Deutschland von der Bundespolizei festgestellt. Das sind laut Bild gut 240 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Außerdem wurden in diesem Jahr bereits über 200.000 Asylanträge gestellt. Das bedeutet höhere Zuweisungsraten für alle Landkreise in Deutschland und eine zunehmende Einschränkung der Handlungsfähigkeit vieler Kommunen – Deutschland hat die Belastungsgrenze längst überschritten. Die Grünen wollen ihre ideologische Asylindustrie und ihre schwindenden Wählerstimmen retten und zeigen sich neuerdings scheinbar offen für Rückführungen. Ihre Realitätsverweigerung geht aber so weit, dass sie sich trotz sichtbar fehlender Wählerakzeptanz auch jetzt noch streng gegen Grenzkontrollen stellen. (JR)



Von Matthias Nikolaidis

Die Gallionsfiguren der Grünen: Ricarda Lang, Annalena Baerbock und Robert Habeck (v.l.n.r)

Angesichts der Realitäten in deutschen Kommunen geraten einige Sicherheiten ins Wanken. Aber mehr als Oberflächeneffekte sind nicht gemeint. Die Grünen geben sich als Abschiebungsfreunde – wollen damit aber nur ihre Asylindustrie retten. Gleiches gilt von Scholz, Faeser und Co.

„Die Co-Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Katharina Dröge, sieht Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht an der Belastungsgrenze.“ Diesen surrealen Agentursatz (übermittelt von dts) muss man erst mal auf sich wirken lassen. „Sicherheit“ und „Handlungsfähigkeit“ gäbe es also noch in rauhen Mengen, übers ganze Land verteilt, so Dröge in der Neuen Osnabrücker Zeitung. Halten wir die konkreten Zahlen dagegen: Im August wurden 14.701 illegale Einreisen nach Deutschland von der Bundespolizei festgestellt. Das sind laut Bild gut 240 Prozent mehr als im Vorjahresaugust, also fast vier Mal so viele.

Auch die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt seit April kontinuierlich an. Im August wurden fast 30.000 davon gestellt. Insgesamt haben sich die Erstasylanträge im Vergleich zum Vorjahr beinahe verdoppelt (plus 77 Prozent). Das bedeutet höhere Zuweisungsraten für alle Landkreise in Deutschland. Teils wurden es im September zehnmal so viele als bisher gewohnt. Belegte Turnhallen und Zeltbauten sind die Folge. Auch Tiefgaragen sollen nun genutzt werden, wie die Bild schreibt. Die Zahlen führen zu enormer Unsicherheit in deutschen Kommunen und zu einer eingeschränkten Handlungsfähigkeit.

Man könnte Frau Dröge ja einmal mit den Orten Uphahl, Burladingen-Killer, Arnsberg oder Bocholt vertraut machen. Vier Mal Revolte gegen mehr Zuweisungen. Wäre die Grüne als dortige Land-

rätin wohl auch ganz und gar „sicher“ oder „handlungsfähig“? Am Ende wohl nicht, wenn man sich ihre rhetorischen Fähigkeiten noch einmal anschaut. Aber auf EU-Ebene wird gerade ein riesiges Asylpaket geschnürt, das vielleicht in Jahresfrist zu wirken beginnen könnte. Dann wird angeblich alles in Ordnung sein. Dröge will die im Juni sehr vorläufig gefassten Beschlüsse erst einmal wirken lassen wie eine Nachtcreme, bevor sie andere fasst.

Die politische Frage scheint nun, ob Deutschland sich „an der Belastungsgrenze“ befindet (Frank-Walter Steinmeier), ob es dieselbe kürzlich (so diverse CDU-Granden) oder schon vor langer Zeit passiert hat. Abseits des grünen Parteikosmos glaubt kaum einer daran, dass diese Grenze, dieses Limit noch in großer Entfernung vor uns läge. Den Bürgern brennt es auf der Haut, es rückt ihnen buchstäblich auf die Pelle.

AfD setzt allen etablierten Parteien zu

Nun hat sich die AfD auch in Mecklenburg-Vorpommern an die Spitze der Sonntagsfrage gesetzt. Sie führt damit in vier Bundesländern die Umfragen an. In der Bild erläutert Parteichefin Alice Weidel die Position ihrer Partei so: Die erste Priorität für die AfD ist demnach „Massenmigration stoppen – Grenzen sichern, Illegale zurückweisen, abgelehnte Asylbewerber und Kriminelle abschieben, damit Sozialstaat und innere Sicherheit nicht zusammenbrechen.“

Das bildet den Hintergrund für den aufgeschreckten Hühnerhaufen, als den sich Ampelparteien und CDU/CSU derzeit präsentieren. Die Grünen sind am deutlichsten aufgeschreckt. Katharina Dröge will, dass Asylbewerber arbeiten können, auch wenn sie noch keinen Sprach-

Integrationskurs abgelegt haben. Annalena Baerbock spielt derweil die Besorgte, will die EU-Krisenverordnung blockieren, weil sie angeblich für mehr Einreisen nach Deutschland sorgen könnte. Und Ricarda Lang will bekanntlich endlich mehr Rückführungs-, vulgo Abschiebungsabkommen von FDP und SPD ausgehandelt sehen. Die Grünen für mehr Abschiebungen – auf diese Schlagzeile hat die Welt gewartet. Doch der Partei ist in Sachen Migration nicht zu trauen. Sie hat es bekanntlich, ausweislich vieler Aussagen von prominenten Mitgliedern, darauf angelegt, die Entthomogenisierung Deutschlands voranzutreiben.

Nun werden reihenweise AfD-Positionen verbal übernommen, nicht nur von der Union. Die FDP will „vermehrt“ auf Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber setzen, um Pull-Faktoren zu verringern. Es könnte nötig sein. Ob Prepaid-Karten für das Handy dazugehören müssen, scheint eher zweifelhaft.

Habeck: Unterbringung bald „gar nicht mehr zu gewährleisten“

Eins wird bei alledem klar: Die deutschen Grünen sind am Mauern, um sich der anschwellenden Asyl- und Migrationsdebatte im Lande zu erwehren. Auch ein paar Schein-Erker entstehen da, die nach den Wahlen alsbald wieder in sich zusammenstürzen – vermutlich abgerissen werden.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (auch Grüne) macht jetzt auf verständnisvoll. Im Gespräch mit dem SPD-nahen Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND, erschienen in den Samstagsausgaben) berichtet Habeck von „einer gewissen Dramatik“, die er bei Bürgermeistern und Landräten erlebt habe: „Sie sagen, dass sie an vielen Stellen nicht mehr wissen, wie sie die Probleme lösen sollen. Sozialarbeiter kommen kaum noch hin-

terher, Wohnraum ist knapp. Sie können die Unterbringung kaum noch und bald gar nicht mehr gewährleisten.“

Also eine Unterbringung, die absehbar „gar nicht mehr (zu) gewährleisten“ ist – aber die Belastungsgrenze ist noch nicht erreicht. Es ist nicht nur eine Geldfrage, aber reicht der grüne Verstand so weit? Die „Sozialarbeiter“, an denen angeblich solcher Mangel herrscht, sind typische Grünen-Wähler, die sich auch Habeck erhalten will. Er stimmt das Land indirekt (durch bloße Nennung, ogotogott) auf besetzte Turnhallen ein und will dem „Rechtspopulismus“ an dieser Stelle keinen Fußbreit überlassen. Wird der Grüne also nun selbst zum Populisten? Wie will er dem Unmut an der Basis, bei den Bürgern und Kommunalpolitikern gegensteuern?

Habeck: Nicht alle, die kommen, haben ein Recht hier zu sein

Bei dieser Antwort wird es schwurbelig: „Wir haben regierungsseitig einem Gemeinsamen Europäischem Asylsystem, das unter anderem Asylverfahren an den Außengrenzen der EU vorsieht, zugestimmt, aber es war schwierig für viele Grüne.“ Die Neuerung hätte Habeck also „parteilich“ nicht unterschreiben dürfen, er musste aber, weil er nun einmal in der Verantwortung steht. Grüne Doppelmoral, wie sie liebt und lebt. Für die Macht darf man auch etwas vom alten Kernprogramm opfern. Wie viele unberechtigte Asylbewerber damit wirklich an den Außengrenzen ausgesiebt werden können (und ab wann), das steht in den Sternen. Die deutschen Probleme bei der Unterbringung werden auch nach Inkrafttreten weitergehen, wenn nicht mehr passiert.

Auch die Rückführungsabkommen, die es bald mit einzelnen Kleinststaaten wie

Georgien und Moldau geben soll, dürften zu spät kommen und zu wenig sein, um die deutsche Asylmisere zu beheben. Denn die wird ja vor allem durch Zuwanderer aus Syrien und Afghanistan, auch dem Irak ausgelöst – alles Länder, die laut Kennern heute viel sicherer sind als noch vor kurzem, wenn nicht gar gänzlich befriedet.

Tatsächlich setzt auch Habeck auf die Durchfinanzierung des Mangels in deutschen Kommunen und Erleichterungen für die Behörden, damit sie weiter Migranten durchleiten können. Aber die Grünen „werben“ nun auch für schnellere Abschiebungen, weil sie meinen, dadurch dem „größeren Tod“ ihrer Asylpolitik, nämlich der Wiedereinführung des Grenzschutzes entgegen zu können. Das ist das Ziel aller aktuellen Grünen-Äußerungen von Ricarda Lang bis zu Katharina Dröge.

Habeck formuliert es fast religiös: „Die Wahrheit lautet: Nicht alle, die kommen, haben ein Recht, hierzubleiben. Also müssen sie ausreisen.“ Ähnlich auch der grüne Spitzenkandidat im hessischen Wahlkampf, Tarek Al-Wazir: „Aber wer am Ende eines langen Verfahrens kein Bleiberecht hat, der muss das Land wieder verlassen. Auch das müssen wir durchsetzen, wenn wir das Asylrecht schützen wollen.“ Zweimal „Müssen“ – aber die Grünen sind weit davon entfernt, das durchzusetzen. Sie kämpfen an der Gegenfront für das Unterbringen-Müssen der Deutschen. Es gibt noch eine Wahrheit hinter diesen beiden Sätzen: Am besten wäre es, die unberechtigten Zuwanderer kämen erst gar nicht her, dann müssten sie auch nicht wieder ausreisen.

Auch an den Außengrenzen nur die Ergebnisse grüner Politik im Innern
Dabei will man gar nicht wissen, was ein Grünen-Politiker täte, würde er zum Grenzposten der EU berufen. Robert Habeck deutet es in Bezug auf Migrationsabkommen an, die man seiner Meinung nach mit den Herkunftsländern (auch mit Transitländern?) schließen soll. Habeck verlangt nach „Anreizen, damit Länder überhaupt bereit sind, diese Migrationsabkommen zu schließen“. Auf keinen Fall dürfe der „Deal“ aber nach dem Motto „Geld gegen Gewalt“ funktionieren: „Es ist zentral, dass das verstanden wird.“ Die Grünen waren lange Zeit die Friedenstauben der deutschen Politik (heute nicht mehr), doch woher Habecks Gewaltphantasien in Bezug auf Migrationsabkommen und Länder außerhalb Europas rühren, das weiß man nicht.

Was man weiß: Habeck möchte für die Rücknahmen unberechtigter Asylbewerber zahlen und wird ganz sicher auch mehr „legale“ Migration aus den betreffenden Ländern akzeptieren. Das Ergebnis wäre ein Nullsummenspiel, was die Eignung der ankommenden „legalen Immigranten“ angeht. Denn ihr Bildungsstand würde sich ähnlich verquer zur bundesdeutschen Nachfrage verhalten wie derjenige der hier ankommenden Illegalen.

Derweil scheint es in Porto Empedocle auf Sizilien Szenen zu geben, die angesichts des ungeheuren Ansturms afrikanischer Migranten im September mehr als erwartbar waren. In Belgien wird es heute oder bald schon ähnlich aussehen, seit sich die Asylministerin außer Stande sieht, den ankommenden „jungen Männern“ Unterkünfte bereitzustellen.

Ricarda Lang: Für Abschiebungen, um die Asylindustrie zu retten

Angesichts von so viel Wirklichkeitsverweigerung wittert auch CDU-Chef und Oppositionsführer Friedrich Merz Morgenluft. Er will einen Asylkompromiss à la 1993 zimmern – offenbar im Hinterzimmer zwischen SPD und CDU/CSU und (vielleicht) FDP: „Wenn Sie es mit den Grünen nicht hinbekommen, dann werfen Sie sie raus, dann machen wir es mit Ihnen“, sagte er bei einer CSU-Wahlveranstaltung. Aber wer glaubt noch, dass diese Union (halb Merkel, halb Merz und ein Fünftel Söder) zu einer kraftvollen Entscheidung in Sachen Asyl in der Lage wäre?

Auch der Zeitpunkt, an dem die Grünen aus dieser Regierung fliegen, ist noch fern. Darauf setzt auch Merz. Der Bundeskanzler (SPD) – der gerade eine historische (?) Rede vor leeren UN-Bänken gehalten hat – meinte bei einem Wahlkampf-Auftritt in Bayern im typischen Scholz-Sound, dass derzeit „sehr viele“ Menschen nach Deutschland kämen und ihre Zahl „dramatisch“ zunähme. Daraus folgert aber auch er nur, dass man mehr der „Gekommenen“ abschieben müsse, obwohl das zwar in vielen Einzelfällen notwendig wäre, aber schon seit langem nicht zu eindrucksvollen Ergebnissen führt. Das ist eine weitere Variante der neuen Ricarda-Lang-Doktrin, wonach einige Rückführungen mehr die deutsche Migrationsdiskussion beenden und so die rot-grüne Asylindustrie folglich retten würden.

Faeser: Wenn jemand um Asyl bittet, dann kriegt er es

Apropos Hessen: Auch Nancy Faeser hat nun verbal teils eingelenkt und will end-

lich stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien zulassen, nicht aber an der Schweizer Grenze, an der es ebenfalls einen Aufwuchs der Zahlen gibt. Natürlich sollen diese Kontrollen nur „kurzfristig“ denkbar sein, wie Faeser am 20. September im Bundestag sagte. Dort und im Interview mit der Welt am Sonntag (hinter der Bezahlschranke <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus247619802/Nancy-Faeser-Das-wird-irregulaere-Migration-ganz-klar-begrenzen-und-unsere-Kommunen-entlasten.html>) stellte die Innenministerin aber klar, dass es damit nicht zu einem plötzlichen gewaltigen „Schwund“ an Zuwanderern kommen werde: „Wenn jemand auch an eine stationäre Grenzkontrolle kommt und Asyl beantragt, dann kriegt er Asyl in Deutschland.“

Auch die FDP will stationäre Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien nur als „äußerstes Mittel“ sehen und zeitlich begrenzen, so der parlamentarische Geschäftsführer Stephan Thomae im Handelsblatt (laut dts), obwohl die Kontrollen an der österreichischen Grenze seit 2016 nicht mehr aufgehoben wurden. Angeblich sei eine ausgeweitete Schleierfahndung plus Überwachungs-Drohnen genauso gut. Doch damit täuscht Thomae seine Zuhörer. Denn es geht eben nicht um die Frage der technischen Mittel beim Grenzschutz.

Vielmehr geht es, und das hat der Polizeigewerkschafter Heiko Teggatz in unzähligen Äußerungen deutlich gemacht, um die Aufwertung der Bundespolizei zum Bundesgrenzschutz, die durch eine Benachrichtigung (Notifikation) der EU in Brüssel möglich wäre, von Innenministerin Faeser (SPD) aber seit Monaten verweigert wurde. Erst dann könnte die Bundespolizei zumindest einige unberechtigte Einreisen direkt an den Grenzen beenden und zurückweisen. An der österreichischen Grenze hat dieses Mittel zu 15.000 Zurückweisungen im letzten Jahr geführt. Auch das reicht aber nicht aus, um den Notstand der Kommunen zu beenden.

In der EU blockiert die Ampel den Schutz der eigenen Bürger

Derweil blockiert die Ampel – wie gesagt, speziell Außenministerin Baerbock – auf der EU-Ebene sogar das Inkrafttreten der sogenannten „Krisenverordnung“, die den Mitgliedsländern zumindest etwas mehr Spielraum beim Außengrenzschutz und anderen Fragen der illegalen Migration geben würde. Die Ampel hatte sich bei der Abstim-

mung im Rat der Stimme enthalten, was ein passendes Bild der Berliner Lähmung in diesen Fragen gibt. Der EVP-Vorsitzende Manfred Weber (CSU) bezweifelt, dass die Bundesregierung diese „EU-Asylreform“ wirklich will.

Britta Haßelmann, die zweite Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, ist im ZDF trotz halb-kritischer Nachfragen sicher, dass man die von CSU-Chef Markus Söder begonnene „Obergrenzen-Debatte so nicht führen“ kann, weil sie nicht weiß, was man mit dem „zweihunderttausendersten Menschen, der Schutz sucht“, macht (hier der verhaspelte Originalauftritt <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/migration-hasselmann-gruene-obergrenze-100.html>). Etwas anderes als Flucht und Schutz gibt es in dieser Grünen-Welt scheinbar nicht. Dabei sprechen bereits viele von Zuwanderern, vor denen eigentlich die Menschen in Deutschland Schutz bräuchten.

Die „eine Zaubermaßnahme“ kann auch der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil nicht erkennen und gibt damit zu, dass die Lage schon ziemlich haarig ist. Er kritisiert natürlich die „populistische“ Debatte aus Teilen der Union. Aber auch Alt-Bundespräsident Joachim Gauck (parteilos, gewählt von einer ganz großen Koalition von CDU/CSU bis zu den Grünen) bekommt sein Fett weg: Das „bisher Udenkbare“, das Gauck in der Asylpolitik diskutieren will, hält Klingbeil für eine schwammige Kategorie, und damit könnte er durchaus Recht haben. Gauck hat zwar zu Recht vom eingetretenen „Kontrollverlust“ gesprochen, hat aber nicht verstanden, dass es genau die Offenheit und das Einladende (die er irgendwie erhalten will) sind, die zu der rapiden Steigerung der Migrationsströme geführt haben.

Der SPD-Co-Chef will weiter an der „Willkommenskultur für Fachkräfte“ arbeiten. Ob sich kompetente, gut ausgebildete Menschen aus aller Welt aber angezogen fühlen von überfüllten Asylheimen, Turnhallen und Zelten und einem blank gefegten Wohnungsmarkt ohne ausreichend Kita- und Schulplätze mit zeitgleich erheblichen Problemen bei der inneren Sicherheit, das lässt uns Klingbeil nicht wissen.

Zuletzt dürfen linksgrüne Medienschaffende an ihrem einstigen Zentralorgan Spiegel zweifeln, wenn sich der auf die Seite einer kritischen Diskussion stellt.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

**Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:
leserbriefe@juedische-rundschau.de**

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau

als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwährend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



Gegengewicht zu Joe Biden: Netanjahus Twitter-Gambit

Der Besuch des israelischen Ministerpräsidenten beim Tech-Unternehmer Elon Musk machte deutlich, dass das Weiße Haus Joe Bidens nicht das alleinige Machtzentrum in den USA ist. Mit der Übernahme von Twitter und dem Umbau zur Plattform der echten Meinungsfreiheit „X“, umgeht Musk die Zensur der Political Correctness. Im Gegensatz zu Joe Biden und seinen Democrats, die keinen Hehl aus ihrer anti-israelischen Agenda machen, bieten Elon Musk und X einen fairen und offenen Diskurs mit Israel an. Das Gespräch zwischen Netanjahu und Musk war staatsmännisch und zukunftsweisend. Auch für den Cyber-Tech-Standort Israel wurden wichtige Partnerschaften geknüpft. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Die Entscheidung des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, nach San Jose (Kalifornien) zu reisen, um sich persönlich mit dem Geschäftsmann Elon Musk zu treffen, ist in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung.

Zunächst geht es um das Thema künstliche Intelligenz. Wie Netanjahu in seinem persönlichen Live-Twitter-Gespräch mit Musk und in einer späteren Gesprächsrunde sagte, könnte die künstliche Intelligenz die bedeutendste Entwicklung der Menschheitsgeschichte sein. Die Fähigkeit, Maschinen zu trainieren, genauer und schneller zu denken als Menschen, kann ein großer Segen für die Menschheit sein. Sie kann uns aber auch zum Verhängnis werden. Die Zukunft der KI zu gestalten, die Chancen, die sie bietet, zu maximieren und die Welt vor ihren Gefahren zu bewahren, ist zweifellos die große Herausforderung unserer Zeit.

Netanjahus Bestreben, Israel zum Weltmarktführer im Bereich der KI zu machen - so wie Israel im Bereich der Cybersicherheit weltweit führend ist -, macht das Lernen aus Musks Perspektive zu einer Angelegenheit von großer Bedeutung und erheblicher Dringlichkeit. Musk für die Bemühungen Israels zu mobilisieren - und vielleicht eine Partnerschaft mit ihm zu pflegen - wäre ein bedeutender Erfolg für Netanjahu und Israel.

Zukunft der israelischen Technologie

Der zweite Aspekt von Netanjahus Schritt, seine Beziehungen zu Musk zu vertiefen, betrifft die Zukunft der israelischen Technologie. Israel ist ein Zentrum der Technologieentwicklung, dessen Wettbewerbsvorteile eng mit vielen von Musks Branchen verbunden sind. Wenn es gelingt, Musk davon zu überzeugen, sein Engagement in der israelischen Technologiebranche zu vertiefen, kann der israelische Hightech-Sektor stärker als bisher von den Wechselfällen des technologischen Auf- und Abschwungs abgeschirmt werden.

Der vielleicht wichtigste potenzielle Vorteil von Netanjahus öffentlichkeitswirksamen Besuch bei Musk besteht jedoch darin, dass er damit die Bemühungen der Linken untergraben konnte, seinen Besuch in den Vereinigten Staaten zu verhindern.

In den Tagen vor Netanjahus Flug nach San Francisco begannen die linken Anarchisten, die in den letzten zehn Monaten den politischen Krieg gegen ihn und seine Wähler geführt haben, mit der Enthüllung der Kampagne, die sie für Netanjahu in Amerika vorbereitet haben.

Anfang September haben sie eine Botschaft auf das UN-Hauptquartier in New York City projiziert, in der sie die Weltorganisation auffordern, "die israelische Demokratie zu schützen",



Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu besuchte den Tech-Unternehmer Elon Musk.

und warnen: "Glaubt dem Verbrechenminister Netanjahu nicht." Während Rosch Haschana begannen sie, eine Botschaft auf die Wände des Gefängnisses Alcatraz zu projizieren. Das Projektionsbild zeigte Netanjahu in einem orangefarbenen Gefängnisanzug, der sich an die Gitterstäbe einer Gefängniszelle klammert. Die Bildunterschrift lautete: "Willkommen auf Alcatraz Bibi".

Undemokratische Mittel der Demonstranten

Auf den ersten Blick ergibt die Zugkraft, die der politische Krieg der Linken gegen die Regierung erhalten hat, keinen Sinn. Die zentrale Behauptung ihrer Anführer - dass sie die israelische Demokratie schützen - ist absurd. Diejenigen, die den Aufstand führen, wie der ehemalige Premierminister Ehud Barak und seine Kumpane, versuchen nicht, ihre Ziele zu erreichen, indem sie die Herzen und Köpfe der Wähler gewinnen, was der demokratische Weg zur Beilegung politischer Streitigkeiten wäre. Die von ihnen gewählten Methoden sind Massenproteste, Ausschreitungen, Gewalt, Einschüchterung, Aufwiegelung, Straßenblockaden, Vandalismus, Ächtung, Boykott, Demütigung und Verarmung.

Die selbsternannten Hüter der israelischen Demokratie führen eine Kampagne, die einer demokratischen Staatsführung zuwiderläuft. Und dann ist da noch die israelische Flagge. In den letzten 10 Monaten haben die PR-Manager, die die Proteste leiten, ihre Absicht deutlich gemacht, jede wichtige nationale Institution in Israel zu zerstören. Die akademische Welt haben sie bereits verschlungen. Barak und seine Freunde, die ehemali-

gen Generäle, versuchen, die israelischen Verteidigungskräfte und die israelische Luftwaffe zu destabilisieren, zu demoralisieren und auseinanderzureißen. Ihre Kampagne, mit der sie Kampfpiloten, Kommandosoldaten und andere Spitzenkräfte ermutigen, den Dienst in der Reserve zu verweigern, überschreitet jede rote Linie.

Baraks milliardenschwere Freunde haben eine (bisher erfolglose) Kampagne zur Zerstörung der israelischen Wirtschaft geführt. Sie haben Lobbyarbeit bei den Kreditagturen betrieben, um die Kreditwürdigkeit Israels herabzusetzen und so Inflation, Investorenflucht und Panik auszulösen. Sie haben internationale Investoren dazu aufgerufen, sich aus Israel zurückzuziehen. Sie haben Israelis dazu aufgerufen, ihr Geld aus dem Land abzuführen und auszuwandern.

Trotz all dieser unpatriotischen Handlungen ist es den linken Aufständischen gelungen, sich die israelische Flagge anzueignen und sich als die einzigen legitimen Söhne und Töchter des Staates Israel darzustellen. Die Flagge, so betonen sie, gehöre ihnen allein, so wie auch das Land nur ihnen gehöre.

Medien als Handlanger

Das Geheimnis des Erfolgs dieser Gruppierungen ist, dass ihre Partner bei all diesen Bemühungen die israelischen Medien sind. Egal, was sie tun oder sagen, die Medien halten ihnen den Rücken frei. Die Projektionen auf Alcatraz und das Gebäude der Vereinten Nationen wurden der Öffentlichkeit als mutige und bahnbrechende Formen der sozialen Aktion präsentiert. Aufrufe zum Mord an Netanjahu werden heruntergespielt oder ignoriert. Bemühungen von

Netanjahu und seinen Ministern, sich gegen die Dämonisierung zu wehren, führen dazu, dass sie von den Medien als Faschisten und Autoritäre abgestempelt werden.

Unmittelbar nachdem der israelische Justizminister Yariv Levin im Januar seine Vorschläge für eine minimale Begrenzung der Befugnisse des Obersten Gerichtshofs vorgelegt hatte, führten die Medien die Anklage an, die seine Vorschläge fälschlicherweise als "legalen Staatsstreich" und "Regimewechsel" darstellten.

Während der ersten Wochen der Samstagabend-Proteste war die Fahne der PLO die bevorzugte Flagge der Teilnehmer. Und das macht Sinn: Der Großteil der Demonstranten sind Meretz-Wähler. Nachdem die PLO-freundliche, postzionistische Partei im vergangenen November nicht in die Knesset gewählt wurde, verlegte sie ihre Aktivitäten und Wähler auf die Straße. Die Slogans von Meretz wurden zu den Slogans der Aufständischen.

Aber so wie es nicht genug Israelis gab, die sich für die Botschaften von Meretz interessierten, um die Partei im letzten November über die Prozenzhürde zu bringen, so drängte das PLO-Motiv andere Linke weg. Die PR-Führungskräfte, die die Operation leiteten, setzten auf Patriotismus und wählten die israelische Flagge als offizielles Maskottchen. Innerhalb einer Woche wurden Hunderttausende von Flaggen gekauft.

Die Fahnen haben sich als großer Gewinn erwiesen. Sie sind nicht nur schöne Banner, sondern auch großartige Waffen. Linke benutzten Fahnen, um den israelischen Landwirtschaftsminister Avi Dichter zu schlagen. Sie benutzen

die Fahnen, um wütende Autofahrer zu schlagen. Sie benutzen sie, um die Windschutzscheiben von Müttern einzuschlagen, die mit ihren Kindern auf dem Rücksitz im Verkehr feststecken, weil die linken Hüter der Demokratie beschlossen haben, die Autobahnen zu blockieren, als sie gerade nach Hause fahren wollten.

Unglaublich, dass trotz des offensichtlichen Widerspruchs zwischen Patriotismus und einer anarchistischen Bewegung, deren Ziel die Zerstörung der nationalen Institutionen Israels und die Einschüchterung der Bevölkerung ist, die Fahne - wie auch die Sache der Demokratie - dank der Medien alleiniges Eigentum der linken Aufständischen ist, die die Entscheidung der Wähler vom letzten November ablehnen.

Da die Medien die regierungsfeindlichen Aktionen der Linken nahezu vollständig mobilisieren - und in einigen Fällen sogar anführen -, musste Netanyahu einen Weg finden, die Medien zu umgehen. Und hier kommt Elon Musk ins Spiel.

Verfechter der politischen Freiheit

Musks Übernahme von Twitter (jetzt X) im vergangenen Jahr katapultierte den Technologieunternehmer an die Spitze der Informationskette. Auch wenn Facebook mehr Besucher hat, ist X in vielerlei Hinsicht einflussreicher, weil es der große „Gleichmacher“ ist. Premierminister und Kellnerinnen haben das gleiche potenzielle Publikum. Und die Kellnerin kann einen Premierminister auf X als ebenbürtig angreifen. Wenn

ihre Kommentare interessant sind, wird sie Anhänger gewinnen und irgendwann vielleicht mehr Anhänger haben als der Premierminister.

Mit seinem konservativen Medienimperium kann Rupert Murdoch einem umkämpften Regierungschef ein Millionenpublikum von überwiegend konservativen Zuschauern und Lesern verschaffen. Musks Plattform kann einem umkämpften Staatschef ein Publikum von Hunderten von Millionen Menschen weltweit verschaffen, die aus allen sozialen, kulturellen und ideologischen Bereichen kommen. Es wäre keine Übertreibung zu behaupten, dass Musk der mächtigste Medienbesitzer der Geschichte sein könnte.

Darüber hinaus machen Musks Entscheidung, die Verstrickung des früheren Eigentümers von Twitter in staatliche Zensurprogramme aufzudecken, und sein Engagement für die Meinungsfreiheit ihn wohl nicht nur zur mächtigsten Medienfigur der Geschichte, sondern möglicherweise auch zum wichtigsten Verfechter der politischen Freiheit im 21. Jahrhundert.

Eine sachliche und neutrale Plattform

Netanjahu hat durch sein Online-Forum mit Musk drei wichtige Dinge erreicht. Erstens hat er bewiesen, dass er sowohl ein nachdenklicher, liberaler, nüchterer und verantwortungsbewusster Führer als auch Israels legitimes Staatsoberhaupt ist. Als Musk Netanyahu bat, die Proteste gegen die Justizreform zu erklären und zu erläutern, warum Musks

Mitarbeiter bei Tesla gegen seine Entscheidung waren, Netanjahu in das Unternehmen einzuladen, schien die Frage bereits irrelevant. Netanjahu war so offensichtlich kompetent und vernünftig, dass der gesamte Protest surreal und klein erschien.

Die zweite Errungenschaft war Netanjahus Antwort auf Musks Frage zur Justizreform. Ohne von einem parteiischen Reporter unterbrochen zu werden, konnte Netanjahu in aller Ruhe seine Argumente darlegen. Er konnte auch erklären, wie sehr er sich angesichts der massiven Dämonisierung und persönlichen Not um einen Kompromiss bemüht.

Kein Medieninterviewer hätte ihm diese Gelegenheit geboten. Und kein Medieninterviewer hätte es Netanjahu ermöglicht, ein so großes und breites Publikum zu erreichen, wie er es mit Musk tat. Bereits eine Stunde nach dem Gespräch hatten mehr als 7 Millionen Menschen es gesehen.

Die dritte Errungenschaft Netanjahus betrifft seine Beziehung zu US-Präsident Joe Biden. Das Weiße Haus hat sich bemüht, Israels linke Aufführer zu unterstützen. Biden und seine Berater haben die regierungsfeindlichen Unruhen und Proteste als Vorwand benutzt, um sich fast ein Jahr lang zu weigern, sich mit Netanjahu zu treffen. Vor Netanjahus Besuch teilten sie israelischen Reportern mit, dass sie Bidens Treffen mit Netanjahu als Gelegenheit nutzen wollen, um Netanjahus Engagement für die Demokratie zu testen. Mit anderen Worten: Sie beabsichtigen, Netanjahu zu demütigen und ihn als illegitim zu behandeln.

Aufgrund Musks Entscheidung, die Ausnutzung von Twitter und anderen Social-Media-Giganten durch die US-Regierung zur Zensur ihrer Gegner in allen Bereichen - von COVID-19 bis zu Hunter Bidens Geschäftsbeziehungen zu ausländischen Regierungen - aufzudecken, wird er von einigen als Bidens größter Feind angesehen. In ihrem Gespräch witzelte Netanjahu, dass Musk mit all seiner Macht und seinem Einfluss "der inoffizielle Präsident der Vereinigten Staaten" sei.

Indem er Musk auf diese Weise präsentierte, nutzte Netanjahu ihn als Gegengewicht zur Regierung. Er zeigte, dass Biden zwar mächtig, aber nicht allmächtig ist und sicherlich nicht das einzige Machtzentrum in den Vereinigten Staaten ist, das für die Verbündeten der USA, einschließlich Israel, wichtig ist. Es ist schwer zu sagen, wie sich die Ereignisse entwickeln werden. Aber als Netanjahu sie mit Musk auf X begann, tat er etwas, was niemand erwartet hatte. Er hat die Kontrolle über das Gespräch über Israel und seine Regierung übernommen.

Caroline B. Glick ist die leitende Redakteurin von Jewish News Syndicate und Gastgeberin der "Caroline Glick Show" auf JNS. Außerdem ist sie diplomatische Kommentatorin für den israelischen Sender Channel 14 und Kolumnistin für Newsweek. Glick ist Senior Fellow für Nahost-Angelegenheiten am Center for Security Policy in Washington und Dozentin am israelischen College of Statesmanship.

Skandal bei der UN-Generalversammlung: Sicherheitspersonal nimmt israelischen Botschafter kurzzeitig fest

Der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan wurde beim Verlassen der UN-Generalversammlung vom Sicherheitspersonal der UNO kurzzeitig festgenommen. Der Diplomat des jüdischen Staates hatte bei der Rede des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi als Zeichen des Protests das Bild von Mahsa Amini hochgehalten, einer unschuldigen iranischen Frau, die von der iranischen „Sittenpolizei“ ermordet wurde, weil sie angeblich einen Hidschab „unangemessen“ getragen hatte. Dieser skandalöse Vorfall ist ein weiteres Kapitel in der langen Geschichte der anti-israelischen Voreingenommenheit der UNO. Seit seiner Gründung hat der UNHRC mehr Resolutionen zur Verurteilung Israels verabschiedet als gegen jedes andere Land der Welt. (JR)

Von Bryan E. Leib/JNS.org

Als eine Plattform, die internationale Zusammenarbeit, Frieden und Menschenrechte fördern soll, tragen die Vereinten Nationen eine große Verantwortung. Für diejenigen, die die Organisation genau verfolgen, ist es jedoch klar, dass die UNO eine ständige Voreingenommenheit gegenüber Israel hat, die ihre Glaubwürdigkeit und ihre Fähigkeit, die globale Harmonie zu fördern, untergräbt.

Diese Voreingenommenheit wurde am 20. September erneut ins Rampenlicht gerückt, als der israelische Botschafter bei der UNO, Gilad Erdan, friedlich gegen eine Rede des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi protestierte. Während der Rede hielt Erdan ein Bild von Mahsa Amini hoch, einer unschuldigen iranischen Frau, die von der iranischen „Sittenpolizei“ ermordet wurde, weil sie angeblich einen Hidschab unangemessen getragen hatte. Aminis Tod löste eine Welle von Protesten gegen das theokratische Regime von Raisi aus.

Nach Erdans Protest versuchte er, den Saal zu verlassen. Die U.N.-Polizei ergriff ihn sofort und eskortierte ihn physisch aus dem Saal. Die U.N. sollte sich schämen.

Besessenheit der UN

Dieses entsetzliche Ereignis ist ein lehrreicher Moment, eine Gelegenheit, die

offene Feindseligkeit der UNO gegenüber Israel zu überdenken. Erstens konzentriert sich die UNO in unverhältnismäßiger Weise auf die Handlungen Israels im Vergleich zu denen anderer Nationen. Die Besessenheit der U.N., Resolutionen zu verabschieden, die Israel verurteilen, oft mit überwältigender Mehrheit, während sie bei anderen Nationen mit weitaus ungeheuerlicheren Taten ein Auge zudrücken, ist zutiefst beunruhigend. Zwar ist Kritik an Israel durchaus berechtigt, doch die unverhältnismäßige Aufmerksamkeit, die ihm zuteil wird, deutet auf eine politische Agenda hin, die dahinter steckt.

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) ist ein berüchtigtes Beispiel für eine solche Voreingenommenheit. Seit seiner Gründung hat der UNHRC mehr Resolutionen zur Verurteilung Israels verabschiedet als gegen jedes andere Land der Welt. Gleichzeitig haben Kritiker darauf hingewiesen, dass der UNHRC schwere Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie China, Russland, Iran und Nordkorea nicht angemessen behandelt hat. Diese Widersprüchlichkeit wirft Fragen über die Verpflichtung der UNO zur Unparteilichkeit und ihre Fähigkeit auf, wirksam gegen globale Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.



Gilad Erdan, israelischer Botschafter bei den Vereinten Nationen.

Israel hat Recht auf Selbstverteidigung

Ein weiteres Problem ist die Tendenz der UNO, die israelische Selbstverteidigung als Aggression zu bezeichnen. Israel hat, wie jede souveräne Nation, das Recht, sich gegen Bedrohungen und Angriffe zu verteidigen. Das Versäumnis der UNO, die komplexen Sicherheitsherausforderungen anzuerkennen, vor denen Israel

steht, einschließlich der ständigen terroristischen Bedrohung durch Gruppen wie Hamas und Hisbollah, ist ein eklatantes Versäumnis, das die Glaubwürdigkeit der Organisation untergräbt.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Kritik an der Behandlung Israels durch die UNO kein Versuch ist, Israel vor der Rechenschaftspflicht zu schützen. Israel sollte, wie jede andere Nation auch, für seine Handlungen verantwortlich gemacht werden, wenn sie gegen internationales Recht oder Menschenrechtsstandards verstoßen. Der Ansatz der Vereinten Nationen muss jedoch konsequent und fair sein und für alle Mitgliedsstaaten die gleichen Standards gelten.

Die entsetzliche Behandlung von Botschafter Erdan durch die UNO wird in die Geschichtsbücher als das jüngste Kapitel in der langen Geschichte der offensichtlichen Voreingenommenheit der Organisation gegenüber dem einzigen jüdischen Staat der Welt eingehen.

Bryan E. Leib ist geschäftsführender Direktor von CASEPAC, dem einzigen bundesweiten PAC, das sich der Bekämpfung von Antisemitismus in der Bundespolitik widmet. Zuvor war er geschäftsführender Direktor der Iranian Americans for Liberty und ein GOP-Kandidat für den Kongress.

Historischer Wendepunkt im Nahen-Osten: Israel und Saudi-Arabien vor Normalisierungsabkommen

Ein Interview des saudischen Kronprinzen Mohammad bin Salman mit Bret Baier von Fox News am 20. September könnte einen historischen Wendepunkt im Nahen-Osten markieren. Vor allem im Rahmen einer gemeinsamen Positionierung gegen den Iran äußerte sich Bin Salman eindeutig pro israelisch und kritisierte Joe Bidens Verharmlosung des Mullah-Regimes und dessen Unterstützung, den Iran zur Atombombe zu verhelfen. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Das Interview des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman (MBS) am 20. September mit Bret Baier von Fox News war ein Wendepunkt in der Weltpolitik. Es gab ein Weltgeschehen vor dem Interview und ein Weltgeschehen nach dem Interview. Das Feuerwerk begann sofort, und ein Hauptthema war der Iran.

Saudi-Arabien und die anderen sunnitischen arabischen Staaten lehnen die nukleare Beschwichtigung Teherans durch die USA ebenso vehement ab wie Israel. Doch in den letzten zehn Jahren haben sich die Sunniten dafür entschieden, Israel die schwere Arbeit machen zu lassen. Sie informierten Reporter inoffiziell über die Proteste von Premierminister Benjamin Netanjahu, aber sie traten nicht selbst auf die Bühne.

Kurz gesagt besteht die Politik von Obama und Biden darin, dem Iran zu ermöglichen, ein nuklearer Schwellenstaat zu werden - und darüber hinaus. Wie der ehemalige Präsident Barack Obama und seine hochrangigen Berater zu verschiedenen Zeitpunkten erklärten, war die Idee, dass der Iran wegen des angeblichen israelischen Atomwaffenarsenals als Schurkenstaat agierte. Der Schlüssel zur Stabilisierung des Nahen Ostens sei eine Neuausrichtung der USA, weg von Israel und seinen traditionellen sunnitisch-arabischen Verbündeten und hin zum Iran.

Die Stärkung des Iran, in erster Linie durch nukleare Beschwichtigung, würde es dem Iran ermöglichen, ein Gleichgewicht mit Israel herzustellen. So wie das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges einen Atomkrieg verhinderte, so würde ein Gleichgewicht des Schreckens zwischen Israel und dem Iran einen Atomkrieg verhindern.

Die Bemühungen von Israelis und anderen Gegnern von Obamas Vision, die Absurdität des Vergleichs des ehemaligen Präsidenten zu erklären, blieben ohne Erfolg. Obama und seine Berater weigerten sich anzuerkennen, dass der Iran keine Status-quo-Macht ist. Es handelt sich um ein revolutionäres Regime, das sich selbst als Speerspitze und Anführer eines islamischen Vormachtreichs sieht, das es durch Terror, Radikalisierung und Krieg aufgebaut hat. Folglich kann das Modell der nuklearen Abschreckung mit gegenseitiger Zerstörungsgarantie zwischen den USA und der UdSSR im Falle Irans nicht funktionieren.

Iran steht an der Schwelle eines Atomwaffenarsenals

Heute gelten dieselben Argumente. Aber wie Obama und seine Berater verfolgen auch Präsident Joe Biden und sein Team von Obama-Jüngern Obamas Vision mit verdoppelter Energie, und die Ergebnisse sind katastrophal. Der Iran steht am Rande eines Atomwaffenarsenals. Seine Entscheidung vom vergangenen Wochenende, die internationalen Atominspektoren auszuweisen,



Der saudische Kronprinz Mohammad bin Salman.

signalisiert unmittelbare Gefahr. Das Stellvertreterregime der Hisbollah im Libanon wie auch die palästinensischen Stellvertreter des Irans eskalieren ihre Drohungen und Aggressionen gegen Israel und signalisieren, dass ein großer Krieg bevorsteht. Dennoch besteht die Regierung Biden darauf, dass ihre Nukleardiplomatie auf regionale Stabilität und die Nichtverbreitung von Kernwaffen ausgerichtet ist.

Die Katze ist aus dem Sack: Riad will keine radioaktiven Isotope für die medizinische Forschung entwickeln. Es will die Bombe, wenn der Iran sie bekommt.

MBS brauchte keine lange Rede, um zu erklären, warum die Politik der Regierung nicht funktionieren kann. Er tat es in einem einzigen Satz. Bret Baier fragte ihn, wie Saudi-Arabien auf einen atomar bewaffneten Iran reagieren würde. Er antwortete schlicht: "Wenn sie [eine Atomwaffe] bekommen, müssen wir eine bekommen, aus Sicherheitsgründen, um ein Gleichgewicht der Kräfte im Nahen Osten herzustellen."

MBS ist nicht allein. Wenn der Iran eine Atomwaffe erhält, wird der Naher Osten vollständig nuklearisiert werden. Ein Regime nach dem anderen wird sich Atomwaffen beschaffen, um sich vor anderen Regimen zu schützen, die bereits über Atomwaffen verfügen.

Indem er unverblümt das Offensichtliche aussprach, zeigte MBS, dass die Iran-Politik der Biden-Regierung zu einem vollständig nuklearisierten Nahen Osten führen wird. Nun, da die Wahrheit ans Licht gekommen ist, haben Biden und seine Berater die Wahl. Sie können ihren derzeitigen Kurs beibehalten und für ihre Handlungen

verantwortlich gemacht werden, oder sie können den Kurs ändern und eine Strategie verfolgen, die den Iran daran hindert, ein nuklear bewaffneter Staat zu werden, und den Nahen Osten atomwaffenfrei, pro-amerikanisch und stabil hält.

Während seines Treffens am 20. September erläuterte Netanjahu die Strategie, mit der der (kurze) Weg des Irans zu einem Atomwaffenarsenal blockiert

werden soll. Netanjahu sagte, eine erfolgreiche Strategie bestehe aus drei Komponenten: "Eine glaubwürdige militärische Drohung, lähmende Sanktionen und die Unterstützung der tapferen Männer und Frauen im Iran, die dieses Regime verachten und die unsere wahren Partner für eine bessere Zukunft sind."

6 Milliarden Bestechungsgeld

Im September war es ein Jahr her, dass das iranische Regime Mahsa Amini ermordet hat, weil sie ihr Haar nicht gemäß den frauenfeindlichen Vorschriften des Regimes bedeckt hatte. Aminis Folter und Tod löste eine massive Protestbewegung der iranischen Jugend aus. Unter großem Risiko - und letztlich zu hohen Kosten - brachten diese mutigen jungen Menschen das Regime an den Rand des Zusammenbruchs, als Militäreinheiten aus der Reihe tanzten und sich den Demonstranten anschlossen, die Freiheit forderten.

Anstatt die Gelegenheit zu ergreifen, den Iran und die Welt von dem islamischen Regime zu befreien, hat

die Regierung Biden ihre nukleare Beschwichtigungspolitik fortgesetzt. Am 18. September zahlte die Regierung dem Regime 6 Milliarden Dollar Bestechungsgeld. Sie ließ iranische Terroristen und Atomwaffenproduzenten, die in US-Gefängnissen festgehalten werden, im Austausch für fünf im Iran festgehaltene amerikanische Geiseln frei. Weitere Milliarden sollen auf dem Weg sein.

Der Iran revanchierte sich für die Beschwichtigungsversuche der USA, indem er seine Aggression noch verstärkte. In seiner Rede vor der UNO am 19. September dankte der iranische Präsident Ebrahim Raisi den USA nicht für ihre Großzügigkeit und ihren guten Willen. Er erneuerte das Versprechen des Regimes, US-Beamte, einschließlich des ehemaligen Außenministers Mike Pompeo, wegen ihrer Rolle bei der Ermordung des iranischen Terrorchefs Qassem Soleimani 2020 zu ermorden.

Wie Biden und sein Team auf die Herausforderung von Mohammad bin Salman reagieren werden, ist schwer zu sagen. Bislang haben sie keine Bereitschaft gezeigt, ihren Kurs zu ändern. Doch wie auch immer sie vorgehen, nach dem Interview mit MBS werden sie dies ohne den Vorteil der Zweideutigkeit tun. Jeder weiß jetzt, wohin ihre Politik führen wird.

Klare Forderung Saudi-Arabiens

Iran ist nicht der einzige Politikbereich, in dem MBS eine Warnung an die US-Regierung gerichtet hat. Sein Eingeständnis, dass Saudi-Arabien Atomwaffen erhalten wird, wenn der Iran dies tut, ging einher mit seinem Argument für einen Vertrag über gegenseitige Sicherheit mit den USA.

Unter Hinweis darauf, dass Saudi-Arabien der bei weitem größte Abnehmer amerikanischer Militärgüter ist, erklärte er, dass der Zweck einer Sicherheitsgarantie darin bestehe, sowohl die Versorgung der Saudis zu gewährleisten als auch die amerikanische Militärindustrie zu schützen. Es wäre eine Schande, von anderen zu kaufen, sagte MBS, aber wir werden es tun, wenn die USA sich nicht verpflichten, uns zu verkaufen, was wir wollen.

Das bringt uns zu Saudi-Arabien Forderung nach einem zivilen Atomprogramm. Es wird viel darüber geredet, was die USA und Israel akzeptieren könnten und was sie nicht akzeptieren können. Aber die Erklärung von MBS hat das alles ein wenig in den Hintergrund treten lassen. Die Katze ist aus dem Sack. Nein, Riad will keine radioaktiven Isotope für die medizinische Forschung entwickeln. Es will die Bombe, wenn der Iran sie bekommt.

Wenn die USA bereit sind, dem Iran die Entwicklung von Atomwaffen zu gestatten, dann müssen sie auch bereit sein, dass Saudi-Arabien (und alle anderen) diesem Beispiel folgen. Darüber hinaus werden die USA den saudischen Waffenmarkt verlieren. Entweder stehen die USA also an der Seite Saudi-Arabien und verhindern, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangt, oder Saudi-Arabien wird andere Waffenlieferanten finden und sich selbst die Bombe beschaffen.

Dies bringt uns zum dritten wichtigen Thema, das MBS anspricht: Ein von den USA vermittelter Frieden mit Israel. Auch hier waren die Aussagen von MBS nichts weniger als außergewöhnlich. Es ist nicht so, dass MBS ein baldiges Friedensabkommen versprochen hätte. Es ist sogar möglich, dass es für lange Zeit nicht zustande kommen wird. Es ist alles andere als klar, dass sein Vater König Salman Israel so sieht wie MBS. Aber MBS machte keinen Hehl daraus, wie er Israel sieht.

Das Ende des arabisch-israelischen Konflikts?

Das erste konkrete Thema, das MBS anspricht, war die Eisenbahn- und Kommunikationsverbindung von Indien über die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Jordanien und Israel, die den Transportweg von Asien nach Europa um drei bis sechs Tage verkürzen wird. Das Projekt, das im September auf dem G20-Gipfel offiziell vorgestellt wurde, wird als ein indisch-saudisch-europäisches Projekt präsentiert, und das ist es auch. Doch was noch bedeutsamer ist als ein Logistikzug, ist, dass die Infrastrukturverbindung das tatsächliche Ende des arabisch-israelischen Konflikts bedeutet. Wenn das Projekt in Betrieb genommen wird, wird Israel der Knotenpunkt des transkontinentalen Netzes sein. Die Sicherheit und Stabilität Israels wird dann zu einem regionalen und globalen Interesse.

Der interessanteste Aspekt der Äußerungen von MBS über die Aussicht auf Frieden mit Israel war die Art und Weise, wie er Israel auf der einen Seite und die „Palästinenser“ auf der anderen Seite darstellte.

Die Regierung Biden und die israelische Linke haben die Aussicht auf ein von den USA vermittelter Friedensabkommen zwischen Israel und Saudi-Arabien als ein Mittel dargestellt, um die „Palästinenser“ auf Kosten Israels oder zumindest auf Kosten der rechtsreligiösen Koalition Netanjahus zu fördern. Das Abkommen, so wie es angekündigt wurde, würde von Israel massive territoriale Zugeständnisse an die „Palästinenser“ verlangen.

Der Grundgedanke hinter dem Diskurs der Regierung über ein saudi-israelisches Abkommen ist, dass Israel das Problem und die „Palästinenser“ die Lösung sind. Um Frieden mit Saudi-Arabien zu schließen, muss Israel zunächst die „Palästinenser“ besänftigen. Dies ist das Gegenteil der Visi-

on, die hinter dem von Saudi-Arabien unterstützten Abraham-Abkommen stand, mit dem das Veto der „Palästinenser“ gegen den arabisch-israelischen Frieden aufgehoben wurde. Es betrachtete die „Palästinenser“ als Hindernis für den Frieden und Israel als Ziel.

Angesichts der Position der USA hätte man von MBS erwarten können, dass er von einer „Zweistaatenlösung“ spricht, wie es Biden und seine Berater unablässig tun. Man hätte von ihm erwarten können, dass er genau darlegt, wo Israel Gebiete an die „Palästinenser“ abtreten soll. Baier drängte MBS zum Thema „Palästina“. Die Antworten von MBS signalisierten deutlich, dass er sich an den Rahmen des Abraham-Abkommens hält.

Eindeutige Wortwahl

MBS betonte zwar, dass "die palästinensische Frage sehr wichtig ist". Er erwähnte jedoch weder einen „palästinensischen“ Staat noch eine Zweistaatenlösung. Er erwähnte auch keine territorialen Zugeständnisse Israels. Er stellte Israel gewiss nicht als Hindernis für den Frieden dar. Stattdessen konzentrierte er sich auf Israel. MBS sagte, dass die Saudis "hoffen, einen Frieden zu erreichen, der das Leben der Palästinenser erleichtert und Israel zu einem Akteur im Nahen Osten macht".

Israel ist der "Akteur", der gesuchte Partner. Den „Palästinensern“ muss geholfen werden.

Als das MBS-Interview ausgestrahlt wurde, war Netanjahus Besuch bereits ein großer und in vielerlei Hinsicht schockierender Erfolg. Bei der Vorbereitung seiner Reise stand Netanjahu vor zwei großen Herausforderungen: Eine feindselige Biden-Administration und eine massiv finanzierte Gruppe israelischer Anarchisten, die hofften, aus seinem Besuch Kapital schlagen zu können, um ihren nunmehr zehnmonatigen politischen Krieg gegen ihn und seine Regierung zu eskalie-

ren. Als Netanjahu nach San Francisco flog, war noch lange nicht klar, ob er die millionenschwere Kampagne der Anarchisten, ihn zu dämonisieren und zu diskreditieren, politisch überleben würde.

Ein paar Tage später war es ziemlich klar, dass die Anarchisten keine Chance mehr hatten, auch wenn sie sich dessen nicht bewusst waren. Netanjahu hatte seinen Platz in der ersten Reihe der globalen Staatsmänner wieder eingenommen.

Ein Deal mit Netanjahu

Baier fragte MBS zweimal, ob er glaube, dass er mit Netanjahu ein Abkommen schließen könne. Die Frage war nicht explizit. Aber es war offensichtlich, dass Baier MBS fragen wollte, was er von den Bemühungen der Linken hält, innenpolitisches Chaos zu säen, indem er behauptete, Netanjahus Wahlsieg sei inakzeptabel. MBS ging nicht auf den Köder ein. Er antwortete, dass er mit demjenigen verhandeln werde, der in Israel das Sagen habe. Mit anderen Worten: Natürlich kann er einen Deal mit Netanjahu machen. Das ist derjenige, mit dem er gerade verhandelt.

Während Israels Krieg 2014 gegen den Hamas-Terrorstaat in Gaza versuchte Obama, Netanjahu zu zwingen, den Waffenstillstandsbedingungen der Hamas nachzugeben. Er wurde überumpelt, als Saudi-Arabien, die VAE und Ägypten sich auf die Seite Israels gegen die Hamas (und Obama) stellten und die Forderungen der Hamas ablehnten.

Der Tag dieses Interviews könnte als der Tag in die Geschichte eingehen, an dem die Partnerschaft zwischen MBS und Netanjahu voll zum Tragen kam. Während Netanjahu an Bidens Seite in New York war und MBS im amerikanischen Fernsehen auftrat, erklärten die beiden Staatsoberhäupter, was passieren kann, wenn die USA auf der Seite ihrer Verbündeten stehen, und was passieren wird, wenn Amerika stattdessen auf der Seite des Iran steht.

Ausschreitungen gewaltbereiter Eritreer in Tel Aviv

Israel liegt auf der Migrationsroute von Afrika nach Europa. Viele der Migranten, die es nach Israel schaffen, verlassen es aber nicht wieder. Derzeit beherbergt der jüdische Staat etwa 60.000 afrikanische Migranten. Am 2. September kam es in Tel Aviv zu blutigen Unruhen rivalisierender Eritreer bei denen über 150 Menschen verletzt worden sind. Die gebotenen Abschiebungen der illegal eingewanderten afrikanischen Gewalttäter werden jedoch größtenteils vom linksgerichteten Obersten Gerichtshof blockiert. Ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit der von unseren Medien und Politik verteuflten Justizreform der israelischen Regierung. (JR)

Von Daniel Greenfield/
JNS.org

Während über Israels Terrorismusproblem viel berichtet wird, ist das Problem mit den illegalen Einwanderern wenig bekannt.

Israel liegt an der Migrationsroute von Afrika nach Europa. Viele der Migranten, die es nach Israel schaffen, verlassen es nicht wieder. Teile von Tel Aviv sind von Migranten und Banden übernommen worden, die ihre eigenen No-Go-Zonen haben.

Warum weiß man davon nichts? Weil niemand darüber reden will. Die Medien sind im Allgemeinen nicht daran interessiert, darüber zu berichten, es sei denn, sie berichten gelegentlich über linke Pro-Migranten-Proteste, und das Pro-Israel-Lager neigt dazu, das zu wiederholen, was das Establishment herausgibt, das heißt, das Problem zu ignorieren. Die Menschen, die unter dem massiven Zustrom illegaler Einwanderer leiden, leben in den ärmeren Vierteln von Tel Aviv.

Die Situation ist schon seit langem schlecht

Die neue konservative Regierung Israels ist zum Teil mit dem Versprechen angetreten, endlich mit der Abschiebung der Illegalen zu beginnen. Leider hat Israels linksgerichtete Justiz, insbesondere der Oberste Gerichtshof, solche Bemühungen blockiert. Auch die Demokraten im Repräsentantenhaus drängten Israel, alle Pläne zur Abschiebung der Migranten fallen zu lassen. Plan der Regierung war, den Migranten 3.500 Dollar auszuhändigen und ihnen Flugtickets zu kaufen.

Jetzt ist die ganze Sache in einer Weise explodiert, die niemand ignorieren konnte: Es kam zu Unruhen im "schöneren" Teil von Tel Aviv. Gruppen von Eritreern, die sich wegen Problemen in ihrem Heimatland stritten, gerieten gewaltsam mit der Polizei und unter sich aneinander, was zu Schüssen und schweren Verletzungen führte.

Es wurde hässlich

"Eritreer beider Seiten gingen mit Bauholz, Metallstangen, Steinen und min-

destens einer Axt aufeinander los und zogen durch ein Viertel im Süden Tel Avivs, in dem viele Asylbewerber leben", berichtet Israel Hayom.

"Die Demonstranten zerschlugen Schaufenster und Polizeiautos, und auf den Gehwegen waren Blutspritzer zu sehen. Ein Anhänger der Regierung lag in einer Blutlache auf einem Kinderspielplatz", heißt es in dem Artikel weiter.

"Die israelische Polizei setzte Tränengas, Schock-Granaten und scharfe Munition ein, während berittene Beamte versuchten, die Demonstranten unter Kontrolle zu bringen, die Barrikaden durchbrachen und Felsbrocken auf die Polizei warfen. Die Polizei sagte, die Beamten hätten auf scharfe Munition zurückgegriffen, als sie das Gefühl hatten, ihr Leben sei in Gefahr.

Die Gewalt ist inzwischen nicht mehr zu übersehen, und Israel National News berichtet von über 100 Verletzten, darunter 30 Polizisten.

May Golan, eine langjährige Aktivistin aus dem Süden Tel Avivs, die gegen die illegale Übernahme durch Auslän-

der kämpft, gibt den linksgerichteten Richtern des Obersten Gerichtshofs die Schuld. Ebenso wie der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich.

"Für die Unruhen vom Samstag, die nur der Verbote dessen waren, was uns erwartet, wenn wir die Einwanderer nicht in ihre Herkunftsländer zurückschicken, gibt es nur einen Verantwortlichen: den Obersten Gerichtshof. Jahrelang haben wir gewarnt, jahrelang hat der Oberste Gerichtshof jede Maßnahme verhindert, die eine Rückführung der Infiltratoren in ihre Heimat ermöglichen würde. Das ist genau der Grund, warum wir die Reformen im Justizsystem anführen, die es den gewählten Vertretern ermöglichen werden, Entscheidungen zu treffen und diese für die Bürger Israels, ihre Sicherheit und ihren Schutz umzusetzen", sagte Smotrich am 2. September.

Aus diesem Grund ist die Justizreform so dringend.

Israel leidet unter denselben Problemen wie Amerika, Europa und viele andere Länder. Es wird von einwandernden Invasoren und einheimischen pro-linken Demonstranten belagert.

Terroristen töteten seine Frau und zwei seiner Kinder: Rabbiner Leo Dee über Trauer, Organspenden und eine Klage gegen CNN

JR-Autor Jürgen Th. Müller traf Rabbiner Leo Dee, dessen Frau und zwei seiner Kinder bei einem arabischen Terroranschlag ermordet worden sind. Zwei sogenannte „Palästinenser“ hatten 20 Schüsse auf das Auto der jüdischen Familie abgefeuert. Trotz des schmerzhaften Verlusts nutzte die Familie die Freiräume, die die Religion gewährte und entschied sich für eine Organspende. Unter den Organempfängern war auch ein arabischer Patient. Obwohl er Großherzigkeit und Humanität gegenüber der Tätergruppe zeigte, musste sich der Familienvater auch noch gegen die feindliche und tendenzielle Berichterstattung des islamfreundlichen und woken CNN wehren. Der Democrats-nahe Sender betreibt, gerade wenn es sich um jüdische Opfer handelt, aus links-ideologischen Gründen eine konsequente Täter-Opfer-Umkehr. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

7. April 2023 im Jordantal: Zwei „Palästinenser“ schießen auf einen Kleinwagen, in dem drei jüdische Frauen sitzen. Die Schwestern Maia und Rina Dee, 20 und 15 Jahre alt, sind sofort tot. Ihre 48-jährige Mutter Lucy wird mit einem Rettungshubschrauber in eine Klinik geflogen. Sie stirbt drei Tage später. Die Täter haben mehr als 20 Schüsse aus einem Kalaschnikow-Maschinengewehr abgefeuert. Die Terrorgruppen Hamas und Islamischer Dschihad preisen den Mord als heldenhaften Akt des Widerstands gegen die zionistischen Besatzer. Die beiden Täter werden von israelischen Truppen in Nablus aufgespürt und getötet.

Kraft aus dem Glauben

Einige Monate später treffe ich Rabbiner Leo Dee, den Ehemann und Vater der Ermordeten, in seiner Wohnung in der Siedlung Efrat. Er wirkt ruhig und gefasst. Wie hat er diese unfassbare Tragödie verarbeitet? „Ich denke, was mir Kraft gegeben hat, ist das Studium der Emunah, das heißt, der jüdische Glaube an Gott. Damit habe ich mich schon in den vergangenen Jahren beschäftigt. Ich habe verschiedene Vorträge darüber gehalten und ich habe auch darüber geschrieben. Und manchmal hört man sogar als Rabbiner auf das, was man da sagt.“

Die ganze Familie sei sehr traumatisiert gewesen und habe psychologische Hilfe in Anspruch genommen. Aufsehen erregte die Entscheidung, die Organe von Mutter Lucy zu spenden. Leo Dee erklärt die Hintergründe: „Wir gingen ins Krankenhaus und stellten fest, dass Lucy dort künstlich am Leben gehalten wurde. Sie war von zwei Kugeln getroffen worden. Eine in den Hirnstamm, eine in die Wirbelsäule. Nach jüdischem Recht befand sie sich in einer Situation, die eine Organspende erlaubte. Wir haben mit einem Komitee des Krankenhauses gesprochen, ich mit den drei Kindern. Mein Sohn ist 14 Jahre alt, er hatte keine Meinung dazu. Aber die beiden Mädchen waren dafür, dass wir es machen. Vor ein paar Monaten hatte ich mit Lucy darüber gesprochen, was wir tun würden, wenn wir in eine Situation kämen, in der eine Organspende in Frage käme. Sie sagte ja zu einer Spende und ich auch.“

Bewegendes Treffen mit Organempfängern

Im Beilinson-Krankenhaus in Petah Tikwa traf die Familie später einige Organempfänger, die sehr dankbar für ihr neues Leben waren. Neben Lucys Herz wurden auch ihre Leber gespendet, beide Nieren und die Lunge. Leo Dee erinnert sich: „Zuerst dachten wir, wir würden von Zimmer zu Zimmer gehen und die



Rabbi Dee mit einer Tafel, die er als Geschenk von einem arabischen Organempfänger erhalten hat.

brechen, weil das alles sehr emotional ist. Aber in Wirklichkeit war es sehr tröstlich zu wissen, dass nach dieser großen Tragödie, die uns widerfahren ist, viele Leben gerettet wurden.“

Klage gegen CNN

Der Rabbiner hat immer wieder betont, dass er keinen Hass gegenüber den Arabern empfinde. Er unterscheidet zwischen deren Mehrheit und den Terroristen. Entsetzt und wütend sei er aber über die Berichterstattung einiger Medien, allen voran des US-Fernsehsenders CNN. Dieser hatte berichtet, die israelischen Frauen seien bei einer Schießerei ums Leben gekommen: „Ich hatte dreimal Kontakt mit CNN. Jedes Mal stellten sie es so dar, als ob meine Frau und meine Töchter die Terroristen wären und die Terroristen die Opfer. So etwas kann einem einmal als Versprecher passieren, oder beim zweiten Mal als schlampiger Fehler, aber dreimal: das ist eine geschäftspolitische Entscheidung, das ist Absicht“.

Deshalb hat Leo Dee den Sender in den USA verklagt. Er will den Antisemitismus nicht hinnehmen. Schon vor acht Jahren hat er ein Buch geschrieben: „Transforming the World: The Jewish Impact on Modernity“. Darin betont er, dass Toleranz und die Gleichheit aller Menschen Grundwerte des Judentums sind. Werte, die er persönlich lebt.

Der letzte Mann des Radiosenders „Kol Israel“

„Kol Israel“ war die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des jüdischen Staates und ging mit der Übertragung der Unabhängigkeitserklärung von David Ben Gurion am 14. Mai 1948 das erste Mal auf Sendung. Mike Israel arbeitet hier schon seit 44 Jahren als Ton-techniker und ist nun seit der Schließung im Jahr 2017 für die Wartung des Studios zuständig. Ein zukünftiges Radio- und Fernsehmuseum soll die Geschichte der Rundfunkanstalt weitererzählen. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Mitten in Tel Aviv liegt der Arbeitsplatz von Mike Israel. Der Weg ins Studio führt vorbei an Baumaschinen und Betonlastern. Mike hat eine wichtige Aufgabe: Er ist verantwortlich für die gesamte Technik von „Kol Israel“, dem Radiosender „Stimme Israels“. Das Problem: Der Sender hat seinen Betrieb schon vor vielen Jahren eingestellt. Heute ist Mark Israel der einzige verbliebene Mitarbeiter.

Die Technik funktioniert noch

Mike sitzt am Mikrophon des ehemaligen Nachrichtenstudios. „Hier funktioniert alles“, sagt er stolz: „Am 15. Mai 1948 wurde hier zum ersten Mal gearbeitet. Der letzte Tag hier war der 15. Mai 2017. Dann wurde der Sender geschlossen. Als das hier zu Ende ging, wussten die Verantwortlichen nicht, was sie damit machen sollten. Haben sie die neuen Gebäude draußen gesehen? Das ist eine der teuersten Gegenden in Tel Aviv. Was sollten sie tun? Sie wollten alles mit Bulldozern platt machen, um hier einen großen Neubau hochzuziehen.“

Doch dazu kam es nicht. Das Presseamt der Regierung entschied kurzfristig, dass hier ein Radio- und Fernsehmuseum entstehen sollte. Mike wurde mit der



Mike Israel in „seinem“ Nachrichtenstudio in Tel Aviv.

Instandhaltung des Studiokomplexes beauftragt. Den kennt er in- und auswendig, denn er arbeitet seit 44 Jahren hier.

Israelische Rundfunkgeschichte

„Kol Israel“ war die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des jüdischen Staates. Die erste Sendung war die Übertragung der Unabhängigkeitserklärung von David Ben Gurion. „Kol Israel“ sendete, wie damals im europäischen Rundfunk üblich, in drei Blöcken morgens, mittags und abends in Hebräisch, Arabisch und Englisch. Auf Kurzwelle wurden Sendungen in Türkisch und Farsi (Persisch)

für Hörer im Ausland ausgestrahlt, die vor allem im Iran intensiv gehört wurden. Später kamen Sendungen in verschiedenen Sprachen für Neueinwanderer hinzu.

Mike Israel arbeitet gerne in den verlassen Räumen: „Ich halte alles am Laufen. In diesem Studio funktioniert alles. Ich möchte, dass jede Art von Musik gespielt werden kann. Ich möchte, dass die Leute hierher kommen und wir ihnen beibringen, wie man in ein Mikrophon spricht, wie man Musik spielt, es soll wie eine Schule sein, eine Schule für alle“.

Doch das ist Zukunftsmusik. Auch sechs Jahre nach der Schließung des Senders gibt es noch keinen Eröffnungstermin für das Museum.

Im Laufe der Zeit hat „Kol Israel“ zehn Studios eingerichtet, die für verschiedene Musikrichtungen und Wortprogramme genutzt wurden. Mike hält sie intakt. Früher traten dort Chöre und Bands live auf. Mikrofone, die von der Decke hingen, sorgten für einen guten Sound. Die gesamte Technik ist analog, Computer sucht man im Studio vergeblich. Seit der Schließung ist das Studio nur einmal aus seinem Dornröschenschlaf erwacht: Mike konnte ein Gesangsstück seiner Tochter aufnehmen.

Das Studiogebäude hat eine lange Geschichte. Erbaut wurde es einst von den Templern, württembergischen Pietisten, die im 19. Jahrhundert nach Israel ausgewandert waren. Noch heute steht im Keller eine Wasserpumpe aus der Gründerzeit. Auch sie ist noch funktionstüchtig und wird von Mike gewartet.

Radio aus dem Pferdestall

Das landwirtschaftliche Gebäude wurde nach der Staatsgründung von der israelischen Regierung übernommen und dem ersten Radiosender des Landes zur Verfügung gestellt. Die ersten Sendungen kamen aus einem Weinkeller, abgeschirmt vom Lärm der Umgebung. Das Studio, in dem Mike sitzt, war früher ein Pferdestall. Das ist dokumentiert, berichtet der Tontechniker: „Wir haben noch einen Plan, auf dem die Namen aller Pferde und die Boxen, in denen sie standen, verzeichnet sind.“

Mike schwärmt noch immer von den Studios, die er als junger Mann zusammen mit den Ingenieuren des Senders eingerichtet hat. Und er genießt es, dass er die Verstärker des Plattenspielers voll aufdrehen kann, ohne jemanden zu stören. Und so erklingen Abba und Elton John laut und in Studioqualität nur für ihn, den letzten Mann von „Kol Israel“.

„Elon Musk – Biographie“: Zwischen Genie und Fortune

Elon Musk ist Visionär, *Enfant terrible* und einer der erfolgreichsten Unternehmer der Welt. Mit der Übernahme von X (vormals Twitter), befreite der Israel-freundliche Geschäftsmann die größte Nachrichtenplattform vor links-woker Meinungsdictatur. Tesla, Paypal und Space X sind nur die Spitze seines unternehmerischen Portfolios. Die neue Elon-Musk-Biographie zeigt auch den Familienmenschen hinter der Fassade des Tech-Milliardärs. (JR)

Von Filip Gašpar

Bereits Biografien über den Physiker Albert Einstein, Leonardo da Vinci und Appleg-Gründer Steve Jobs schrieb der Journalist und Sachbuchautor Walter Isaacson. In seinem neuesten Werk über Elon Musk erstreckt sich der Inhalt auf über 832 Seiten. Die Lektüre der Biografie beweist mehrmals, dass Genie und Wahnsinn eng miteinander verbunden sein können.

Dem Autor erlaubte Musk, ihn zwei Jahre lang bei seiner Arbeit und bei Meetings zu begleiten. Diese fanden manchmal sogar erst abends um Mitternacht oder gleich online statt. Musk gewährte Isaacson Zugang zu E-Mails und SMS, einschließlich privater Nachrichten. Das Buch versucht, Musks Beziehungen zu Familienmitgliedern, Freunden und Mitarbeitern zu beleuchten. Außerdem kommen aktuelle und ehemalige Weggefährten und Partnerinnen / Ehefrauen von Musk im Buch zu Wort. Isaacson stellt klar, dass er nur Leute zitiert, die auch bereit sind mit ihrem Klarnamen im Buch aufzutauchen. Darunter auch die Ex-Ehefrau von Johnny Depp, mit der auch Musk eine toxische Beziehung führte. Über Musk sagt Heard: „Elon liebt Feuer. Und manchmal verbrennt er sich.“

Tesla, X, Paypal und Space X

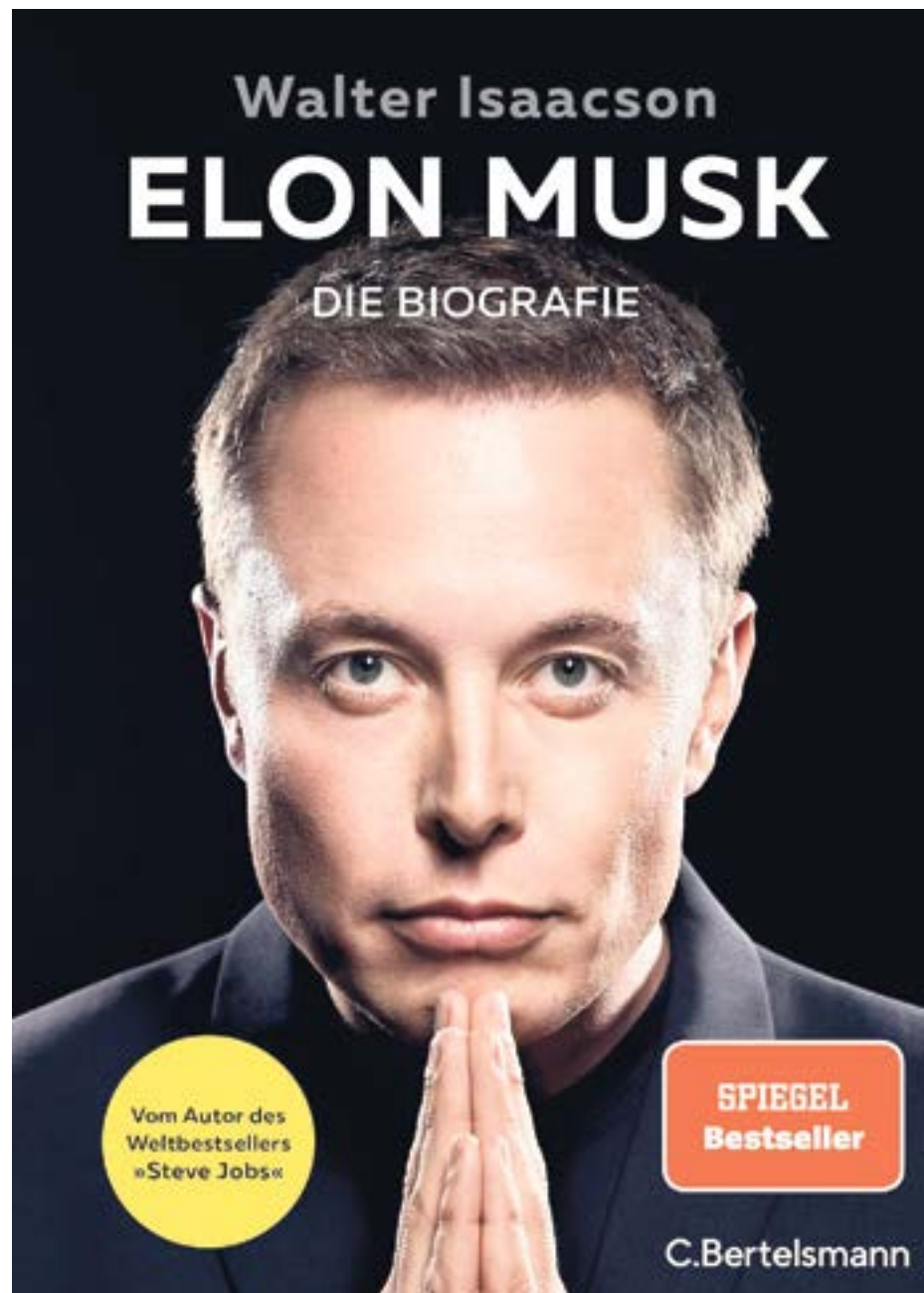
Ebenso werden seine geschäftlichen Beweggründe untersucht, zum Beispiel der Erwerb von X (ehemals Twitter). Musk hat nicht nur erfolgreich Unternehmen gegründet, sondern diese auch disruptiv in den jeweiligen Industriesparten beeinflusst. Zum Beispiel gehören dazu der Online-Bezahldienst Paypal, das Raumfahrtunternehmen Space X, der Elektroautohersteller Tesla, Neuralink, das die Kommunikation zwischen Computern und dem menschlichen Gehirn zusammenbringen will, oder zuletzt X (ehemals Twitter). Wie schafft es ein einzelner Mensch, all dies zu erreichen?

Um dies alles zu verstehen, wirft die Biografie ein Licht auf Musks Kindheit. Am 28. Juni 1971 wurde Elon Musk in Pretoria, Südafrika, geboren. Schon als Kind war er von Physik, Raumfahrt und Superhelden fasziniert. Als die Eltern sich scheiden ließen, entschied sich Elon freiwillig dazu, als einziges Kind zu seinem Vater Errol zu ziehen, damit dieser nicht alleine ist. Doch Elon sollte diese Entscheidung schnell bereuen, denn sein Vater misshandelte ihn sowohl körperlich als auch seelisch - ein Umstand, den der Vater natürlich bis heute leugnet.

Musk sagt: „Das (der Umzug) erwies sich als richtig schlechte Idee. Ich hatte bis dahin nicht gewusst, wie furchtbar er war.“

Zwischen Genie und Wahnsinn

Insgesamt zeichnet das Buch das Bild eines impulsiven, kalten und rücksichtslosen Selfmade-Milliardärs, der gleichzeitig süchtig nach Dramen und Krisen zu sein scheint. Musk geht offen mit seinem Asperger-Syndrom um, einer Form von Autismus. Dies erklärt, warum er sich Personen meist analytisch nähert und häufig



nicht bemerkt, wenn er sie vor den Kopf stößt oder verletzt.

Dazu passt auch die Aussage, dass jemand, der die Menschheit retten möchte, keine Rücksicht auf Befindlichkeiten nehmen kann. Elon Musk hat beispielsweise während seiner Moderation der Sendung „Saturday Night Live“ gesagt: „Allen, die ich irgendwie beleidigt habe, möchte ich schlicht sagen: Ich habe Elektrofahrzeuge neu erfunden und werde Leute mit einem Raumschiff auf den Mars schicken. Habt ihr gedacht, ich könnte noch dazu ein gehillter, normaler Typ sein?“

Mit dreizehn Jahren brachte er sich das Programmieren selbst bei und entwickelte sein eigenes Computerspiel mit dem Namen „Blaster“. Da er noch minderjährig war, musste seine Mutter Maye ein Konto für ihn eröffnen. Computerspiele sollten bis heute seine große Leidenschaft und sein Ventil bleiben, um abzuschalten oder Energie aufzutanken. Wie weit dies gehen konnte, zeigt eine Begebenheit bei einem Besuch in der Tesla-Fabrik Berlin-Brandenburg. Musk war so derart vertieft in ein iPhone Spiel „Polytopia“, ein Multiplayer-Strategiespiel, dass er wichtige Meetings und Besprechungen mit den Managern vor Ort immer wieder verschieben ließ. Seine Mutter Maye, die mitgereist war, wusch

ihm ordentlich den Kopf, was ihm sichtlich peinlich war.

Mit Ideen zum Milliarden-Imperium

Mit knapp 18 Jahren verlässt er Südafrika in Richtung Kanada mit 2.000 Dollar, die sein Vater ihm mit den Worten in die Hand drückt: „In ein paar Monaten wirst du wieder da sein. Du wirst niemals Erfolg haben.“ Dass es anders kam, ist allgemein bekannt. In Kanada beginnt er sein Physikstudium, doch sein großer Durchbruch sollte mit dem Aufkommen des Internets kommen. Zusammen mit seinem Bruder entwickelt er eine Art „Gelbe Seiten“ für Unternehmen. Was heute als selbstverständlich gilt, war damals eine Sensation.

Im Jahr 1999 wurde das Unternehmen verkauft und Musk wurde mit nur 27 Jahren zum Multimillionär mit einem Kontostand von etwa 20 Millionen Dollar. Laut Isaacson betrug sein Nettovermögen Anfang 2022 etwas über 304 Milliarden Dollar. Doch was der Autor über Musks Verhältnis zum Geld zu sagen hat, ist interessant.

Geld war für Musk nie das vorrangige Ziel, da er mehr als einmal in seiner Karriere kurz davorstand, mit einem Unternehmen alles zu verlieren. Und „Wenn es

wirklich stimmt, dass Geld allein nicht glücklich macht, war Musk das beste Beispiel.“ Es wird berichtet, dass Musk einen gesundheitlichen Preis bezahlt hat, der sich in Form von Magenbeschwerden, Stimmungsschwankungen, Sodbrennen und Depressionen zeigte.

Musk zeigt sowohl kindische als auch idiotische Verhaltensweisen, wie zum Beispiel, wenn er sich auf verbale Auseinandersetzungen mit Microsoft-Gründer Bill Gates, Facebook-Chef Mark Zuckerberg oder dem russischen Präsidenten Vladimir Putin einlässt. In Bezug auf Letzteren forderte er ihn sogar zu einem Zweikampf heraus, wobei die Ukraine als Wetteinsatz herhalten sollte.

Ein Visionär und Familienmensch

Musks Ziel besteht darin, die Menschheit zum Mars zu bringen und eine multiplanetare Existenz zu ermöglichen. Dabei stellt sich das Problem des sogenannten „woke Hirnvirus“, das es zu bekämpfen gilt. Er äußert sich dazu: „Wenn wir das von Grund auf wissenschafts-, leistungs- und insgesamt menschenfeindliche „Woke-Mind-Virus“ nicht aufhalten, wird unsere Zivilisation niemals multiplanetar.“ Nach dem Erwerb von X reaktivierte er das Benutzerkonto des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. Politisch will sich Musk nicht einordnen lassen. Von Donald Trump hält er nicht viel, mit der Zeit von dessen Nachfolger Joe Biden noch viel weniger.

„Als ich während seiner Zeit als Vize mal in San Francisco mit ihm Mittagessen war, hat er (Joe Biden) eine Stunde lang gelabert und war unfassbar langweilig. Wie diese Puppen, bei denen man an der Schnur zieht, und sie wiederholen immer und immer wieder dieselben leeren Phrasen.“

Musk ist Vater von elf Kindern und es wird behauptet, dass er bestimmte negative Verhaltensweisen seines Vaters übernommen hat, wie einige seiner früheren Partnerinnen berichten. Doch im Umgang mit seinen eigenen Kindern möchte er alles besser machen.

Trotz seines übermenschlichen Arbeitspensums wird Musk als ein liebevoller und fürsorglicher Vater beschrieben. Daher trifft es ihn besonders hart, dass seine älteste transsexuelle Tochter Vivian Jenna den Kontakt zu ihm abgebrochen hat. Musk vermutet, dass dies auf schulische Indoktrination zurückzuführen ist. „Das ist reinster Kommunismus und die grundsätzliche Einstellung, dass man böse ist, wenn man reich ist.“

Ob man Musk nun als ein mit zu viel Macht ausgestattetes infantiles Genie oder als einen herzlos berechnenden Unternehmer betrachten soll, bleibt auch nach der äußerst spannenden Biografie von Isaacson nicht eindeutig zu beantworten. Die Zukunft wird es zeigen. Vielleicht sogar auf dem Mars.

Walter Isaacson: *Elon Musk. Die Biografie.* Deutsch von Sylvia Bieker, Gisela Fichtl, Katharina Martl, Ulrike Strerath-Bolz, Anke Wagner-Wolff u. Henriette Zeltner-Shane. C. Bertelsmann. 832 S., EUR 39,10

Jüdisches Leben in der „DDR“ – Eine Ausstellung

Über das Leben jüdischer Menschen in der „DDR“ ist wegen der Omertà-Politik des SED-Führungskaders eigentlich nur wenig bekannt. Die „DDR“ verfolgte eine anti-israelische Politik, unterhielt beste Beziehungen zu den arabischen Terror-Organisationen und beherbergte sogar weltweit gesuchte Terroristen. Das Jüdische Museum Berlin zeigt nun in der Ausstellung „Ein anderes Land – jüdisch in der DDR“ etwa 220 Exponate. Darunter auch eine Menora aus „DDR“-Produktion. (JR)

Von Sabine Marie Wilke

Dass es so etwas gab, überrascht: eine Menora aus DDR-Produktion, hergestellt vom VEB Wohnraumleuchten Berlin. Ein Exemplar ist nun im Jüdischen Museum Berlin in der Ausstellung „Ein anderes Land – jüdisch in der DDR“ zu sehen, gemeinsam mit etwa 220 anderen Exponaten.

Inzwischen ist viel über die DDR geschrieben und debattiert worden, fragt man allerdings nach dem jüdischen Leben dort, wird es plötzlich still. Keiner weiß was. Dass es Juden in der DDR gab, verrät die Prominenz des Staates: Anna Seghers, Hanns Eisler, Stefan Heym und Thomas Brasch sind nur einige von ihnen. Wie sich das Leben der Juden dort gestaltete, ist kaum bekannt. Um etwas ans Licht zu bringen, führte 1983/84 die Kanadierin Robin Ostow Gespräche mit Juden in der DDR. 12 davon kamen 1988 zur Veröffentlichung. Die darauf folgenden Bücher beziehen sich ebenfalls auf individuelle Erfahrungen von Zeitzeugen, darunter Vincent von Wroblewskys „Zwischen Thora und Trabant: Juden in der DDR“ (1993), Cilly Kugelmanns „So einfach war das: Jüdische Kindheit und Jugend in Deutschland seit 1945“ (2002) und kürzlich Lara Dämmig und Sandra Anusiewicz-Baers „Jung und jüdisch in der DDR“ (2021). In den letzten Jahren sind zudem vermehrt Texte erschienen, die die Situation der Juden in der DDR in einen historischen Kontext betten.

Entsprechend groß sind nun die Erwartungen an die Ausstellung im Jüdischen Museum Berlin. Wie die Autoren vor ihnen, wenden sich auch die Kuratorinnen Tamar Lewinsky, Martina Lüdicke und Theresia Ziehe an Zeitzeugen. Jedoch wird weniger ihre Geschichte erzählt, als die – wenn überhaupt – eines Objekts, das sie zur Ausstellung beigetragen haben. Diese finden sich dann in einer der acht Themenfelder wieder, die die Schau präsentiert, darunter „Zwischenzeiten“, „Ostberlin“, „Gemeinden“ und „Staatsfragen“. Im Abschnitt „Ostberlin“ gibt es viele spannende Erinnerungsstücke aus dem jüdischen Leben dort. Aber ihre Bedeutung im Zusammenhang mit der DDR; für welche Erfahrung sie stehen, bleibt die Ausstellung dem Besucher schuldig. Er muss sich selber etwas zusammen reimen.

Objekte erzählen Geschichte

Da sind die roten Stofffähnchen, die Hermann Simons Mutter zu Simchat Tora in 1950er Jahren genäht hat. Sie zeugen davon, dass improvisiert werden musste – allerdings nicht nur im jüdischen Umfeld. In der DDR herrschte insgesamt ein Mangel an diversen Alltagsgegenständen, so dass vieles selbst gemacht werden musste. Umso erstaunlicher ist eben die Menora aus DDR-Produktion. Sie stammt aus den 1970er Jahren, als es dem Staat wirtschaftlich etwas besser ging. Natürlich war die Anzahl dieser speziellen ‚Wohnraumleuchte‘



Menora des Jüdischen Kulturvereins Berlin, ca. 1975–1989, VEB Wohnraumleuchten Berlin; Jüdisches Museum Berlin, Schenkung Jüdischer Kulturverein Berlin e.V., Foto: Roman März

begrenzt und es konnte sich glücklich wähnen, wer noch eine erwischte.

Ein Davidstern war in der DDR auch nicht erhältlich. Cathy Gelbin hat ihren der Ausstellung geliehen und erklärt: „Meine Mutter ist zu einem Juwelier gegangen und hat gefragt, ob er ihr Silber einschmelzen würde, um einen Davidstern daraus zu machen. Der Juwelier hat Angst bekommen und abgelehnt. Freunde aus Westberlin haben dann eine Kette mit Davidstern mitgebracht. An meiner neuen Schule trug ich die Kette immer. Ich wurde angehalten und gefragt, was sie bedeutet und warum ich sie trage.“

Der unbedarfte Besucher mag fragen: Warum hat der Juwelier Angst bekommen? Hinweise finden sich, wenn man einen von oben herabhängenden Kopfhörer aufsetzt und Gelbins weiteren Erlebnissen folgt. Ein Lehrer wollte den Beweggrund für den Kettenanhänger wissen und Gelbin vermutet, „dass er hauptsächlich herausfinden musste, ob das jetzt ein zionistisches Bekenntnis ist.“ In „Staatsfragen“, fast am Ende der Ausstellung, erfährt der Besucher weiter, warum dies relevant war: Die DDR verfolgte eine Anti-Israel-Politik. Die Ursache dafür bleibt abermals verborgen. Es hatte nichts mit der Religion der Bewohner Israels zu tun, sondern mit der politischen Ausrichtung des Landes und dessen Verbindung zu den Vereinigten Staaten, die mit ihrer Demokratie konträr zur Ideologie des Sozialismus der DDR stand. Interessant wäre gewesen, gleichzeitig die ungeahnte Nähe zwischen der DDR und Israel herauszuarbeiten, schließlich sind Kibbuze auch vom kommunistischen Ideal geprägt.

Die ausgesparte Kontextualisierung begründen die Ausstellungsmacher mit dem Anliegen: die Objekte sollen für sich sprechen und der Besucher

solle seine eigene Meinung formen. Aber ist es nicht gerade Aufgabe solch einer Einrichtung, Informationen in einen Kontext zu stellen und zu vermitteln? Gerade bei einem Thema, zu dem nicht viel bekannt ist? Gerade bei der DDR, die von immens komplexen Strukturen und Ambivalenzen geprägt war und eine differenzierte Sichtweise erfordert?

Jüdisches Leben im Sozialismus

Die differenzierte Sichtweise erhoffen sich die Ausstellungsmacher von den vielen ‚Stimmen und Erfahrungen‘ der Juden. In „Zwischenzeiten“ wird die Ausgangssituation grob skizziert. Die Juden, die sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands befinden, haben im Versteck überlebt oder kehren aus Konzentrationslagern zurück. Eine andere Gruppe machen die Remigranten aus, die sich nach dem Exil bewusst für das sowjetisch-sozialistisch ausgerichtete Deutschland entscheiden. Sie sind meist Kommunisten und möchten einen neuen Staat aufbauen, der Antifaschismus groß auf seine Fahnen geschrieben hat und an eine bessere Zukunft glauben lässt. Darunter Anna Seghers und die Malerin Lea Grundig, die in dem Abschnitt kurz portraitiert werden. Ihre jüdische Identität besteht nur auf dem Papier.

Von den anfangs 3500 Juden in der Nachkriegszeit, geht nur ein Bruchteil in die Synagoge. Am Ende zählt die jüdische Gemeinde noch 400 Mitglieder, verteilt auf die acht Gemeinden im Land: Ostberlin, Schwerin, Magdeburg, Erfurt, Halle, Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz). Dieser Bruchteil aber macht jüdische Identität nicht nur sichtbar, sondern erhält die Religionsgemeinschaft dort auch am Leben. Dazu gehörte Rabbi Martin Riesenburg, der in den 1960er

Jahren der Ostberliner Gemeinde vorstand.

Religion war eine ambivalente Angelegenheit im Sozialismus. Religionsfreiheit stand zwar im Gesetzbuch, aber Gläubige wurden de facto beargwöhnt. Kirchengänger, beispielsweise, und all diejenigen, die sich staatlichen Organisationen wie den Jungen Pionieren, der FDJ (die ironischerweise von jüdischen Kommunisten im englischen Exil mitbegründet wurde) und der SED verweigerten, mussten mit Benachteiligungen in Ausbildung und Beruf rechnen.

Gleichzeitig gab es viele Juden der älteren Generation, die als Verfolgte des Nazi-Regimes anerkannt waren und dadurch bevorzugt behandelt wurden, wenn es darum ging, berufliche Weiterbildungen, Wohnungen und ärztliche Betreuung zu erhalten. Früherer Rentenantritt, freie Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, kürzere Wartezeiten auf ein Auto – zwei anstelle von 10-15 Jahren – oder andere schwer erhältliche Gegenstände wie Kühlschränke gehörten ebenso zu deren Lebensrealität. Diese teilten sie mit Kommunisten und Widerstandskämpfern, sofern sie als Verfolgte des Nazi-Regimes galten.

All dies erfährt man beim Gang durch die Ausstellung nicht. Dafür greift sie mit „Staatsfragen“ die wechselhafte Beziehung des Staates zu seinen Juden auf, die über Eckdaten illustriert wird: 1953, 1961, 1967, 1976 und 1988.

Antisemitische Welle

1953 steht für die verheerenden Auswirkungen des Antisemitismus in der Sowjetunion. Er wird in Prag mit dem Schauprozess um Rudolf Slansky international sichtbar und macht auch vor der DDR nicht halt. Viele Juden verlieren ihre Stellungen, insbesondere in der Politik, und fürchten um ihr Leben. Sie flüchten in den Westen. Andere werden unter Druck gesetzt, in die Partei einzutreten und aus der jüdischen Gemeinde auszutreten. Selbst als die Antisemitismuswelle abebbt, sitzt die Angst derart in den Knochen, dass oftmals über die jüdische Herkunft geschwiegen wird. Das Thema Antisemitismus wird über das Jahr 1953 hinaus in der Ausstellung nicht mehr angesprochen.

Während des Sechs-Tage-Kriegs 1967 im Nahen Osten verlangt die DDR von Juden, sich öffentlich gegen Israel zu bekennen. Die meisten lehnen dies ab.

Als die DDR Ende der 1980er Jahre erkennen muss, dass ihre Politik den Staat völlig destabilisiert hat, ändert sie ihren politischen Kurs. Sie blickt in Richtung USA und wendet sich der jüdischen Gemeinde zu. Sie hofft mit einer groß aufbereiteten Unterstützung derselben, d.h. der Instandsetzung der Reste der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße, die jüdische Lobby in Amerika zu mobilisieren, um Gelder fließen zu lassen. Es war zu spät. Die DDR bricht 1989 zusammen. Aber das Projekt, der Synagoge neuen Glanz zu verleihen, bleibt bestehen und wird 1995 mit der Eröffnung des Centrum Judaicum vollendet.

Ein Ausstellungsraum zeigt eine Fotoserie der damaligen Ruine, die Mathias Brauner 1987 machte. Sie dokumentiert, wie Wind und Wetter sie verfallen

ließen und Bäumchen friedlich darin gediehen. Brauner war nicht der einzige Fotograf. Günter Krawutschke begibt sich ein Jahr später mit seiner Kamera auf das Gelände und verfolgt bis 1995, wie aus den Resten der Ruine ein Museum wird. Seine Reportage ist derzeit in der Ausstellung „Zeiten des Umbruchs“ vor Ort im Centrum Judaicum zu sehen.

Brauners Bilder sind also keine, die man ähnlich nicht woanders schon gesehen hätte. Zumal der verwahrloste Zustand der Synagoge über Jahrzehnte hinweg zu beobachten war, da die Synagoge direkt an der Straße liegt und für jedermann sichtbar.

Spannender wäre gewesen eine Gegenüberstellung mit der Synagoge in der Rykestraße. Die dürfte Besuchern von außerhalb weniger bekannt sein, besticht aber durch ihre außergewöhnliche Schönheit und war ein zentraler Ort, wo sich das Ostberliner Gemeindeleben abspielte.

Ein anderer Ort, der ein kleines Fenster in die jüdische Lebenswelt der DDR bot, war die koschere Fleischerei im Prenzlauer Berg. Die Ausstellung zeigt ein Foto derselben zusammen mit einem Bezugsschein von 1958 sowie dem Stempel „Kóser“. Er gehörte Károly Timár, der

in den 1980er Jahren regelmäßig aus Ungarn anreiste, um koscheres Fleisch zu ermöglichen. Auch darin offenbaren sich die unterschiedlichen Seiten der DDR: Einerseits die erwähnte Mangelwirtschaft, andererseits das Bemühen, etwas religiöses Leben zu ermöglichen. Aber darauf gehen die Ausstellungsmacher nicht ein – lediglich, dass sie – als einzige koschere Fleischerei im Land – auch von Vertretern der muslimischen Botschaften genutzt wurde.

Unterstützung aus dem Ausland

Károly Timár war nicht der einzige, der aus dem Ausland angereist kam, um der jüdischen Gemeinde zur Seite zu stehen. Nachdem Martin Riesenburger 1965 starb, wurden Rabbiner aus dem Ausland geholt, um zumindest die hohen Feiertage würdig begehen zu können. Ohne religiöse Kompetenz im Land, blieb die religiöse Erziehung des Nachwuchses auf der Strecke. Erst als Peter Kirchner in den 1970er Jahren der Vorstand übernahm, regte er die Gründung einer Kinder- und einer Jugendgruppe an. Regelmäßig aus Berlins Westen kamen die Kantoren Estrongo Nachama und Leo Roth. Sie sangen nicht nur – die Synagoge in der Rykestraße hatte mit Oljean Ingster ih-

ren eigenen Kantor – sondern brachten mitunter auch fehlender Gebetsbücher. Sie bildeten insofern einen Teil des jüdischen Lebens in der DDR, als dass sie in der monatlichen Sabbatfeier im Berliner Rundfunk sangen und mit dem Leipziger Synagoralchor auftraten.

Etwas unvermittelt, und daher im Rahmen der Ausstellung etwas zusammenhangslos erscheinend, aber dennoch eine Facette der jüdischen Präsenz in der DDR hervorkehrend, bildet der Raum „Film und Fernsehen“. Darin flimmern Ausschnitte aus 23 Spiel- und Fernsehfilmen über eine Leinwand, darunter Konrad Wolfs „Professor Mamlock“ und „Sterne“ sowie Frank Beyers „Jakob, der Lügner“. Bedauerlich ist hier, dass keine Dokumentarfilme vertreten sind. Insbesondere Róza Berger-Fiedlers „Erinnern heißt leben“ von 1988 würde interessante Einblicke in die damalige Welt geben. Die Filmemacherin zeichnet die Geschichte der Juden Berlins nach und nimmt Bezug zur Gegenwart. So ist auch der Chanukka-Ball im Café Moskau zu sehen.

In Form einer Einladungskarte ist dieser ebenfalls in der Ausstellung präsent. Allerdings könnte für Außenstehende mehr geboten werden als die bloße Ob-

jektbeschreibung „Einladung zum Chanukka-Ball im Tanzcafé Moskau Berlin, 1975“. Das Café bzw. Restaurant Moskau war ein Prestigeobjekt der DDR und dort zu feiern, war etwas Besonderes. Darüber hinaus war der Chanukka-Ball nicht nur bei Juden beliebt – auch Nicht-Juden waren dankbar, wenn sie noch eine Karte ergatterten. Der Ball hatte Tradition.

Zugegeben die Ausstellung hat nicht den Anspruch, speziell ‚jüdisches Leben‘ in der DDR zu zeigen, schließlich lautet der Untertitel weise ‚jüdisch in der DDR‘ und kann damit sämtliches umfassen, was in irgendeiner Form mit dem Judentum in Verbindung steht.

Trotz aller Mängel, ist es doch ein Verdienst des Museums, Relikte der jüdischen Präsenz in der DDR zusammenzutragen und zu bewahren, so dass in Zukunft vielleicht eine neue Ausstellung zu dem Thema gestaltet werden kann – eine, die sehr viel tiefer geht und ein klareres, zusammenhängendes Bild jüdischen Lebens in der DDR schafft, bei dem auch der Kontext zum DDR-Staat sowie seinen Nachbarländern in Ost und West besser verständlich wird. Bis dahin bleibt die Menora vom VEB Wohnraumleuchten Berlin ein Lichtblick.

Die Jüdischen Kulturtage Berlin: Neue Brücken bauen

Die Jüdischen Kulturtage Berlin bieten seit 1987, gegen die heute wieder vor allem einwanderungsbedingt wahrzunehmende wachsende Verunmöglichung jüdischen Lebens in Deutschland, dem interessierten Publikum neben musikalischen Show-Acts internationaler jüdischer Musiker auch Einblick in die jüdische Kunst- und Kulturwelt. Ausgerichtet werden die Kulturtage von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Unter den Gästen der Eröffnungsveranstaltung in der Synagoge Rykestraße waren auch JR-Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher und der Hotelier und Premium-Sponsor der Kulturtage Herr Michael Bob. Die Eröffnungsreden hielten der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Dr. Gideon Joffe und der hervorragend Deutsch sprechende israelische Botschafter Ron Prosor. (JR)

Von Sabine Schreck

Im September geht es in Berlin hoch her, was das jüdische Leben von damals und heute betrifft: Da sind erstmals die Tage des Exils (siehe Jüdische Rundschau 9/23), der Tag des offenen Denkmals sowie das Internationale Literaturfestival, das in der Sparte 1933-2023 die Worte verbotener und verbrannter Bücher wieder lebendig werden lässt. In diesen Veranstaltungsreihen reißen sich auch die Jüdischen Kulturtage ein, die seit letztem Jahr wieder im September stattfinden und nicht im November um die Pogromnacht von 1938 herum. Die Jüdischen Kulturtage in die Jahreszeit der hohen Feiertage zu legen – diesjahr vom 5. bis 14. September, also kurz vor Rosh Hashanah – ist auch ein Zeichen, die Aufmerksamkeit mehr auf die Gegenwart zu lenken und das jüdische Leben von heute.

Von Mode bis Comedy

Abraham Toubiana, der letztes Jahr die Intendanz übernommen hat, bietet mit 38 Veranstaltungen unter dem Motto „Kaleidoskop - DAS Schöne*SEHEN“ ein breites Spektrum mit Konzerten, Mode, Comedy, Ausstellungen, Klassik und Literatur. Die Fashion Show ist neu im Programm. Der israelische Performer Uriel Yekutieli präsentiert jüdische Modedesigner verschiedener Länder. Fashion-Afficionados gehören wahrscheinlich weniger zum Stammespublikum der Jüdischen Kulturtage, die erstmals 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt ausgerichtet wurden. Historie und Aufklärung waren immer Teil des



JR-Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher mit Herrn Michael Bob, Premium-Sponsor der Kulturtage.

Programms. Dass sich hinter der Fashion Show auch eine Hommage an die jüdischen Bekleidungsfirmen verbirgt, die Berlin im 19. Jahrhundert zur Modestadt werden ließen, ist auf Anhieb nicht zu vermuten. So gibt es doch eine Brücke zu Berlin.

Die Kulturtage bieten auch Deutschlandpremierer, wie die des Stand-up Comedian Modi Rosenfeld aus den USA und der Sängerin Marina Maximilian, die in Israel aufwuchs. Die Vielfalt jüdi-

scher Kultur zeigt sich nicht nur in den verschiedenen Genres, sondern auch in seiner Internationalität: Aus Odessa stammt die Band Kommuna Lux, die mit Klezmer einen musikalischen Akzent setzt. Die Band tourt mit ihren Songs quer durch Europa und Amerika.

„Ein Zeichen des Überlebens“

In die Jüdischen Kulturtage ist zudem das israelische Film Festival „Seret“ mit acht Filmen eingebunden. Daraus ergibt sich eine starke israelische Präsenz im Programm. Vertraute Namen der einheimischen Kulturszene finden sich im Literaturzelt am Bebelplatz. Das Zelt ist ebenfalls ein Neuling und mit dem Standort, wo 1933 Bücher verbrannt wurden, ein Zeichen des Überlebens und des schöpferischen Geists der jüdischen Kultur. An zwei Tagen lesen Autoren aus ihren Werken. Zu hören sind mitunter die Rundfunkmoderatorin Shelly Kupferberg, die mit „Isidor“ ihrer Familiengeschichte im Wien der 1930er Jahre nachgeht, und der Schauspieler Lenn Kudrjawizki, der in Ost-Berlin groß wurde und in „Familienbande“ in eine ganz andere Welt blickt. Das Wesen der Jüdischen Kulturtage Berlin hat jedoch Jürgen Kuttner und Naomi Yoelis Videoschnipselvortrag „Kibbuz DDR“ inne. Darin decken sie auf äußerst unterhaltsame Weise auf, wie nah sich die DDR und Israel eigentlich waren. Ihr analytisch-humorvoller Blick auf die Schlagerwelt beider Länder ist erhellender als die gerade eröffnete Ausstellung „Ein anderes Land – Jüdisch in der DDR“ im Jüdischen Museum Berlin. Das besondere an der Show: sie knüpft nicht nur an die Kulturen beider Länder



Herr Michael Bob und Herr Dr. Gideon Joffe, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

an, sondern verknüpft sie auch. Das wird im übrigen Programm vermisst und war bei vorherigen Kulturtagen stärker vertreten.

Zum Beispiel mag zwar in Sachen jüdischer Humor Stand-Up Comedy ein Teil sein, aber gefühlt näher am Berliner Publikum war Gerhard Kämpfers Abend „Lerne Lachen ohne zu weinen“, bei dem er 2017 in Renaissance-Theater jiddische Witze vortrug.

Die Jüdischen Kulturtage werden von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin ausgerichtet. In vergangenen Jahren gab es Veranstaltungen, bei denen man die jüdische Gemeinde der Stadt kennenlernen konnte. Das Knüpfen von Beziehungen ist gerade wichtig, um Antisemitismus Einhalt zu gebieten. Ein Anliegen der Jüdischen Kulturtage ist, laut Webseite der Jüdischen Gemeinde, einen Einblick in die jüdische Kultur und ins jüdische Leben in Deutschland heute zu geben.

„Der König der Biochemiker“ – Zum 140. Geburtstag des Wissenschaftlers Otto Warburg

Der jüdisch-deutsche Biochemiker und Physiologe Otto Warburg forschte auf vielen Gebieten der Medizin und ist besonders in der Krebsforschung heute noch vor allem durch die sogenannte Warburg-Hypothese bekannt. Seine Forschungen zu den Ursachen der Zell-Mutationen waren bahnbrechend für den Fortschritt bei der Bekämpfung der Menschheitsgeißel Krebs. Den Nobelpreis für Physiologie und Medizin erhielt der Ausnahmewissenschaftler 1931 für "die Entdeckung der Natur und der Funktion des Atmungsferments". (JR)

Von David Schimanowsky

Wenn wir über den unschätzbaren Beitrag des jüdischen Volkes zur Weltkultur sprechen, können wir mit Recht und Stolz auf seine herausragenden Vertreter verweisen - die Nobelpreisträger in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft. In dieser ehrenvollen Liste finden sich an zweiter Stelle nach den jüdischen Physikern 56 Nobelpreisträger in Physiologie und Medizin. Ein besonderer Platz unter ihnen gehört Otto Warburg, dem großen deutschen Biochemiker, Mediziner und Physiologen.

Otto Heinrich Warburg wurde am 8. Oktober 1883 in Freiburg im Breisgau als Sohn des Physikers Emil Warburg und seiner Frau Elisabeth Gärtner geboren. Sein Vater entstammte einer jüdischen Dynastie aus Altona (Hamburg, die relative Religions-, Bildungs- und Geschäftsfreiheit genoss. Aus der Familie Warburg gingen berühmte Wissenschaftler, Geschäftsleute, Lehrer, Künstler und Philanthropen hervor. Emil Warburg, der Sohn eines Bankiers, wurde in Physik ausgebildet. Aufgrund von Konflikten konvertierte er zum Christentum und auch sein Sohn Otto ließ sich früh taufen.

Der Apfel fällt nicht weit vom Baum

Emil Warburg wurde Doktor der Wissenschaften, Professor an der Universität Freiburg und, trotz antisemitischer Intrigen, Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzender der Deutschen Physikalischen Gesellschaft. Er wurde auch zum Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Königlichen Gesellschaft für Wissenschaft und Literatur in Göteborg gewählt. Warburg Senior bestätigte experimentell eine Reihe theoretischer wissenschaftlicher Entdeckungen und schlug wiederholt bedeutende Physiker für den Nobelpreis vor, darunter Planck und Einstein, die häufig in seinem Haus zu Gast waren und später zu Freunden seines Sohnes wurden. Im Jahr 1929 wurde er selbst für den Nobelpreis nominiert. Heute unterstützt die Emil-Warburg-Stiftung physikalische Forschungsprojekte an der Universität Bayreuth.

Es ist nicht verwunderlich, dass Warburg Junior, der einzige Junge in einer Familie mit vier Kindern, in einem möglichst günstigen Umfeld aufwuchs. Als er 12 Jahre alt war, zog die Familie nach Berlin, wo sein Vater als Professor für Physik an die Universität berufen wurde. Otto besuchte das renommierte Berliner Humanistische Gymnasium, das nach Friedrich Werder benannt war. Im Jahr 1901 schrieb er sich an der Albert-Ludwigs-Universität in Berlin ein. Im Jahr 1901 trat er in die Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg ein, wo er Naturwissenschaften mit Schwerpunkt Chemie



Otto Warburg im Oktober 1931 in seinem Labor.

studierte. Ab 1903 setzte er, der Tradition der Zeit folgend, sein Studium an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin fort. 1903 setzte er, der Tradition der Zeit folgend, sein Studium an der Friedrich-Wilhelms-Universität (heute Humboldt-Universität) in Berlin fort und begann, im Labor eines anderen berühmten Freundes der Familie zu arbeiten, Emil Fischer, der inzwischen Nobelpreisträger für Chemie geworden war. In München studierte Otto auch Medizin, und in Heidelberg legte er sein erstes akademisches Examen in Chemie ab.

Im Jahr 1906 promovierte er an der Universität Berlin mit einer Arbeit über die optische Aktivität von Peptiden (aus Aminosäuren bestehende Eiweißverbindungen) unter der Leitung von E. Fischer. Anschließend wurde er Assistent in der medizinischen Klinik des Pathophysiologen Professor Ludolf von Krehl an der Universität Heidelberg. Ein Jahr später promovierte Otto Warburg dort zum zweiten Mal, dieses Mal in Physiologie. Seine große Idee war es, dem Geheimnis des Krebses auf die Spur zu kommen - der schrecklichsten Krankheit, der "Plage des zwanzigsten Jahrhunderts". Ab 1908 forschte er sechs Jahre lang an der größten biologischen Meeresstation Europas in Neapel. Dort führte er eine Studie über den Sauerstoffverbrauch in Meerschweincheniern nach der Befruchtung durch und wies nach, dass die Atmungsrate nach der Befruchtung um das Sechsfache ansteigt. Er isolierte subzelluläre Partikel in Meerschweinchenleberzel-

len und bezeichnete sie als Granula, womit er sie zum ersten Mal mit der Zellatmung in Verbindung brachte und somit das Vorhandensein von Mitochondrien als Energiebasis der Zelle bestätigte.

Triumphaler Erfolg

1914 wurde Otto Heinrich Warburg als Mitglied in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften aufgenommen. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs meldete er sich freiwillig an die Front, diente als Offizier in einem Lanzenreiterregiment, wurde an der Ostfront verwundet und erhielt das Eiserne Kreuz. An der Front fand er Freunde und dankte dem Schicksal für die Gelegenheit, ein anderes Leben zu sehen.

1918 kehrte er an das Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zurück, um das Wesen des Krebses auf der Ebene der Zellatmung zu erforschen. Zwischen 1921 und 1923 ist er außerdem außerordentlicher Professor für Physiologie an der Medizinischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin. Ab 1924 reiste er regelmäßig zu Lehr- und Forschungszwecken in die USA. Und 1931 wurde er zum Direktor des ein Jahr zuvor gegründeten Instituts für Zellphysiologie in Berlin-Dahlem ernannt. In seinen Forschungen vermutete Warburg, dass die oxidativen Enzyme für die Reaktionen, bei denen die Endprodukte der Glukosespaltung zu Kohlendioxid und Wasser weiter oxidiert werden, mit "Körnchen" - Mitochondrien - assoziiert sind. Er machte sich auf die

Suche nach biochemischen Auslösern, die normale Zellen in Krebszellen mit unkontrolliertem Wachstum verwandeln. Er experimentierte mit Gewebeschnitten und begann zu messen, wie viel Sauerstoff normales und Tumorgewebe verbrauchten. Es stellte sich heraus, dass beide die gleiche Menge an Sauerstoff verbrauchten, die Krebszellen in Gegenwart von Sauerstoff jedoch viel mehr Milchsäure produzierten, zu der Glukose beim aeroben Stoffwechsel abgebaut wird.

Warburg entwickelte ein neues Instrument zur quantitativen Messung des Gasumsatzes bei Stoffwechsellvorgängen. Er kam zu dem Schluss, dass Krebszellen den anaeroben Weg des Glukosestoffwechsels nutzen, und postulierte die Hauptursache für Krebs: Sauerstoffmangel in den Zellen. Als sekundäre Krebsursache betrachtete er Pestizide und Zyaniide, die die normale Sauerstoffatmung der Zelle verringern. 1930 stellte er die Hypothese auf, dass eine Beeinträchtigung oder Unterbrechung der Mitochondrienfunktion in Krebszellen die Hauptursache für das Krebswachstum sei. Otto Warburg kam zu dem Schluss, dass Tumorzellen eher den anaeroben Weg des Glukosestoffwechsels nutzen und sich normale Zellen aufgrund von Sauerstoffmangel tatsächlich in bösartige Zellen verwandeln. Seine Arbeit erweiterte das Verständnis der Mechanismen in der lebenden Zelle.

Die Biochemiker, die Warburgs Leistungen bewunderten, schlugen ihn 1926 für den Nobelpreis vor, doch

die schwedischen Akademiker vergaben ihn dann an einen dänischen Mikrobiologen, dessen Theorie sich später als falsch herausstellte. Dennoch erhielt Otto Warburg 1931 den Nobelpreis für Physiologie und Medizin für "die Entdeckung der Natur und der Funktion des Atmungsferments".

Der „nützliche Jude“ des Führers

Mit der Machtübernahme der Nazis begann in Deutschland eine totale Eskalation der Judenverfolgung. Personen mit drei oder mehr Vorfahren der zweiten Generation, die in eine jüdische Religionsgemeinschaft hineingeboren wurden, galten nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 als "Volljuden". Deutsche Staatsbürger, die nicht in diese Kategorien fielen, aber zwei jüdische Großeltern hatten, wurden als „Mischlinge ersten Grades“ eingestuft, und diejenigen, die einen jüdischen Vorfahren hatten, als „Mischlinge zweiten Grades“. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass alle Personen mit teilweise jüdischer Abstammung (unabhängig vom Grad der Abstammung) im Laufe der Zeit sterilisiert werden sollten. Und ab August 1941 setzte Adolf Eichmann "Halbjuden" mit "Volljuden" gleich. Die große Mehrheit von ihnen wurde in Ghettos und Konzentrationslager deportiert.

Obwohl Otto Warburgs Mutter eine Deutsche war, seine Eltern und er selbst als Protestanten galten und er außerdem Kriegsveteran war, stuften die NS-Behörden Otto als "minderwertige Rasse" ein, weil sein Vater und alle seine Vorfahren von Geburt an Juden waren. Die Verdienste, wissenschaftlichen Abschlüsse und ehrenvollen Titel des berühmten Biochemikers wurden von den Nazis nicht berücksichtigt. Die Initiatoren der jüdenfeindlichen Kampagne unter den Wissenschaftlern waren die Nobelpreisträger Philipp Lenard und Johannes Stark, die die "arische Physik" anführten, welche die von jüdischen Wissenschaftlern entwickelten abstrakten Theorien in der Wissenschaft ablehnte. Auch die meisten deutschen Wissenschaftler unterstützten die antisemitische Politik des Dritten Reiches.

Es überrascht nicht, dass die jüdischen Nobelpreisträger Richard Willstätter, Fritz Haber, Ludwig Quidde, Otto Levi, Thomas Mann, Otto Meyerhof, James Frank und Albert Einstein Deutschland bald verließen. Haber weigerte sich, Juden aus seinem Institut zu entlassen, trat aus Protest zurück und floh nach England. Zur gleichen Zeit versuchte der Deutsche Max Planck als Präsident der Gesellschaft für Grundlagenforschung vergeblich, Hitler dazu zu bewegen, die Verfolgung jüdischer Wissenschaftler einzustellen, und blieb nach außen hin loyal zum Regime. Max von Laue, ebenfalls Nobelpreisträger, prangerte an, dass die Nazis Einstein als Direktor des Physikalischen Instituts abgesetzt hatten.

Aufgrund des Berufsverbotsgesetzes wurde Otto Warburg das Recht entzogen, an der Universität zu lehren. Im Jahr 1939 verstärkte sich der Druck der Nazis auf ihn weiter, und er versuchte, in die Kategorie des "Mischlings ersten Grades" zu gelangen. Und als Warburg sich 1941 kritisch über die Behörden äußerte, wurde er sofort von seinem Posten als Direktor des Instituts für Zellphysiologie entfernt und arbeitete dort als einfacher Angestellter weiter. Im



Sonderbriefmarke, gestaltet von Elisabeth von Janota-Bzowski, 1983

folgenden Jahr wurde er jedoch unerwartet wieder eingestellt, angeblich mit der geheimen Hilfe des Chemikers Walter Julius Viktor Schoeller. Wahrscheinlich rettete ihn Hitlers panische Angst vor dem Krebs: Der Führer hatte Angst vor Krebs und hoffte auf eine Möglichkeit, ihn zu heilen. Warburg erhielt daher direkt von der Reichskanzlei seine persönliche Erlaubnis, seine wissenschaftlichen Forschungen fortzusetzen.

In den schwierigsten Jahren machte er immer mehr Entdeckungen auf dem Gebiet der Biochemie und Ätiologie des Krebses. Er beschrieb ein Atmungsenzym und kristallisierte erstmals die organische Verbindung Flavin; er entdeckte ein wasserstoffbindendes Enzym, das Nikotinamid enthält und vieles mehr.

Das Institut für Zellphysiologie wurde in die Liste der "anerkannten Rüstungsbetriebe" des Reichs aufgenommen und zwischen 1943 und 1945 wegen der zunehmenden alliierten Bombenangriffe auf die Hauptstadt nördlich von Berlin ins Seehaus des Schlosses Liebenberg (Brandenburg) verlegt. Auch eine anonyme Anzeige gegen Warburg im Jahr 1943 nach § 175 Strafgesetzbuch (Vorwurf der Homosexualität) blieb für ihn dank seines hohen Mäzenatentums ohne ernsthafte Folgen.

Die Warburg-Hypothese

Nach dem Krieg beschlagnahmten die sowjetischen Besatzungsbehörden das Labor und die Bibliothek Warburgs. Erst vier Jahre später konnte er seine Forschungen in West-Berlin fortsetzen und Artikel veröffentlichen. Sein Institut wurde Teil der Deutschen Forschungsgemeinschaft und ab 1953 in die Max-Planck-Gesellschaft eingegliedert. Warburg arbeitete dort als Professor und wurde wieder Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Und 1956 wurde er zum Mitglied der "Leopoldina", der ältesten deutschen Gesellschaft der Naturforscher, gewählt. Beharrlich erforschte er weiter die Phänomene der Photosynthese und des Krebses. Unter anderem leistete er bedeutende wissenschaftliche Beiträge auf den Gebieten der mitochondrialen Atmungskette, der pflanzli-

chen Photosynthese und des Tumorstoffwechsels und entwickelte einen umfassenden enzymatischen Biotest. Er entdeckte, dass viele bösartige Tumore einen erhöhten Zuckerstoffwechsel aufweisen, was die Grundlage für die Entwicklung eines umfassenden enzymatischen Tests des Tumorstoffwechsels mittels diagnostischer Bildgebung (Verfahren zur visuellen Darstellung der inneren Strukturen von Körpern) bildete.

Bereits in den 1920er Jahren stellte Otto Warburg eine biochemische Hypothese über die Ursachen von Krebs auf. Er fand heraus, dass Tumorzellen Glukose nur durch den Prozess der Milchsäuregärung abbauen, selbst wenn sie genügend Sauerstoff für die Atmungskette haben. Die Folge ist ein hoher Glukoseverbrauch. Nach Warburg entstehen Krebszellen also durch eine verminderte mitochondriale Atmung. Er entwickelte einen umfassenden enzymatischen Test des Tumorstoffwechsels mittels diagnostischer Bildgebung und Positronenemissionstomographie.

Ein halbes Jahrhundert später wurde seine Entdeckung mit dem Begriff "Warburg-Effekt" bezeichnet und von Biochemikern nicht angezweifelt. Der Wissenschaftler kam jedoch zu dem Schluss, dass die Ursache von Krebs in gestörten Mitochondrien und Anomalien der Zellatmung zu suchen sei und dass die beobachteten Veränderungen die einzige Ursache für Krebstumore seien. In den 1950er Jahren verfeinerte und erweiterte er seine Hypothese, indem er "entfernte" und "primäre" Ursachen für Krebs einbezog. Zu den entfernten Ursachen gehören praktisch alle Karzinogene, während die letztgenannte Ursache die Umstellung des Energiestoffwechsels von Oxidation auf Fermentation ist. Warburg formulierte seine Hypothese in einem Artikel mit dem Titel "The Primary Cause of Cancer and its Prevention". Darin legte er weitere Beweise vor, um seine Hypothese zu untermauern, dass die verstärkte anaerobe Atmung von Krebszellen eine Folge einer geschädigten oder unzureichenden Atmung ist. Ihm zufolge "hat Krebs im Gegensatz zu anderen Krankheiten unzählige sekundäre Ursachen. Aber es gibt nur eine primäre Ursache für Krebs, und das ist der Ersatz der sauerstoffbetriebenen Atmung im Körper einer normalen Zelle durch eine andere Art der Energiegewinnung - die Glukosegärung."

Warburgs Hypothese galt bis vor kurzem als umstritten und aufgrund der Fortschritte in der molekularbiologischen Forschung sogar als überholt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befassten sich fast 18 Tausend Veröffentlichungen in unterschiedlichem Maße mit dem Warburg-Effekt. Sie bewiesen, dass Krebszellen über jede Art von Energieversorgung verfügen können, einschließlich derjenigen, die normalen Zellen eigen ist, und dass der Warburg-Effekt weniger die

eigentliche Ursache als vielmehr eine der charakteristischen Auswirkungen krebszeugender Mutationen ist. Außerdem berücksichtigt diese Hypothese nicht die Daten über genetische Veränderungen in den Zellen. Aber die Bedeutung der Milchsäuregärung für entartete Krebszellen und die möglichen Therapien, die darauf angewendet werden können, bleiben ein wichtiges Thema der onkologischen Forschung.

Zur gleichen Zeit wies Ernst van Aken, ein Schüler Warburgs, statistisch nach, dass Sportler, die ein aerobes Ausdauertraining absolvieren, deutlich seltener an Krebs erkranken als Normalsterbliche und sah dies als Beweis für die Hypothese seines Lehrers an. Eine Gruppe von Wissenschaftlern aus Jena und Potsdam wies 2006 an Labormäusen nach, dass die Geschwindigkeit des Tumorstoffwechsels von Stoffwechselprozessen abhängt und diese erfolgreich beeinflusst werden können. Im Jahr 2008 entdeckten Biologen des Boston College, dass sich die Struktur der Mitochondrien bei tumorbefallenen Mäusen von der gesunder Tiere unterscheidet. Diese Erkenntnisse können auch als Indikator für die Gültigkeit der "Warburg-Hypothese" gesehen werden.

Ein erfülltes und bescheidenes Leben

Mehr als 50 Jahre lang lebte der Wissenschaftler in seiner Villa in Berlin mit seinem Freund Jakob Heiss, seinem persönlichen Sekretär und Leiter des Instituts. Er liebte klassische Musik und Belletristik. Das Reiten übte er fast bis zum Ende seiner Tage aus und hörte erst im Alter von 85 Jahren auf, als er eine Treppe hinunterstürzte und sich den Oberschenkelhals brach. Kollegen und Angehörige beschrieben ihn als einen sehr bescheidenen Mann. Ein beliebter Scherz, mit dem er Reporter begrüßte, die ihn nicht vom Sehen kannten, war: "Einen Professor kann man nicht interviewen, der ist tot".

Otto Warburg starb am 1. August 1970 in Berlin.

Anlässlich des 100. Geburtstages von Otto Warburg würdigten Naturwissenschaftler das Leben und Werk des großen Zellphysiologen, Biochemikers, Photobiologen und Mediziners. Aus seiner Schule der Wissenschaft sind viele Nobelpreisträger hervorgegangen. Dean Burke vom US National Cancer Institute nannte ihn "den Meister der Zellchemie", der Biologe Kurt Motes den "Pionier der modernen Physiologie und Biochemie", der Neurowissenschaftler Ernst Yökl den "König der Biochemiker". Der Physiker Manfred von Ardenne sah in Warburg "eine einzigartige Erscheinung unter den großen Naturwissenschaftlern dieses Jahrhunderts, vergleichbar mit Galilei, Leibniz oder Faraday". Seine Werke wurden als "Manifeste der Stoffwechselforschung", "Sternstunden der biologischen Wissenschaften" und "wissenschaftliche Kunstwerke" bezeichnet. Zum Geburtstag von Otto Warburg gab die Deutsche Post eine Sonderbriefmarke heraus. Sein Grab ist in die Liste der Ehrengräber in Berlin aufgenommen worden. Und an der Wand des Hauses, in dem er lebte, erinnert eine Gedenktafel an den herausragenden Beitrag des Wissenschaftlers zur Entwicklung der Naturwissenschaften und der Medizin.

Zum 80. Jahrestag des Aufstandes im Konzentrationslager Sobibór

In eineinhalb Jahren ermordeten die Nazis im Vernichtungslager Sobibór etwa 250.000 Juden. Am 14. Oktober 1943 wollten etwa 50 Gefangene ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und lehnten sich gegen die Lagerleitung auf. Sie überrumpelten und töteten ihre SS-Peiniger und konnten das Tor des Vernichtungslagers öffnen. Rund 360 Menschen schafften es aus dem Lager zu fliehen. Etwa 200 von ihnen erreichten das Waldstück aber nur 53 haben die nächsten Monate überlebt. Die Nazi-Schergen rächten sich für den gelungenen Ausbruch mit der Erschießung der verbliebenen Häftlinge und hetzten viele der Geflüchteten erbarmungslos zu Tode. (JR)

Von Yana Lubarskaya

Jeder, der nach Sobibór geschickt wurde, war dem Untergang geweiht. Manchmal vergingen nur wenige Stunden zwischen der „Anlieferung“ der Gefangenen und ihrer Ermordung. Unter dem Vorwand der Hygienisierung wurden die Häftlinge entkleidet, ihre Habseligkeiten wurden von der SS weggenommen. Den weiblichen Häftlingen wurden die Haare abgeschnitten und in eine Fabrik geschickt, wo sie zur Herstellung von Filz verwendet wurden. Die unbekleideten Häftlinge, die nichts verstehen konnten, wurden in die Gaskammern getrieben, 160 bis 180 Menschen wurden in jede Kammer gepfercht. Sie schlossen die Türen und ließen die Abgase eines LKW-Motors einströmen. In wenigen Minuten starben die Menschen einen grausamen Tod.

Ende September 1943 wurde eine Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener nach Sobibor gebracht, darunter Alexander Petscherski. Unter den Gefangenen war auch Alexander Shubayev, ein Bergjude aus der dagestanischen Stadt Chassawjurt. Vor dem Krieg hatte er sein Studium am Institut für Eisenbahnttransportingenieure in Rostow am Don abgeschlossen und war ein fröhlicher, optimistischer Mensch. Er liebte es zu singen und nannte sich scherzhaft "Kali-Mali". Niemand wusste, was dieses Wort bedeutete, aber es klang lustig aus seinem Munde. Leider starb Shubayev nach dem Aufstand von Sobibor, als er sich in den Reihen der Partisanen befand.

Irgendwann waren Semjon Moiseyevich Rosenfeld und Alexander Shubayev des Schicksals und der Demütigung im Lager überdrüssig und arbeiteten einen Fluchtplan aus.

Mehr als eine Flucht

Die tapferen Männer brauchten zwei Wochen, um den Aufstand vorzubereiten. Der Sohn eines polnischen Rabbiners, Leon Feldhendler aus dem Dorf Żółkiewka, der Anführer des bereits in Sobibor existierenden Untergrunds, wandte sich an Petscherski mit dem Vorschlag, die Flucht anzuführen. Doch Petscherski schlug nicht nur eine Flucht vor, sondern einen Aufstand der Häftlinge, nicht nur um zu entkommen, sondern auch um die Nazis zu vernichten und die Arbeit der "Fabrik des Todes" zu stoppen.

Alexander Petscherski und seine Kameraden Arkady Weispapir, Boris Tsybulsky, Shlomo Leitman, Semjon Rosenfeld, Alexander Shubayev, Yefim (Chaim) Litvinovsky, Alexei Weitzen, Yehuda Lerner, Boris Tabarinsky und andere bereiteten den Aufstand vor und entwickelten einen riskanten Plan. Am 14. Oktober 1943 beteiligten sich alle aktiv an der Umsetzung des Plans, in dessen Folge die meisten Häftlinge unter der Führung von Petscherski 12 SS-Wachen mit bloßen Händen töteten und dann ausbrachen.

Bei der Flucht aus dem Lager konnte Rosenfeld Petscherski nicht folgen, da er am Bein verwundet wurde. Bis zur Befreiung von Chelm durch sowjetische Truppen im Sommer 1944 versteckte



Treffen der Aufstandsteilnehmer in Sobibor. Von links nach rechts: E. Litvinovsky, A. Weispapir, A. Pechersky, A. Vaitzen, N. Plotnitsky, S. Rosenfeld

sich Rosenfeld mit einigen ehemaligen Häftlingen in den Wäldern. Nach der Befreiung von Chelm meldete er sich bei der sowjetischen Kommandantur. Ende Januar 1945 wurde er in Posen in einem der Straßenkämpfe verwundet. Nach seiner Rückkehr zum Dienst nahm er an der Einnahme Berlins teil, hinterließ die Inschrift "Baranowitschi-Sobibor-Berlin" an der Wand des Reichstags und wurde im Oktober 1945 demobilisiert.

1963 traf sich Rosenfeld wieder mit Petscherski und den damaligen Mitstreitern zusammen. Im Jahr 1990 emigrierte Semjon Rosenfeld nach Israel und lebte in Tel Aviv, wo am 16. Oktober 2012 ein Denkmal für Alexander Petscherski enthüllt und ein nach ihm benannter Baum gepflanzt wurde. Das Denkmal wurde auf dem Gelände des sozialen Wohnkomplexes errichtet, in dem Semjon Rosenfeld lebte. Im November 2015 wurde ihm die Gedenkmedaille des Russisch-Jüdischen Kongresses "75. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg" verliehen. Eine weitere Auszeichnung wurde Rosenfeld vom damaligen israelischen Minister für Information und Diaspora-Angelegenheiten, Yuli Edelstein, überreicht, der betonte, dass die Leistung von Petscherski und seinen Mitstreitern in der Geschichte ihresgleichen sucht und ein herausragendes Beispiel für den Heroismus des jüdischen Volkes darstellt. Die israelische und russische Presse berichtete ausführlich über das Ereignis. Der letzte Flüchtling aus Sobibor ist am 3. Juni 2019 im 97. Lebensjahr in Israel verstorben.

Der EP-Korrespondent sprach mit seinem Sohn Michail Rosenfeld, der in Israel lebt, über Semjon Rosenfeld.

– Michael, wie war Ihr Vater so?

– Mein Vater mochte das Wort "Held" nicht. Er war einfach ein Mann, der wusste, was das Leben ist und wie man dafür kämpft. Er hat seinen Kindern vor allem Menschlichkeit beigebracht. Und wenn andere Kinder mit Puschkins Märchen aufgewachsen sind, so wuchs ich mit ei-

ner Mischung aus Kindermärchen und Geschichten über das Konzentrationslager auf. Schon im Alter von 10 Jahren wusste ich, was Krieg, KZ, Faschismus, Nationalismus sind. Ich musste all diese Ereignisse von klein auf begreifen.

– Was geschah, nachdem Ihr Vater aus Sobibor geflohen war?

– Nach dem Krieg, 1947, kehrte mein Vater in seine Heimat zurück, in das Dorf Ternovka in der Region Vinnitsa, und fand die Häuser dort leer vor. Als Nachbarn auftauchten, erzählten sie, dass die gesamte Familie meines Vaters 1942 von den Deutschen erschossen worden war. Damals konnte man nicht "ukrainische Nationalisten" sagen, und alles wurde den Deutschen in die Schuhe geschoben. Die ganze Familie meines Vaters wurde erschossen. Allein gelassen, zog mein Vater nach Haiworon und eröffnete dort sein eigenes Fotostudio. 1964 ging ich nach Odessa, um zu studieren. Nach dem Studium ging ich zur Armee, arbeitete und kehrte nach der Armee nach Odessa zurück.

Bereits im Ruhestand zog Semjon Rosenfeld näher zu seinen Söhnen in die Stadt am Schwarzen Meer, wo er bis 1989 lebte. Dann fanden ihn seine Freunde. Insbesondere Dov Freiberg, der ebenfalls mit ihm aus dem Konzentrationslager geflohen war. Zur Zeit des Aufstandes war Dov 15 Jahre alt. Und mein 21-jähriger Vater nahm den Jungen mit, und gemeinsam wanderten sie durch die Wälder und versteckten sich vor den polnischen Nationalisten und den Nazis. Und vor der Flucht haben die jüdischen Kinder und jungen Juden des Lagers, die überlebt haben, in Sobibor Waggons geputzt, Krematorien gereinigt, waren Hilfsarbeiter.

Bereits in Israel schrieb Dov Freiberg ein Buch über Sobibor und lud Semjon Rosenfeld ein, ihn zu besuchen. 1989 kamen meine Eltern nach Israel, wo es bereits 15 Familien der aus dem Lager Sobibor Entkommenen und deren Nachkommen gab. Es gefiel ihnen, und meine Mutter und mein Vater zogen für immer

nach Israel, und bald schloss ich mich ihnen mit meiner Familie an.

– Wie wurde Ihr Vater in Israel empfangen?

– Als Semjon Rosenfeld im Heiligen Land ankam, ging unter den Einheimischen das Gerücht um, dass es noch einen weiteren ehemaligen Häftling aus Sobibor gab, der am Aufstand beteiligt war. So traf Rosenfeld alle seine alten Freunde aus seinem "früheren Leben". Im Jahr 1990 wurde er nach Yad Vashem eingeladen, wo er bei der jährlichen Gedenkfeier eine der sechs Kerzen anzündete.

Dann besuchte ein Kameramann der Steven Spielberg Foundation Papa in den USA, um ein Video von ihm zu drehen. Sie nahmen drei Bänder mit Papas Erinnerungen auf. In Israel leitete Papa auch einen Club, in dem er mit jungen Leuten arbeitete, mit israelischen Soldaten. Bis zum letzten Tag erzählte er ihnen von diesem schrecklichen Konzentrationslager, das er durchlaufen musste, davon, wie Menschen dort umgebracht wurden... Semjon Rosenfeld beendete alle seine Reden mit den Worten: "Menschen, kümmert euch um die Welt! Sobibor darf sich nicht wiederholen".

– Was halten Sie von dem Film "Sobibor" mit Konstantin Khabensky?

– Dieser Film ist meiner Meinung nach äußerst misslungen, obwohl die Idee an sich gut ist. Mein Vater hat immer gesagt: Gott sei Dank hat Petscherski diesen Film nicht gesehen. Die Regisseure des russischen "Sobibor" hätten Papa wenigstens eine Kopie des Films geben können, damit er ihn sieht. Aber niemand hat es getan, sie haben Papa vergessen. Sie müssen mir zustimmen, dass die zukünftigen Filmemacher sich vor den Dreharbeiten gründlich mit dem Material hätten vertraut machen müssen, die Innenräume hätten auswählen müssen, mit Rosenfeld und Weispapir, die damals noch lebten, hätten sprechen müssen. Die Filmemacher hätten sich meiner Meinung nach um die Nähe zur Wahrheit bemühen müssen. Und "Sobibor" wurde offensichtlich so gefilmt, wie sie es sich vorgestellt haben. Das Ergebnis hat sowohl meinem Vater als auch mir überhaupt nicht gefallen.

– Sobibor ist fast der einzige Fall in der Geschichte des Dritten Reiches, in dem ein antifaschistischer Lageraufstand erfolgreich war und den Häftlingen die Flucht gelang. Was, glauben Sie, war das Geheimnis der erfolgreichen Flucht einer Gruppe von Juden aus dem Lager Sobibór? Warum gelang ihnen die Flucht?

– Ich glaube, sie konnten aus dieser schrecklichen Todeshöhle fliehen, weil die ganze Sache in völliger Geheimhaltung vorbereitet wurde. Nur wenige Menschen wussten davon. In einer Stunde haben die Flüchtlinge 12 SS-Leute mit bloßen Händen entworfen, und das alles dank der geschickten Führung von Feldhendler und Petscherski. Mein Vater ist nicht mehr am Leben, und ich vermisse ihn sehr. Obwohl man sagt, dass er ein sehr gutes, ehrenvolles Leben geführt hat - 96 Jahre lang.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Nr. 86 / Jahrgang 43

Preis 25 Rp^f.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

BERLIN

ב' חשוון תרצ"ח

FREITAG, 28. OKTOBER 1938

Redaktion, Verlag und Anzeigenverwaltung: Berlin W 15, Malteserstr. 27
Telefon: 91 99 32, Telegramm: „Jüdische Rundschau“
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung eines abhandlungsgegangenen Exemplars. Besondere Anzeigensätze je Monat RM 2,-, je Vierteljahr RM 5,75, bei Abholung RM 1,50 bzw. RM 5,25 (einschließlich Postgebühren von 70% auf je Monat) — Postabdruck-Kosten der Vertriebs-Abteilung für Groß-Berliner Nummern 23533, für das übrige Reich: Berlin 32799

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Gültig ist die Anzeigenpreiskarte Nr. 5 vom 1. April 1936. Die zwölfjährige aus-Zahl 20 Rp^f für Familien-Nachrichten 15 Rp^f. Keine Gewähr für Aufsätze von Anzeigen in bestimmten Ausgaben oder in bestimmten Plätzen. Einzelnummern nur gegen Vorzahlung auf Postcheck-Konto Berlin 7318 oder per Montag bis Freitag 9 — 12 Uhr, Anzeigenbestell für die Dienstag-Ausgabe Montag 10 Uhr, für die Freitag-Ausgabe Mittwoch 11 Uhr. Familien-Anzeigen am Tag vor Erscheinen 15 Uhr

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm)

Neue Einwanderungs-Schedule

2000 Kapitalisten-, 1000 Arbeiter-, 800 Verwandten-Zertifikate

London, 27. Oktober 1938, 17 Uhr (telefonisch)

Die Palästina-Regierung hat heute die neue Einwanderungsschedule für das Winterhalbjahr 1938/39 bekannt gegeben. Danach werden 2000 Zertifikate für Kapitalisteneinwanderer, 1000 Zertifikate für Arbeiter-Einwanderer und 800 Zertifikate für Verwandtenanforderung ausgegeben.

Die Kapitalisten- und die Arbeiter-Zertifikate berechtigen zur Mitnahme von Frau und Kindern unter 18 Jahren auf ein Zertifikat, während die Verwandten-Zertifikate für Einzelpersonen bestimmt sind, d. h. für jede Person ein besonderes Zertifikat benötigt wird.

Die Zertifikate für Schüler und Studenten, zu denen auch die Jugend-Alija gehört, sind nicht numerisch begrenzt. Die Zahl der für diese Kategorie auszugebenden Zertifikate hängt von der Erfüllung der allgemeinen Bestimmungen ab, die für diese Kategorie gültig sind, d. h. von der Zahl der in Palästina zur Verfügung stehenden Unterbringungsplätze und von den erforderlichen finanziellen Nachweisen.

Weizmanns Forderungen

Fortsetzung der Einwanderung — Gegen Minoritätsstatus

Die Kundgebung in London

London, 26. Oktober (telefonisch)

Am Dienstag abend fand in London eine von der Zionist Federation of Great Britain and Ireland veranstaltete Kundgebung unter Vorsitz von Dr. Weizmann statt, die sich zu einem besonderen Ereignis im jüdischen Leben Londons gestaltete. Die Kundgebung war von 2000 Personen besucht, während Hunderte wegen Überfüllung des Saales keinen Einlaß finden konnten.

Dr. Weizmann eröffnete den Abend mit einer Ansprache, in der er folgendes ausführte:

In der letzten Zeit war die Luft voll von Gerüchten, die von allen Seiten verbreitet wurden, aber angeblich bevorstehende Änderungen in der britischen Palästina-Politik. Ich will mich hier nicht mit den Geschwässen der vergangenen zwei Jahre befassen oder mit den Änderungen und Schwankungen, die die britische Politik während dieser Zeit durchgemacht hat. Es ist festzustellen, daß zu einer Zeit, da die Wiederherstellung der Ordnung ohne Schwierigkeiten möglich gewesen wäre, die von der Palästina-Regierung ergriffenen Maßnahmen sich als merkwürdig unwirksam erwiesen haben. Infolge der relativ passiven Haltung der palästinaischen Administration gelang es den arabischen Terroristen, im Lande derzeit festen Fuß zu fassen, daß die Regierung eines Tages zu ihrem eigenen Erstaunen feststellen mußte, daß, abgesehen von den jüdischen Siedlungen, wo Ruhe und Ordnung herrschte, große Gebiete Palästinas in den Händen der Terroristen waren. Heute hat es endlich den Anschein, daß ein ernsthafter Versuch gemacht wird, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Was der Widerstand der Terroristen wirklich bedeutet, wenn sich die Regierung erst einmal ernsthaft mit der Aufgabe beschäftigt, läßt sich am besten vielleicht aus der sogenannten arabischen Besetzung Jerusalems erkennen. Es heißt, daß die Wiederherstellung der Ruhe innerhalb der Altstadt Jerusalems nur mit größten Schwierigkeiten und mit großen Opfern an Menschenleben durchzusetzen sei. Tatsächlich sind die Terroristen in wenigen Stunden herangezogen und ist die britische Autorität wiederhergestellt worden, ohne daß dabei — glücklicherweise — ein einziger englischer Soldat ums Leben gekommen wäre. Wir wissen noch immer nichts über die zukünftige Politik der Regierung. Klar ist dagegen die Politik der Jewish Agency.

In erster Linie ist es von größter Wichtigkeit, daß die jüdische Einwanderung nach Palästina ohne Beschränkung fortgesetzt wird.

Mehr als 300.000 Juden sind nach dem Krieg nach Palästina gekommen. Sie waren berechtigt, auf Englands Wort zu vertrauen, und sie glaubten, daß die Politik des Jewish National Home eine dauernde Verpflichtung der englischen Regierung darstelle. In Europa aber gibt es eine Million Juden, für die Palästina heute die einzige Hoffnung ist.

Der zweite Punkt in unserer Politik, von dem wir nicht abweichen werden, ist, daß wir unter keinen Umständen irgendeine Lösung in Betracht ziehen können, durch die die Juden zum Status einer dauernden Minderheit in ihrem Nationalen Heim verwandelt werden würden.

Was unsere zukünftigen Beziehungen zu der arabischen Bevölkerung Palästinas betrifft, so glauben wir, daß es

unter ihr eine große Anzahl gibt, deren größter Wunsch es ist, eine friedliche Entwicklung des Landes zu sehen und in harmonischer und fruchtbarer Zusammenarbeit mit den Juden zu leben. Unglücklicherweise hat man die Terroristen die Macht über diese Menschen gewinnen lassen, und man hat damit die Stimme des friedlichen Arabers, wenigstens vorläufig, zum Schweigen gebracht. Doch die Zeit wird kommen, um Mittel und Wege zu finden, damit wir mit unseren arabischen Nachbarn in Palästina in Frieden und Eintracht leben können. Wir hoffen zurecht, daß bei der Erreichung dieses Zieles England um seine nachvolle Unterstützung angeheißt werden wird.

Dem jüdischen Volk will ich in diesem Augenblick ein Wort der Ermunterung senden: Laßt euch nicht beeinflussen durch Gerüchte, die jetzt im Umlauf sind! Die Aufgabe des Augenblicks besteht nicht in der Fortführung unser praktischer Arbeit in Palästina. Verbietet unsrer Arbeit unsern letzten Endes wenig Nutzen. Unser Erfolg muß auf unserer eigenen Kraft beruhen. Wir müssen fortfahren zu bauen und zu schaffen, wo andere zerstreuen. Hätten unsere Großväter sich diesen goldenen Augenblick gewidmet, so würden wir heute den Nutzen ihrer Anstrengungen haben. Heute ist es an uns, das zu tun, was in unseren Kräften steht, so daß die künftigen Generationen uns dankbar dafür sein werden, was wir für sie erreichen konnten.

(Den Bericht über die weiteren Reden bei dieser Kundgebung bringen wir auf Seite 4.)

Kabinettsrat in London

Unter Vorsitz von Premierminister Chamberlain fand am Montag nachmittags in London ein Ministerrat statt. Daran nahmen teil Innenminister Hoare, Verteidigungsminister Inskip, Kolonialminister MacDonald, Gesundheitsminister Elliot, Indeminiester Lord Zetland und Unterstaatssekretär Cadogan. Ferner nahmen zwei hohe Beamte des Kolonialministeriums an der Sitzung teil. Es wird angenommen, daß die Palästinafrage erörtert wurde.

Der englische König empfing den früheren Oberkommissar von Palästina, General Sir Arthur Waughop, in Audienz.

USA-Botschafter bei MacDonald

Der amerikanische Botschafter Kennedy stützte am Montag Kolonialminister MacDonald im Kolonialministerium einen Besuch ab. Der diplomatische Korrespondent Reuters vermutet, daß es sich bei der Besprechung um die Palästinafrage gehandelt habe. In diesem Zusammenhang weist der Korrespondent darauf hin, daß Präsident Roosevelt sich kürzlich „gegen eine Beschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina ausgesprochen hat“.

Woodhead-Bericht Anfang November A.-C. am 11. November

Das A.-C. ist nach London zum 11. November einberufen worden. Im Anschluß an die A.-C.-Sitzung tritt das Administrative Committee der Jewish Agency zusammen. Man nimmt an, daß der Bericht der Woodhead-Kommission in der ersten Woche des November in London publiziert werden wird, so daß er vor Zusammentritt des A.-C. bekannt sein dürfte.

Um das Palästina-Problem

Die Lage in Palästina hat sich in den letzten Tagen merklich beruhigt. Nach der Besetzung der Jerusalemer Altstadt durch britisches Militär ist nicht nur in Jerusalem selbst eine Entspannung eingetreten, sondern auch im ganzen übrigen Lande ist die Zahl der Terrorakte und Zusammenstöße erheblich zurückgegangen. Zu diesem Resultat mag die Energie beigetragen haben, die von den englischen Militärbehörden im Falle der Jerusalemer Altstadt gezeigt wurde, aber auch der Umstand, daß das Einrücken zahlreicher neuer Truppen und ihre Verteilung auf das Land einen starken demonstrativen Eindruck hinterließ. Hinzu kommt der Umstand, daß in allen Fragen des Sicherheitswesens eine einheitliche Leitung der Aktionen herbeigeführt wurde und die Befehle dieser Fragen auf Militärkommandanten überging. Es zeigt sich, daß diese Maßnahmen, die noch von einer Reihe wirkungsvoller Verordnungen unterstützt wurden, ihren Eindruck nicht verhehlen und verhältnismäßig rasch zu einer gewissen Beruhigung führten. Zu hoffen ist, daß dieser Zustand anhält und das Beginn einer weitgehenden Befriedung des Landes darstellt. Zu diesem Ziele werden ohne Zweifel noch energische Maßnahmen erforderlich sein, deren Durchführung nach allen Ankündigungen von englischer Seite in nächster Zeit zu erwarten ist.

Diese Entwicklung im Lande selbst ist natürlich zunächst unter dem Gesichtspunkt der inneren Entwicklung Palästinas zu bewerten; ist doch nicht so sehr zu wünschen, als daß das Land endlich wieder den Frieden erhält, nach dem die jüdische Bevölkerung und alle friedliebenden Elemente überhaupt sehnlichst Ausschau halten, damit die normale Arbeit überall dort wieder einsetzen kann, wo sie durch die Lasten der Wacht und der Verteidigung sowie durch den Druck des Terrors erschwert wurde. Aber auch für die politische Entwicklung des Palästina-Problems ist die Wiederherstellung des Friedens im Lande die erste Voraussetzung, ohne deren Erfüllung eine Lösung der Frage, wie immer diese ausfallen mag, unmöglich erscheint.

Die Ereignisse in London, dem Schlüsselpunkt für die Entscheidung des Palästina-Problems in diesen Wochen, nehmen ihren Fortgang. Das britische Kabinett, das bekanntlich einen besonderen Ausschuß aus

Erster Ueberblick

Präsident Roosevelt erklärte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten alles tun werde, was in ihrer Macht steht, um eine Beschränkung der jüdischen Palästina-Einwanderung zu verhindern. In Palästina ist in den letzten Tagen eine gewisse Beruhigung eingetreten. Die Zahl der Terrorakte und Zusammenstöße ist zurückgegangen. Auch in der Jerusalemer Altstadt trat eine Beruhigung ein. Im Norden begann eine umfangreiche Militär-Aktion. Für sämtliche Chiffren und Reiseberichte in Antakias, Ptolemais und in der Ebene von Palästina werden Personalausweise eingeführt.

Vor 80 Jahren wurde das Minsker Ghetto liquidiert – Erinnerungen eines 9-Jährigen

Im Zuge des sich zu Ungunsten Nazi-Deutschlands wendenden Krieges an der Ostfront wurde das Minsker Ghetto am 23. Oktober 1943 von den Nazis gewaltsam aufgelöst. Wer nicht im Ghetto ermordet wurde, wurde in das Vernichtungslager Sobibor deportiert. Boris Srebnik, ein minderjähriger Gefangener des Minsker Ghettos, entkam als 9-jähriger Junge und kämpfte bis Kriegsende in der 5. Abteilung der 2. Minsker Kutusow-Partisanenbrigade an der Seite der Roten Armee. Er verlor früh seine Eltern und entkam, wie durch ein Wunder, mehrmals dem Tod. Später wurde er einer der Gründer der Vereinigung ehemaliger Ghettohäftlinge. In einem Interview erzählt er über seinen Überlebenskampf und die unaussprechlichen Grausamkeiten der Nationalsozialisten. (JR)

Von Yana Lubarskaya

– Boris Vladimirovich, wer waren Ihre Eltern? Was wissen Sie noch über Ihre Kindheit vor dem Krieg?

– Ich wurde in Minsk geboren, aber das genaue Datum weiß ich nicht mehr: Ich habe keine Dokumente mehr, auch keine Fotos von meinen Eltern, ich habe ihre Bilder nur noch in meiner Erinnerung. Als ich im Alter von 13 Jahren arbeiten ging, habe ich mein Geburtsdatum erfunden, und in meinem Pass steht der 29. Dezember 1934. Ich heiße Baruch, und mein Vater, der beim Radio arbeitete, wurde zu Hause Velvl genannt. Als ich noch sehr klein war, nahm mich mein Vater auf den Schoß, die Leute versammelten sich um mich und ich las ihnen die Zeitung vor. Dann, im Ghetto, vergaß ich alle meine Lese- und Schreibkenntnisse. Bis 1939 lebten wir mit meinem Großvater in einem alten Holzhaus, dann baute uns mein Vater ein eigenes Haus auf demselben Grundstück. Großvater, der Vater von fünf Töchtern und einem Sohn, war sehr fromm, hielt sich an die Tora, erzählte Geschichten und zündete sogar im Ghetto eine Kerze an, die er aus einer Kartoffel gemacht hatte: Er goss Öl in ein Loch und steckte einen Docht hinein. Ich war das einzige Kind in der Familie, und ich hatte keine Ahnung, wie alt meine Eltern waren.

Bereits in den 1990er Jahren lernte ich in Moskau eine Frau aus Minsk kennen, die Mutter des Theaterregisseurs Leonid Heifetz, mit der meine Mutter in ihrer Kindheit befreundet gewesen war. Wir kamen ins Gespräch, und von ihr erfuhr ich, dass meine Mutter 29 Jahre alt war, als sie starb, und mein Vater war etwas älter.

– Wie hat der Krieg für Sie begonnen?

– In den ersten Tagen des Krieges wurde Minsk bombardiert, mein Vater nahm uns mit zur Arbeit, wo wir Schutz suchten. Dann wurden alle Mitarbeiter des Radiosenders und ihre Familien auf Lastwagen verladen, um sie aus der Stadt zu bringen. Wir fuhren etwa 18-20 Kilometer vom Zentrum entfernt, aber in der Nähe der Straße sahen wir einen deutschen Fallschirmjäger. Bald wurden meine Mutter und ich abgesetzt, wir vergruben die Ersatzuniform meines Vaters in der Erde, er verabschiedete sich von uns und ging. Ich habe ihn nie wieder gesehen. Meine Mutter und ich wanderten zurück nach Minsk. Als wir zurückkamen, hatten die Nazis die Stadt eingenommen.

– Wie sind Sie ins Ghetto gekommen?

– Bald gaben die Deutschen einen Befehl aus: "Alle Juden sollen sich in diesen und jenen Straßen versammeln". Und wir fuhren auf einem Karren mit einem Minimum an Habseligkeiten dorthin: mein Großvater, ich, meine Mutter, die beiden Schwestern meiner Mutter, meine Cousine Hannochka, die vor dem Krieg die erste Klasse abgeschlossen hatte, und meine Cousine Olja, die in der neunten Klasse war, mit ihrer Mutter, der Schwester meiner Mutter Lisa. Im Ghetto waren



Boris Srebnik (rechts) im Jahr 1948.
Foto aus persönlichem Archiv

wir in einem Holzhaus in der Nähe des Friedhofs untergebracht, am Rande der Stadt. In dem Zimmer mit uns waren 18-20 andere Fremde und es gab nur ein Bett, so dass alle auf dem Boden "lebten".

Vor dem 7. November wurde uns klar, dass es ein Pogrom geben würde, denn die Wachen um das Ghetto wurden verstärkt. Es war mit Stacheldraht umzäunt, es war verboten, das Ghetto bei Todesstrafe zu verlassen. Am Morgen des 7. November, als es noch dämmerte, klopfte es ohrenbetäubend an die Tür, die Deutschen kamen mit Fackeln herein, trieben uns in den Hof der Bäckerei, stellten uns in einer Kolonne von mehreren Personen in einer Reihe auf und begannen, mit Gewehrkolben auf uns einzuschlagen, uns in einen Wagen zu schieben. Ich wollte unbedingt in diesen Wagen steigen, ich bat meine Mutter, aber sie zerrte mich immer wieder nach hinten in die Kolonne, und so ging es bis zum Abend. Als es dunkel wurde, hörten die Deutschen, die sich offensichtlich streng an die "Arbeitszeiten" hielten, auf, die Leute mitzunehmen. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei diesen Wagen um Gasautos, die zum ersten Mal im Minsker Ghetto eingesetzt wurden.

Es gab noch viele solcher Pogrome, Nacht- und Tagesangriffe. Ende November 1941 wurden alle Männer aus ihren Häusern geholt. Sie kamen auch zu uns. Mein Cousin Yasha war damals etwa 16 Jahre alt. Seine Verwandten legten ihn ins Bett, stellten Gläser und ein Thermometer neben ihn und sagten den Soldaten, er habe Typhus. Aber sie brachten ihn trotzdem weg, er kam nie wieder zurück.

An diesem Tag ging meine Mutter durch den Drahtzaun des Ghettos in das weißrussische Viertel, zu unseren Nachbarn. Mehrere Generationen unserer Familie lebten am Rande der Stadt, mein Großvater arbeitete dort als Kutscher, und in der Nähe wohnten Weißrussen, mit denen wir vor dem Krieg befreundet waren. Meine Mutter wollte sie bitten, dass mich jemand mitnimmt und mich

zu meinen Verwandten ins Dorf schickt. So versuchte sie, mich zu retten... Sie ging weg und kam nie wieder zurück. Schon nach dem Krieg fand ich heraus, dass ein Polizist meine Mutter erkannte, als sie bei unseren Nachbarn vorbeischaute. Von hier aus ist es klar, was dann passiert ist.

– Was war das Beängstigendste für Sie als Kind im Ghetto?

– Es war sehr beängstigend, allein zu sein. Die Frage nach meinem Lebensunterhalt war sehr akut. Im Ghetto, in unserem Zimmer bei meiner Großmutter, lebte ein Junge namens Mike, der ein paar Jahre älter war als ich. Seine Mutter war Jüdin, sein Vater war Ukrainer, er ging regelmäßig in das weißrussische Viertel, um dort um Almosen zu betteln, und begann, mich mitzunehmen. Von November 1941 bis zum letzten Tag des Ghettos, bis zum 23. Oktober 1943, ging ich jeden Tag mit ihm. Wir kletterten unter dem Drahtzaun des Ghettos hindurch, um nicht erschossen zu werden, und streiften durch die Häuser auf der Suche nach Essensresten. Eines Tages sahen uns die einheimischen Jungen und riefen einen Polizisten: "Die Juden sind weg." Wir wurden angehalten, man zog uns die Hosen aus, aber zum Glück waren weder Mike noch ich beschnitten, und so wurden wir freigelassen.

An einem Sommertag, als ich das Ghetto verließ, berührte ich versehentlich einen baumelnden Draht, bekam einen Stromschlag und verlor das Bewusstsein. Als ich wieder zu mir kam, stand ein Polizist über mir, der den Draht durchgeschnitten hatte. Sofort kehrte ich aus der Vergessenheit in die Realität zurück und stürzte von ihm weg. Glücklicherweise verfolgte mich der Ghettowächter nicht und versuchte auch nicht, mich zu erschießen. Die Wunden dieses Vorfalles eiterten lange Zeit, verheilten nie und vernarbten meine Arme und meinen Bauch für immer.

Mike und ich hatten viele solcher Vorfälle während unserer „Ausflüge“. Im Winter durchsuchten wir Mülltonnen, sammelten Kartoffelschalen und kochten sie, und im Sommer kochten wir junge Kohlrüben. Wenn wir nichts auftreiben konnten, gingen wir auf den Markt, um zu stehlen. Die schlimmsten Erinnerungen an diese Zeit sind Hunger, Kälte und Pogrome. Wenn wir nach der Rückkehr ins Ghetto nach Hause gingen, kletterten wir manchmal hinten auf den Lastwagen, und versteckten uns hinter den Beinen der erschöpften Juden, die von der Arbeit abgeholt wurden. Wenn der Deutsche Mike und mich auf der Ladefläche des Lastwagens entdeckte, warf er uns wie Welpen aus dem Wagen.

– Wie haben Sie es geschafft, einen Pogrom nach dem anderen zu überleben?

– Auf unterschiedliche Weise. Mein Großvater entfernte zwei Dielen in unserem Zimmer und grub ein kleines Loch unter dem Boden, wo wir unsere Wintersachen versteckten, weil die Deutschen uns befahlen, sie herauszugeben. Später wurde dieses Loch vergrößert

und im Hof wurde eine Grube unter dem Friedhof mit einem Eingang durch die Scheune gegraben, und in diesem Loch versteckten wir uns zusammen mit den Nachbarn. Während einer dieser "Sitzungen" unter der Erde weinte das kleine Kind von jemandem, die Leute begannen zu schimpfen, und das Baby wurde schnell zum Schweigen gebracht. Ich schließe nicht aus, dass es erdrosselt wurde.

Am Nachmittag des 2. März 1942 begann ein weiteres Pogrom. Ich, mein Großvater, die Schwester meiner Mutter, Tante Lisa, und unser Nachbar waren im Haus. Großvater versteckte uns drei unter dem Fußboden, warf Lumpen darauf, schob das Bett darüber und schloss sich selbst in einem Schrank ein. Bald hörte ich die Schritte der Soldaten. Sie fanden niemanden und wollten gerade gehen, aber mein asthmatischer Großvater hustete, sie holten ihn heraus und töteten ihn mit zwei Schüssen. So rettete er uns, aber er selbst starb. Wir lagen noch drei Tage in dieser Grube, bis wir einen herzzerreißenden Schrei hörten: Es war Olja, die Tochter von Tante Lisa, meiner Cousine. Sie arbeitete außerhalb des Ghettos, und der Deutsche, ihr Chef, der wusste, dass es ein Pogrom geben würde, ließ sie und die anderen jüdischen Arbeiter nicht gehen und behielt sie und die anderen jüdischen Arbeiter mehrere Tage lang bei sich. Olya dachte, alle seien tot. Dann fingen wir an, auf den Boden zu klopfen, und sie half uns, rauszukommen.

Zusätzlich zu den Pogromen kamen nachts Plünderer aus Richtung des Friedhofs, forderten Gold von den Juden und schossen. Wir meldeten uns beim Judenrat, und die deutschen Ghettowächter nahmen die Erpresser fest, die mit dem Tod bedroht wurden, sie taten mir sogar leid... Manchmal liefen wir hin, um zuzusehen, wie Menschen auf dem Friedhof erschossen wurden. Einmal im Winter wurde eine Kolonne von Kriegsgefangenen zu den Gräbern geführt, und ein Pferd stürzte neben ihnen. Trotz der Schreie und Schüsse der Deutschen rissen die hungernden Gefangenen es mit den Händen auseinander und begannen es zu essen. Ich habe noch immer eine herausgerissene Pferdeleber vor Augen, aus der es dampft ... Ich ging im Winter spazieren, und vor mir lag ein vor Hunger geschwollener Mann, der wie ein Baumstamm tot umfiel. Nicht weit von unserem Haus haben sie eine große, tiefe Grube ausgehoben, in die sie am Morgen nach den nächtlichen Pogromen die Leichen legten und zudeckten, bis die Grube voll war; die Erde bewegte sich dort noch lange Zeit.

– Einmal musstest du allein losziehen, um Essen zu finden, und dann wurde das Ghetto aufgelöst...

– Ja, das stimmt. Ich war noch nie allein von Tür zu Tür gegangen, nur mit Mike. Aber an jenem verregneten Morgen sagte er, er könne heute nicht gehen, seine Schuhe seien völlig zerrissen. Ich wollte nicht allein gehen, aber ich musste Essen besorgen. Ich ging unter dem Ghettozaun

hindurch, lief um die Häuser herum, und als ich zur Müllkippe kam, um mit den Arbeitern im LKW ins Ghetto zu fahren, sah ich sie nicht. Plötzlich sah mich ein Deutscher, ich rannte von ihm weg auf die andere Seite der Müllkippe, weil ich wusste, dass es dort einen Ausgang in die Stadt gab, und er rannte gemächlich mit einer Pistole hinter mir her...

– *Er rannte langsam, um Sie entkommen zu lassen?*

– Der Nazi hat gemerkt, dass ich nirgendwo hingehen konnte. Als ich das Ende der Müllhalde erreichte, stieß ich auf einen frisch errichteten Holzzaun, den ich nicht überwinden konnte. Zum Glück bemerkte ich, dass ein Brett kürzer war als das andere und dass sich unten ein Loch befand, so dass ich mich hindurchduckte. Ich beschloss, ins Ghetto zu gehen, denn es war gefährlich, in der Stadt zu übernachten. Nicht weit vom Ghetto entfernt hörte ich von den Einheimischen, dass heute, beim letzten Pogrom, "alle Juden des Ghettos getötet wurden". Mike, dem ich es verdanke, dass ich nicht verhungert bin, Hannotschka, die Schwestern meiner Mutter, Sonia und Lisa... wurden dort getötet.

Der morgendliche Regen wurde von strahlendem Sonnenschein abgelöst, ich saß auf der Treppe eines Kiosks. Ein jüdischer Junge, Yoska, 12-13 Jahre alt, kam mit seiner kleinen Schwester Maya auf mich zu. Er sagte, er kenne den Weg zu den Partisanen und bot mir an, sie zu begleiten. Ich stimmte zu, und so waren wir 10 Kinder aus dem zerstörten Ghetto (ich sah Yoska und seine Schwester erst 1993 wieder, auf dem 50. Minsker Treffen ehemaliger jugendlicher Ghetto-Häftlinge)

– *Wie sind Sie dorthin gekommen? Woran erinnern Sie sich am lebhaftesten aus dieser Partisanenzeit?*

– Yoska ging voraus und wir folgten ihm in einigem Abstand. Die ersten, die uns aufhielten, waren Deutsche, die nicht wussten, dass wir Juden waren. Sie sammelten uns auf einen Haufen, durchsuchten uns und ließen uns gehen. So gingen wir mit unserem "Moses" drei Tage lang zu den Partisanen durch die Wälder, abseits der Straßen, und versuchten, nicht in die Dörfer zu gehen, um nicht von den Einheimischen gesehen zu werden. Am Ende des zweiten Tages hielten wir im Wald an, um eine Pause zu machen. Ich schlief ein, und als ich aufwachte, war niemand aus unse-



Boris Srebnik in den Nachkriegsjahren.
Foto aus persönlichem Archiv

rer Gruppe da. Ich fing an zu schreien, rannte intuitiv los, holte sie aber wieder ein. Nachdem wir etwa 100 Kilometer abseits der Straße von Minsk gelaufen waren und unglaublich müde waren, kamen wir in ein von Sümpfen umgebenes Partisanengebiet, das die Deutschen während des gesamten Krieges nicht betreten hatten. Am Abend wurden wir von uniformierten Polizisten angehalten (wie sich später herausstellte, waren sie zu konspirativen Zwecken so gekleidet). Wir sagten, dass wir angeblich ins Dorf gegangen waren, um nach Brot zu fragen, aber sie antworteten: "Ihr seid Juden, wir werden euch erschießen. Sie stellten uns mit dem Gesicht zu den Büschen und ließen ihre Karabiner klappern... Ich war furchtbar wütend: Warum mussten wir so viel leiden, uns unterwegs die Beine brechen, wenn wir einfach im Ghetto sterben konnten? Keines der Kinder weinte oder flehte um Gnade. Dann sagten die Polizisten: "Jungs, das ist ein Scherz, wir sind Partisanen" – und erklärten uns, wie wir zum Partisanen-Außenposten kommen.

So begann mein neues, partisanisches Leben. Abends brien wir mit Erwachsenen Kartoffeln auf dem Feuer und aßen

sie mit Milch – ich liebe dieses Gericht immer noch. Die Partisanen sprengten Brücken und Eisenbahnschienen, und wenn sie sich ausruhten, machten sie Feuer im Wald und legten sich auf Fichtenzweige, und ich mich mit ihnen.

Vor der sowjetischen Offensive beschlossen die Deutschen, das Gebiet von Partisanen zu säubern und schickten reguläre Truppen. Wir versteckten uns in den Wäldern, wir mussten bis zum Hals im Sumpf stehen. Einmal, als wir einen Waldweg überquerten, schossen die Feinde lange auf uns, ihre Maschinengewehrsalven durchschlugen die Büsche, und ich, im Gras liegend, tastete mich lange ab, ohne zu wissen, ob ich lebendig oder tot war. Etwa 10 Tage lang irrten wir ohne Nahrung durch die Sümpfe, tranken Wasser aus Pfützen, ich aß den Rest der Brotkrümel bis auf den letzten Krümel.

Danach, als wir zum Standort des Kommandos zurückkehrten, wurden die jüdischen Kinder neuen Familien zugeteilt. Einige hatten das Glück, bis zum Ende des Krieges an einem Ort zu bleiben, aber ich wurde von Haus zu Haus weitergereicht, niemand wollte sich um mich kümmern. Als sowjetische Panzer durch das Dorf Porechye fuhren, wo sich unsere Einheit befand, fragte ein Panzerfahrer, woher ich käme, setzte mich und drei andere Jungs auf den Panzer und wir fuhren kampfflos nach Minsk. Die Stadt war bereits von den Deutschen befreit, im Einberufungsbüro bekamen wir ein Stück Seife, das wir seit der Vorkriegszeit nicht mehr gesehen hatten, um uns am Fluss zu waschen, und am Ende des Tages wurden wir ins Waisenhaus geschickt.

– *Was wissen Sie noch über das Waisenhaus?*

– Drei weitere Jungs, die mit mir im Juli 1944 ins Waisenhaus kamen, weigerten sich, sich dort niederzulassen, blieben auf der Straße, stahlen und handelten mit Zigaretten. Sie boten mir eine an, aber ich lehnte ab. Mein erstes Waisenhaus sah gut ausgestattet aus, mit einem Luftschuttkeller. Es gab deutsche Federmatratzen auf den Betten, wir wurden anständig gepflegt. Dieses Waisenhaus war von den Deutschen für slawische Kinder im Vorschulalter eingerichtet worden, aus denen die Nazis "Arier" erziehen wollten. Nach der Befreiung der Stadt kamen die Militärs oft

zu uns und suchten nach ihren Kindern. Wenn sie niemanden erkannten, waren wir sehr beunruhigt.

Ende August wurde ich in ein anderes Waisenhaus verlegt, ein zweistöckiges Backsteingebäude mit eingefrorener Heizung, wo ich Hunger, Demütigung und Kälte erleiden musste. Bei Einbruch der Dunkelheit brachen wir manchmal in die Vorratskammer ein, in der es nichts außer Mehl gab, und steckten es in den Saum unserer Nachthemden. Aber dann haben sie an uns gespart. Vor dem Neujahrsfest 1945 bekamen wir eine kleine Tüte mit kandiertem Karamell. Ich beschloss, nicht alles auf einmal zu essen, um den Genuss zu verlängern. Ich legte das Geschenk unter mein Kopfkissen, aber in der Nacht wurde die Leckerei gestohlen, ich bin immer noch traurig. In der Schule versäumte ich oft den Unterricht, weil ich krank war. Als ich an Masern erkrankte, wurde ich aus dem Isolationszentrum auf einem Karren ins Krankenhaus gebracht. Die Leiterin unseres Waisenhauses kam mich einmal besuchen und brachte mir ein Stück Schwarzbrot mit zwei Stückchen Zucker, das kann ich nicht vergessen (weint).

– *In einem der Interviews haben Sie zugegeben, dass Sie immer noch schreckliche Träume über den Krieg haben....*

– Ja, das stimmt. Ich habe alle Arten von Träumen. Dass ich vor Deutschen weglaufe oder vor Polizisten, die mich erschießen wollen... Manchmal sehe ich Pogrome, oft sieht es so aus, als ob ich sehr hungrig bin und in einer Mülltonne wühle. Ich wache schweißgebadet auf und bin froh, dass es nur ein Traum war.

– *Kennen die Schüler Ihre Geschichte?*

– Wenn ich mich mit Studenten und Schülern treffe, erzähle ich ihnen und ihren Lehrern vom Krieg und den Ereignissen im Ghetto. Auch in unserem Moskauer Verband ehemaliger junger Ghetto-Gefangener treffe ich mich von Zeit zu Zeit mit jungen Menschen. Unsere Finanzuniversität gibt eine Monatszeitschrift heraus, in der ich mehrmals über die vergangenen Schrecken des Krieges berichtet habe. Im Jahr 2019, zum 100-jährigen Bestehen der Universität, wurde ein Buch mit den Erinnerungen der Veteranen veröffentlicht, das auch meinen Text über die Jahre im Ghetto und die Partisaneneinheit enthält.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich. Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Mordechai Alon – der Held der israelischen Luftstreitkräfte

1948 errang die neu gegründete israelische Luftwaffe (IAF) im Unabhängigkeitskrieg ihre ersten Siege über die arabischen Aggressoren. Zu den neuen IAF-Piloten gehörte Mordechai „Modi“ Alon. Er war einer der wenigen neuen israelischen Piloten, die während des Zweiten Weltkriegs von den Briten ausgebildet worden sind. Sein Mut und seine Entschlossenheit, die junge jüdische Nation und ihre Menschen zu beschützen, waren heroisch und haben ihm bis in die Gegenwart ein ehrendes Andenken bewahrt. Er gilt auch heute noch als Vorbild für die nachfolgenden Piloten-Generationen. (JR)

Von Lev Pinsker

Mordechai wurde am 17. Januar 1921 in Safed geboren. Seine Mutter Naomi war Apothekerin und Krankenschwester, sein Vater Yaakov Kalibansky war Lehrer und später Journalist und Schriftsteller. Von Safed zog die Familie nach Sejera (dem heutigen Ilaniya), von dort nach Rechovot und - als Yaakov eine Stelle bei einer Zeitung fand - nach Tel Aviv. So wurde Mordechai im Alter von neun Jahren Schüler am Herzliya-Gymnasium in Tel Aviv.

An einem Apriltag im Jahr 1936, als die arabischen Unruhen in Jaffa und die Morde an Juden im Süden Tel Avivs begannen, ging Mordechai wie üblich zum Gymnasium, kehrte aber nach dem Unterricht nicht nach Hause zurück. In Anbetracht der Lage in der Stadt folgte Yaakov Kalibansky seinem Sohn zum Gymnasium und musste dort mit Entsetzen feststellen, dass der Junge nicht zum Unterricht erschienen war. Yaakov und Naomi, die wussten, dass die Araber an diesem Tag vier Juden getötet hatten, gingen zur Leichenhalle und dann zum Krankenhaus, wo Dutzende von Verwundeten eingeliefert worden waren, aber ihr Sohn war nirgends zu finden. Er tauchte erst gegen am nächsten Morgen auf, als ein Trupp Freiwilliger der Haganah die arabischen Banden aus dem Süden Tel Avivs zurücktrieb, rußverschmiert und mit einem blutigen Hemd. "Papa, Mama, es geht mir gut!" - war alles, was er sagte.

Jugend in der Haganah und im Kibbuz

So erfuhren die Kalibanskys, dass ihr Sohn lange Zeit Mitglied der Haganah gewesen war. Wie viele seiner Altersgenossen und Mitschüler. Die Mitgliedschaft in der Organisation hinderte Mordechai jedoch nicht daran, das Gymnasium, in dem er Landwirtschaft studierte, mit Auszeichnung zu absolvieren.

Um sein Wissen in die Praxis umzusetzen, ging der junge Kalibansky zunächst in den Kibbuz Degania Alef und beteiligte sich dann mit einer Gruppe junger Leute an der Gründung des Kibbuz Hanita im westlichen Galiläa. Hier arbeitet er zunächst im Kuhstall. Bald darauf machte Mordechai eine Ausbildung zum Lastwagenfahrer. Zu dieser Zeit herrschte ein katastrophaler Mangel an Fahrern, und der Beruf war hoch angesehen. Aber die Straßen im Mandatsgebiet Palästina ließen zu wünschen übrig, und in den neu gegründeten Kibbuzim waren sie noch nicht einmal asphaltiert. Eines Tages kippte sein Lastwagen um und er blieb mehrere Stunden bewusstlos liegen, bis eine britische Patrouille ihn aufgriff und ins Krankenhaus brachte. Die Ärzte stellten fest, dass der junge Mann starke innere Blutungen hatte, und schätzten seine Überlebenschancen als gleich null ein. Doch zur Überraschung der Sanitäter überlebte er.



Mordechai Alon

Rekrut in der britischen Armee

In der Zwischenzeit war es 1940, und die Jugendlichen des Jischuw begannen, sich freiwillig für die britische Armee zu melden. Freiwillige wurden ab einem Alter von 20 Jahren genommen, und Mordechai Kalibansky wurde zunächst abgewiesen. Er weigerte sich jedoch beharrlich, das Rekrutierungszentrum zu verlassen und setzte sich schließlich durch. "Ich muss in die Armee, es gibt keine anderen Möglichkeiten. Man kann nicht ruhig zu Hause sitzen, wenn die Deutschen unser Volk umbringen", schrieb er an seine Eltern. Yaakov und Naomi versuchten, ihren Sohn davon abzubringen und ihn davon zu überzeugen, dass es viel wichtiger sei, den Grundstein für den künftigen jüdischen Staat zu legen, als zu kämpfen, aber alles war vergeblich. Entgegen den Erwartungen des neuen Rekruten schickten die Briten ihn jedoch nicht an die Front, sondern in die Gendarmerie von Ismailia. Das passte Mordechai überhaupt nicht - schon damals träumte er davon, Kampfpilot zu werden.

Das Kommando betrachtete ihn wohlwemerkt mit Argusaugen: Der neue Rekrut machte nicht nur keinen Hehl aus seinen zionistischen Überzeugungen, sondern versuchte bei jeder Gelegenheit, sie zu übertrumpfen, indem er seine Worte mit Zitaten aus dem Tanach untermauerte, den er offenbar hervorragend kannte, was die Briten verärgerte. Doch Mordechai drängte weiter auf einen Flugkurs und war offenbar so beharrlich, dass er ihn schließlich erhielt.

Zusammen mit anderen Kadetten ging er an Bord eines französischen Schiffes, das den Hafen in Richtung Rhodesien (heutige Republik Simbabwe) verließ, wo sich eine der Flugschulen der britischen Luftwaffe befand.

Sein Kabinenkollege war ein gewisser Ezer Weizman (der spätere Kommandeur der israelischen Luftwaffe und Präsident des jüdischen Staates) und sie wurden bald unzertrennlich. Ihre Freundschaft wurde nicht nur durch die Tatsache begünstigt, dass sie Kopf an Kopf schliefen, sondern auch durch die Tatsache, dass sie beide sehr belebten waren: Während alle anderen ihre Tage mit Kartenspielen verbrachten, zog es dieses Paar vor, über die Bücher zu sprechen, die sie gelesen hatten.

Von Rhodesien aus wurde Mordechai zum Kampfpilotenkurs in Salisbury geschickt. „Jetzt habe ich angefangen, wirklich fliegen zu lernen“, berichtet er im nächsten Brief. „Ich schreibe diesen Brief ganz nass, gleich nachdem ich von meinem ersten Alleinflug zurückgekehrt bin. Und ich bin nass, weil es üblich ist, den Piloten nach dem ersten Flug in ein Eisbad zu tauchen - direkt in seiner Uniform. Bevor man nicht eingetaucht wurde, gilt man nicht als Pilot.“ Berichtete er stolz.

Zwischen Krieg und Liebe

Am 12. Dezember 1944 erhielt Mordechai Kalibansky die begehrten "Flügel" eines Jagdfliegers und bat darum, an die Front, nach Europa, zu gehen, um mit den Nazis abzurechnen. Doch stattdessen wurde er zusammen mit den wenigen, die es bis zum Ende des Kurses schafften, nach Ägypten geschickt. Kurz nach seiner Ankunft an seinem neuen Dienstort erhielt er eine kurze Beurlaubung mit der Erlaubnis, die Heimat zu besuchen. Mit dem Geld, das er in den Jahren des Kurses beiseite gelegt hatte, kaufte er sich ein Motorrad, mit dem er nach Tel Aviv zu seinen Eltern fuhr und von dort aus Freunde in Hanita besuchte. Auf der Durchreise durch Haifa sah er ein trampendes Mädchen, das, wie sich he-

rausstellte, ebenfalls auf dem Weg nach Hanita war, um einen Freund zu besuchen. Nach ein paar Stunden Fahrt verliebte sich Modi Hals über Kopf in die schöne Fremde und beschloss, sie für sich zu gewinnen, was ihm auch gelang.

Inzwischen war der Zweite Weltkrieg vorbei. An der Front kam Modi nie an, und in Palästina begannen die Briten eine regelrechte Jagd auf Mitglieder des zionistischen Untergrunds. In der britischen Armee hatte er nichts mehr zu tun, und 1946 demobilisierte er und begründete seine Entscheidung mit dem Wunsch, "das Leben mit dem Mädchen zu vereinen, das er liebte". 1947 änderte er seinen Nachnamen in Alon und nahm gleichzeitig ein Studium an der Fakultät für Architektur am Technion in Haifa auf. Mina besuchte zu dieser Zeit einen Krankenpflegekurs in Afula und die Liebenden trafen sich bei jeder Gelegenheit.

Das waren noch die Tage der illegalen Auswanderung nach Palästina. Als sich das Schiff "Haim Arlosoroff" mit ehemaligen KZ-Häftlingen an Bord der Küste Haifas näherte, verhinderten die Briten die Einfahrt des Schiffes in den Hafen. Am Ufer versammelte sich eine große Menge empörter Juden. Britische Polizisten versuchten, sie zurückzudrängen und an Ort und Stelle kam es zu einer heftigen Schlägerei. Modi Alon wurde zusammen mit anderen Randalierern verhaftet und vor Gericht gestellt. "Der Student Mordechai Alon", so heißt es in dem Gerichtsurteil, "schlug den Gefreiten Darling von der Abteilung für Recht und Ordnung während seines Dienstes. Da er jedoch sein Bedauern über seine Tat zum Ausdruck brachte, sich bei dem Soldaten entschuldigte und ihm die Hand reichte, hält es das Gericht für möglich, sich auf eine Verwarnung zu beschränken."

Das Studium am Technion ging wie gewohnt weiter, bis Anfang Dezember 1947 Ezer Weizmann im Studentenwohnheim erschien. "Wir sind dabei, die Luftwaffe des zukünftigen Staates aufzubauen. Wir suchen Leute, die sich mit Flugzeugen auskennen. Ich brauche dich nur für zwei oder drei Wochen, dann kannst du zurück zu deinem Studium", sagte er zu Mordechai.

Natürlich kehrte er nie zu seinem Studium zurück. Es begann eine neue, letzte Seite seines Lebens.

"Ich habe keine Minute Zeit. Am Ende des Sabbats werde ich sehr beschäftigt sein. Ich hoffe, bei dir in Afula vorbeizukommen, aber wundere dich nicht, wenn ich nicht komme", schreibt er Ende 1948 an Mina.

"Ich habe nicht einmal Zeit, dir zu schreiben. Ich habe schrecklich viel zu tun, es reicht also, dass ich dich wahnsinnig vermisse und dich noch eine Million Mal mehr liebe." heißt es in einem anderen Brief aus der gleichen Zeit.

Modi teilte Ezer Weizman seinen Entschluss zu heiraten mit, während er ihn auf seinem Motorrad durch die

HaYarkon-Straße in Tel Aviv fuhr. "Er drehte plötzlich seinen Kopf zu mir und sagte: "Ich werde heiraten! Ich lade dich zur Hochzeit ein!" - erinnerte sich Weizmann später.

Die Hochzeit wurde am 22. Februar 1948 in der Moschava Kinneret gefeiert, wo Minas Eltern Yosef und Rachel Abramson, einer der Gründer der Siedlung, lebten. Die Eltern des Bräutigams kamen mit dem Bus zu der Feier. Die Gäste aus Hanita und anderen umliegenden Kibbuzim und Siedlungen reisten so weit an, wie sie konnten. Der Bräutigam und sein Trauzeuge, Ezer Weizman, kamen mit dem Flugzeug und landeten in Afula, um die Braut abzuholen. Als das Flugzeug über die um die Tische versammelten Gäste flog, regnete es Süßigkeiten auf sie herab.

In der Morgendämmerung nach der Hochzeitsnacht küsste Mordechai seine Frau und sagte, er müsse sich beeilen - Geschäfte...

Flugzeuge und Training in der Tschechoslowakei

Die Dinge waren in der Tat geschäftig. David Ben-Gurion hatte 2 Millionen Dollar aufgetrieben, um zehn Kampflugzeuge aus der Tschechoslowakei zu kaufen und bald reiste eine Delegation von Piloten nach Prag, um sie zu testen. Nur zwei von ihnen - Modi Alon und Ezer Weizman - sprachen Hebräisch; der anderen waren neue Heimkehrer aus Kanada, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, die zwar Erfahrung im Luftkampf mit den Nazis hatten, aber wenig Ahnung von den Orten hatten, über die sie fliegen sollten. Von Prag aus wurden sie nach Budějovice gebracht, wo sie an den deutschen Jagdflugzeugen "Messerschmitts" trainiert werden sollten. Der Kurs war absolut geheim. Weder die Russen noch die Amerikaner, noch die Deutschen durften etwas davon wissen.

"Messerschmitt" gefiel Alon nicht. Seiner Meinung nach haben die Konstrukteure das Flugzeug zu sehr mechanisiert und die Eingriffsmöglichkeiten des Piloten in die Steuerung auf ein Minimum reduziert. Das bedeutet, dass jeder Fehler und jedes technische Versagen zu einer Katastrophe führen kann. Offensichtlich waren die anderen der gleichen Meinung. "Es ist ein Stück Scheiße, keine Maschine!" - sagte Lou (Levi) Lennart aus Pennsylvania, der ein erfahrener Pilot war.

Am 15. Mai hörten sie im Radio die Ausrufung des Staates Israel, und von diesem Moment an, so schrieb Ezer Weizmann in seinen Memoiren, kreisten er und Modi wie Tiger in einem Käfig verärgert um das Lager. Es war klar, dass wir so schnell wie möglich nach Hause gehen mussten. „Wir hatten genug. Wir haben alles gelernt! - sagten die Israelis zum Kurskommandanten.

Der Heimflug dauerte 11 Stunden. Zusammen mit den Piloten kam im Bauch des amerikanischen Frachtflugzeugs die in Einzelteile zerlegte "Messerschmitt" an, die sofort nach der Landung zusammenmontiert wurde. Während sie Zeit hatten, die erste zu montieren, trafen drei weitere Flugzeuge ein. Diese vier bildeten das erste Geschwader der neugeborenen israelischen Luftwaffe, dem man die Nummer 101 zuwies. Zum Geschwaderkommandanten wurde Modi Alon ernannt.

Kalman Turin, einer der Flugzeugmechaniker, erinnerte sich daran, dass damals in der Staffel eine Atmosphäre der allgemeinen Brüderlichkeit herrschte. Niemand kümmerte sich um Ränge und Positionen. Piloten hatten Anspruch auf eine besondere Ration, die viel "fetter"



Modi Alon (rechts) und Israels erster Premierminister David Ben-Gurion

war als die der Mechaniker, aber die Rationen stapelten sich einfach auf einen Haufen, und Mechaniker, Piloten und Dispatcher aßen gemeinsam

Erfolgreicher Einsatz gegen die Ägypter

In jenen Tagen konzentrierten die Ägypter bedeutende Kräfte in der Gegend von Isdud (dem heutigen Ashdod) und bereiteten sich auf einen entscheidenden Durchbruch nach Tel Aviv vor. Die Truppen der Haganah sprengten Brücken und andere Verbindungswege in die Stadt, aber die Ägypter bauten sie schnell wieder auf, und die einzige Möglichkeit, sie aufzuhalten, war ein massiver Luftangriff. Diese Aufgabe sollte vom Geschwader 101 übernommen werden. Im letzten Moment wurde Lennart als der Erfahrenste mit

nen, sich dem Ziel zu nähern, zerstörten zunächst die Flugabwehrbatterien und begannen, Bomben auf die Ansammlungen feindlicher Fahrzeuge zu werfen.

Zu dritt kehrten wir zur Basis zurück. Lennart war schlecht gelaunt: Sie hatten einen Kameraden verloren, und er war sicher, dass sie die Ziele nicht treffen konnten. Doch er irrte sich: Den Funkern gelang es, eine Nachricht der Ägypter abzufangen, dass sie schwere Verluste erlitten hatten, der Bombenabwurfplatz im Chaos steckte und kein weiterer Angriff auf Tel Aviv möglich war.

Die Ägypter konnten zwar nicht mehr nach Tel Aviv vordringen, aber das nahm ihnen nicht die Möglichkeit, aus der Luft anzugreifen. Am 6. Juni 1948 wurde in der Stadt ein



Mordechai und Mina

der Leitung der Operation beauftragt. Das Kommando berücksichtigte nicht, dass er nicht aus dem Land stammte und mit seiner Geografie nicht gut vertraut war.

Sie starteten vom Flugplatz Tel Nof aus. Lennart sah mehrere Dörfer unter sich und fragte über Funk: "Wo zum Teufel ist Isdud?". Aber das Funkgerät funktionierte nicht, also streckte er die Hand aus dem Cockpit und gestikuliert dieselbe Frage an Alon, der neben ihm flog. Alon verstand, brachte sein Flugzeug nahe an Lennarts Flügel heran und schwenkte seinen Flügel nach rechts. In diesem Moment begann die ägyptische Luftabwehr, sie zu bombardieren. Es gelang ihnen, ein Flugzeug abzuschießen, aber die Israelis began-

Luftalarm ausgelöst. Zwei ägyptische Dakotas warfen Bomben auf die Stadt ab und flogen sicher nach Süden. Das Schrapnell einer der Bomben tötete Bertha Feichgold, die beschlossen hatte, den Angriff von ihrem Balkon aus zu beobachten. Auf den ersten Angriff folgte ein zweiter, dann ein dritter. Trotz der Aufrufe, sich in die Luftschutzkeller zu begeben, gingen viele Tel Aviver auf die Straße und beobachteten die ägyptischen Angriffe. Und beim dritten Angriff sahen sie ein Flugzeug mit einem Magendavid am Heck auf die Dakotas zufliegen. Die Ägypter begannen sich zu entfernen, aber das Flugzeug verfolgte sie, bis einer der ägyptischen Bomber in Rauch aufging und in die Sanddünen von Bat

Yam stürzte. Die Zuschauer spendeten großen Beifall.

Am selben Abend besuchte Mordechai Alon seine Eltern. „Hast du das abgeschossene ägyptische Flugzeug gesehen? Weißt du, wer es getan hat? Ich weiß, es ist wahrscheinlich verboten, seinen Namen zu nennen. Aber kannst du mir sagen, woher dieser Mann kommt - aus den USA, Kanada oder Südafrika?“ fragte Vater. „Ich war es“ antwortete Alon. Am nächsten Morgen wachte er als Nationalheld auf, dessen Name vom ganzen Land mit Freude skandiert wurde.

Der letzte Flug

Das letzte Mal, dass Modi Alon seine Eltern besuchte, war am Vorabend von Yom Kippur 1948, während des Essens vor dem Fasten.

Am 15. Oktober 1948 brachte er Mina von Tel Aviv nach Kfar Shmaryaga, in der Nähe des damaligen Militärflugplatzes. Die Piloten und Mechaniker versammelten sich an diesem Abend im Gasthaus "Falke". Wie es ihre Gewohnheit war, deckten sie zwei Fässer mit Treibstoff mit einer hölzernen Tischplatte ab, auf die sie Flaschen mit Alkohol und Snacks stellten. Als die Party zu Ende war, überredete Modi Mina, mit ihm zum Flugplatz zu gehen, damit sie im Kontrollturm auf ihn warten konnte, und dann würden sie gemeinsam zu ihren Eltern fahren, um Sukkot zu feiern.

An diesem Tag folgte Flug auf Flug, um die ägyptischen Angriffe abzuwehren. Vor dem letzten Flug wurde klar, dass Alons Helm repariert werden musste, und er bat um einen neuen. Zwischen den Flügen stritten sich Weizman und Alon darüber, wer welches Flugzeug fliegen sollte, einigten sich aber schließlich darauf. Um 17.35 Uhr sagte Modi Alon laut Sendeprotokoll, dass er von einem Einsatz zurückkam und zur Landung ansetzte. Dann ging er wieder in die Luft und sagte, dass das rechte Fahrwerk nicht ausfahre, er würde wieder an Höhe gewinnen und versuchen, das Problem zu beheben. Nach ein paar weiteren Minuten meldete er sich wieder und sagte, dass das Fahrwerksproblem gelöst sei und er zur Landung ansetze. Und dann sah der Dispatcher eine Rauchfahne hinter seinem Flugzeug.

- „Prüfen Sie die Motortemperatur“, riet er Alon.

- „Ich glaube, sie ist in Ordnung“, antwortete er.

- „Was ist mit dem Treibstoff?“

- „Genug. Es ist in Ordnung. Warum sind Sie so nervös?“

Bei diesen Worten wurde die Verbindung zum Flugzeug von Modi Alon unterbrochen, und einige Sekunden später ging es plötzlich in den Sturzflug über und stürzte zu Boden. Die Ursachen des Absturzes sind bis heute unklar. Mina sah das Flugzeug vom Kontrollturm aus abstürzen. Sie wusste, dass sich zwei Menschen in der Luft befanden - ihr Mann und Ezer Weizman -, aber sie erkannte erst, wer von ihnen tot war, als Ezer den Turm betrat.

Am 24. April 1949 brachte Mina eine Tochter zur Welt, Michal.

Modi Alons Tochter Michal Ganon erzählt, dass ihre Mutter ihr fast nichts über ihren Vater erzählt hat. Sie arbeitete hart und arrangierte ihr Privatleben. Die meiste Zeit ihres Lebens wurde Michal von Ezer Weizman betreut. Kurz vor ihrem 18. Geburtstag fragte der künftige Präsident Israels das Mädchen, wo sie dienen wolle, und Michal antwortete, in der 101. Am Tag der Einberufung schenkte ihr Onkel Ezer den Helm ihres Vaters - den gleichen, den Modi ihm am letzten Tag seines Lebens zur Reparatur gegeben hatte.

Yitzhok Rudashevsky – Tagebuch aus dem Ghetto von Wilna

Als 14-Jähriger beginnt Yitzhok Rudashevsky im Sommer 1942 Tagebuch zu führen. Er hält die Verbrechen der Deutschen und ihrer Helfer im Ghetto von Wilna und die Mordaktionen im benachbarten Ponar fest. Als Yitzhok mit seiner ganzen Familie zur Erschießung nach Ponar getrieben wurde, gelang es seiner Cousine Sore Voloshin, zu den Partisanen zu entkommen. Bei ihrer Rückkehr nach Wilna fand sie das Tagebuch des Ermordeten im letzten Versteck der ebenfalls von den Nazis umgebrachten Familie. (JR)

Von Esther Ginzburg

Im Juli 1944 wurde in Vilnius (Wilna) auf dem Dachboden des Hauses Nr. 4 in der Dynos-Straße, das auf dem Gebiet des ehemaligen Ghettos lag, ein dickes, mit Tinte und Bleistift auf Jiddisch geschriebenes Notizbuch gefunden. Es handelte sich um das Tagebuch des Teenagers Ytzchok Rudashevsky, eines Gefangenen des Ghettos von Vilnius, in das die Nazis im Juni 1941 die Juden der Stadt trieben. Während der zwei Jahre, die er außerhalb des Ghettos verbrachte, zeichnete er fast täglich alles auf, was dort geschah, und kommentierte es. Im Oktober 1943 wurden Yitzhok und seine Eltern zusammen mit anderen Ghettohäftlingen nach Ponar getrieben und dort erschossen.

Yitzchok (Itsele, wie er in seiner Familie genannt wurde) Rudashevsky wurde am 10. Dezember 1927 in Wilna geboren, das als "Jerusalem Litauens" bekannt war und ein wichtiges Zentrum der jüdischen Kultur darstellte. Ein großer Teil der Bevölkerung der Stadt war polnisch-jüdisch.

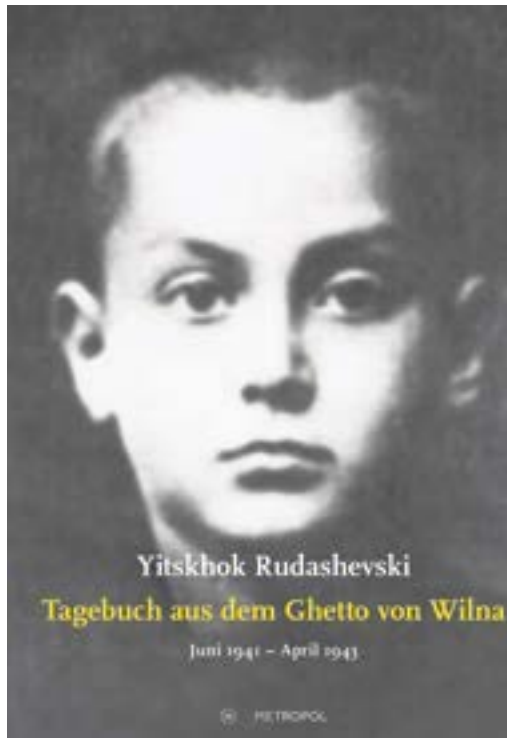
Yitzchok war das einzige Kind in der Familie. Sein Vater Eliahu arbeitete als Schriftsetzer im Verlag der berühmten jiddisch-sprachigen jüdischen Zeitung "Vilner Tog" ("Wilnaer Tag"), während seine Mutter Rachel Näherin war. Bei ihnen lebte Großmutter Dabe - die Mutter seiner Mutter, zu der Yitzchok eine enge Beziehung hatte. Wie es in jüdischen Familien üblich war, scheuten die Eltern keine Kosten für die Ausbildung ihres einzigen Sohnes. Vor dem Krieg absolvierte Yitzchok die Grundschule und eine Klasse eines echten jüdischen Gymnasiums, das als eines der besten in Wilna galt.

"Itzhok war ein sehr fähiger und fleißiger Schüler", sagt seine Cousine und Mitschülerin Sore Voloshin, die das Tagebuch nach Kriegsende fand. „Er war in allen Fächern gut, aber seine besondere Vorliebe galt der Literatur und der Geschichte. Seine Aufsätze waren immer die interessantesten: Schon damals zeigte er ein Talent zum Schreiben. Später, im Ghetto, setzte Yitzhok seine Studien in den Fächern Literatur, Geschichte und Naturwissenschaften fort. Hier konnte er wissenschaftliche Artikel schreiben und verschiedene Reden halten. Itzhok war ein aktives Mitglied der Pionierorganisation und glaubte fest an den baldigen Sieg der Roten Armee und das Ende des Krieges".

Krieg und Verfolgung

Am 1. September 1939 überfiel das Deutsche Reich Polen, zu dem damals auch Vilnius (Wilna) gehörte, und der Zweite Weltkrieg begann. Während der Teilung des Landes im Rahmen des Molotow-Ribbentrop-Pakts (deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt) wurde die Stadt von der Roten Armee besetzt und an Litauen übergeben. Als Litauen am 3. August 1940 Teil der UdSSR wurde, wurde Vilnius die offizielle Hauptstadt der Litauische Sozialistische Sowjetrepublik.

Am 24. Juni 1941 marschierten die Truppen der Wehrmacht in Vilnius ein und wurden von der Bevölkerung mit



Blumen begrüßt. Mehr als 60 Tausend Juden fanden sich in der Stadt unter Besatzung wieder. Schon in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der Nazis begann die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Die Juden von Vilnius mussten Armbinden mit einer gelben Umrandung und dem Buchstaben "J" auf dem Ärmel tragen, es war ihnen verboten, das Stadtzentrum zu besuchen und auf den Bürgersteigen der Straßen zu gehen. Später kamen Verbote für öffentliche Verkehrsmittel, Parks, Kinos usw. hinzu.

Bereits am 2. Juli traf die Einsatzgruppe A in der Stadt ein, die zusammen mit der litauischen Polizei und lokalen Aktivisten der nationalistischen Gruppe "Ypatingas Burys" Aktionen zur Vernichtung von Juden organisierte. Für jeden gefangenen Juden erhielten die Zivilisten 10 Rubel.

Einen Monat nach der Besetzung schickten die Deutschen 35.000 Juden nach Ponar, einer 10 Kilometer von der Stadt entfernten Massenerschießungsstätte, wo sie gezwungen wurden, ihre eigenen Gräber im Wald zu schaufeln.

"Die Deutschen sind jetzt seit zwei Monaten in Vilnius", erinnert sich Ružka Korczak, ein Aktivist des jüdischen Untergrunds im Ghetto. - Tausende junger, gesunder Männer wurden bereits an unbekannte Orte verschleppt, Tausende von Ermordeten ruhen in Massengräbern, und die Überlebenden glauben immer noch, dass die Juden in ein Arbeitslager geschickt werden - schließlich braucht der Osten Arbeitskräfte. Jetzt geht in der Stadt das Gerücht um, dass die Juden in Ghettos eingesperrt werden sollen..."

Tagebuch im Ghetto

Am 31. August 1941, nach der so genannten "großen Provokation", als bekannt wurde, dass angeblich "Juden auf deutsche Soldaten geschossen" hätten, begann die Organisation des Ghettos auf dem Gebiet der Altstadt. Zur gleichen Zeit, zwischen dem 1. und 3. September, wurden etwa 10.000 Juden im Lukish-Gefängnis

inhaftiert und anschließend in Ponar erschossen.

Der jüdische Polizeichef Jacob Gens, der ein Jahr später Vorsitzender des jüdischen Ghetto-Rates wurde, tröstete sich und andere mit der "Notwendigkeit kleiner Opfer" und erklärte sich bereit, die Forderungen der Deutschen nach Auslieferung der Juden zu erfüllen. Die jüdischen Polizisten, die im Ghetto arbeiteten, setzten Stöcke und Peitschen ein, um ihre jüdischen Mitbürger in die Vernichtung zu treiben.

Das von einem Stacheldrahtzaun umgebene Ghetto von Vilnius bestand vom 6. September 1941 bis zum 23. September 1943. Es wurden zwei Ghettos eingerichtet: ein "großes" und ein "kleines" Ghetto, die durch die Vokečiu-Straße getrennt waren. Im "großen" Ghetto gab es etwa 30 Tausend Häftlinge, im "kleinen" Ghetto etwa 10 Tausend. Im Oktober 1941 wurde das "kleine" Ghetto liquidiert. Von den etwa 38.000 Ghettohäftlingen überlebten nur 2000-3.000.

Yitzchok, der damals 14 Jahre alt war, war überzeugt, dass dokumentarisches Material, das über das Leben im Ghetto berichtet, für die Zukunft wichtig sein würde. "Wir untersuchen das Leben im Ghetto gewissenhaft in unseren Klassen. Wir hoffen, dass wir durch diese Arbeit wichtige historische Erkenntnisse gewinnen können", schrieb er in sein Tagebuch.

"Er trug das Tagebuch überall mit sich und versteckte es immer. Er hat es nie jemandem gezeigt", sagt Sora. Yitzchok führte es fast zwei Jahre lang, von Juni 1941 bis März 1943. Es war das Ergebnis der täglichen Reflexion und Auswertung der brutalen Ereignisse im Leben des Ghettos, die der früh erwachsen gewordene Yitzchok mit eigenen Augen gesehen und erlebt hatte.

"Itzhok hatte eindeutig ein Talent zum Schreiben, er achtete auf die kleinsten Details, wenn er Szenen des täglichen Lebens im Ghetto beschrieb", sagt Mindaugas Kvetkauskas, der das Tagebuch ins Litauische übersetzt hat.

Itzhok erinnert sich an den Morgen des 6. September 1941: An diesem schrecklichen Tag mussten er und seine Familie ihr Haus verlassen: Die Nazis zwangen sie, in das "kleine" Ghetto der Altstadt zu ziehen. "Angst, Eile, Chaos. Wir haben nur das Nötigste mitgenommen", schreibt er, "Ein schöner sonniger Morgen. Die Stadt brummt... Und dann tut sich ein Bild vor mir auf: die Umsiedlung ins Ghetto, eine schwarz-graue Masse von Menschen, vor Wagen gespannt, mit Ballen von Dingen beladen... Eine Frau steht in der Mitte der Knoten. Sie kann sie nicht tragen. Sie weint bitterlich und ringt die Hände. Plötzlich fangen alle um sie herum an zu weinen. Alle weinen... Ich gehe beladen und wütend... Hier sind die Tore des Ghettos. Ich fühle mich beraubt, meine Freiheit, mein Zuhause und die vertrauten Straßen von Vilna, die ich so sehr liebe, wurden mir gestohlen. Ich bin abgeschnitten von allem, was mir lieb und teuer ist..."

Hunger und Kälte

Die Familie Rudashevsky - Yitzchok, seine Eltern und seine Großmutter - wurde im überfüllten Ghetto in einem kleinen Zimmer mit elf anderen Juden untergebracht. In der ersten Nacht mussten sie die Tür als Bett benutzen.

Die ins Ghetto getriebenen Häftlinge wurden in "Arbeitsfähige" und "Untaugliche" - alte Menschen, Invaliden und Frauen mit Kindern - eingeteilt, die zuerst vernichtet werden sollten. Arbeitsfähige jüdische Mechaniker und Handwerker wurden eine Zeit lang am Leben erhalten und zur Arbeit für die deutsche Armee gezwungen. Die körperlich Starken wurden für schwere Arbeiten eingesetzt, wie Yitzchoks Vater. Die Mutter arbeitete als Näherin.

Yitzchok litt wie andere Ghettohäftlinge nicht nur unter den schrecklichen und beengten Verhältnissen, sondern auch unter der Kälte - dem Fehlen einer Heizung im Haus - und dem ständigen Mangel an Nahrung. Hier schreibt er darüber: "Hungrige, erfrorene Menschen krochen aus dem Ghetto und brachten etwas zu essen. In den Ruinen der Gebäude, wie wütende Tiere auf der Jagd nach Beute, zerbrachen und durchlöcherten sie Wände, rissen Bretter ab, um das karge tägliche Essen zuzubereiten..."

Yitzchok beschrieb die Nöte des Ghettos und war äußerst empört über das unverschämte Verhalten der jüdischen Polizei inmitten des allgemeinen Leids der Juden: "Wie arrogant diese Ghetto-Juden in Uniformen und gestohlenen Stiefeln herumlaufen! Ich hasse sie bis aufs Blut. Alle im Ghetto sind fassungslos. Und sie denken auch so über sie: Sie sind zu Außenseitern geworden... in ihrer eigenen Tragödie spielen sie Komödie."

Im Ghetto eingesperrt, war Yitzchok zunächst sehr verzweifelt über die fehlenden Bildungsmöglichkeiten. Erst als er Anfang Oktober 1941 wieder regelmäßig die Schule besuchen und an den Aktivitäten des Jugendclubs teilnehmen konnte, verbesserte sich seine Stimmung. Das Lernen lenkte ihn zumindest vorübergehend von dem Elend ab, in dem er leben musste.

Ein Zertifikat entscheidet über Leben und Tod

Im Oktober 1941 führten die Deutschen den so genannten "gelben Schein" ein: Nur diejenigen Juden, die ein Arbeitsbuch mit einer speziellen Bescheinigung vorlegen konnten, die im Ghetto "Todesaufschubbescheinigung" genannt wurde, durften im Ghetto bleiben. Die Bescheinigung garantierte dem Inhaber, seiner Frau oder seinem Mann und zwei Kindern unter 16 Jahren Immunität, bis die Bescheinigungen ersetzt wurden. Dann konnte dem Ghettobewohner das Recht auf Arbeit und damit das Recht auf ein Leben mit seiner Familie entzogen werden.

Nach Augenzeugenberichten von Ghettohäftlingen klopfen Tausende von Menschen hoffnungsvoll an die Türen von Verwandten und Freunden - dort, wo zumindest die Möglichkeit bestand,

eine lebensrettende Bescheinigung zu erhalten. Vor der nächsten Untersuchung färbten sich die älteren Menschen, erschöpft und verzweifelt, die grauen Haare schwarz, stutzten ihre Bärte, versuchten ihre Falten zu glätten, um jünger auszusehen - nur um für arbeitsfähig erklärt zu werden und das begehrte Zertifikat wieder zu erhalten!

Yitzhok schrieb in sein Tagebuch: "Etwas Schreckliches liegt in der Luft. Bald, bald wird etwas explodieren. Die Straßen sind voll von Menschen. Die Leute bieten Geld und Gold für den Erwerb einer 'Arbeitserlaubnis.'" Yitzhoks Mutter gelang es in letzter Minute, eine zu bekommen. Doch das rettete die Familie Rudaschewski nicht....

Das schreckliche Gespenst von Ponar - dem Ort der Vernichtung der Juden von Vilnius - schwebte ständig vor den Augen der Häftlinge. Trotzdem wurden im Ghetto, wann immer es möglich war, Festivitäten organisiert. Mit besonderem Schmerz erzählt Yitzhok von den Gefühlen der Trauer und des Leids der Menschen am Vorabend des Jüngsten Gerichts - Jom Kippur - 1941. Es ist unmöglich, diese Zeilen ohne Erregung zu lesen - es war am Tag des Jüngsten Gerichts, als die ersten Häftlingschargen aus dem "kleinen" Ghetto von den Nazis zur Hinrichtung nach Ponar getrieben wurden.

"Heute ist der Vorabend von Jom Kippur", schreibt Yitzhok. - Traurigkeit erfüllt das Ghetto. Mit schwerem Herzen begrüßen die Menschen den Heiligen Tag. Bevor ich mich im Ghetto niederließ, war ich weit weg von der Religion, und das bin ich immer noch. Trotzdem triumphiert dieser Feiertag, der von Blut und Leid durchtränkt ist, im Ghetto und dringt in mein Herz ein... Am Abend überflutete Traurigkeit meine Seele. Alle saßen in ihren Häusern und weinten. Sie erinnerten sich an ihr vergangenes Leben... Sie umarmten sich und wünschten sich gegenseitig ein gutes neues Jahr... Ich lief auf die Straße und es war dasselbe: Das Ghetto ertrank

in Tränen, die Trauer strömte durch die Straßen. Herzen, die im Ghetto im Griff des Kummers zu Stein geworden waren und keine Gelegenheit zum Weinen hatten, schütteten an diesem Abend schluchzend ihren ganzen Kummer aus...".

Liquidierung des „kleinen Ghettos“
Ende Oktober 1941 hörte das "kleine" Ghetto auf zu existieren, und seine Gefangenen, darunter auch die Familie Rudashevsky, riskierten ihr Leben, um in das "große" Ghetto zu ziehen. Yitzhok schreibt in sein Tagebuch: "Wir erfahren, dass die älteren Menschen, die in den Dokumenten der Kinder als deren Eltern eingetragen sind, nicht durch die Tore gelassen werden. Großmutter kann nicht mit uns gehen. Wir sind verzweifelt... Wir verabschieden uns von Oma nicht nur für einen Moment - für immer... Wir lassen sie allein mitten auf der Straße zurück und rennen, um uns zu retten. Ich werde nie ihre ausgestreckten Hände und ihre flehenden Augen vergessen: 'Nehmt mich mit!'. Seine Großmutter Dabe starb am 21. Oktober 1941 bei der Liquidierung des "kleinen" Ghettos ...

Das Leben im "großen" Ghetto begann, von Zeit zu Zeit unterbrochen von Strafmaßnahmen und Gerüchten, dass in Ponar wieder Gräben ausgehoben würden. Der eingezäunte Bereich des Ghettos leerte sich allmählich, und es gab kaum eine Familie, die nicht um ihre toten Angehörigen trauerte.

Am 12. September 1942 wurde im Ghetto das jüdische Neujahrsfest Rosch Haschana mit Hoffnung und Traurigkeit gefeiert. Ein Eintrag in Yitzhoks Tagebuch erzählt die Geschichte: "Heute ist das jüdische Neujahrsfest - Rosch ha-Schana. Am Morgen verlasse ich das Haus. In den Straßen des Ghettos herrscht eine freudige Feierstimmung. Von irgendwoher ertönt der Klang lauter Gebete. Hier und da laufen jüdische Frauen in festlichen Schals mit Gebetsbüchern auf mich zu. Ich erinnere mich an meine

Großmutter, die einmal im Jahr auf diese Weise in die Synagoge ging. Neben der Wache am Ghettotor hängt ein Plakat: "Frohes Neues Jahr!". Der Gruß am Tor, das mit Stacheldraht verdeckt ist, machte auf mich einen seltsamen Eindruck. Und von wem kommt er? Gerade von denen, die uns, wenn auch nicht freiwillig, bewachen und uns unserer Freiheit berauben. Trotzdem fühle ich mich erstaunlich gut, denn statt grauem Alltag brauche ich eine festliche Stimmung, um mein Leben für eine Weile loszuwerden. Die Menschen schlendern bis spät in die Nacht durch die Straßen des Ghettos von Vilnius. Was für ein trauriges Urlaubsgefühl! Nach und nach lichtet sich die Menge. Über unseren Köpfen ist ein kalter Sternenhimmel. Von Zeit zu Zeit fliegt ein Stern über ihn hinweg und fällt plötzlich herunter."

"Bis zum Ende des Ghettos", sagt Sora, "waren die Lebensbedingungen im Ghetto entsetzlich. Es gab ständig Razzien und Vernichtungen, Tag für Tag wurden Menschen in Ponar umgebracht, und Yitzhok hat das natürlich schwer getroffen."

"Die Atmosphäre ist bedrückend", schreibt Yitzhok. - All die schrecklichen Details sind bekannt. Fünftausend Juden wurden nach Ponar geschickt und erschossen. Hunderte wurden bei einem Fluchtversuch erschossen. Die Bahnstrecke ist über weite Strecken mit Leichen übersät. In der Schule findet heute kein Unterricht statt. Die Kinder fliehen aus ihren Häusern, weil es aufgrund der allgemeinen Stimmung schrecklich ist, dort zu bleiben. Auch die Lehrer sind deprimiert. Wir setzen uns in einen Kreis. Wir sammeln wieder unsere Kräfte. Wir singen ein Lied. In der Abenddämmerung gehe ich nach draußen. Es ist fünf Uhr abends. Es ist so dunkel wie der Sturm. Unsere Stimmung ist wie der Himmel - düster und lichtlos... Wir sind vielleicht dem Schlimmsten geweiht."

"Unter diesen Bedingungen der Angst war es schwierig, ein Tagebuch zu führen", sagt Sora. - Yitzhok verfiel in einen Zustand der Apathie, und ich kann mich nicht erinnern, dass er sich an irgendwel-

chen Diskussionen über die Geschehnisse beteiligt hätte. In diesen Monaten versuchten wir alle, einen sicheren Unterschlupf für uns zu finden.

Ende September 1943 wurde das Ghetto schließlich aufgelöst und die Gefangenen wurden in das Konzentrationslager Vaivara in Estland gebracht, in Ponar erschossen oder in die Todeslager in Polen geschickt. Yitzhok und seine Familie schwebten in Lebensgefahr.

Am 23. September 1943, während der Zerstörung des Ghettos, versteckten sich Yitzhok und seine Eltern auf dem Dachboden des Hauses in der Dysnos-Straße 4, das Yitzhoks Onkel gehörte, dem Bruder seiner Mutter. Ihre Hoffnung auf Rettung erfüllten sich nicht: Die Deutschen entdeckten das Versteck am 1. Oktober 1943. Die Bewohner des Dachgeschosses wurden nach Ponar geschickt, wo sie erschossen wurden.

„Mit jeder Seite entstand ein Bild“

Sore Voloshin, spätere Mitarbeiterin der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel, war die Einzige, die wie durch ein Wunder entkam. Bei der Entdeckung ihres Verstecks gelang ihr die Flucht, sie versteckte sich in den Wäldern, schloss sich einer Partisaneneinheit an und überlebte.

Als Sora nach der Besetzung von Vilnius durch die Rote Armee im Juli 1944 in die Stadt zurückkehrte, ging sie sofort zu dem Haus, in dem sich beide Familien vor der Tragödie versteckt hatten. Auf der Suche nach dem Fotoalbum der Familie stieß sie auf ein verstaubtes Notizbuch und erkannte sofort, dass es sich um Yitzhoks Tagebuch handelte.

"Mit jeder Seite entstand vor mir ein Bild von dem, was damals geschah", sagt sie. - Als ich darin blätterte, sah ich Yitzhok, unser Versteck, die Ecke des Dachbodens, in der er schweigend und schweigend ein Buch las und nur gelegentlich etwas sagte. Von hier aus, aus seinem Versteck, wurde er nach Ponar gejagt. Jetzt ist nur noch das Tagebuch erhalten, das so viel über das Geschehen aussagt..."

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

- Unsere Kontaktadressen**
-  J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 -  (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
 -  redaktion@juedische-rundschau.de
 -  (03222) 13 24 601
 -  www.juedische-rundschau.de
 -  www.facebook.com/jrundschau
 -  @jrundschau

**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)

69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).


Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift 

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Von Freunden und Feinden: Israels Rettung 1948 (3)

Ausgerechnet Stalins Sowjetunion wurde 1947 zu Israels wichtigstem Fürsprecher bei der UNO. Im August 1947 beschlossen die Ostblockstaaten in Warschau, den im Entstehen begriffenen jüdischen Staat auch materiell zu unterstützen. Doch die Freundschaft mit dem kommunistischen Russland Stalins währte nicht lange. (Teil 3) (JR)

Von Stefan Frank

Am 29. Mai 1948 hat die israelische Luftwaffe ihren ersten Einsatz: Dreißig Kilometer vor Tel Aviv schlugen vier jüdische Veteranen des Zweiten Weltkriegs die ägyptische Armee in die Flucht.

„Und mitten darin war etwas wie vier Wesen; die waren anzusehen wie Menschen. ... Als ich die Tiere so sah, siehe, da stand ein Rad auf der Erde bei den vier Tieren und war anzusehen wie vier Räder. ... Und wenn sie stillstanden und die Flügel niederließen, so donnerte es in dem Himmel oben über ihnen. Und über dem Himmel, so oben über ihnen war, war es gestaltet wie ein Saphir, gleichwie ein Stuhl; und auf dem Stuhl saß eine gleichwie ein Mensch gestaltet. Und ich sah, und es war lichthell, und inwendig war es gestaltet wie ein Feuer um und um. Von seinen Lenden überwärts und unterwärts sah ich's wie Feuer glänzen um und um.“ Hesekiel 1

29. Mai 2023: Vier israelische Kampfflugzeuge überflogen den Ort Ad Halom in der Nähe der südisraelischen Stadt Aschdod. Sie erinnern an den ersten Kampfeinsatz der israelischen Luftwaffe im Unabhängigkeitskrieg vor fünfundsiebzig Jahren. Drei flogen in dichter Formation; eines fliegt ein Stück weit entfernt und in etwas anderer Richtung – in Erinnerung an den Piloten Eddie Cohen, der damals abstürzte und starb.

Bei einer Zeremonie enthüllt Generalmajor Tomer Bar eine Gedenktafel. »Es ist genau fünfundsiebzig Jahre her, seit das Quartett der Messerschmitt-Flugzeuge der 101. Staffel aufstieg, um die ägyptische Panzerkolonne anzugreifen – eine Aktion, die den Feind aus dem Gleichgewicht brachte und aufhielt«, sagt er in seiner Gedenkrede.

Die 101. Staffel der israelischen Luftwaffe, die am 20. Mai 1948 gegründet worden war, war Israels erste gewesen, auch wenn der Name etwas anderes sagt. Die Bezeichnung »101. Staffel« entstand, als jemand meinte, »101. Staffel« klinge besser als »1. Staffel« – und so wurde es gemacht. Bis dahin war die einzige Luftwaffe, die über Israel operierte, die ägyptische gewesen.

Die Luftangriffe auf Israel begannen, sobald um Mitternacht des 15. Mai 1948 das britische Palästina Mandat ausgelaufen war. David Ben-Gurion, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Jewish Agency und erster Ministerpräsident Israels, der am Nachmittag zuvor die Unabhängigkeit verkündet hatte, berichtete in der Nacht von Tel Aviv aus in einer Radioansprache an das israelische Volk von den Bombeneinschlägen in der Stadt. Im Hintergrund vernahmen die Hörer Explosionen und Sirenen. Drei Tage später erfolgte der tödlichste Angriff: Am 18. Mai 1948 bombardierte Ägypten den alten Busbahnhof von Tel Aviv, wobei zweiundvierzig Menschen getötet und mehr als hundert verletzt wurden.

29. Mai 1948: Die Piloten Lou Lenart (27), Modi Alon (27), Eddie Cohen (25) und Ezer Weizman (23) erhalten den Befehl, dabei mitzuhelfen, einen Vorstoß der ägyptischen Armee auf Tel Aviv bei Aschdod zu stoppen. Bis dahin hatte nichts die ägyptischen Truppen aufhalten können. Ohne Mühe hatten sie den Gazastreifen und die Stadt Aschkelon erobert.



Archivfoto vom 20. Mai 1948, das Hagannah-Soldaten vor dem ägyptischen Flugzeug zeigt, das sie gerade an einem Strand in Tel Aviv abgeschossen haben, während die arabische Luftfahrt und insbesondere die ägyptischen Flugzeuge weiterhin die Stadt bombardieren.

Der unerwartet heftige Widerstand des Kibbutz Yad Mordechai, der 1943 im Gedenken an Mordechai Anielewicz, den Anführer des Aufstands im Warschauer Ghetto, gegründet worden war, hatte sie immerhin für eine Woche aufhalten können. Nun aber rückten mehr als zehntausend Soldaten, vor allem Freiwillige der Muslimbruderschaft, mit Panzern und Artillerie entlang der Küste auf Tel Aviv vor. Unterstützt wurden die Ägypter von fünfzehn Kampfflugzeugen. Lediglich fünf der siebenundzwanzig jüdischen Siedlungen in dem Gebiet verfügten über mehr als dreißig Verteidiger. Die Armee, die sie schützen sollte, bestand aus nur zwei Palmach-Brigaden: der Negev-Brigade mit 800 und der Küsten-Brigade mit 2.700 Soldaten. Panzerbrechende Waffen waren so gut wie nicht vorhanden.

... dann wird es kein Israel mehr geben

Lou Lenart erinnerte sich später in einem Interview, wie Shimon Avidan, der Kommandant der Givati-Brigade, zum Flugplatz gekommen sei und dort erfahren habe, »dass wir Flugzeuge hatten«. Avidan habe gesagt: »Sechs Meilen von hier steht die gesamte ägyptische Armee, Stoßstange an Stoßstange, so weit ich blicken kann. Wir könnten versuchen, sie heute Abend anzugreifen, aber wir haben nichts. Und wenn wir sie nicht heute Abend angreifen, werden sie am Morgen in Tel Aviv sein, und es wird kein Israel mehr geben.«

Die Kampfflugzeuge vom Typ Avia S-199, die baugleich mit der deutschen Messerschmitt Bf-109 aus dem Zweiten Weltkrieg waren, wurden erst am 22. Mai aus der Tschechoslowakei angeliefert. Ein Vertrag über den Kauf von zunächst zehn Kampfflugzeugen war erst Ende April 1948 von Ehud Avriel, Otto Felix und dem tschechoslowakischen Stabschef General Bocek unterzeichnet worden. Anfang Mai wurde er von Premierminister Klement Gottwald und Verteidigungsminister Ludvik Svoboda

genehmigt. Insgesamt bestellte Israel fünfundsiebzig Messerschmitts Bf 109, von denen dreiundzwanzig in Israel ankamen. Dort wurden sie nach dem hebräischen Wort für Messer, Sakin, bezeichnet.

Bei der Fertigung waren die tschechoslowakischen Mechaniker auf Schwierigkeiten gestoßen. Die für den Einbau in der Bf 109 vorgesehenen Motoren des Typs Daimler-Benz 605 waren bei einem Brand in einem Lagerhaus in Krásné Březno zerstört worden. Die Techniker entschieden sich als Ersatz für Jumo-211F-Motoren und Propeller, die im Zweiten Weltkrieg für die zweimotorigen Bomber Heinkel-111 benutzt worden waren. Doch diese Motoren waren nicht als Motoren für Jäger konzipiert und bereiteten beim Einbau in die Zelle der 109 große Probleme. Die Triebwerke waren untermotorisiert und nicht mit dem Bug-MG der Bf 109 synchronisiert: Beim Feuern hätten die israelischen Piloten ihren eigenen Propeller abgeschossen.

Schließlich war entschieden worden, auf das Buggewehr zu verzichten und die Maschinen stattdessen mit dem in alten Beständen noch vorhandenen Rüstsatz VI auszustatten, also mit Maschinengewehren, die unter die Tragflächen der Messerschmitts montiert wurden. Dadurch verschlechterten sich die Flugeigenschaften noch mehr. Die Flugzeuge, die Israel letztlich geliefert bekam, waren zusammengestoppelt und von deutlich schlechterer Qualität als jene der deutschen Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg.

Die Flugzeuge mussten für den Transport zerlegt werden, da sie sonst nicht in den Laderaum der Frachtflugzeuge gepasst hätten. Mit an Bord der Frachtmaschine C-54B waren die tschechoslowakischen Techniker Miroslav Rulc, František Smrček, Michal Vygiera, Jan Valášek und Vojtěch Kořenek. Ihr Job bestand darin, die Flugzeuge in Israel so schnell wie möglich zusammenzubauen.

Auch die israelischen Piloten waren gerade erst von einem Kurzlehrgang aus der Tschechoslowakei zurückgekehrt. Geflogen waren sie schon im Zweiten Weltkrieg: Alon und Weizmann bei der britischen Royal Airforce, Lenart bei der US Air Force, und Cohen bei Einsätzen der South African Air Force über dem Mittelmeer.

In České Budějovice (Budweis) hatten sie ein rudimentäres Training erhalten. Zunächst durften sie einige Runden in Trainingsmaschinen des tschechoslowakischen Typs Avia C-2 fliegen. In Messerschmitt-109-Trainingsmaschinen konnte jeder Pilot jedoch nur ein oder zwei Flugstunden nehmen. Es gab weder einen Flug in großer Höhe noch einen Formationsflug, keinen Bombenabwurf und keine Schießübungen. Dies lag nicht an den Gastgebern. »Ihr habt noch nicht viel gelernt«, meinten sie beim Abschied. Die Gäste antworteten, sie müssten so schnell wie möglich nach Israel, denn die israelische Armee hatte nicht einmal Flugabwehrgeschütze. Die Piloten mussten Israel retten.

Dreißig Kilometer vor Tel Aviv

Bei der Rückkehr hatte Lenart eine kühne Idee: Die britische Regierung hatte Ägypten gerade fünfzehn nagelneue Spitfires geliefert. Sie standen auf einem Flugfeld in El-Arish im Sinai. Wie wäre es, sie zu bombardieren, solange sie noch am Boden waren? Doch dafür war jetzt keine Zeit. Alle vier Messerschmitts, die die tschechoslowakischen Mechaniker bis dahin auf der Luftwaffenbasis Ekron (Tel Nof) zusammengebaut hatten, wurden zur Abwehr benötigt.

Am späten Nachmittag des 29. Mai 1948 befand sich die Zweite Brigade der ägyptischen Armee, zehntausend Mann mit zehn Panzern und fast fünfhundert weiteren gepanzerten Fahrzeugen, weniger als dreißig Kilometer von Tel Aviv entfernt. Kurzfristig aufgehalten wurde sie nur dadurch, dass die israelische Givati-Brigade die Brücke über den Fluss Lachisch bei Aschdod am 12. Mai gesprengt

hatte. Der Lachisch ist nicht sehr breit, wie man auf diesem Foto sehen kann. Innerhalb weniger Stunden würden die Ägypter eine mobile Behelfsbrücke herbeigeschafft haben. Wenn die Panzer sie überquerten, hätte die Givati-Brigade keine andere Wahl, als sich zurückzuziehen. So wäre die Straße nach Tel Aviv offen gewesen.

Die Entscheidung sei also »sehr einfach« gewesen, sagte Lenart. Der Plan, El Arish zu bombardieren, musste fallengelassen werden. Um achtzehn Uhr starteten die vier Messerschmitts vom Flugplatz Ekron, um die hinter der zerstörten Brücke konzentrierten ägyptischen Truppen zu bombardieren und zu beschießen. Jedes Flugzeug war mit zwei 70-Kilogramm-Bomben, zwei 13-mm-Maschinengewehren und zwei 20-mm-Kanonen bewaffnet. Zeit für einen Probeflug war nicht gewesen. Die Operation, an der das Schicksal des jüdischen Volkes hing, war gleichzeitig der Jungfernflug.

Von diesem israelischen Luftangriff wurden die Ägypter völlig überrascht, da sie mit einer israelischen Luftwaffe nicht gerechnet hatten. Der Angriff richtete keinen großen Schaden an, doch der psychologische Effekt war erheblich. In einem vom Geheimdienst abgefangenen ägyptischen Funkspruch hieß es: »Wir sind von feindlichen Flugzeugen schwer angegriffen worden, wir zerstreuen uns.«

Lou Lenart und Ezer Weizman kehrten ohne Schaden zur Luftwaffenbasis zurück. Alons Flugzeug wurde getroffen, aber er schaffte es, knapp nach zwanzig Uhr unverletzt in Ekron eine Bruchlandung hinzulegen. Eddie Cohen stürzte ab und kam dabei ums Leben. Er war der erste Gefallene der israelischen Luftwaffe und wurde in Tel Aviv beigesetzt, nachdem seine Leiche Ende 1949 gefunden worden war.

Die ägyptischen Offiziere waren durch den Luftangriff eingeschüchtert und Tel Aviv vorerst außer Gefahr. Lou Lenarts Plan, die ägyptischen Flugzeuge am Boden zu zerstören, wurde zwanzig Jahre später, am 5. Juni 1967, aufgegriffen. Er würde Israel den Sieg im Sechstagekrieg sichern. Lou Lenart sagte später über den 29. Mai 1948:

»Ich bin gesegnet und glücklich: In einem exakten Augenblick der Geschichte war ich in der Lage, einen Beitrag zu Israels Überleben zu leisten. Einen Tag früher oder später hätte das nicht funktioniert.«

Man kann Churchills Worte aus dem August 1940 zitieren: »Noch nie haben so viele so wenigen so viel zu verdanken gehabt.« Nicht weit entfernt vom Roten Meer hatten sich wie zu Moses Zeiten die ägyptischen Streitwagen gegen die Juden versammelt. Und vier Juden in ihren fliegenden Kisten hatten sie aufgehalten. »Ad Halom« ist übrigens Hebräisch für »bis hierhin«, was hier bedeutete: Bis hierhin und nicht weiter kam die ägyptische Armee.

Liebesgrüße aus Moskau

Ausgerechnet Stalins Sowjetunion wurde 1947 zu Israels wichtigstem Fürsprecher bei der UNO. Im August 1947 beschlossen die Ostblockstaaten in Warschau, den im Entstehen begriffenen jüdischen Staat auch materiell zu unterstützen. Doch die Freundschaft währte nicht lange.

Am 18. Februar 1947 gab der britische Außenminister Ernest Bevin bekannt, Großbritannien beabsichtige, das Palästina-Mandat, das es 1920 vom Völkerbund erhalten hatte, an die Vereinten Nationen zurückzugeben. Im Klartext: Die Briten würden abziehen. Drei Monate später, am 14. Mai 1947, hielt Andrei Gromyko, der sowjetische Vertreter



Fürsprecher Israels: Der sowjetische Vertreter Andrei Gromyko, bei einer Rede im UN-Sicherheitsrat

im UN-Sicherheitsrat, eine Rede, die zu einem flammenden Appell für die Gründung eines jüdischen Staates wurde:

»Die Erfahrungen der Vergangenheit, insbesondere während des Zweiten Weltkriegs, zeigen, dass kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volk bei der Verteidigung seiner Rechte und seiner Existenz gegen die Gewalt der Hitleristen und ihrer Verbündeten angemessen zu helfen. Dies ist eine unangenehme Tatsache, aber leider muss sie, wie alle anderen Tatsachen auch, zugegeben werden. ... [Diese Tatsache] erklärt die Bestrebungen der Juden, einen eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, dies nicht zu berücksichtigen und dem jüdischen Volk das Recht abzusprechen, dieses Bestreben zu verwirklichen.«

Einen Tag später, am 15. Mai 1947, setzte die UN-Generalversammlung auf Vorschlag Großbritanniens das Untersuchungskomitee UNSCOP ein, das die Ursachen der Gewalt in Palästina vor Ort ergründen und einen Lösungsvorschlag erarbeiten sollte, der beide Seiten zufriedenstellen konnte. Daraus entstand der spätere Teilungsplan. Abba Eban, Kontaktperson der Jewish Agency bei den Vereinten Nationen in New York, konnte es kaum fassen:

»Nichts hatte uns auf diesen Glücksfall vorbereitet. ... Moskau kehrte seine traditionelle Haltung um und schlug die Option eines jüdischen Staates vor. Ich war mit pessimistischen Annahmen über das Gleichgewicht der Kräfte zu den Vereinten Nationen gekommen; nun revidierte ich meine Vorhersagen. ... Zum ersten Mal wurde unser politischer Himmel mit einem Hoffnungsschimmer erhellt. Man brauchte kein romantischer Optimist mehr zu sein, um einen zionistischen Erfolg vorauszu sehen. Gromyko war ein zionistischer Held geworden.«

Kurze Periode

Im August 1947 trafen Vertreter von kommunistischen Parteien und der

Ostblockstaaten in Warschau zusammen und erklärten, einen jüdischen Staat politisch und materiell unterstützen zu wollen. Die UdSSR selbst lieferte aus Rücksicht auf ihre Stellung in der muslimischen Welt keine Waffen nach Israel. Doch Stalin gestattete der im sowjetischen Einflussbereich befindlichen Tschechoslowakei, solche Geschäfte zu machen.

Mehr noch: Die Regierung in Prag wurde von Moskau sogar dazu ermuntert, mehr für Israel zu tun, wie eine Geheimnote vom 5. Juni 1948 zeigt. Absender war Ivan Nikolaevich Bakulin, zwischen 1947 und 1949 Leiter der Nahostabteilung im sowjetischen Außenministerium. Gerichtet war die Nachricht an den stellvertretenden Außenminister Valerian Zorin. Bakulin hielt fest, »im Zusammenhang mit dem Bericht von Genosse Gromyko über die Bitte der Vertreter des Staates Israel, (Mordechai) Eliash und (David) Hachoen, die Hilfe an die Regierung Israels auszuweiten«, sei es ratsam,

»die Tschechen und Jugoslawen vertraulich über unsere Botschafter in Prag und Belgrad darüber in Kenntnis zu setzen, dass es wünschenswert ist, den Vertretern des Staates Israel beim Kauf und dem Transport von Artillerie und Flugzeugen nach Palästina zu helfen, da die arabischen Länder trotz der Resolution des Sicherheitsrates, welche die Einfuhr von Waffen in diese Länder verbietet, alle Möglichkeiten haben, die erforderliche Menge an Waffen aus den britischen Depots und Stützpunkten in Transjordanien, Irak und Ägypten zu erhalten.«

Stalins Abkehr

Auch nach der Gründung Israels blieb die Sowjetunion eine Zeitlang der wichtigste diplomatische Verbündete bei der UNO in New York. Im Juli 1948, als UN-Vermittler Graf Folke Bernadotte vorschlug, Israel solle den gesamten Negev an Transjordanien abtreten, riet Außenminister Wjatsche-

slaw M. Molotow Stalin davon ab, da dies vier Fünftel des israelischen Territoriums in die Hände Transjordaniens – »das heißt, unter britische Kontrolle« – bringen würde. »Genosse Stalin stimmt zu«, schrieb Molotow auf das Dokument.

Auch wenn der spätere Bruch der israelisch-sowjetischen Freundschaft vor allem mit Stalins Paranoia zu tun hatte – hier sind das Zerwürfnis mit Tito und die damit zusammenhängende Kampagne gegen »Kosmopolitismus« zu nennen, die Ende 1948 begann und die vor allem Juden zum Ziel hatte –, gehört zum Gesamtbild zu erwähnen, dass es auch zu Zeiten der guten Beziehungen immer wiederkehrende Beschwerden gab, die sowjetische Vertreter gegenüber der israelischen Regierung vorbrachten und auch intern diskutiert wurden. Dazu gehört die Klage, dass es in israelischen Buchläden zu wenig sowjetische und zu viel »antisowjetische« Literatur gebe. Ab 1949 kam es auch immer mehr zu Beschwerden über »antisowjetische Verleumdungen« in israelischen Zeitungen.

Am 7. Dezember 1949 verfasste Mikhail Popov, ein Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Tel Aviv, ein zwölfseitiges Memorandum über »antisowjetische Propaganda in der israelischen Presse«. Sowohl die Länge des Textes und die Vielzahl von Beispielen ist bemerkenswert als auch der scharfe Tonfall, der anzeigt, dass die Sowjetunion im Begriff war, sich von Israel abzuwenden. So schrieb Popov: »Die israelische Presse fördert systematisch antisowjetische Propaganda und veröffentlicht diffamierende Artikel über die Sowjetunion, ihre Außen- und Innenpolitik und die führenden Politiker der Sowjetunion«, und listete zahlreiche Vorwürfe auf.

In der »reaktionären israelischen Presse« sei zu lesen, dass die Sowjetunion nicht mit guten Beziehungen zufrieden sei, sondern »Gehorsam« verlange; Jugoslawien und »der verräterische Judas-Tito« (sic!) würden von einigen israelischen Zeitungen als sozialistische Vorbilder dargestellt, und es werde vereinzelt behauptet, die Sowjetunion plane einen Angriff auf Jugoslawien. Zudem werde die Vorstellung verbreitet, »der Kapitalismus sei stark und der Marshall-Plan keine Waffe des amerikanischen Imperialismus, um andere Länder zu versklaven, sondern bloß das Ergebnis der Verarmung und Erschöpfung Westeuropas«.

Über israelische Kommentare zur Lage der sowjetischen Juden äußerte sich Popov folgendermaßen: »Die reaktionären Zeitungen schreiben, dass die Lage der Juden in der UdSSR »bedrohlich« sei, dass der Kampf gegen den Kosmopolitismus darauf abziele, die Menschen zum Antisemitismus anzustacheln, dass die Juden in der UdSSR dem Zionismus zugeneigt seien und die meisten von ihnen nach Israel auswandern würden, wenn man es ihnen erlaube.« Die »antisowjetische Propaganda« erreiche »ein besonders abscheuliches Maß in schmutzigen provokativen Angriffen und Verleumdungen«: »In den Zeitungen finden sich zahlreiche Verleumdungen und provokante Artikel, selbst über den Genossen Stalin. In Jom Jom vom 14. Juni 1949 heißt es, dass die Jury des Wettbewerbs für die beste Puschkin-Statue den ersten Preis an eine »Statue Stalins beim Lesen eines Puschkin-Bandes« vergeben habe.«

Dieser Artikel erschien zuerst bei Mena Watch.

Vor 50 Jahren begann am 6. Oktober 1973 der Yom-Kippur-Krieg: Die Rolle der USA und das Täuschungsmanöver der Araber

Der Überraschungsangriff der Araber am Yom-Kippur-Tag 1973 nährt seit 50 Jahren die Ansicht vieler Historiker, dass die damalige israelische Premierministerin Golda Meir und ihr Verteidigungsminister Moshe Dayan vom Angriff der Araber unvorbereitet überrumpelt worden seien. Allerdings gibt es auch Thesen, wie die des israelischen Geschichtswissenschaftlers Yigal Kipnis, die die Ansicht vertreten, dass die USA damals zu Gunsten ihrer pro-arabischen Politik unbedingt einen Kriegsgang Israels gegen die wiederaufgeflamte Aggression der den jüdischen Staat umgebenden arabischen Länder verhindern wollten. Besonders der damalige US-Außenminister Henry Kissinger bestand darauf, dass Israel auf die militärischen Bewegungen an der Grenze keinesfalls mit einem Präventivschlag wie seinerzeit sehr erfolgreich im Sechs-Tage-Krieg 1967 reagieren dürfe. In diesem Zusammenhang wurde Israel wohl auch mit dem Wissen Kissingers falsch über den Zeitpunkt des sich erkennbar anbahnenden Angriffs der Araber getäuscht. Die israelische Führung hat trotz dieser Täuschung und trotz des von ihren Feinden mit Vorsatz gewählten Yom-Kippur-Tages schnell und effektiv auf den Hinterhalt reagiert. Ohne den Mut, die Professionalität und das militärische Können der damaligen israelischen Führung und des Militärs hätte es keinen Sieg in diesem perfiden Krieg gegeben und die Existenz Israels und seiner Menschen wäre in Frage gestellt worden. Im Gegensatz zu dem heutigen Geschehen in der Ukraine gehörte Deutschland, trotz seiner geschichtlichen Vorbelastung jedenfalls damals nicht zu den Ländern, die bereit waren, dem Staat der Juden in seiner Schicksalsstunde zu helfen. (JR)

Von Peter Luckimson

Jahrzehntelang wurde den Israelis weißgemacht, die schweren Verluste und der erzwungene Rückzug in den ersten Kriegstagen seien darauf zurückzuführen, dass der arabische Angriff plötzlich erfolgte und die Armee überrumpelt wurde. Der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes überzeugte Golda Meir angeblich davon, dass die Araber den Krieg 1973 nicht beginnen würden, obwohl der Leiter des "Mossad" Zvi Zamir eine Nachricht des ägyptischen Agenten Ashraf Marwan mit dem genauen Datum des Kriegsbeginns erhielt.

Der israelische Historiker Yigal Kipnis vertritt jedoch die Auffassung, dass diese und ähnliche Behauptungen nichts weiter als von Journalisten und Politikern erfundene Mythen sind. In seinem 2012 erschienenen Buch "1973: The Road to War" vertrat er die Ansicht, dass die Komplikationen im Oktober 1973 nicht in den Fehlern des Militärs und der Geheimdienste zu suchen seien, sondern in der Politik. Er untermauerte seine Ansicht mit Dutzenden von Dokumenten, die bisher nur einigen wenigen bekannt waren. Die neuen Dokumente, die er entdeckte und die laut dem Historiker als "streng geheim" bezeichnet werden, bestätigen seine Sicht der Dinge.

Alles begann, als Präsident Anwar Sadat den Amerikanern deutlich machte, dass er die sowjetische Schirmherrschaft aufgeben und einen Kurs der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten einschlagen wolle. 1972 begann Sadat, diesen Plan in die Tat umzusetzen und verwies die sowjetischen Militärberater des Landes. Und Anfang 1973 wandte er sich an Henry Kissinger, den damaligen nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten, mit dem Vorschlag, zwischen Ägypten und Israel zu vermitteln. Gleichzeitig warnte Sadat, dass er nur einem vollständigen Rückzug Israels auf die Linie von 1967 zustimmen würde, aber bereit sei, die israelische Armee in der Pufferzone kasernieren zu lassen.

Das Interesse der USA an einer solchen Wendung der Ereignisse war klar, und Kissinger war von der Idee fasziniert. In aller Eile verfasste er ein Memo an Präsident Nixon und Außenminister Rogers, in dem er die grandiosen Aussichten für den Fall beschrieb, dass die USA in ihrer Rolle als Friedensstifter Erfolg hätten. Kissinger wurde im Mai 1973 Leiter des Außenministeriums und begann sofort mit der Umsetzung seiner Strategie. Er plante ein Zusammenkommen der Ägypter und Israelis vor Ende des Jahres wo Moshe Dayan am 8. Dezember in Washington mit einem der ägyptischen Minister zusammentreffen und die Verhandlungen in eine offene Phase übergehen sollten. Doch in der Aufregung vergaß der neue Außenminister, nach einer "Kleinigkeit" zu fragen: der Meinung der israelischen Führung.

Keine territorialen Zugeständnisse

Kissinger machte zunächst den israelischen Botschafter in den USA, Yitzhak Rabin, mit seinem Plan und den Forderungen von Sa-



Auf einem Foto, das kurz nach dem Jom-Kippur-Krieg im Sinai aufgenommen wurde, betet ein israelischer Soldat mit vier Arten biblischer Pflanzen für seine gefallenen Kameraden.

dat vertraut. Dieser unterstützte den Plan und versprach, ihn Golda Meir gegenüber positiv darzustellen. Wie groß war Kissingers Überraschung, als Rabin einige Tage später die Antwort von Golda Meir übermittelte: Sie sei zwar für den Frieden, aber territoriale Zugeständnisse gehörten nicht zu ihren Plänen. Schon allein deshalb, weil Sadat jetzt mehr an einem Frieden mit Israel interessiert sei als umgekehrt, außerdem glaube sie nicht an die Bereitschaft der Araber, den Vertrag einzuhalten.

Nach dem Gespräch mit Rabin wendet sich Kissinger an Golda Meir, in der Hoffnung, sie zustimmen. "Frau Meir", sagte er. - Der ganze Trick besteht darin, dass Sie sich formell aus dem Sinai zurückziehen werden. Sadat braucht das, um sein Gesicht vor der arabischen Welt zu wahren. Aber in Wirklichkeit werden Sie weiterhin dort sein!"

Golda versprach, darüber nachzudenken, und übermittelte bald eine neue Antwort: Israel könne die Möglichkeit eines Rückzugs aus zwei Dritteln des Sinai im Austausch für einen umfassenden Frieden prüfen, aber ein Rückzug von der gesamten Halbinsel komme nicht in Frage.

Kissinger übte Druck auf

So blieb Golda Meir nichts anderes übrig, als zumindest bis zu den Wahlen auf die Bremse zu treten. Sadat verstand dies sehr gut und begann parallel zum Dialog mit den Amerikanern, die Armee an die Grenze zu verlegen. Dies wurde natürlich von den Israelis bemerkt, und Rabin übergab Kissinger eine Botschaft von Golda Meir: Wenn Ägypten sich weiterhin auf einen Krieg vorbereite, würde Israel gezwungen sein, einen Präventivschlag zu führen.

Es lag der Geruch eines neuen Krieges im Nahen Osten in der Luft, was dem frischgebackenen US-Außenminister nicht passte. Kissinger versicherte Golda Meir nicht nur, dass die Ägypter zumindest bis Ende 1973

keinen Angriff starten würden, sondern bat sie auch um ihr Wort, dass Israel nicht zuerst Ägypten oder Syrien angreifen würde. Außerdem würde es nicht mit der Einberufung von Reservisten beginnen oder die Armee an den Grenzen zusammenziehen, selbst wenn es den Anschein hätte, dass der Krieg in fünf Minuten ausbrechen würde. Golda war mit dieser Bedingung nicht zufrieden. Sie machte dies in einem Gespräch mit Verteidigungsminister Moshe Dayan und seinem Stellvertreter Yigal Allon deutlich und fügte hinzu, dass wahre Freunde keine solchen Bedingungen stellen.

Am nächsten Tag übermittelte Dayan das Ergebnis des Gesprächs an die Mitglieder des IDF-Generalstabs. "Meine Herren, ich habe einige wichtige Neuigkeiten für Sie", sagte er. - Die erste ist, dass ein neuer Krieg vor Ende des Jahres fast unvermeidlich ist. Die zweite ist, dass der Krieg von Ägypten und Syrien angezettelt werden wird. Drittens: Jordanien wird sich nicht an diesem Krieg beteiligen. Viertens - wie gesagt, der Krieg wird von den Arabern angezettelt werden, und wir haben kein Recht, einen Präventivschlag zu führen, selbst wenn wir sehen, dass Waffen auf uns gerichtet sind. Wir reagieren erst, wenn die ersten Schüsse abgefeuert werden. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns nicht auf einen Krieg vorbereiten sollten. Im Gegenteil, als Antwort auf die ersten Salven müssen wir dem Feind einen vernichtenden Schlag versetzen."

Armee war vorbereitet

Diese Worte Dayans widerlegen Versionen, wonach der arabische Angriff die IDF überrascht habe. Fünf Monate lang hatte sich die israelische Armee auf den Krieg vorbereitet. Dies erklärt, warum die Reserven am Tag von Yom Kippur so schnell mobilisiert wurden und Panzer, Artillerie und Infanterie bereits in den ersten Stunden des Krieges an die ägyptische Grenze verlegt wurden. Die Armee war auf den Krieg vorbereitet und

hat im Allgemeinen gut gekämpft - ohne sie hätte Israel einfach nicht überlebt.

Aber warum wurden dann die ersten Kriegstage zu einem Alptraum und stürzten Moshe Dayan und Golda Meir in solche Panik? Und stimmt es nicht, dass der Chef des Mossad, Zvi Zamir, von seinem Agenten das genaue Datum des Kriegsbeginns erfuhr und dass der Leiter des militärischen Geheimdienstes AMAN, Eli Zeira, Golda davon überzeugte, dass es in naher Zukunft keinen Krieg geben würde?

Das stimmt nicht, antwortet Kipnis. Zumindest nicht ganz. Zeira sagte nicht, dass es überhaupt keinen Krieg geben würde, sondern schätzte die Wahrscheinlichkeit eines solchen als äußerst gering ein: Sadat wolle vielmehr die Muskeln spielen lassen, um Israel zu Verhandlungen zu zwingen. Aber selbst wenn es zu einem Krieg käme, war es für Sadat nicht wichtig, Israel zu besiegen und den gesamten Sinai zu befreien, sondern einen vorzeigbaren Erfolg zu erzielen, was bedeutete, dass der Krieg begrenzt sein würde. Diese Ansicht wurde von Yitzhak Rabin, Yigal Allon und Moshe Dayan geteilt - drei renommierten Generälen, und Golda Meir verließ sich auf die Autorität dieser erfahrenen Fachleute.

Im Prinzip entlasten diese Informationen die israelische Militärführung endgültig von dem Vorwurf, dass sie etwas nicht vorhergesehen oder sich nicht vorbereitet hat. Heute ist bereits bekannt, dass auch der Durchbruch von Sharons Brigade durch den Suezkanal keine Improvisation war, sondern zum Gesamtplan der Kampagne gehörte.

Es bleibt die Frage, warum der Ausbruch des Krieges für das Oberkommando und die Feldoffiziere unerwartet kam, insbesondere angesichts des Berichts von Ashraf Marwan. Tatsache ist, dass Marwan als Schwiegersohn Nassers und Kumpan Sadats zunächst ein Doppelagent war und Zvi Zamir mit viel Geld aus Israel an der Nase herumgeführt hat. Er nannte zwar das genaue Datum des Kriegsbeginns, aber er tat es ... ein paar Stunden vor Yom Kippur. Marwan sagte, der Krieg würde am Abend des 6. Oktober beginnen, aber er begann am Morgen. Die Ägypter hingegen wussten es schon am 3. Oktober: Die Juden würden denken, dass sie am Abend angegriffen werden würden. Diese zehnstündige Lücke erklärt vieles, und sie war der Grund für das Chaos an den Fronten am ersten Tag des Krieges.

Heute kann man darüber diskutieren, ob es richtig war, dass Golda Meir die Angebote Sadats damals abgelehnt hat. Wir können auch über das Verhalten von Moshe Dayan und Yigal Allon streiten, die Kissingers Plan hinter Goldas Rücken unterstützten. Und gleichzeitig eine weitere Diskussion darüber führen, wie sehr sich Israel auf die USA und ihre Führer verlassen kann. Aber es ist an der Zeit, sich von einigen der Mythen zu verabschieden, die die damalige militärische Führung diskreditieren. Ohne ihren Mut, ihre Professionalität und ihr militärisches Talent hätte es keinen Sieg in diesem Krieg gegeben.

Juden in Südafrika – Geschichte und Zukunft

Die Geschichte des südafrikanischen Judentums beginnt im Wesentlichen mit der Einwanderung in die holländische Kolonie am Südkap Afrikas. Religionsfreiheit wurde den „nichtchristlichen“ Einwanderern allerdings erst unter britischer Herrschaft Anfang des 19. Jahrhunderts gewährt. Die Ursache für die hohen Einwanderungszahlen jüdischer Menschen, nicht nur in Südafrika, sondern auch in den Vereinigten Staaten, waren die Pogrome nach der in St. Petersburg im Jahre 1881 erfolgten Ermordung von Zar Alexander II.. Die Pogrome wurden vor allem im westlichen Bereich des Zarenreiches verübt und dort, neben Litauen und Weißrussland, bezeichnenderweise an ganz erster Stelle in der Ukraine, wo die Judenverfolgungen mit massivster Brutalität stattgefunden haben und viele Juden ihres Lebens und die Überlebenden zum großen Teil ihrer Heimat beraubt wurden. (JR)

Von Sebastian Biehl

Im ethnisch und religiös sehr diversen Südafrika spielen auch die Juden schon lange eine sichtbare Rolle. Vermutlich gab es schon kurz nach der Gründung der Niederländischen Kapkolonie im Jahr 1652 auch jüdische Ansiedler, allerdings mussten diese zum Protestantismus übertreten. Im frühen 19. Jahrhundert, nachdem Religionsfreiheit gewährt wurde, gab es nun genug bekennende Juden, um in Kapstadt eine eigene Gemeinde gründen zu können.

Im Zuge des Britischen Imperialismus des späten 19. Jahrhunderts, vor allem nach der Entdeckung von unermesslich reichen Vorkommen an Diamanten und Gold, kamen zahlreiche Juden zusammen mit anderen Europäern in das Pionierland Südafrika. Bekannt ist der exzentrische jüdische Magnat Barney Barnato, der mit dem noch bekannteren Engländer Cecil Rhodes einen Kampf um den Besitz der Diamantenfelder von Kimberley führte. Noch wichtiger war und ist die Oppenheimer-Familie im Witwatersrand (Johannesburg). Nicky Oppenheimer, Enkel des Firmengründers Ernest Oppenheimer und Sohn von Harry Oppenheimer, ist einer der reichsten Menschen Afrikas. Sein Großvater Ernest wanderte direkt nach dem Ende des Burenkrieges 1902 als junger Mann aus Deutschland nach Südafrika aus und wurde durch den Diamanten- und später Goldhandel im wahrsten Sinne des Wortes steinreich. Er kaufte Rhodes die De Beers Diamantengesellschaft in Kimberley ab und gründete mit Anglo American Corporation die größte Bergbaugesellschaft des Landes, die vor allem Goldminen um Johannesburg betreibt.

Die „Burenjuden“

Allerdings waren Juden nicht nur in den Minenstädten aktiv, sondern waren über ganz Südafrika verteilt, vor allem als Betreiber von kleinen Läden. Auf dem Land, wo die Buren (die Nachfahren der Niederländer, welche sich mit Deutschen und Hugenottischen Ansiedlern vermischt hatten und sich selbst stolz „Afrikaaner“ nennen) anders als die Engländer in den Städten, tonangebend waren, gab es ein recht gutes Verhältnis. Nicht wenige Juden integrierten sich in die burische Mehrheit, konvertierten zum Christentum und wurden zu „Burenjuden“. Diese „Burenjuden“ kämpften sogar mit den Buren zusammen im Burenkrieg (1899-1902) gegen Großbritannien. Mittlerweile gibt es allerdings kaum noch Juden auf dem Land, denn die Zerstörung des Burenkrieges ließ neben den Buren auch viele ländliche Juden auf der Suche nach Arbeit in die Städte strömen. Die Rolle der örtlichen Händler wird heute zunehmend von Chinesen oder Pakistanern ausgefüllt. In den großen Städten wie Johannesburg, Kapstadt, Durban und Pretoria gab und gibt es immer noch relativ starke jüdische Gemeinschaften mit Synagogen und Vereinigungen, wobei insgesamt die Anzahl der Juden von einem



Die „Alte“ oder „Paul Kruger Street Synagogue“ in Pretoria.

Höhepunkt von vermutlich 150.000 um 1970 herum auf etwa die Hälfte geschrumpft ist. Fast alle sind von europäischer Herkunft, also Aschkenasi Juden.

Die Juden boten und bieten sich durchweg als Projektionsfläche für verschiedene Arten des Antisemitismus an, wobei es den Juden in Südafrika durchweg besser ging als in den meisten anderen Ländern wo sie leben und leben. Von Seiten nationalistischer Buren wurden sie gerade in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als vermeintliche Agenten des Britischen Imperialismus bezichtigt und es gab auch seitens der Regierung gewisse Beschränkungen auf die Einwanderung von Juden aus Europa. Es wurde argumentiert, dass die weiße Bevölkerung zu klein für die Integration großer Zahlen von ausländischen Juden wäre. Anders als die USA verstand sich Südafrika nie explizit als Einwanderungsland und Schmelztiegel. Trotzdem kamen etwa 6500 Juden während der Zeit des Dritten Reiches aus Deutschland nach Südafrika. Die meisten Juden wanderten allerdings in der Zwischenkriegszeit aus den baltischen Staaten, besonders aus Litauen, wo es viele Juden und auch Diskriminierung gegen sie gab, ein.

Zwischen Diskriminierung und Bewunderung

Später, etwa ab den 1950er Jahren, wurden die Juden wiederum, wegen einiger prominenter jüdischer Kommunisten die Teil des verbotenen African National Congress (ANC) waren, in bestimmten Kreisen als Umstürzler verdächtig.

Pogrome und staatliche Diskriminierung gegen Juden gab es allerdings nicht und sie wurden im Apartheidsystem als Weiße „klassifiziert“. Südafrika war auch eines der ersten Länder, welches Israel als Staat anerkannte. Es gab unter den Buren auch ein pro-Israelitisches Sentiment und eine echte Bewunderung für die Pioniersarbeit durch die Kibbutz-Siedler. Organisationen wie die Hisdraduth dienten später auch als Inspiration für diejenigen, die von dem Aufbau eines burischen Heimatlandes in der Halbwüste Karoo träumten. Golda Meirs Autobiographie „My Life“ hatte sogar einen gewissen Kultstatus in diesen Kreisen.

Ab den 1970er Jahren gab es sogar besonders enge Beziehungen zwischen Südafrika und Israel, da beide Staaten vom globalen Süden größtenteils feindlich behandelt wurden und auch oft von den Vereinten Nationen kritisiert wurden und sich daher miteinander solidarisierten. Dabei fand auch ein fruchtbarer Austausch von Expertise statt. Südafrikanische Ingenieure halfen beispielsweise bei Infrastrukturprojekten in Israel und Israel half bei der Modernisierung der südafrikanischen Armee.

Unnötig zu sagen, daß die allermeisten südafrikanischen Juden weder Imperialisten noch Kommunisten waren. Politisch waren und sind die meisten der liberal-demokratischen Democratic Alliance (DA, früher Democratic Party DP), mittlerweile die größte Oppositionspartei, zugeneigt, welche die Apartheid auf friedlichem Wege und unter

Beibehaltung einer westlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung, abschaffen wollte. Mehrere prominente Vertreter der DP bzw DA, Helen Suzman, Tony Leon und später Helen Zille, waren bzw. sind Juden.

ANC gegen Israel positioniert

Heute werden die südafrikanischen Juden zunehmend vom regierenden ANC und noch mehr von der linksradikalen Partei Economic Freedom Fighters (EFF) abgelehnt und sogar angegriffen, weil sie dort wiederum der antisemitischen Karikatur des „reichen, privilegierten Weißen der die Wirtschaft kontrolliert“ zugeschrieben werden und weil der ANC sich im Nahostkonflikt eindeutig für die „Palestinenser“ und gegen Israel positioniert. Auch mit dem Iran und anderen Feinden Israels unterhält der ANC ein freundschaftliches Verhältnis. Die islamische Bevölkerung Südafrikas ist noch relativ gering mit etwa 2% Anteil und vor allem um Durban und Kapstadt konzentriert, steigt aber an und Moslems sind im ANC relativ einflussreich.

Heute leben nach Schätzungen noch etwa zwischen 50.000 und 80.000 Juden in Südafrika, die meisten in Johannesburg, allerdings mit fallender Tendenz. Es gibt sowohl die konvertierten Juden, die sich im Englischsprachigen, anglikanischen Teil Südafrikas einfügen, wie die bereits erwähnte Oppenheimer-Familie oder die Politiker Tony Leon und Helen Zille (die mit dem bekannten Berliner Zeichner entfernt verwandt ist), als auch die mehr orthodox eingestellten Juden, die ihr Judentum noch stark ausleben und erhalten und für die die Synagoge ein wichtiger Bezugspunkt ist. Es gibt auch jüdische Schulen, eine landesweite Zeitung (South African Jewish Report) und einen jüdischen Radiosender (Chai FM). Insgesamt werden die Juden Südafrikas vom South African Jewish Board of Deputies repräsentiert. Außer den bereits erwähnten Politikern der DP/DA sind der Sänger David Kramer, der Komiker Pieter-Dirk Uys und der Rugbyspieler Joel Stransky sowie die bereits verstorbene Dichterin Olga Kirsch und die Malerin Irma Stern allgemein bekannte südafrikanische Juden.

Die Auswanderungswelle, die viele Weiße betrifft, hat auch die Juden Südafrikas ergriffen, die wie andere auch wegen horrender Kriminalität, Verfall der Verwaltung und Infrastruktur und sich immer weiter verschlechternden Lebensumständen emigrieren, wobei sich Israel als Zuflucht anbietet. In Israel gibt es das Wohngebiet Savyon zwischen Tel-Aviv und Jerusalem, welches von südafrikanischen Juden bewohnt wird und im Stil eines typischen gutsituierten Vorortes von Johannesburg gebaut wurde, mit breiten, schattigen Allees, großen Häusern und Grundstücken mit Schwimmbad. Die meisten südafrikanischen Juden emigrieren allerdings, wie auch andere Weiße, bevorzugt in Englischsprachige Länder wie die USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada.

Luther und die Juden - Traditioneller Antisemitismus und heutige Israel-Anfeindung in der evangelischen Kirche

Martin Luthers „Judenschriften“ werden von der Evangelischen Kirche verharmlost, eine Aufarbeitung findet kaum statt. Dabei lesen sich Luthers politische Empfehlungen an die Obrigkeit fast wie die Protokolle der Wannseekonferenz: Die Zerstörung von Synagogen, Wohnhäusern und Schriften, die Konfiskation von Geld und Besitz, Arbeitszwang, Verbot jüdischer Gottesdienste und letztendlich die Vertreibung der Juden aus dem gesamten Land waren auch für Hitler, der ein großer Luther-Fan war, und seine Nazis beispielgebend. Bis auf den industriellen Massenmord dienten sie Hitler als Blaupause für den Holocaust. (JR)

Von Dr. Rafael Korenzecher

Am Ende des Monats Oktober jährt sich zum 506. Mal ein Ereignis, das aus der kleinen Stadt Wittenberg in Deutschland ausging und die nachhaltige bis heute anhaltende Abspaltung einer protestantischen Kirche aus der bis dahin in Mittel- und Westeuropa von erheblichem klerikalen Antisemitismus geprägten durch Rom beherrschten katholischen Kirche bewirkt hat. Sie hat leider weite, bis zu den Verbrechen der Nazis reichende Bedeutung für jüdisches Leben und Schicksal in Deutschland und Europa erlangt.

Die kurz gehegte Hoffnung auf ein Abrücken der neuen kirchlichen Protestbewegung von der verbreiteten Judenfeindlichkeit der katholischen Stammkirche hat sich sehr zum Unglück der Juden schon damals nicht erfüllt. Bereits der Begründer dieser Abspaltungsbewegung, der als Reformator in der protestantischen Geschichtsschreibung bis heute bejubelte ehemalige katholische Mönch Martin Luther behielt die Kontinuität des katholischen Antisemitismus bei und verschärfte diesen durch seine eigene unversöhnlich bis zum Mord an Juden auffordernde, judenfeindliche Haltung noch erheblich.

Die große Ausbreitung der protestantischen Kirche besonders in Deutschland und ihr verbohrt antisemitisches Legat haben nicht unerheblich zu der großen Zustimmung und der mehr als unrühmlichen Rolle der Evangelischen Kirche im Dritten Reich geführt.

So äußerte Luther im Jahre 1543 in seiner Schrift „Von den Juden und Ihren Lügen“ unter anderem man möge den Juden die Synagogen niederbrennen und ihnen ihre Häuser zerstören, um sie in Ställen und Scheunen wohnen zu lassen. Er empfiehlt, den Juden die Religionsausübung und ihren Rabbinern das Lehren unter Androhung der Todesstrafe zu verbieten.

Hitler bewunderte Luther

Die Äußerungen Luthers waren durchaus prägend für die antisemitische Hetze der Nazis gegen die Juden in der Mitte des letzten Jahrhunderts. Hitler selbst war ein großer Bewunderer Luthers, der ihm - im Wesentlichen un widersprochen von der protestantischen Kirche - als Leitbild für seine judenfeindliche Haltung diente.

Unterstützung für Hitler und seinen Judenhass gab es seitens weiter Teile der offiziellen evangelischen Kirche bereits in den Zeiten der sich formierenden nationalsozialistischen Bewegung in der Weimarer Republik und schon Jahre vor der Machtergreifung Hitlers 1933.

Das weit verbreitete „Deutsche Pfarrerblatt“, ein Pflichtorgan aller Mitglieder des deutschen Pfarrervereins, veröffentlichte bereits im November 1930 einen Grundsatzbeitrag über das Verhältnis von NSDAP und



Martin Luthers Judenhass diente den Nationalsozialisten als Legitimierung ihrer „Judenfrage“.

Kirche. Die von G'tt gewollte Aufgabe für die deutsche Politik sei die Förderung des „arisch-germanischen Menschen“. Die Aufgabe von Theologie und Pfarrern sei es, zu helfen, dass die Nazi-Bewegung nicht einfach verarsche, sondern dass sie, „erfüllt von göttlicher Kraft unserem Volk Gesundheit bringe“.

„Arier-Paragraf“ im Kirchendienst

1932 entstand die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (DC) als Zusammenschluss von evangelisch getauften Nationalsozialisten. Sie wollten der NS-Ideologie in ihrer Kirche unbedingt zum Durchbruch verhelfen und pflegten ein völkisches, „arisches“ national-deutsches Christentum. Hinter den Deutschen Christen standen Ideen namhafter und anerkannter evangelischer Theologen wie Emanuel Hirsch und Arthur Dinter.

Ohne vereinzelt Widerstand aus der protestantischen Kirche - wie etwa den Kreis um Pastor Niemöller - unerwähnt lassen zu wollen, darf es bei der Grundhaltung der evangelischen Kirche nicht als verwunderlich angesehen werden, dass diese unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung einen Arier-Paragrafen einführte und Pfarrer ohne Arier-Nachweis aus dem Dienst entfernte. Mit dieser Unterstützung des Hitler'schen Rassegedankens und mit ihrer großen Verbreitung trägt die evangelische Kirche Luthers eine nicht unerhebliche Mitschuld daran, dass Hitler seine Ver-

brechen gegen das jüdische Volk und den Holocaust mit breiter Zustimmung der deutschen Protestanten realisieren konnte.

Zur religiösen Aufbruchstimmung von 1933 gehörte auch ein bemerkenswertes Luther-Revival: Der Reformator als deutscher Nationalheld, als Urbild des kerndeutschen Mannes und Kämpfers. Nicht selten wurden historische Traditionslinien von Luther zu Hitler gezogen, von Protestanten selbst und mit Stolz. Das Anliegen der Deutschen Christen war es, Luthers klare Stellung in der „Judenfrage“, die Hitler von neuem gelehrt habe, in der Kirche wieder voll zur Geltung zu bringen.

Luther als Vorbild

Beispielsweise in der Spandauer Lutherkirchengemeinde beschloss der Gemeindegemeinderat im September 1935, parallel zur Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“, die sofortige kostenlose Verteilung von eintausend Stück „Luther und die Juden“ sowie die Beschaffung von Aushängekästen für Streichers Hetzblatt „Der Stürmer“.

Johannes Schleuning, Superintendent im Berliner Osten, verwies im März 1937 in einem Artikel „Judentum und Christentum“ besonders auf Martin Luther und Adolf Stöcker als christliche Vorkämpfer gegen das Judentum. Er pries dabei die jüngste Sondernummer des „Stürmers“ zur „Judenfrage“ und betonte im Anschluss daran, Christus sei ein „Arier“ und ein nordischer Held gewesen.

Der protestantische Theologe Immanuel Schairer schrieb am 20. November 1938 einen beifälligen Kommentar zu den Ereignissen der Pogromnacht vom 9. November und berief sich dabei ausdrücklich auf Luthers Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“. Der Thüringer Landesbischof Martin Sasse ließ unmittelbar nach den Pogromen eine Schrift mit Auszügen aus Luthers Judenschrift drucken und an die Thüringer Pfarrerschaft verschicken.

Nicht wenige der Wehrmacht- und SS-Angehörigen, die an Erschießungen von Juden, häufig - wie in Babi Jar und der übrigen Ostfront - auch von Frauen und Kindern, beteiligt gewesen sind und/oder auch Teile von Belegschaften von Konzentrationslagern stellten, waren bekennende evangelische Christen.

Dazu zählt nicht nur der große Teil der in protestantischer Tradition aufgewachsenen, häufig adeligen Führung der Wehrmacht. Auch nicht wenige Offiziere des bezeichnender Weise sehr, sehr späten, eher der Verbesserung der eigenen Nachkriegspositionierung der beteiligten Führungskader gegenüber den siegreichen Alliierten dienenden deutschen Widerstandes waren Mitglieder der evangelischen Kirche und wie Stauffenberg überzeugte Antisemiten.

Aber auch nach dem Untergang des Hitlerreichs ließ und lässt das antisemitische Erbe Luthers die protestantische Kirche offensichtlich nicht los.

Verschleierungsversuche

Während der evangelische Reichsbruderrat noch 1948 den Juden empfahl, den Holocaust als ermahnendes Zeichen G'ttes zu betrachten, etwa für ihre Weigerung sich bekehren zu lassen, versuchte die protestantische Kirche in der Folge nicht wenige Mitschuldige aus ihren Reihen an Naziverbrechen zu decken. Auch versuchten sich offizielle Teile der evangelischen Kirchen noch 1960 bei der Adenauer Regierung für den Massenmord an Juden verantwortlichen Organisator und protestantischen Christen Adolf Eichmann einzusetzen, um ihn vor der israelischen Gerichtsbarkeit zu retten. Eine unrühmliche Rolle bei der Verschleierung der Rolle der protestantischen Kirche im dritten Reich kommt auch dem langjährigen Bischof der evangelischen Kirche Dibelius zu.

Wenig ermutigend für eine eindeutige Distanzierung von Luthers antisemitischen Mordthesen gegen Juden bietet auch die gegenwärtige feindselige und Israel - dämonisierende Haltung der evangelischen Kirche zu dem Staat Israel, dessen ständige Delegitimierung neben dem übermäßigen Einsatz für grüne Politikinhalt geradezu zu den Charakteristika und der heutigen, wohl die zusehends verloren gehende religiöse Legitimation kompensierenden Essenz der Aktivitäten der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) darstellt.

Simchat Torah – Das Fest der Freude an der Tora in Israel

Mit Simchat Torah enden die hohen jüdischen Feiertage. Die Tora-Rollen werden in feierlichen Umzügen, den sogenannten Hakkafot, durch die Synagogen getragen. Als Zeichen des Glücks und der Freude daran, dass dem jüdischen Volk entsprechend seinem Glauben die Thora geschenkt worden ist. In Jerusalem und in vielen anderen israelischen Städten wird auf den Straßen und Plätzen getanzt, gefeiert und gebetet. Als Höhepunkt der Gottesdienste wird das Schlusskapitel des 5. Buches Mose gelesen und sofort danach der Anfang des 1. Buches. So werden die Torah-Lesungen zu einem nicht endenden Kreislauf. (JR)

Von Rachel Avraham

Simchat Tora ist einer der besonderen israelischen Feiertage, der die anhaltende Liebe des jüdischen Volkes zum Wort Gottes und seine Verbundenheit mit ihm zum Ausdruck bringt

Juden auf der ganzen Welt bereiten sich darauf vor, Schemini Atzeret und Simchat Tora zu feiern. Schemini Atzeret oder der 8. Tag der Versammlung ist das Abschlussfest nach den 7 Tagen von Sukkoth, das in Levitikus 23 erwähnt wird. Simchat Tora, die Freude an der Tora, ist ein freudiger Anlass, der darauf hinweist, dass das jüdische Volk die Tora für dieses Jahr beendet hat und sie im neuen Jahr von neuem zu lesen beginnt, was zeigt, dass die Tora ein Zyklus ist, der Teil des täglichen Lebens des jüdischen Volkes ist.

In Israel ist Schemini Atzeret mit Simchat Tora in einem einzigen Feiertag verbunden. In der Diaspora wird er jedoch als separater Feiertag begangen. Obwohl die Israelis Schemini Atzeret und Simchat Tora als einen Feiertag begehen, betont der Talmud, dass Schemini Atzeret ein eigenständiger Feiertag ist. In Levitikus 23:36 heißt es: „An den sieben Tagen von Sukkot sollst du Gott ein Feueropfer bringen; am achten Tag soll es für dich eine heilige Versammlung sein.“

Raschi erklärt in seinem Kommentar zu Levitikus 23:36, dass das jüdische Volk, als es noch einen Tempel in Jerusalem gab, an Sukkot sieben Tage lang 70 Opfer für die ganze Menschheit darbrachte. An Schemini Atzeret bringt das jüdische Volk jedoch nur ein Opfer für sich selbst zu Gott. Nach Raschi „ist dies vergleichbar mit einem König, der seine Söhne einlud, eine bestimmte Anzahl von Tagen mit ihm zu feiern, und als die Zeit kam, sie zu verlassen, sagte er: ‚Meine Söhne! Bitte, bleibt noch einen Tag bei mir; es fällt mir schwer, mich von euch zu trennen!‘“

Tiefe Verbindung

Rabbi Yaakov Wolbe erläuterte: „Wenn es dem König schwerfällt, sich an einem bestimmten Tag von seinen Kindern zu trennen, was geschieht dann am nächsten Tag? Wird es für den König dann nicht genauso schwer sein? Ist das nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein?“ Ihm zufolge geschieht an Schemini Atzeret und Simchat Tora, dass Gott und das jüdische Volk „ein Band knüpfen, das Bestand hat, auch wenn wir getrennte Wege gehen. Die Verbindung, die in dieser Zeit geschmiedet wird, ist so tief, dass sie die relative Distanz zwischen dem jüdischen Volk und Gott nach dem Feiertag überdauern kann.“

In der jüdischen Diaspora, wo die Feiertage in der Regel zwei Tage dauern, wird an einem Tag Schemini Atzeret gefeiert und am nächsten Tag Simchat Tora. Der Grund für diese Tradition ist, dass das jüdische Volk seine Feiertage immer gemeinsam mit Israel feiern möchte, auch wenn sie in unterschiedlichen Zeitzonen liegen. Aus diesem



Israelische Soldaten des Bataillons „Netzah Yehuda“ halten Morgengebete ab

Grund feiern Juden in der Diaspora an zwei Tagen Feiertage, die in Israel nur an einem Tag begangen werden. In Israel werden die beiden Feiertage jedoch zu einem einzigen zusammengefasst, da wir hier im Heiligen Land nicht den Luxus haben, zwei Tage zu haben, um eine solche Trennung vorzunehmen.

Traditionen in Israel und in der Diaspora

Aus diesem Grund wird Simchat Tora im Heiligen Land ein wenig anders gefeiert als in der Diaspora. Hier werden zunächst Kerzen angezündet und ein besonderer Gottesdienst abgehalten, bei dem am Vorabend von Schemini Atzeret alle mit den Torarollen in der Synagoge tanzen. Danach nehmen die Israelis in der Regel ein besonderes Festmahl ein. Dabei ist es nicht obligatorisch, dass die Israelis in der Sukkah essen. Einige tun dies dennoch, sind aber nicht verpflichtet, den Lulav- und Etrogsegen zu sprechen, der an Sukkot üblich ist.

Am nächsten Tag veranstalten die Israelis in der Regel ein BBQ, bei dem sie Spieße, Pargiyot (gegrilltes Hähnchen), Steak, scharfe Hot Dogs und Chicken Wings servieren. Spezielle Salate wie Auberginen mit Techina, scharfer Tomatensalat, scharfer Paprikasalat, Hummus, Matboucha (scharfe Tomatensauce), Amba (irakische Mangosauce), Cherche (libyscher Kürbissalat), Krautsalat und israelischer Salat werden in der Regel ebenfalls serviert, zusammen mit hausgemachtem Fladenbrot und sephardischem rotem Reis. Am darauffolgenden Abend beginnen die Israelis in der Regel mit ihren Torarollen auf den Straßen zu tanzen, und es werden

Süßigkeiten in die Luft geworfen. Die Kinder rennen los, um die Bonbons einzusammeln, während im Hintergrund Musik gespielt wird.

Eine Mitzwa

Im Judentum gilt es als eine Mitzwa (gute Tat), an Schemini Atzeret und Simchat Tora zu feiern. Juden sollen sich über die Sühne freuen, die sie für das kommende Jahr erlangt haben, denn nach Abschluss von Sukkot wird das Schicksal eines jeden Menschen für das nächste Jahr bestimmt. Im orthodoxen Judentum ist an Schemini Atzeret jegliche Arbeit verboten, ebenso wie Autofahren, Schreiben und der Gebrauch von Elektrizität. Gekocht wird mit einer Kerze, die vor Beginn des Feiertags angezündet wird.

Sobald Simchat Tora am Abend be-

ginnt, ist es den Israelis jedoch wieder erlaubt, in Übereinstimmung mit dem orthodoxen Judentum Strom zu benutzen. Simchat Tora ist ein freudiger Anlass, denn er markiert die Tatsache, dass das jüdische Volk die Tora für dieses Jahr beendet hat und im nächsten Jahr wieder mit dem Lesen beginnen wird.

Wörtlich bedeutet der Feiertag „Freude an der Tora“. In ganz Israel feiern die Juden große Feste, bei denen sie mit den Torarollen zu festlicher Musik tanzen. Kinder schwenken spezielle Simchat-Tora-Fahnen. Es ist ein glücklicher, fröhlicher und besonderer Feiertag, der zeigt, wie sehr das jüdische Volk mit der Tora verbunden ist und sich auf ein weiteres Jahr des Torastudiums freut.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Israel Heute.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Der singende Schneider – Ein Chasan mit Nadel und Zwirn

Der gebürtige Schwede Allan Edelhajt hat viele Talente. Er ist nicht nur ausgebildeter Opernsänger und springt bei Bedarf als Chasan in Berlin ein, sondern designt Maßkleidung für Mann und Frau. Die Jüdische Rundschau hat ihn in seinem Showroom in Berlin besucht. (JR)

Von Filip Gašpar

Allan Edelhajt empfängt mich in seinem Showroom in Berlin Wilmersdorf. Er entstammt einer polnisch-jüdischen Familie, ist selbst in Göteborg in Schweden geboren und aufgewachsen.

Nachdem die Kommunistische Partei Polens 1968 ein Theaterstück verbieten ließ, eskalierten die studentischen Unruhen. Unter den Studenten befanden sich ebenfalls die Eltern von Allan Edelhajt. Der Vater ein angehender Ingenieur und die Mutter Medizinstudentin aus der oberschlesischen Stadt Gliwice, deutsch Gleiwitz.

Innerhalb weniger Wochen entwickelten sich Proteste, die überwiegend aus Intellektuellen bestanden, gegen die prosovjatische Regierung in Polen. Die beiden Wortführer Adam Michnik und Henryk Szlajfer, beide aus jüdischen Familien stammend, wurden am 8. März 1968 verhaftet. Hier mischte sich der überwiegend proletarische Kommunismus mit dem tradierten polnischen Antisemitismus, der die Forderungen nach Meinungsfreiheit schnell zu einer starken antisemitischen Kampagne werden ließ. Bereits seit dem Sechstagekrieg war das Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten, die vom Warschauer Pakt unterstützt wurden, angespannt. Schon im Jahr 1967 hatte Wladyslaw Gomulka, der Generalsekretär der polnischen Kommunisten, die polnischen Juden als „Fünfte Kolonne in unserem Land“ bezeichnet. Die schwedische Regierung bot damals politisch Verfolgten ein Ausbildungsprogramm an, um schnell einen Arbeitsplatz zu finden. Dieses nahmen die Eltern an. Der ältere Bruder ist noch in Polen geboren, Allan selbst bereits in Schweden. „Mit uns Kindern sprachen meine Eltern nur Schwedisch, unter sich Polnisch oder Jiddisch“.

On the road zwischen Musik und Zwirn

Doch was verschlägt einen Schweden in die deutsche Hauptstadt Berlin? „Ich habe nach meinem Abitur ein Stipendium erhalten, um an der Deutschen Oper in Berlin eine Ausbildung zum Opernsänger zu absolvieren. Nach Abschluss meiner Ausbildung zog es mich weiter ans Stadttheater Augsburg, wo ich drei Jahre gearbeitet habe. Nebenbei fungierte ich zusätzlich als Chasan, Vorbeter, in der Augsburger Synagogengemeinde.“

Doch es blieb nicht bei Augsburg, sondern Edelhajt hatte weitere Stationen in München, Mannheim und Frankfurt am Main, bevor es ihn dann schlussendlich wieder zurück nach Berlin zog. Hier in Berlin gründete er sein Unternehmen „Tailor on the Road“, sinngemäß übersetzt: „Schneider unterwegs“, denn Edelhajts zweiter Beruf ist der des Schneiders. Er fertigt Anzüge, Hemden, Blusen und Mäntel nach Maß an. Seine Kunden können zu ihm in den Berliner Showroom kommen, oder er bereist sie deutschland- und europaweit, entweder zu Hause oder in ihren Büros. Er geht dorthin, wo es am besten passt.



Allan Edelhajt in seinem Showroom in Berlin.

Anzüge und Mode generell sind eine von Edelhajts Leidenschaften. Aber die Geschäftsidee, Maßanzüge herzustellen und zu verkaufen, entstand aus der Notwendigkeit heraus, dass es sehr schwierig ist, vom Opernsingen allein zu leben. Als Opernsänger hatte er nicht genügend Auftritte, um seinen Lebensunterhalt ausschließlich damit bestreiten

lebte, getan hat, etwa als Store-Manager oder als Personalverantwortlicher.

Liebe zum Detail

„Die Idee, mich selbstständig zu machen, ist schon früh in mir gereift. Ich sollte mit meiner Geschäftsidee dem Kunden stets besten Service und Qualität bieten. Ein Anzug hat sich dem



Allan Edelhajt in der jüdischen Gemeinde Chabad Berlin.

zu können. Bereits während seines Betriebswirtschaftsstudiums in Schweden hat er neben dem Singen im Einzelhandel gearbeitet. Etwas, was er dann später in den deutschen Städten, in denen er

Körper anzupassen und nicht umgekehrt der Körper dem Anzug. Wer einen Anzug von der Stange kauft, muss diesen evtl. doch noch ein paar Mal umändern lassen, doch meist passt die-

ser immer noch nicht richtig. Das Innenfutter und den Stoff kann man sich nicht aussuchen. Kurz gesagt: Mein Ziel ist es, Anzüge so anzubieten, wie es früher selbstverständlich war, und zwar mit Liebe zum Detail und einem guten Service.“

Ob das Jüdisch sein bei seinem Schneiderberuf eine Rolle spielt, kann er nicht genau beantworten, aber es ist ihm wichtig zu sagen, dass er Jude sei. „Ich komme aus einer traditionell-konservativen Familie, hier liegen meine Wurzeln und es ist mir eine Herzensangelegenheit, diese Traditionen zu leben und weiterzugeben.“

Nach seiner Tätigkeit als Chasan in Augsburg hat er dies in München gemacht, wo es sogar zur Aufnahme einiger CDs kam. Hier in Berlin besucht er regelmäßig die Gottesdienste in der Synagoge in der Joachimsthaler Straße. Er bezeichnet sich als kulturell und religiös jüdisch und findet es wichtig, dass diese Traditionen von der ganzen Familie weitergelebt werden. Inspirationen holt er sich auf Messen.

Individuelle Stilberatung

Doch da ich im Showroom bin, möchte ich natürlich wissen, wie so ein Maßanzug zustande kommt. Edelhajt sagt, dass es wichtig ist, den Kunden ein wenig kennenzulernen, um zu wissen, was zu diesem passe und was eben nicht. Im Smalltalk erfragt er den Beruf und zu welchem Anlass die Kleidung getragen werden soll. Somit versucht er herauszubekommen, welcher Stil zu einer Person passt.

Die Preise für einen Anzug fangen bei 979 Euro an und kennen nach oben keine Grenze. Die Höhe des Preises hängt natürlich von dem ausgewählten Stoff ab, aus dem dann die Hose und das Jackett gemacht werden. Wahlweise kann noch eine Weste dazu bestellt werden. Zu seinem Sortiment gehören neben Anzügen, Smokings und Mänteln Accessoires wie Hüte oder Hemden.

Für einen Anzug muss die Brustweite, der Umfang der Taille und des Gesäßes gemessen werden, um so die Sakkolänge zu ermitteln. Danach geht es mit der hinteren und vorderen Breite weiter. Außerdem dürfen auch das Bizepsmaß, die Schulterbreite sowie die Armlänge nicht vergessen werden. All diese Körpermaße sind wichtig, damit der Anzug später richtig sitzt.

Nachdem Allan meine Maße genommen hat, machen wir uns zusammen daran, einen Stoff auszusuchen. Hierbei kommt es neben der Farbe ebenfalls auf die Dicke des Stoffes an, je nachdem, ob man diese eher im Winter oder im Sommer tragen möchte.

Ich entscheide mich für einen schwarzen Anzug mit dickerem Stoff. Die Anfertigung wird ca. vier Wochen dauern. Zu seinem Service gehören auch die individuelle Stilberatung und die Lieferung des Produkts nach Hause. Edelhajt bringt mich noch zum Ausgang und bereitet sich auf das Fasten zum Yom Kippur vor. Wir verabschieden uns und ich kann es kaum erwarten, meinen fertigen Anzug anzuprobieren.